

Editorial von Patricia Hecht und Dinah Riese

taz ohne Männer

Wenn die US-Richterin Ruth Bader Ginsburg gefragt wird, wann es genügend Frauen am neunköpfigen US-Supreme-Court geben werde, sagt sie: „Wenn es neun sind.“ Die Leute seien schockiert, erzählt sie gern. „Aber es gab dort auch neun Männer, und niemand hat das je infrage gestellt.“

Die diesjährige Ausgabe der taz zum Frauen*kampftag greift Ginsburgs Gedanken auf. Denn auch die deutschen Medien sind nach wie vor männlich dominiert. Im vergangenen Jahr war auch in der taz nur etwa ein Drittel der veröffentlichten Texte von Frauen*, in einzelnen Textgattungen wie Kommentaren war das Verhältnis noch extremer. Männer schreiben, Männer erklären, Männer sind die Protagonisten. Am 8. März 2019 ändern wir das.

In unserer heutigen Ausgabe schreiben nur Frauen* und nichtbinäre Menschen, und nur diese kommen in der Zeitung vor: auf Fotos oder namentlich als Expert*innen und Protagonistinnen. Trotzdem ist es eine ganz normale Ausgabe, die sich mit dem Tagesgeschehen beschäftigt und nicht primär mit dem, was im Sprachgebrauch gern als „Frauenthemen“ bezeichnet wird, etwa dem Gender Pay Gap.

Mit diesem Ansatz sind wir nicht allein. Die Tate Gallery in London gibt sich ab April für ein Jahr eine Frauenquote von 100 Prozent und hängt in der Sammlung zeitgenössischer Kunst sämtliche Werke von Männern ab. Tate-Chefin Maria Balshaw hofft, dass den Besucher*innen die neue Hängung gar nicht auffällt – Künstlerinnen seien zentraler Teil der neueren Kunstgeschichte. Und #DieKanon ist ein rein weiblicher Bildungskanon unter anderem von der Autorin Sibylle Berg. Auch die Schauspielregisseurin des Badischen Staatstheaters, Anna Bergmann, will in ihrer ersten Spielzeit nur Regisseurinnen beschäftigen.

Ist das nun alles Symbolpolitik, Radikalität um ihrer selbst willen? Nein. Denn Repräsentation wirkt sich unmittelbar auf Inhalte aus. Cis und trans* Frauen sowie nichtbinäre Menschen kommen in Medien deutlich seltener vor, als es ihrem Anteil an der Gesellschaft entspricht. Doch Menschen betrachten, erklären und bewerten Ereignisse je nach eigener Erfahrung anders. Strukturell unterrepräsentierten Gruppen die ihnen zustehende Sichtbarkeit zu geben hat auch Vorbildfunktion: Bislang männlich dominierte Berufe und Räume sind für alle da.

Wie viele Ausgaben von Zeitungen gab und gibt es, in denen wir überhaupt nicht wahrnehmen, dass sie von Männern mit Männern über Männer gemacht wurden? Wie oft wurde das damit begründet, es gebe zu wenig Ansprechpartnerinnen? Es gibt ganze Listen und Websites als Hilfestellung, darunter die Speakerinnen und den Vielfaltfinder. Wir müssen sie bloß nutzen – nicht nur heute.

Auf Dauer, das vielleicht noch, wollen wir gar nicht ohne Männer. Wir wollen, dass sie unsere Verbündeten sind, dass sie über Feminismus schreiben, dass sie mitdenken, was es bedeutet, in einer patriarchalen Welt zu leben. Ab morgen dürfen sie auch wieder Zeitung machen. Heute machen wir sie.

Neuer Koalitionsstreit über Insektenschutz: Umweltministerin Schulze (SPD) protestiert gegen die Zulassung von 18 Pestiziden durch eine Behörde von Landwirtschaftsministerin Klöckner (CDU)
8, 12

Gift für die Groko



Geteilter Ansicht über die Gefährlichkeit von Pestiziden: Umweltministerin Svenja Schulze (links) und Agrarkollegin Julia Klöckner
Foto: Katharina Vogel, Reuters, Montage: taz

Schwarzer Humor: AKK beglückt die CDU
Wo Annegret Kramp-Karrenbauers schlechte Witze gut ankommen
3, 12

Wenn ein Kind zwei leibliche Mütter hat
Der schwierige Kampf um Selbstbestimmung und reproduktive Rechte
13

Vietdeutsche Perspektiven
„Es gibt nur den weißen Blick darauf. Das versuchen wir zu ändern“
17

Die taz wird ermöglicht durch **18.732** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

#Frauenstreik von Paula Troxler

6

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten hat sich wirklich lange zusammengerissen, und zwar ganz ohne dass es mit drei Jahren schon gesagt bekam, dass es schlichten Saarländerinnen gegenüber „kultursensibel sein müsse“. Aber: „Das ist doch alles ein Wahnsinn, was wir hier erleben.“ Deshalb nennt verboten die CDU-Chefin jetzt doch endlich:

Annegret Krampf-Karrenbauer.

Anzeige

♀*M!

Wenn wir streiken, steht die Welt still.

Der 8. März wird unser Frauen*-Streiktag! **DIE LINKE.**

Ausgabe Berlin Nr. 11877 € 3,10 Ausland € 2,80 Deutschland 4 195915 702807 50610



Will die erste deutsche Frau ins Weltall schicken: Claudia Kessler

Die Frauenquote im Weltraum, sie ist aus deutscher Sicht eindeutig verbesserungswürdig: Elf Astronauten mit deutschem Pass flogen bisher ins All, und tatsächlich wurde an dieser Stelle das Gendern nicht vergessen, denn eine Frau war bislang nicht darunter. Claudia Kessler will das ändern, und zwar am liebsten schon kommenden Jahr. Kessler hat dafür eine Initiative gegründet, die „Erste deutsche Astronautin gGmbH“. Das Bonner Frauennetzwerk Soroptimist verleiht ihr dafür am Internationalen Frauentag seinen mit 20.000 Euro dotierten Preis.

Claudia Kessler ist eine, der es grundsätzlich ernst ist mit den Dingen, die sie anpackt. Mit vier Jahren habe sie mit ihren Eltern die Mondlandung im Fernsehen gesehen, verriet sie 2017 in einem Interview. Danach stand für die gebürtige Bayerin aus Mühldorf am Inn – der Vater Autohändler, die Mutter Hausfrau – fest: Sie wird Astronautin. Tatsächlich belegte sie später am Gymnasium Leistungskurse in Mathe und Physik, studierte danach erst Maschinenbau und dann Luft- und Weltraumfahrttechnik. Bei der Europäischen Weltraumorganisation ESA bewarb sie sich als junge Frau dann zwar vergeblich um ausgeschriebene Astronautenstellen. Dennoch machte sie in der Branche Karriere: Sie bereitete eine Mission zur russischen Raumstation Mir vor, arbeitete bei Airbus und leitete zuletzt eine Personalfirma für Raumfahrtingenieure in Bremen. Die Frauenquote dort unter ihrer Ägide: 50 Prozent. Sie habe für sich festgestellt: „Frauen ziehen Frauen an“, sagte Kessler dazu in einem Interview mit dem WDR Ende Februar.

Logisch irgendwie, dass eine, die es ernst meint, nach solchem Erkenntnisgewinn auch handeln muss. Vor drei Jahren, nach 30 Jahren im Beruf, auch ein Kind hat sie zwischen durch bekommen, gründete Kessler die „Astronautin“-Initiative. Kurz darauf stiegen unter anderem das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und Airbus als Kooperationspartner ein. Gesamtbudget der „Astronautin“ laut eigener Aussage: 50 Millionen Euro.

Zwei Raumfahrerinnen hat die Initiative bereits ausgewählt. Die Kriterien, betonte Kessler in dem WDR-Interview, seien selbstverständlich genauso streng gewesen wie bei der ESA. Die Frauen mussten wissenschaftlich und technisch fit sein, medizinisch gesund, ein Taucher oder Flugschein oder andere eher „extreme Hobbys“ seien bei der Bewerbung nicht hinderlich gewesen. Die Bewerberinnenlage habe sich sehr gut entwickelt: Insgesamt 400 Frauen meldeten sich bei Kessler.

Nächstes Jahr sollen Kesslers zwei Astronautinnen zur Internationalen Raumstation ISS fliegen. Sie sollen dort unter anderem in wissenschaftlichen Experimenten „Erkenntnisse zur weiblichen Physiologie und Psychologie“ sammeln.

Eine Prognose kann man schon von der Erde aus aufstellen, wenn man Kesslers These folgt, dass Frauen Frauen anziehen. Die Quote im Weltall stimmt dann zwar immer noch nicht so ganz. Aber das Signal an die Erdbewohnerinnen dürfte ankommen. *Anna Klöpffer*

die nachricht

Rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen steigt weiter an

Opferberatungsstellen zählten im vergangenen Jahr 317 Angriffe, darunter ein Todesfall – das sind 38 Prozent mehr als 2017. Eine Ursache: die Ereignisse in Chemnitz im Sommer

Das Neue
Die Anzahl der rassistischen und rechtsmotivierten Angriffe in Sachsen ist im vergangenen Jahr erneut angestiegen. Die Opferberatungsstellen zählten 317 Angriffe mit insgesamt 481 Betroffenen. Das sind 38 Prozent mehr als im Vorjahr, wie die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen, kurz RAA, mitteilte. 2015 (477) und 2016 (437) war die Anzahl noch höher.

„Ein Mensch verlor im Jahr 2018 sein Leben“, sagte Andrea Hübler, die zuständige Fachreferentin bei der RAA. „Mehrere Punkte sprechen dafür, dass seine sexuelle Orientierung das Motiv gewesen ist.“ Er sei damit das 17. Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen seit 1990.

Außerdem zählten die Opferberatungsstellen 223 Körperverletzungen, 79 Nötigungen und Bedrohungen sowie fünf Brandstiftungen, darunter auf ein Restaurant in Chemnitz.

Der Kontext
„Dieser Anstieg ist unter anderem auf die Ereignisse im Sommer in

Chemnitz zurückzuführen“, sagte Hübler. Nachdem dort ein Mann mutmaßlich von Geflüchteten getötet worden war, hatten AfD und Pro Chemnitz gemeinsam mit Pegida und Neonazis demonstriert. Die Hetze gegen Geflüchtete und MigrantInnen spitzte sich zu, die Stimmung in der Stadt eskalierte: Die Anzahl der Übergriffe in Chemnitz vervierfachte sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 79, der Großteil der Taten wurde während oder im Nachgang der Ereignisse im Sommer begangen. Weitere regionale Schwerpunkte waren Dresden und Leipzig, wo jeweils 60 Angriffe verübt wurden. Insgesamt war die Mehrheit der Fälle, konkret 208 Taten, laut RAA rassistisch motiviert.

Deren Zahlen weichen von denen der Polizei ab. Die Gründe: Laut RAA wurde bei nur drei Vierteln der Fälle Anzeige erstattet. Zudem bewertet die Polizei manche davon anders als die Opferberatungsstellen. 241 der Fälle, so die RAA, seien polizeibekannt, 154 von diesen wurden offiziell als politisch motivierte Kriminalität von rechts eingestuft. Vor wenigen Tagen erst war bekannt ge-

worden, dass auch antisemitisch motivierte Straftaten in Sachsen deutlich zugenommen haben.

Die Reaktionen
„So bitter es auch ist: In Sachsen gehören rechte und rassistische Gewalt zur Lebensrealität. Es gibt keinen Grund, das zu beschönigen“, sagte die sächsische Staatsministerin für Integration, Petra Köpping (SPD). „Die Kräfte und Strukturen von rechts bedrohen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“

Die Konsequenz
Köpping rief die DemokratInnen in Sachsen dazu auf, sich für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben einzusetzen. Das ist nicht neu, aber dringend notwendig – nicht nur in Sachsen. Auch andere Opferberatungsstellen haben in den vergangenen Tagen Zahlen präsentiert. Demnach haben die Angriffe in Berlin (309 Fälle) im Vergleich zu 2017 zugenommen; in Brandenburg ist ihre Anzahl etwa gleich geblieben (174); in Mecklenburg-Vorpommern ist sie leicht rückläufig (96).

Sabine am Orde

im auge behalten

Brexit, letzte Runde Vor den entscheidenden Abstimmungen des britischen Parlaments über den Austrittsvertrag aus der EU setzen Brüssel und London die Brexit-Verhandlungen am Wochenende fort. Die Gespräche würden sich mit großer Sicherheit über das ganze Wochenende hinziehen, hieß es aus Londoner Regierungskreisen. Und sie dürften anstrengend werden. Frankreichs Europaministerin Nathalie Loiseau erklärte am Donnerstag, sie warte weiterhin auf einen Vorschlag aus London. Die britische Regierung müsse jetzt eine Initiative vorlegen. Den bereits ausgehandelten Austrittsvertrag bezeichnete Loiseau als „die bestmögliche Lösung“. Ab Dienstag wird im britischen Parlament über den Brexit abgestimmt. *(afp, taz)*

die these des tages

„Viele junge Frauen sagen, dass für sie selbst eine Abtreibung nicht infrage kommen würde, finden gleichzeitig das Abtreibungsverbot aber völlig unverstänglich.“

Sigrid Graumann, Biologin, Philosophin und Mitglied des Deutschen Ethikrats

18

taz sachsen

Auch du, Genosse!

Die taz gendert Texte. Und macht zum 8. März eine Frauentaz. Alles super. Wirklich? Natürlich nicht! Es gibt interne Statistiken darüber, wie viele Kommentare von Männern und wie viele von Frauen geschrieben wurden; wie viele Frauen im Vergleich zu Männern in der taz mit Bildern vertreten sind. Und dann gibt es noch diese Genderrufen im ganz banalen Alltag. Zum Beispiel in der Küche.

Im neuen Verlagshaus hat nämlich jede Etage eine eigene Teeküche. Früher gab es nur eine, im 1. Stock. Dort war klar geregelt, wie das mit dem Kaffeekochen und Tassenspülen ist. Im neuen Haus zeigen sich Planungsschwächen. In den ersten Wochen nach dem Umzug wurde gefühlt gar nicht mehr gespült. Frischer Kaffee war mehr Glücksache. Mittlerweile hat sich das eingependelt.

Aber im 3. Stock (Ausland, Inland, Online, Wirtschaft) haben Kolleginnen schnell erkannt, dass es immer die Gleichen sind, die morgens die Spülmaschine ausräumen, Kaffee kochen und die Vorräte auffüllen. Deswegen gibt es seit Weihnachten eine Liste. „Zauberei! Wir machen Unsichtbares sichtbar. Trage dich ein, wenn du etwas sauber gemacht hast, was du nicht schmutzig gemacht hast“, steht darüber.

Jetzt ist die Liste voll. Von 25 eingetragenen Personen sind 17 Frauen. 5-mal steht dort lediglich das Ressort, und genau 3 Mal ein Männername. Auf der Etage arbeiten schätzungsweise gleich viele Männer wie Frauen. Wir wissen nicht, wie es auf den anderen Etagen im neuen taz-Haus aussieht, vermuten aber: ähnlich. Da gibt es noch viel zu tun, gendertechnisch. *Gaby Coldewey*

Die Bildergeschichte Touristen in Auschwitz 4/4



Eine Besucherin vor den Verbrennungsöfen neben der Gaskammer im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz. Mehr als zwei Millionen Besucher hat die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau jedes Jahr. Foto: Karsten Thielker

taz blogs

Nachrichten vom anderen Ende der Welt

Politisches und Amüsantes aus und über Südamerika: taz.de/blogs/latinorama



Reißt Witze, die müffeln: AKK
Foto: Danny Gohke/dpa

Alle verkrampft, außer mir

Schlechte Witze seien Kulturgut und ihre KritikerInnen verkrampft: In ihrer Rede zum Politischen Aschermittwoch gibt sich die CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer kämpferisch

Von Anja Maier

Die Demminer Parteifreundinnen guckten nicht schlecht. Eine CDU-Vorsitzende der klaren, fast schon drastischen Worte – das sind sie hier im Nordosten nicht gewöhnt. Zum Politischen Aschermittwoch in Mecklenburg-Vorpommern kam diesmal nicht wie sonst die stets mittel temperierte Angela Merkel ins örtliche Squash-Center und hielt eine ihrer lauen, vom Bundespresseamt vorbereiteten „Spaß muss sein“-Reden. Nein, zur 24. Auflage dieser an Seltsamkeiten ohnehin nicht armen Tradition übernahm diesmal Merkels Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Aufgabe, die Seele der nordostdeutschen CDU zum Kochen zu bringen. Und was soll man sagen? „AKK“, wie die neue Parteivorsitzende genannt wird, lieferte.

In den CDU-Farben Schwarz und Orange gekleidet, hielt Merkels Nachfolgerin eine vierzig Minuten währende Aschermittwochsrede, die sich gewaschen hatte. Gerichtet war sie vor allem an jene, die gemeint hatten, nach dem Shitstorm der letzten Tage zeige sich AKK in irgendeiner Weise zerknirscht oder gar einsichtig. Das Gegenteil war der Fall. Beim Stockacher Narrengericht am vergangenen Wochenende hatte Kramp-Karrenbauer verdammt tief in die Klischeekiste gegriffen und einen mehr als nur müffelnden Witz über Angehörige des dritten Geschlechts gerissen. Bei der Frage pro oder contra Unisextoiletten, hatte sie erklärt, gehe es doch vor allem um Personen, „die nicht wissen, ob sie noch im Stehen pinkeln dürfen oder schon sitzen müssen“. Täää!

Die Reaktionen im medialen und politischen Raum waren episch ausgefallen. Von Diskriminierung war die Rede, von

Zynismus auf Kosten Schwächerer. Selbst die Lesben und Schwulen Union forderte eine Entschuldigung der Parteivorsitzenden. Nach dem, was nun am Aschermittwoch in Demmin zu beobachten war, kann festgestellt werden: Annegret Kramp-Karrenbauer spornt so was eher noch an. Sie ist nicht umsonst seit Jahren als Putzfrau Gretel in der saarländischen Fastnacht unterwegs; sie weiß, wie man eskaliert und die anderen zwingt, bei mäßigen Witzen auch noch mitzulachen. Heftig attackierte sie also ihre Kritikerinnen und spielte den Ball in deren Feld zurück. Bezogen auf ihre Stockacher Fastnachtsrede rief sie: „Ich kann euch nur sagen: Wenn wir das so weitermachen, dann laufen wir Gefahr, etwas ganz Wunderbares in unserem Land ka-

Fraglich ist, wie Annegret Kramp-Karrenbauer diesen Niveau-Limbo durchzuhalten gedenkt

putt zu machen, nämlich die Tradition von Karneval, die Tradition von Fastnacht, die Tradition von Kleinkunst, wo man gerade nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen muss. Wenn wir da so verkrampfen, wie wir es in den letzten Tagen getan haben, dann geht ein Stück Tradition und Kultur in Deutschland kaputt. Und das sollten wir nicht zulassen.“

Wir gegen die – diese rhetorische Figur funktioniert bei der Union zuverlässig. Und abgesehen davon, dass in weiten Teilen dieses Landes niemand etwas vermissen würde, wenn Karneval, Fasching oder Fastnacht einfach ausfielen, macht es sich einfach gut, schlechte Witze zum Kulturgut aufzurufen. Und damit auch wirk-

lich keine Unklarheiten aufzuklären, wen sie streicheln und wen sie treffen wollte, legte Kramp-Karrenbauer gleich noch eine Schippe drauf. Mit ihrer Rede von Stockach habe sie sich einzig gegen den Vorwurf des Narrengerichts verteidigt, sie habe „die Entmannung der CDU“ zu verantworten. Es sei ihr nicht um ein drittes Geschlecht gegangen, sondern „um die Frage von Emanzen“, Machos und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Emanzen – man fragte sich, aus welchem seit den siebziger Jahren verschütteten Erdloch sie dieses Wort nun wieder ausgebuddelt hatte. Den Parteifreunden von Demmin gefiel es aber spürbar, ebenso den anwesenden Springer-Kollegen.

Auch in Bezug auf die Würdigung der politischen Mitbewerber setzte Annegret Kramp-Karrenbauer neue Standards für Demmin. Am Koalitionspartner SPD ließ sie kein gutes Haar. Ob der Finanzminister, Justizministerin Barley oder der Arbeitsminister, alle bekamen ihr Fett weg. Wütend rief sie in die Demminer Squash-Halle, Politik funktioniere nicht nach dem Motto „Die mit den schwarzen Ministerien können bluten“. Wer so agiere, sei kein guter Koalitionspartner. Den Grünen warf sie zum zügsten Mal das Verbotspartei-Stöckchen hin, Klima- und Wirtschaftspolitik seien nun mal nicht voneinander zu trennen.

Fraglich ist, wie Annegret Kramp-Karrenbauer diesen Niveau-Limbo durchzuhalten gedenkt. In ersten Situationen tatsächlich auch ernst genommen zu werden, setzt eben auch eine gewisse Grundernsthaftigkeit voraus. Kramp-Karrenbauer strebt dem Vernehmen nach die Kanzlerschaft an. Wie sich Putzfrau Gretel mit Terrorismus, Finanzmarktkrisen und Umweltkatastrophen in Übereinstimmung bringen lassen soll, diesen Beweis wird sie noch erbringen müssen.

Atmosphärische Verstimmungen

Wenn sie auf die CDU und deren Politik schauen, vergeht den Grünen derzeit das Lachen

Von Anna Lehmann

Die Chemie stimmt zwischen CDU und Grünen. Zumindest zwischen den beiden Spitzenfrauen, Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) und Katrin Göring-Eckardt (KGE), die sich jüngst in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* ihrer gegenseitigen Sympathie versicherten und durchblicken ließen, dass da mehr geht als die Koalitionen auf Landesebene. Umfragen zufolge wäre eine solche Zweierkombi derzeit möglich.

Doch AKKs Karnevalskalauer kommen bei der potenziellen Koalitionspartnerin nicht sonderlich gut an. Ein Witz kann auch mal danebengehen, meint die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock zur taz. „Es wäre ja für Annegret Kramp-Karrenbauer ein Leichtes gewesen, zu sagen: Sorry, ich wollte niemanden verletzen.“ Dass AKK sich nicht nur nicht entschuldigt, sondern sogar noch einen draufgesetzt hat, empört Baerbock nun. „Spott über Minderheiten ist ziemlich billig und jetzt alle für verkrampft zu erklären, die solche Witze nicht witzig finden, auch“, meint sie und warnt: „In Zeiten, in denen sich in Europa die Verachtung von Minderheiten Bahn bricht und mit der zunehmenden Beschränkung von Rechten einher-

geht, sind politische Sensibilität und Klarheit nötig.“

In der Grünen-Partei beobachten sie die Versuche der neuen CDU-Vorsitzenden, das konservative Profil zu schärfen, eher mit Unbehagen. Das Werkstattgespräch über die Migrationspolitik, die Forderungen nach Einreisesperren für straffällige Asylbewerber in den Schengen-Raum, ihr Herumeiern beim Kohleausstieg – und nun dieser etwas plumpe Annäherungsversuch an all jene, die Gender für gaga halten. Grüne Kernthemen allesamt.

Doch Göring-Eckardt, die im *Bild*-Interview noch über Kramp-Karrenbauer sagte: „Ich schätze ihren Humor“, verging das Lachen. „Ich mag es wirklich derb an Karneval/Fasching/Fasnet... Aber nicht gegen die Schwachen, die Minderheiten, die eh schon Außenseiter sind“, twitterte sie an die Adresse ihrer Duzkollegin.

Ist die Atmosphäre zwischen CDU und Grünen nun nachhaltig gestört? Zumindest ist sie nicht besser geworden. Und das liegt nicht nur an Toilettenwitzen. „Es ist irritierend, wie die Union Kurs und Sprache derzeit verschärft, sei es in Fragen der Ökologie, der Gesellschaftspolitik, oder sei es die Abkehr von einer proeuropäischen Flüchtlingspolitik“, so Annalena Baerbock zur taz.

schwarzer humor

Anzeige

5.000 Pionierinnen feministischer Aussenpolitik am 8. März 1983:



Eine FRAUENFRIEDENSKETTE von über 5.000 Frauen verband in Westberlin die Generalkonsulate der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Es war die erste Menschenkette in der Bundesrepublik. Mit „BROT & ROSEN“ richteten die FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN eine FRIEDENSBOTSCHAFT an die Frauen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten und riefen dazu auf, die Kriegsvorbereitungen zu sabotieren.

In Erinnerung an diese blockübergreifende Frauen-Friedensaktion fordern wir heute: **Die Bundesregierung darf die Aufkündigung des INF-Vertrages nicht tatenlos hinnehmen und muss ein Veto gegen neue Raketen-Stationierungen in Europa einlegen. Wir wollen ein Europa und eine Welt ohne Atomwaffen.** „Das Geld, das weltweit für Tötungsmittel ausgegeben wird, brauchen wir für Lebensmittel“

Hildegard von Meier, Eva Quistorp und Ulrike von Wiesenau – für die FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN



Copyright Fotos: Wilhelm Finck

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 1983 versammeln sich über 5.000 FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN zu einer FRAUENFRIEDENSKETTE zwischen den Konsulaten der USA und der UdSSR in Berlin-Dahlem.

Die Stadt der lange unsichtbaren Frauen

Im 19. Jahrhundert schufteten im polnischen Lodz Zehntausende Textilarbeiterinnen. Diese Vergangenheit prägt bis heute das Rollenbild der Lodzerinnen. Nun verlangen sie Anerkennung

Aus Lodz **Gabriele Lesser**



Anzeige

Feminismen sind viele und vielschichtig! Freudvoll, differenziert, empowernd und herausfordernd.

Vorwort von Kübra Güntüsay

EINFÜHRUNG IN ISLAMISCHE FEMINISMEN
Lana Sirri
11 Euro

Jede Person kann eine eigene liebevolle feministische* Revolution sein – jeden Tag!

Zu Lieben. Lieben als politisches Handeln
8 Euro

Noch viel *meer* wertschätzende und diskriminierungskritische Bücher gibt es hier zu bestellen oder in jedem Buchladen:
www.wortenundmeer.net | kontakt@wortenundmeer.net

Der Lärm ist ohrenbetäubend. Holz und Eisen knallen aufeinander, Baumwollflusen fliegen durch die Luft, es stinkt nach Gas und nassem Textilfarben – und so geht es Tag und Nacht. Im 19. Jahrhundert stehen Zehntausende Frauen an den Webstühlen der großen Textilmagnaten von Lodz und mehr den Reichtum der Stadt. Nur die Fabriksirenen unterbrechen den Rhythmus: Heerscharen von Frauen kommen, Heerscharen gehen. Drei Schichten gibt es. Nur die Maschinen schlafen nicht. Allein in einer der großen Fabriken stampfen und rattern 70.000 Webstühle auf mehreren Stockwerken. Auch wenn heute in der zentral-polnischen Stadt Lodz kaum noch Stoffe hergestellt werden, so leben hier nach wie vor wesentlich mehr Frauen als Männer. Lodz, das ehemalige „Manchester des Ostens“, ist die Stadt der Frauen.

Allerdings – im Stadtbild sind sie unsichtbar. Noch. Auf der vier Kilometer langen Prachtstraße „ulica Piotrowska“, einer zum Teil verkehrsberuhigten Zone mit eindrucksvollen Fabriken, Mietshäusern und Palästen im Stil der Gründerzeit, sind die bedeutendsten „Lodzzer Menschen“ als Denkmäler verewigt – und es sind alles Männer. Unter ihnen ein Dichter, ein Pianist und ein Literatur-Nobelpreisträger, der mit „Das gelobte Land“ den wichtigsten Roman über Lodz geschrieben hat.

Doch wo ist das Denkmal für Irena Tuwim, die neben Gedichten hervorragende Übersetzungen verfasste und deren Wortschöpfungen bis heute in der polnischen Sprache lebendig sind? Wo das Denkmal für die Bildhauerin Katarzyna Kobro, deren Werke im Kunstmuseum MS² in der Manufaktura zu sehen sind, der ehemaligen Baumwollfabrik von Izrael Poznanski? Immerhin gibt es seit Kurzem in der Mitte des postindustriellen Manufaktura-Einkaufs- und Kunstzentrums den „Platz der Textilarbeiterinnen“. Doch an das Denkmal auf der Prachtstraße Piotrowska, das drei Textilmagnaten darstellt, reicht der Platz nicht heran.

Hanna Zdanowska, die im Oktober 2018 mit über 70 Prozent der Wählerstimmen zum dritten Mal in Folge zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde, lacht: „Alle wissen, das Lodz die Stadt der Frauen ist. Ein großer Teil der Direktoren- und Managerposten ist in Frauenhand. Alles hat seine Zeit.“ Die 59-Jährige, die der liberal-konservativen Oppositionspartei Bürgerplattform (PO) angehört, schenkt sich ein Glas Wasser ein: „Wenn man bedenkt, dass Lodz über Jahrzehnte eine vergessene Stadt war, sind wir schon ziemlich weit.“

Im letzten Jahr habe die Stadt die Plakataktion der Stiftung „Auf den Spuren der Frauen“ unterstützt: An ausgewählten Bushaltestellen hingen große bunte Plakate, die auf berühmte Lodzerinnen aufmerksam machten, die einst in der Nähe gewohnt hatten. „Die Leute haben dann tatsächlich über diese Frauen diskutiert oder sich gegenseitig gefragt, wer das denn eigentlich war. Aber es ist schon richtig: Frauen sind im Stadtbild zu wenig präsent.“ Gerade junge Frauen störe das. Doch es hat lang gedauert, bis sich dieses Bewusstsein in Lodz durchgesetzt hat. Zunächst hatte die Stadt ganz andere Sorgen.

Denn die einst zweit-, heute drittgrößte Stadt Polens war durch jahrzehntelange Fehlplanung durch das Verkehrsnetz gefallen. Funktionierende Straßen- und Bahnverbindungen gab es nur Richtung Osten, nach Warschau also und ins ehemalige Russische Reich, wohin im 19. Jahrhundert ein Großteil der in Lodz produzierten Stoffe geliefert wurde. Auch die Sowjetunion war nach dem Krieg ein Großabnehmer. Doch nach der Wende 1989 brach dieser Absatzmarkt plötzlich weg, und die Erschließung neuer Märkte war durch die fehlenden Verkehrsverbindungen nach Westen, Norden und Süden extrem schwierig. „Das Ziel haben wir bereits erreicht“, lacht Oberbürgermeisterin Zdanowska. „Jetzt bauen wir noch einen Tunnel vom Bahnhof Fabryczny zum Bahnhof Kaliski, und dann können wir sagen: Alle Wege führen nach Lodz!“

Polnische Frauen haben es schwer in der Po

In Polen stehen Politikerinnen so oft im Scheinwerferlicht, dass viele den Eindruck haben, dass die Chancengleichheit von Mann und Frau hier längst erreicht ist. Doch der Schein trügt. Premierministerin Beata Szydlo von der nationalpopulistischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) etwa musste nach nur anderthalb Jahren einem Parteikollegen weichen. „Die Brosche“, wie die burschi-

kose Politikerin oft verächtlich genannt wurde, wurde von einem Tag auf den anderen kaltgestellt. Ähnlich erging es schon ihrer Vorgängerin Ewa Kopacz von der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO).

Zwar gelang es den Polinnen schon vor Jahren, ein Quotensystem von je 35 Prozent für Frauen auf den Wahllisten der Parteien zu erkämpfen. Doch die Listenplätze wurden im Ge-

setz nicht festgelegt. So landen Frauen meist auf den unteren Plätzen und gehen bei den Wahlen leer aus. Zurzeit sind 27 Prozent der polnischen Abgeordneten Frauen, ein Rekord.

Malgorzata Gersdorf wiederum, die Präsidentin des Obersten Gerichts in Warschau, wollte sich keineswegs politisch engagieren, sondern einfach nur die Unabhängigkeit der RichterInnen gegen ein Gesetz



Oberbürgermeisterin Hanna Zdanowska posiert auf einer der vielen städtischen Großbaustellen: „In Lodz gibt es wieder Arbeit – natürlich für Frauen, aber inzwischen auch für Männer!“
Foto: Stadtamt Lodz

Anders als Warschau war Lodz im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört worden. Schon einen Tag nach Kriegsende konnten die Maschinen wieder auf Hochtouren laufen, und in die vielen leer stehenden Wohnungen, die einst jüdischen – nur 800 von ursprünglich rund 250.000 Lodzer Juden überlebten den Krieg – und deutschen Lodzern gehörten, konnten vertriebene Polen aus den polnischen Ostgebieten einziehen. Für die deutsche Minderheit hingegen – im Jahre 1939 noch 60.000 Menschen – war nach dem verheerenden Krieg kein Platz mehr in Lodz. „Da die Gebäude

Auf der verkehrsberuhigten Prachtstraße im Zentrum sind die bedeutendsten „Lodzer Menschen“ als Denkmäler verewigt – es sind alles Männer

nicht zerstört waren, wurde hier nicht investiert“, so Zdanowska. „Das Geld floss in den Wiederaufbau von Warschau, Danzig und anderen zerstörten Städten. So verfiel Lodz immer mehr. Als ich zum ersten Mal Obermeisterin wurde, glichen ganze Straßenzüge einer Geisterstadt. Ruinen, wohin man sah. 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Die Menschen verloren den Glauben an ihre Stadt und verließen sie. Lodz schien keine Zukunft mehr zu haben.“

Heute, neun Jahre später, strahlen einige der Gründerzeitpaläste wieder in altem Glanz. Viele der charakteristisch ziegelroten Textilfabriken und dazugehörigen Familienmietfürhäuser wurden modernisiert und einer neuen Bestimmung

übergeben. Ein Vorzeigeobjekt ist die Manufaktura in der ehemaligen Poznanski-Fabrik. In dem heutigen Einkaufs-, Kunst- und Vergnügungszentrum pulsiert wieder das Leben. Von den 6.000 Immobilien in städtischer Hand sind viele immer noch in einem erbärmlichen Zustand. Sie alle sollen saniert werden.

Auch die Arbeitslosigkeit liegt heute nur mehr bei 4 bis 5 Prozent. Dank EU-Zuschüssen und neuen Investitionen – von den schnell wechselnden Regierungen in Warschau nach der politischen Wende 1989 und der Schließung der letzten Textilfabriken fühlten sich viele in Lodz alleingelassen. Heute, sagt Oberbürgermeisterin Zdanowska, ist die Stadt aber über den Berg. „In Lodz gibt es wieder Arbeit, mehr und mehr im kreativen Bereich und für Hochschulabsolventen, und – auch das ist wichtig – natürlich für Frauen, aber inzwischen auch für Männer!“

Eine Frauenquote gibt es in Lodz nicht. Wie nirgendwo sonst im Land. Allerdings gibt es eine Quote für die Wahllisten (siehe Text unten). Vielmehr ist es für Lodzerinnen ganz normal, auf der Karriereleiter nach oben zu steigen und verantwortungsvolle Posten zu übernehmen. Das hat mit der Geschichte der Stadt zu tun. Die Landfrauen, die auf der Suche nach einem besseren Leben ins „gelobte Land“ kamen, hatten die Wahl, sich als Dienstmädchen bei einer „Herrschaft“ zu verdienen oder aber in einer Fabrik die schwere Arbeit einer Textilarbeiterin aufzunehmen.

Dabei gab es in der Fabrik nicht nur einen freien Sonntag, sondern auch die Möglichkeit, aufzusteigen und als Vorarbeiterin mehr Geld zu verdienen. Für die Männer vom Land hingegen gab es in Lodz kaum Arbeit, sodass ein Rollentausch stattfand – die Frau arbeitete tagsüber und brachte das Geld nach Hause, während der Mann den Haushalt versorgte und sich um die Kinder kümmerte. So waren es selbst nach den Massenentlassungen der Textilarbeiterinnen nach 1989 die Frauen, die in Lodz Mann und Kinder weiter ernährten. Ohne

viel Aufhebens darum zu machen. Anders als die Kohlekumpel in Oberschlesien oder die Werftarbeiter an der Ostsee protestierten die Lodzer Frauen nicht, als ihre Fabriken dichtmachten. Sie bissen die Zähne zusammen und versuchten, die Familie mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser zu halten. In dieser Tradition wuchsen dann auch die nächsten Generationen heran.

Wenig verwunderlich also, dass es in Lodz, ähnlich wie in der Ostseemetropole Danzig, eine Gleichstellungsbeauftragte gibt. „Es kann doch nicht sein“, empört sich Agnieszka Luczak, „dass eine Stadt ihren Reichtum vor allem der Ausbeutung von sogenannten Leichtlohngruppen verdankt. So einen Kapitalismus wollen wir hier nicht.“ Seit einem Jahr leitet die 58-jährige ein Team von rund 60 Expertinnen und Experten aus allen Gesellschaftsgruppen, das ein Gleichstellungsprogramm ausarbeiten soll. „Unser großes Vorbild ist Danzig. Da funktioniert seit Kurzem ein Modell, das wir – zugeschnitten auf Lodz – auch gern unserem Stadtrat zur Diskussion und Abstimmung vorlegen wollen. Wenn alles gut geht, unsere Zahlen und Diagnosen also richtig und überzeugend sind, können wir in rund einem Jahr nachziehen“, hofft Luczak.

Keine Frauen im Stadtbild

Künftig soll es zum Beispiel nicht mehr möglich sein, dass Schwerarbeit wie in der Textilbranche zur „Leichtindustrie“ umdefiniert werden kann, sodass die dort arbeitenden Frauen als „Leichtlohngruppen“ mit Minilöhnen abgespeist werden können. „Dieses sehr unschöne Kapitel in unserer Geschichte soll nun endgültig geschlossen werden“, so Luczak. Sieben Aspekte will die vormalige Journalistin und aktive Frauenrechtlerin in ihrem Programm berücksichtigen. Niemand soll mehr benachteiligt werden wegen des Geschlechts oder Alters, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung, des Glaubens, der Nationalität und Armut. „Das ist alles kompliziert und braucht seine Zeit, aber mit vereinten Kräften schaffen wir das“, schließt sie optimistisch. Sie hat guten Grund dazu.

Die Lodzer Unternehmerinnen und Managerinnen stellen in Polen eine so starke Fraktion dar, dass sie im letzten Jahr den jährlichen Kongress

der Frauen, der normalerweise in Warschau tagt, nach Lodz in die Expo-Halle einladen. Das Medienecho war gewaltig, da Polen 2018 nicht nur 100 Jahre Unabhängigkeit und 100 Jahre Frauenwahlrecht feierte, sondern zum ersten Mal seit vielen Jahren auch wieder einen bewussten Blick auf das „gelobte Land“ warf. Der Wandel zum Positiven hin war unübersehbar.

So entschied sich Monate später ein großer Zeitungsverlag, die Lodzer *kobiety sukcesu*, „Erfolgsfrauen“ mit einem Wirtschaftspreis zu ehren. Neben der Oberbürgermeisterin Zdanowska gehören zahlreiche sonst „unsichtbaren“ Frauen zu den Ausgezeichneten, so beispielsweise Lucja Chudzik, die Eigentümerin einer Lavendeltherme und des dazugehörigen Medical Spa Hotels, Beata Konicznia, die Organisatorin des Light Move Festivals in Lodz, die die noch immer zahlreichen Ruinen in der Stadt für zumindest ein paar Nächte zu neuem Leben erweckt, Katarzyna Ptak, die aus Lodz stammende Direktorin der sich rasant entwickelnden Warsaw Home Messe, Ewa Puszczynska, die Filmproduzentin, die so international erfolgreiche Filme wie „Ida“ oder „Kalter Krieg“ produziert, Jolanta Rudzka-Habisiak, die Rektorin der Akademie der Schönen Künste, Halina Zawadzka, die Eigentümerin des weltweit operierenden Textilunternehmens Hexeline, Bożena Ziemniewicz, die Eigentümerin der expandierenden Sprachschule British Centre und Tisa Zawrocka-Kwiatkowska, die Gründerin der Stiftung Gajusz, die sich um schwer behinderte Kinder und ihre Familien kümmert.

„Das ist ein erster Schritt zu einer öffentlichen Anerkennung“, kommentiert Ewa Kaminska-Buzalek die Preisverleihung. Sie ist Vorsitzende der Stiftung „Auf den Spuren der Frauen“. Im letzten Jahr initiierte sie die von der Stadt unterstützte Plakataktion an den Bushaltestellen von Lodz. „Normalerweise“, so die junge Aktivistin und Mutter, „bekommen erfolgreiche Frauen für ihre Leistungen weder Preise, Verdienstorden oder – nach ihrem Tod – ein Denkmal oder auch nur einen Straßennamen. Zumindest in Lodz war das so“.

Das, erzählt Kaminska-Buzale weiter, soll sich jetzt endlich ändern: „Die Frauen sollen im Stadtbild so sichtbar werden, wie es die Männer schon sind.“

Politik – trotz einer Quote für Wahllisten

der PiS verteidigen. Am Ende bekam sie vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg recht und stieg zur Symbolfigur der liberalen Opposition in Polen auf.

Das Engagement von Gersdorf machte vielen Polinnen erneut klar, wie wichtig der Faktor Bildung bei der beruflichen Gleichstellung von Männern und Frauen ist. Je höher der Bildungsgrad, desto weniger Unterschiede gibt es bei der

beruflichen Aktivität und der Höhe des Gehalts. Dies zeigt eine Studie des Hauptstatistikamtes in Warschau von 2018. Frauen verzichten aber trotz insgesamt höherer Bildung öfter auf eine berufliche Karriere. Knapp 80 Prozent der nicht berufstätigen Polinnen im Alter von 25 bis 45 Jahren geben an, wegen der Erziehung der Kinder zu Hause zu bleiben. Die zunehmende Emanzipation der Män-

ner macht sich hier noch nicht bemerkbar.

Allerdings gibt es vonseiten der Regierung auch fast keine finanzielle Unterstützung für Männer, die ihre Kinder betreuen wollen. Das klassische Rollenbild – der Mann geht zur Arbeit und ernährt die Familie, und die Frau kümmert sich um Haus und Kinder – ist nach wie vor weit verbreitet.

Gabriele Lesser

Anzeige

Kein Krieg auf meinem Körper.

Frauen leben ohne Gewalt.

Spenden auch Sie!

Weitere Informationen unter medicamondiale.org

streik

Sitzstreik um fünf vor zwölf, Geschirrtücher aus Fenstern, kollektiv schreien um 17 Uhr: In mehr als 40 Städten gehen heute Frauen und Queers* auf die Straße und verweigern sich Lohn- und Hausarbeit. Das Motto: „Wenn wir streiken, steht die Welt still.“ Die Ziele: gleiche Bezahlung, Wertschätzung von Care-Arbeit, Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a. Beim letzten bundesweiten Frauenstreik 1994 waren eine Million Menschen auf der Straße. Das Wetter: mild und regnerisch.



Mit Größenwahn zum Chefposten

Das Auswärtige Amt ließ anlässlich des Frauentags Expertinnen über Gleichstellung diskutieren

Frauen sollten sich mehr zutrauen, auch mal vordrängeln und sich gegenseitig helfen, um ihre Gleichstellung voranzutreiben. „Sie brauchen mehr Größenwahn“, brachte es Claudia Böhm, Gleichstellungsbeauftragte des Auswärtigen Amtes (AA), am Donnerstag im Verlauf einer Podiumsdiskussion auf den Punkt. Das AA hatte Expertinnen geladen, um darüber zu sprechen, ob der Weltfrauentag ein Grund zum Feiern sei. Einer der zentralen Schlüsse: Der *unconscious bias*, die „unbewusste Neigung“ von Männern wie Frauen, stehe der Gleichstellung zentral im Wege.

„Wenn eine Frau einen Posten angeboten bekommt, fragt sie immer erst, ob sie das auch wirklich kann, während der Mann sich freut, dass man endlich sein Potenzial erkannt hat“, resümierte Maria Gosse, Leiterin der Zentralabteilung des AA. Der Weltfrauentag, so sagten Diskussteilnehmerinnen, sei ein Feiertag – aber auch ein Kampftag. „Wir müssen am Ball bleiben“, mahnte Böhm. „Das Problem löst sich nicht von allein.“

Immerhin stellenweise geht es voran. So notiert das Auswärtige Amt die stolze Zahl von 54 Prozent Frauen auf Attaché-Ebene. Außerdem soll in Kürze die zweite Staatssekretärin ihre Arbeit aufnehmen. Ein Selbstläufer ist das nicht. „Wir Frauen sind in der Fraktion weniger geworden, nicht mehr“, berichtete etwa die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann. Seit 30 Jahren beschäftigt sich die Frauenbewegung mit immer denselben Themen, wie der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf und der ungleichen Bezahlung. Motschmann ärgert sich über den häufigen Hinweis ihrer Kollegen: „Aber ihr habt doch die Merkel.“

Die Debatte der Benachteiligten an diesem Donnerstag blieb dennoch eine von Privilegierten: Hier diskutierten Frauen in mittleren und gehobenen Laufbahnen über Frauen, die Karriere machen. Um sexuelle Gewalt oder Altersarmut bei Frauen ging es nicht.

Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, warnte vor einer Illusion der Gleichberechtigung. „Wer denkt, sie sei gleichberechtigt, sollte durch eine Fußgängerzone gehen, ohne den Männern auszuweichen“, sagte sie. Wersig setzt auf Gesetze und lobte das neue Brandenburger Parität-Gesetz: Ab 2020 soll es paritätische Landeslisten geben. Nach Meinung der Juristin dürfe man dem Argument der Verfassungswidrigkeit „auf keinen Fall“ nachgeben.

Susanne Knaul

Der Appell fordert eine Frauenquote bei der Lehrvergabe: Mindestens 50 Prozent der neu ausgeschriebenen Stellen für Lehrende sollen zukünftig an Dozentinnen gehen

Foto: picture alliance



Über 90 Prozent Befristungen

Die Bedingungen an Hochschulen sind prekär. Jetzt schließen sich Dozent*innen und Gewerkschaften zusammen

Aus Berlin **Leonie Schöler**

Drei Verträge innerhalb von drei Jahren. Hanna Hilbrandt ist Architektin und Geografin und arbeitet seit ihrer Promotion an zwei Hochschulen – zum Teil gleichzeitig. Aktuell hat sie eine Vertretungsprofessur an der TU Dortmund und eine Postdoktorandenstelle an der HCU Hamburg. Beide auf kurze Zeiträume befristet. Eine prekäre Situation, mit der sie bei weitem nicht alleine ist: Mittlerweile liegt die Befristungsrate für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Hochschulen bei über 90 Prozent.

Dies soll sich nun ändern: Ein Zusammenschluss aus den

Gewerkschaften Verdi, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss), in dem sich auch Hilbrandt engagiert, fordert einen Stopp der zunehmenden Zahl von Befristungen. Hintergrund ist der neue Hochschulpakt, den Bund und Länder aktuell aushandeln. Bereits 2007 wurde der „Hochschulpakt 2020“ verabschiedet, als Reaktion auf die seit Jahren zunehmende Zahl der Studierenden. Um neue Studienplätze zu schaffen und damit dem großen Andrang der Erstsemester*innen an den Universitäten gerecht zu werden, einigten sich Bund und

Länder damals darauf, mit einer Laufzeit bis 2023 insgesamt 38,5 Milliarden Euro bereitzustellen. Mit den Geldern wurden seitdem zahlreiche neue Stellen für Lehrende geschaffen, zumeist jedoch nur mit kurzer Laufzeit.

Daher hat der Zusammenschluss aus Gewerkschaften und der NGAWiss diesen Donnerstag an Bund und Länder appelliert, aus dem Hochschulpakt einen „Entfristungspakt“ zu machen. Die Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen leiden unter den hohen Befristungsquoten, heißt es darin, deshalb sollten Stellen, die anteilig oder insgesamt aus Mitteln des Hochschulpaktes finanziert werden, zukünftig als

dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet werden. Die Hochschulen müssten in diesem Zusammenhang verpflichtet werden, zukünftig keine Zeitverträge mehr abzuschließen und im Zweifel mit Sanktionen belegt werden, wenn sie diese Vorgaben nicht einhielten. Außerdem soll eine Frauenquote bei der Lehrvergabe eingeführt werden, mindestens 50 Prozent der neu ausgeschriebenen Stellen sollen zukünftig an Dozentinnen gehen. Vor allem aber müsse der neue Pakt verstetigt werden. Da die Zahlen der Studierenden auch

Sie pendelt zwischen drei verschiedenen Städten, ohne Garantie auf weitere Beschäftigung

langfristig steigen werden, hätten die Universitäten so einen sicheren Etat und könnten nicht länger argumentieren, mit der in kurzen Zeitabschnitten ausgeschütteten finanziellen Förderung nur kurzzeitige Stellen auszuschreiben.

Reagieren Bund und Länder auf die Forderungen, würde das für Dozent*innen wie Hilbrandt bedeuten, zukünftig nicht mehr einen Vertrag nach dem anderen unterschreiben zu müssen. Bisher pendelt sie zwischen drei verschiedenen Städten hin und her, immer ohne Garantie auf eine weitere Beschäftigung nach Auslauf der Vertragszeit. Auch für ihre Studierenden sei dies problematisch, erzählt sie: „Wenn Kurse zu prüfen sind, kann ich nicht garantieren, dass ich im nächsten Semester noch an der jeweiligen Universität bin, um die Prüfungsleistungen auch abzufragen.“ Aus diesem Grund solidarisieren sich auch Studierendenverbände mit den Forderungen des Hochschulpersonals. Gemeinsam, so hoffen die Initiator*innen des Appells, wollen sie Gehör bei Bund und Ländern finden.

Anzeige

8. März 12-20 Uhr
Tag der offenen Vulva
für alle Geschlechter



in Europas ältestem
feministischen Sexshop
sExklusivitäten.de

Anzeige

Nicht nur am 8. März:

Europa ist eine Frau*



Was braucht sie, um gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei zu leben? Noch viel.

Was tut sie dafür?

Erst mal trommelt sie alle Freund*innen zusammen und geht wählen am 26. Mai. Bestimmt!

Und dann wird sie Förder*in bei filia, die frauenstiftung. Ganz bestimmt.

www.filia-frauenstiftung.de

Innenministerium in der Kritik

Seit 2014 gaben Asylsuchende Tausende Hinweise auf mögliche Kriegsverbrecher

Von **Astrid Ehrenhauser**

Rund 5.000 Hinweise auf mögliche KriegsverbrecherInnen hat das Bundeskriminalamt seit 2014 von Asylsuchenden erhalten. So steht es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Abgeordneten Linda Teuteberg. Die meisten Hinweise beziehen sich dabei jedoch auf Menschen, die sich noch im Herkunftsland aufhalten. In Berlin und Rheinland-Pfalz waren im Februar zwei mutmaßliche syrische Ex-Geheimdienstler festgenommen

worden. Sie sitzen in Untersuchungshaft.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte die entsprechenden Hinweise auf „Straftaten nach dem Völkerrecht“ an das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt geschickt. Andere Stellen hatten mindestens 210 weitere Hinweise weitergeleitet. In 129 Fällen seien Ermittlungen aufgenommen worden. Besonders viele Hinweise, nämlich 3.810, gab es in den Jahren 2015 und 2016 – jedoch nur 28 Ermittlungsverfahren, bei 38 Beschul-

digten. Im Jahr 2018 waren es 49 Verfahren; 2019 bisher zwei Verfahren. Unter den Beschuldigten sind zwölf Deutsche, jedoch keine DoppelstaatlerInnen.

Das Innenministerium erklärte, dass derlei „Hinweise“ nicht „unmittelbar für ein Strafverfahren verwendbare Informationen“ enthielten, sondern es sich dabei oft um Informationen zum Kriegsgeschehen der jeweiligen Länder handle. Es wäre zudem nicht sinnvoll, Ressourcen auf Ermittlungen zu einem unklaren Tatvorwurf gegen eine nicht namentlich be-

kannte Person, die sich nicht in Deutschland aufhielte, zu verwenden.

Die FDP-Innenexpertin Linda Teuteberg bezweifelte, ob die Bundesregierung „immer mit der gebotenen Ernsthaftigkeit“ allen Hinweisen „angemessen nachgegangen“ sei.

Das Ministerium erklärte, die Hinweise seien nicht ignoriert, sondern „selbstverständlich gesichtet und kategorisiert“ worden. Man habe zum konkreten Umgang damit „einen Bericht angefordert, der in den kommenden Tagen erstellt wird“.



Foto: Stefanie Loos

„Nach dreißig Jahren ist mal gut“

Gerda Hasselfeldt war Bundesministerin, Vizepräsidentin des Bundestages und leitete, als bisher einzige Frau, die CSU-Landesgruppe. Nun ist sie Vorsitzende des DRK – die erste weibliche seit 150 Jahren. Ein Gespräch über Parité und Frauen und warum Politik nicht alles ist im Leben

Interview **Anja Maier**

taz: Frau Hasselfeldt, Sie waren dreißig Jahre Bundespolitikerin, zuletzt Chefin der CSU-Landesgruppe. 2017 haben Sie nicht wieder für den Bundestag kandidiert. Wie geht es Ihnen ohne die Politik?

Gerda Hasselfeldt: Mir geht's gut. Ich kann meine Erfahrungen und Kontakte einbringen in eine neue, diesmal rein ehrenamtliche Aufgabe. Ich bin mittlerweile Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes.

Was unterscheidet Ihre Arbeit von der im Bundestag?

Für mich stehen nicht mehr politische Entscheidungen im Vordergrund, sondern die Anliegen des Roten Kreuzes. Meine Tage sind jetzt bestimmt von Begegnungen mit den vielen ehren- und hauptamtlichen Helfern des DRK, Gespräche mit politisch Verantwortlichen oder auch Repräsentationsaufgaben – kurzum, die Führung eines sehr großen, vielfältigen Wohlfahrtsverbandes und einer nationalen Hilfsorganisation, die auch im Ausland tätig ist.

Haben Sie sich um dieses Amt beworben?

Ich wurde gefragt und gebeten zu kandidieren. Ich war aber auch die einzige Kandidatin.

Nach dreißig Jahren in der Bundespolitik – warum machen Sie nicht einfach mal nichts?

Das Leben muss doch auch nach einer aktiven Berufstätigkeit noch einen Sinn haben. Als ich entschieden habe aufzuhören, hatte ich die Tätigkeit beim Roten Kreuz nicht im Blick. Das kam erst später. Ich fand nur, dass es nach dreißig Jahren mal gut ist mit der politischen Arbeit. Schön ist, dass ich mich jetzt mehr um meine Enkel kümmern kann, als ich das seinerzeit für meine Kinder tun konnte. Und ich habe meine Liebe zur Musik wieder entdeckt.

Sie spielen Klavier?

Ja, zwar auf niedrigem Niveau, aber für mich reicht es. Die Tätigkeit für das Rote Kreuz erfüllt mich und ist sehr sinnvoll. Ich kann hier einiges von dem, was ich in meiner Zeit als aktive Politikerin erlebt habe, der Gesellschaft zurückgeben.

Bei allem Respekt, aber warum übernehmen nicht jüngere diese Aufgabe?

Das ist eine gute Frage. Ich persönlich hätte nichts dage-

gen, wenn das jemand Jüngeres übernehmen würde. Aber das ist ja ein Ehrenamt, und ganz ehrlich, das können Sie in diesem Umfang und dieser Form kaum von Berufstätigen erwarten. Und bei manchen Funktionen geht es schon auch um Erfahrungen in politischen Entscheidungsprozessen.

Sie waren die erste CSU-Landesgruppenchefin und sind jetzt die erste weibliche DRK-Präsidentin. Wie sieht es dort mit der Präsenz von Frauen aus?

Unter den ehrenamtlichen Helfern haben wir wesentlich mehr Frauen als Männer. In den Führungsgremien ist es umgekehrt: Ich bin seit mehr als 150 Jahren die erste Frau an der Spitze des Deutschen Roten Kreuzes.

„Wir müssen über Alternativen nachdenken, um mehr Frauen in die politische Verantwortung zu bekommen“

Das scheint ein Markenzeichen von Ihnen zu sein.

(Lacht) Immerhin, bei den Landesverbänden haben wir seit einigen Monaten zwei neue Präsidentinnen. Aber in den Führungspositionen bei Landes- und Kreisverbänden dominieren insgesamt die männlichen Kollegen. Die Gründe sind immer wieder dieselben. Als Stellvertreterinnen haben wir viele Frauen, das ist sogar satzungsgemäß verankert, auch auf Bundesebene gibt es eine Vizepräsidentin. Aber wenn es um die Verantwortung als Vorsitzende geht, sind Frauen vielleicht nicht die, die sofort „Hier!“ schreien. Viele begnügen sich mit Tätigkeiten als Vize.

Können Sie das als Chefin beeinflussen?

Nein, die Wahlen werden bei den Landes- und Kreisverbänden durchgeführt. Man kann eigentlich nur immer wieder an Frauen appellieren, sich der Verantwortung an der Spitze zur Verfügung zu stellen, zu kandidieren.

Aktuell wird über Parité, Gleichheit, diskutiert. Was halten Sie als CSU-Frau davon?

Ich glaube, dass wir über alle möglichen Alternativen nachdenken müssen, um mehr Frauen in die politische Verantwortung zu bekommen. Das gilt für das Wahlrecht wie für parteinterne Vorschläge. Das Erstere wird schwierig sein. Innerhalb meiner eigenen Partei empfehle ich, darüber nachzudenken, ob wir nicht bei Kreisvorständen sagen können: Ihr müsst nicht, aber ihr könnt den Vorsitz einer Frau und einem Mann parallel geben.

Also die Doppelspitze.

Ja, das Amt des oder der Kreisvorsitzenden ist einflussreich. Wir haben nicht nur tüchtige Männer, sondern auch tüchtige Frauen. Die sollten wir nicht als stellvertretende Vorsitzende in den Schatten stellen.

Aber in der CSU-Landesgruppe gibt es so wenig Frauen wie lange nicht mehr.

Das hängt damit zusammen, dass in den entscheidenden Gremien auf Kreis- und Bezirksebene, wo die Vorentscheidungen für Direktmandate getroffen werden, meistens die Frauen Stellvertreter sind und gar nicht die Möglichkeit haben, sich als Vorsitzende zu profilieren. Erst als Vorsitzende hätten sie ganz andere Möglichkeiten der Profilierung, sie könnten zeigen, dass sie es können.

Sie waren sechs Jahre lang Landesgruppenvorsitzende in Berlin. Beim weißblauen Stammtisch, der Presseunterstützung in der Bayerischen Vertretung, gab es Saft und Kaffee. Jetzt steht jetzt wieder Bier auf den Tischen. Was sagt uns das?

Ich hoffe, das ist alkoholfreies. Für mich wäre das sonst etwas befremdlich, aber vielleicht bin ich da noch vom alten Schlag. Zu Arbeitsterminen gehört für mich kein Alkohol.

Der Anteil der CSU-Abgeordneten beträgt in dieser Wahlperiode 6,5 Prozent; noch niedriger war er nur 1949. Was muss passieren, damit das besser wird?

Die letzte Bundestagswahl war für die CSU wirklich nicht erfolgreich, das ist ja kein Geheimnis. Ich habe allerdings den Eindruck, dass alle daraus gelernt haben. Unsere Wählerklientel möchte, da bin ich mir ganz sicher, eine geschlossene Union. Nicht die Beschäftigung mit uns selbst, sondern mit den anstehenden Problemen. Ich habe den Eindruck, jetzt sind

wir auf einem guten Weg.

Mal ehrlich, fehlt Ihnen der Berliner Betrieb manchmal?

Ich denke wirklich gerne an die parlamentarische Zeit zurück, insbesondere an meine letzten sechs Jahre. Das war eine äußerst spannende, einflussreiche, schöne Aufgabe, auch wenn sie mich manchmal sehr stark beansprucht hat.

Allerdings hat alles seine Zeit.

Und ich habe keine Sekunde bereut, dass ich die Entscheidung getroffen habe, nach dreißig Jahren aufzuhören. Das Leben besteht nicht nur aus Politik. Ich bin dankbar dafür, dass ich jetzt die Möglichkeit habe, an anderer Stelle auch Sinnvolles für unsere Gesellschaft zu leisten.

Gerda Hasselfeldt

geboren 1950 in Straubing, ist seit 1969 Mitglied der CSU und gehörte dem Bundestag seit 1987 an. Anfang der 90er war sie unter anderem Gesundheitsministerin. Von 2011 bis 2017 leitete sie die CSU-Landesgruppe.

Anzeige

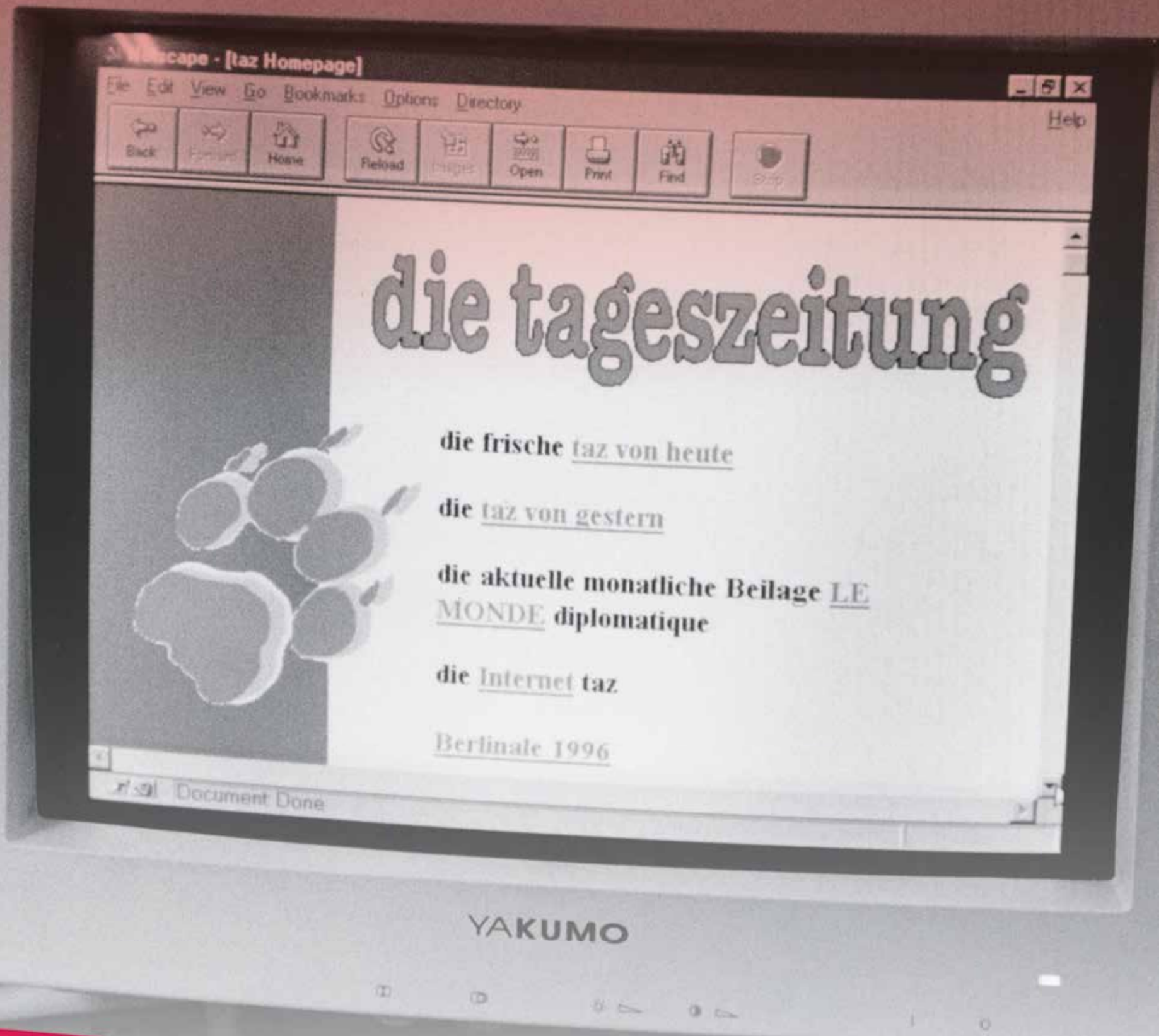
WIR KÄMPFEN FÜR FREIHEIT, SICHERHEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG.

Mehr Infos unter bundeswehrkarriere.de

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.


Bundeswehr

Low Radiation



Social Media seit 1978

Nachdem 1543 Vertrauenselige im November 1978 das Vorausabo einer nichtvorhandenen Zeitung bezahlt hatten, gab es kein zurück mehr. Die taz hatte das Crowdfunding erfunden bevor es den Namen dafür gab – und war schon digital und kostenlos zu haben bevor „Internet“ zum Begriff wurde.

Begleiten Sie die taz auf ihrem Weg durch 40 Jahre deutscher Kultur- und Medientgeschichte und werden Sie Zeuge wie sie wurde, was sie nie werden wollte.

40 Jahre taz – Das Buch – 40 Jahre Zeitgeschichte, 400 Seiten, 40 Euro

www.taz.de/40jahre-buch



Svenja Bergt
Wir retten die Welt

Mehr Geruch auch für die Paprika

„Ein Duft, der nach Klo riecht!“ K. kriegt sich gar nicht wieder ein. „Ein Scheiß-Parfüm!“ Keine Ahnung, was diese Nachricht jetzt in ihre Timeline gespült hat. Denn dass die milliardenschwere Stiftung von Melinda Gates und Ehemann Entwicklungen unterstützt, um aus dem künstlichen Kot-Geruch einen Antiduft zu kreieren, der WC-Gerüche neutralisieren und so Toiletten in Entwicklungsländern benutzbarer machen soll, ist nicht total neu. Aber das ist es nicht, was sie aufregt. Sondern: „Die kriegen ja nicht mal was hin, das den Gestank meiner Turnschuhe überdeckt.“

Ja, da hat sie Recht. Ihre Laufschuhe stehen im Bad und nicht im Flur, aus Rücksicht auf ankommende Besucher. Schuh-Deos, Natron, Lüften – nichts half. Die Idee von Geruch und Antigeruch klingt also nur auf den ersten Blick abwegig. Auf den zweiten ist sie sogar ziemlich genial. Denn sie würde nicht nur das Problem von zu viel Geruch – unhygienische Toiletten, Luftraum um K.s Joggingsschuhe – lösen. Sondern auch das Problem von zu wenig Geruch.

Zum Beispiel Pestizide. Die Paprika im Supermarkt riecht – im besten Fall – nach Paprika. Häufig nach nichts. Auch dann, wenn Greenpeace bei Laboruntersuchungen doch noch Pestizidrückstände finden würde. Was also, würden Kund:innen die Chemie direkt riechen? Produzent:innen von Biolebensmitteln kämen mit dem Anbauen kaum noch hinterher, ob der steigenden Nachfrage.

Oder der Autoverkehr. Der Durchschnitts-Pkw stinkt heute kaum noch, pustet aber trotzdem kubikmeterweise Schadstoffe in die Luft. Wie wäre also ein Tank mit zusätzlicher Geruchsnote? Kund:innen könnten bei Bestellung sogar die Wahl haben: „Badezimmer, gerade benutzt“ oder „Rapsfeld, frisch mit Gülle gedüht“ oder doch lieber „Umkleide im Fitnessstudio, direkt nach dem Spinningkurs“? Vielleicht fände dann ja auch das Verkehrsministerium Fahrverbote auf einmal ganz duft.

Und natürlich ließen sich Geruch und Antigeruch auch kombiniert einsetzen. Kerosingestank? Nicht mehr für Anwohner:innen in der Abflugschneise, sondern für die Reisenden im Terminal. Den lieblichen Duft von Massentierhaltungsställen? Bekommt einfach, wer eine Packung Schinken öffnet.

K. hatte noch einen Versuch gestartet. Stinke-Spray aus dem Scherzartikelbedarf. Nun stehen die Schuhe außen auf dem Fensterbrett. Zweiter Stock. Schmal. Die Stinkbombe tickt. Noch.

Zahl des Tages

0,0 %

Leitzins

Gute Nachrichten für Häuslebauerinnen und schlechte für Leute, die für die Rente sparen müssen: Die Europäische Zentralbank hat am Donnerstag angekündigt, die Leitzinsen „mindestens bis Ende 2019“ unverändert zu lassen. Der Leitzins liegt seit drei Jahren bei 0,0 Prozent. Mit einer Verlängerung der niedrigen Zinsen will die EZB die Wirtschaft im Euroraum stützen, denn damit bleiben Kredite billig. Gerade für viele Frauen ist das aber blöd: Weil sie im Schnitt weniger verdienen, haben sie eine größere Rentenlücke als Männer. Und die zu füllen, ist mit niedrigen Zinsen auf das Ersparnis noch schwerer als es sowieso ist.

Für sie kommt ein Verbot von gefährlichen Ackergiften zu spät: tote Bienenkönigin
Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Klößners Bienengift für die Regierung

Die CDU-Agrarministerin Julia Klößner unterstehende Behörde lässt 18 neue Ackergifte zu, die Insekten schädigen können, darunter eins mit Glyphosat. Das Umweltministerium unter Svenja Schulze (SPD) hält die Entscheidung für rechtswidrig



Von **Hanna Gersmann**

Für die Zusammenarbeit in der Bundesregierung ist es Gift, für Bienen, Käfer, Schmetterlinge sowieso. 18 Pflanzenschutzmittel, darunter ein Glyphosat-Unkrautvernichter und ein Insektenbekämpfungsmittel mit dem bienengiftigen Wirkstoff Cyantraniliprole, haben die Zulassung für den deutschen Markt bekommen. Erteilt vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, BVL, das CDU-Agrarministerin Julia Klößner untersteht. Das von SPD-Ministerin Svenja Schulze geführte Umweltministerium hält dies für rechtswidrig – und erklärt der taz, es handle sich um einen „Verstoß gegen die Regeln des Zulassungsverfahrens gemäß Pflanzenschutzgesetz“.

Viele Menschen sind beunruhigt, weil ein Großteil der heimischen Kerbtiere verschwindet und damit auch Nahrung für Vögel: Knapp 1,8 Millionen Menschen haben gerade erst das „Volksbegehren Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ in Bayern unterzeichnet. Auch darum hat der Streit in der Regierung Wucht – und Tradition.

Klößners Vorgänger hatte mit einem Glyphosat-Alleingang Ende 2017 für Empörung gesorgt. Er stimmte zu, den Wirkstoff weitere fünf Jahre in der EU zu genehmigen – trotz der ausdrücklichen Weisung, sich zu enthalten, weil das Umweltres-

sort anderer Meinung war. Nur deshalb können heute überhaupt noch Pflanzenschutzmittel mit Glyphosat auf nationaler Ebene zugelassen werden.

Bei ihrer Neuauflage 2018 legte Schwarz-Rot im Koalitionsvertrag allerdings fest, den Einsatz von Glyphosat „so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“. Und Klößner versprach beim Regierungsantritt: „Was der Biene schadet, muss vom Markt.“ Denn sie sei „systemrelevant“, also lebenswichtig. Die neueste BVL-Entscheidung steht dazu im Widerspruch, glaubt man dem von Maria Krautzberger geführten Umweltbundesamt. Die oberste Umweltbehörde muss der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zustimmen – also auch den 18 – und stellte sich quer.

Diese 18 Pflanzenschutzmittel, erklärte das Umweltministerium der taz, haben „erhebliche negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, insbesondere auf die Insektenwelt. Das Umweltbundesamt sieht die Auswirkungen als so gravierend an, dass es seine Zustimmung zur Zulassung dieser Pflanzenschutzmittel daran gebunden hat, Auflagen zum Schutz der biologischen Vielfalt einzuhalten.“ Demnach sollen Landwirten und ihre Kollegen auf einem Teil ihrer Flächen, das können Brachen oder Blühstreifen sein, „gänzlich“ auf den Einsatz von Ackergiften verzichtet, und

zwar spätestens ab 2020. Das teilte es so auch dem BVL mit.

Nur: Das stellte am Ende eine befristete Genehmigung bis zum 31. Dezember 2019 aus – ohne weitere Vorgaben. Das gab es am Karnevalsdonnerstag bekannt, als große Teile der Republik feierten. So gehe es nicht, meinen Schulzes Leute: „Das Umweltbundesamt hatte sein Einvernehmen zur Zulassung dieser Mittel unter der

Theoretisch könnte Ende 2019 die Zulassung der 18 Mittel einfach verlängert werden

Bedingung erteilt, dass die Anwendungsbestimmungen zum Schutz der Biodiversität in die Zulassung aufgenommen werden. Da dies nicht erfolgt ist, liegt insgesamt kein Einvernehmen – auch nicht auf eine einjährige Befristung bezogen – vor.“ Das Amt habe den Landwirten nur die Möglichkeit geben wollen, sich auf die Auflagen einzustellen und sie darum erst für 2020 vorgesehen.

Diese Auflagen sind in der Regierung umstritten. Die Frage ist, ob sie zu stark ins Eigentum eingreifen. Das werde derzeit geprüft, sagte eine Sprecherin von Schulze. Das Umwelt-

anderer Versicherer mache sich bereits bemerkbar, so Urgewald.

Richter kritisiert, dass Hannover Re seit Jahren unter anderem den polnischen Versicherer PZU unterstützt. Die PZU Gruppe versichert 85 Prozent der Braunkohleminen und 70 Prozent der Braunkohleminen in Polen. Zu ihren Kundinnen gehören alle vier großen polnischen Energieversorger, die alle neue Kohlekraftwerke planen.

Die Hannover Rück zieht sich darauf zurück, dass Kohlekraftwerke und Bergbau von den Behörden genehmigt sind und legal betrieben werden. Das Unternehmen verstehe sich als Serviceanbieter und wolle seinen Kundinnen und Kunden keine politische Haltung aufoktroieren, hieß es.

Anzeige

8. März: Frauenkampftag

Ingrid Artus
Frauen*streik!
Zur Feminisierung von Arbeitskämpfen
Analysen 54, 1. Auflage, Februar 2019

Download und Bestellung: www.rosalux.de/publikation/id/39917

Weitere Publikationen: www.rosalux.de

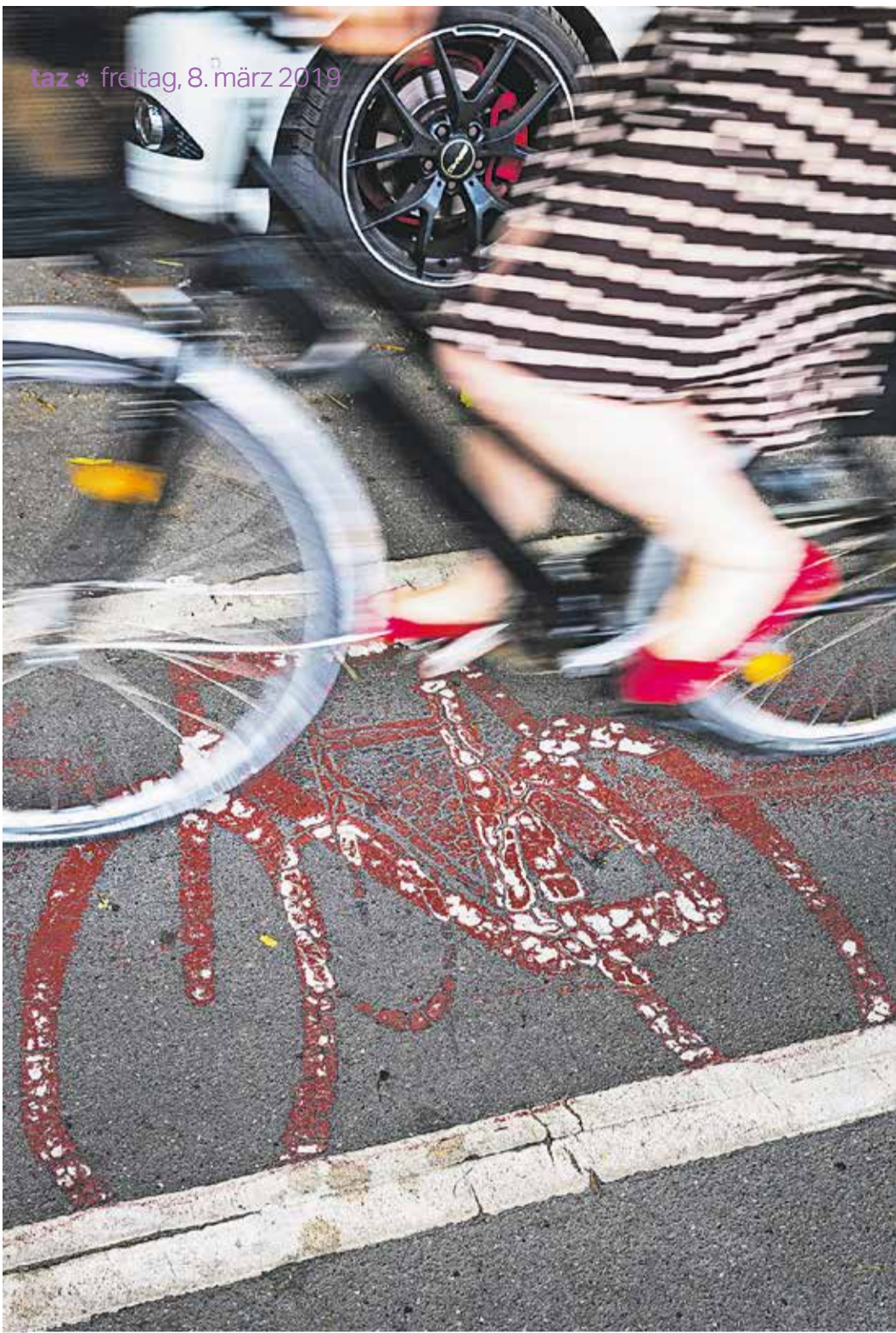
Anna Schiff
Ist doch ein Kompliment ...
Behauptungen und Fakten zu Sexismus
luxemburg argumente Nr. 9
3., überarbeitete Auflage, Dezember 2018

Download und Bestellung: www.rosalux.de/publikation/id/8932

Dossier Feminismus von links

www.rosalux.de/dossiers/feminismus-von-links

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Planung hat ihre Tücken: Wer Radwege baut, wird mehr Fahrradverkehr ernten Foto: Karsten Thielker

Raum für neue Player

Stadtplanerinnen wollen das Beste aus Fahrrad- und Autowelt vereinen

Von Heike Holdinghausen

Noch eine Woche lang schauen Autofreaks nach Genf: Auf dem dortigen Autosalon stellt die Branche ihre Neuheiten aus, Europa-, Weltpremiere gar, die allerdings meist Bekanntheit bieten. SUVs, getunte Karossen, einige mit elektrischem Antrieb. Spannender ist, was derzeit jenseits von Automessen in den Städten passiert. „Wir sind schon mitten drin in der Verkehrswende“, sagt Katharina Fölsche vom Berliner Start-up GreenPack. „In den Innenstädten kommen die Lieferdienste ja gar nicht mehr durch mit ihren Autos“, sagt Fölsche, „die brauchen andere Lösungen.“

Also vermietet das junge Unternehmen Akkus an Handwerkerinnen, Fahrerinnen von Pedelecs oder E-Rollern. Das Geschäftsmodell lautet „Battery as a Service“. Die Kunden zahlen nicht dafür, einen Akku zu erwerben, sondern dafür, immer einen geladenen Akku in der Nähe zu haben. GreenPack stellt Ladestationen – neudeutsch „Sharing Points“ – auf, etwa an Tankstellen, in denen die vollen Akkus warten und von den Mieterinnen gegen leere Akkus ausgetauscht werden können.

Ein möglicher Kunde könnte das 2017 ebenfalls in Berlin gegründete Unternehmen Ono mit zurzeit 14 Mitarbeitern sein. Es produziert futuristische Lastenräder, Pedelecs mit windschnittigen Anhängern. Ab Juli sollen sie in Berlin und Hamburg in Pilotprojekten getestet werden, in Zusammenarbeit mit „namhaften Playern der Paketbranche“, sagt Luise Braun, Verkehrsplanerin bei Ono. Sie hat schon ihre Masterarbeit über Lastenräd-

der geschrieben. „Pedelecs sind eine gute Lösung für den Wirtschaftsverkehr“, sagt sie, „jetzt ist entscheidend, dass sich Bevölkerung und Unternehmen für neue Mobilitätskonzepte öffnen.“

In der derzeitigen Umbruchphase des Mobilitätssektors drängen etablierte große, neue kleine und branchenfremde Player mit Angeboten auf den Markt, beobachtet Jutta Deffner, die am ISOE-Institut für sozialökologische Forschung in Frankfurt den Forschungsschwerpunkt Mobilität und urbane Räume leitet. Beispiele für neue Geschäftsmodelle sind die Pläne der Münchner Autovermietung Sixt, die ihr Angebot in Richtung Carsharing ausbauen möchte.

Ein neuer Milliardenmarkt

Dafür will das schrille Familienunternehmen seine gesamte Fahrzeugflotte von 240.000 Autos in einen übergreifenden „Mobilitätsdienst“ einbringen. Über eine App können Kundinnen dann Fahrzeuge stundentage- oder wochenweise mieten. Die Website finanzen.net schätzt das Marktvolumen für solche Mobilitätsdienste auf rund 400 Milliarden Euro allein in Europa. Auch Daimler und BMW wollen mitbacken an dem neuen Kuchen.

Kürzlich haben sie nicht nur ihre Carsharing-Unternehmen zusammengeworfen, sondern wollen auch bei neuen Geschäften wie der Organisation von Mitfahrgelegenheiten per App oder dem Smart-Parking zusammenarbeiten; für die Kooperation in der Entwicklung von autonomen Fahrzeugen gibt es eine Absichtserklärung. Ob sich auf Dauer Sixt und Daimler, Firmen wie Green-

Pack und Ono oder ganz andere Firmen, etwa Internetkonzerne wie Google und Uber durchsetzen, sei nicht absehbar, sagt Deffner vom ISOE. Die neuen Player könnten leichter neue Dinge probieren und müssten nicht immer gleich in der Kategorie Massenproduktion denken. „Außerdem tun sie sich leichter mit der Erkenntnis, dass ein E-Auto kein herkömmliches Fahrzeug mit Batterie ist“, sagt die Mobilitätsforscherin. Dahinter stehe ein ganz anderes Konzept, mit leichteren, abgespeckten Autos.

„Wir versuchen, das Beste aus zwei Welten zu vereinen“, sagt Ono-Planerin Braun, „die Nachhaltigkeit und die Flexibilität aus der Fahrradwelt, die Qualität und Professionalität aus der Autowelt.“

Das Beste aus beiden Welten vereinen – das könnte auch für die Mobilität von morgen Leitmotiv werden. Der „Modal Split“ sei das A und O, sagt Katharina Fölsche von GreenPack. Soll heißen: Das Zusammenspiel der unterschiedlichen Verkehrsmittel muss funktionieren. Je nachdem, zu welchem Zweck es wohin geht, wählen die Verkehrsteilnehmenden etwa Bus, Bürgersteig oder Roller. „Umweltfreundlicher Verkehr funktioniert immer da gut, wo es schon gute Angebote gibt“, meint Fölsche.

Es sei wichtig, dass neue Angebote auf bestehenden aufbauen, so Deffner. „Wir haben in Deutschland einen in weiten Strecken guten Öffentlichen Verkehr“, sagt sie. „Das sollten wir halten und weiterentwickeln.“ Das sei eine Herausforderung für die Kommunen: wie sie die neuen Angebote in ein zukunftsfähiges Mobilitätssystem integrieren.

„Parken im öffentlichen Raum ist kein Grundrecht“

Autos rauben zu viel Platz, sagt die Mobilitätsforscherin Anne Klein-Hitpaß vom Thinktank Agora-Verkehrswende. Darum müssten wir den öffentlichen Verkehr mit neuen Angeboten ergänzen

Interview
Heike Holdinghausen

taz: Frau Klein-Hitpaß, Fiat-Chrysler zahlt lieber Strafen für überhöhte CO₂-Werte seiner Fahrzeuge, als teure Elektroautos zu entwickeln. Ist das für Autokonzerne eine realistische Alternative: zahlen und weitermachen?

Anne Klein-Hitpaß: Strafe zahlen ist doch gar nicht billiger. Die Märkte in China oder Kalifornien setzen auf Elektromobilität, und ein Großteil der in Deutschland produzierten Autos wird im Ausland verkauft. Außerdem haben Städte wie Paris und London angekündigt, in Zukunft Autos mit Verbrennungsmotoren nicht mehr in ihre Innenstädte zu lassen. Langfristig ist die Strategie von Fiat-Chrysler riskant.

Sind E-Autos die Lösung?

Teilweise. Sie sorgen für bessere Luft in den Städten und tragen zur Dekarbonisierung des Verkehrs bei. Das größte Problem allerdings lösen E-Autos nicht: das Platzproblem. Wir müssen den städtischen Verkehr rationaler und effizienter organisieren. Dafür sind private Autos nicht geeignet. Ein Parkplatz misst im Schnitt 12,5 Quadratmeter – das ist so groß wie ein Kinderzimmer. Autos brauchen wahnsinnig viel Platz. Auf dem stehen sie dann durchschnittlich 23 Stunden täglich herum. Sie rauben Platz, der für Lieferzonen gebraucht würde, für Rad- und Fußwege, für Spielplätze.

Wenn Städte Parkplätze teurer machen, kritisieren das als Erstes die Händlerinnen ...

Viele Einzelhändler unterliegen dem Irrglauben, dass sie Kunden mit Kofferraum brauchen. Bei Umfragen nennen Kundinnen als wichtige Punkte, um gern einzukaufen, aber die Gestaltung der Innenstädte und die Vielfalt der Geschäfte. Parkmöglichkeiten rangieren viel weiter unten. Darum fordern Händlerinnen in Innenstädten Fußgängerzonen, in denen die Kundschaft gern bummelt.

Wie kommen die Pendlerinnen in die Stadt?

Um das private Auto abzulösen, brauchen wir einen starken

öffentlichen Nahverkehr, der die neuen Pendlerströme bewältigt. Dabei müssen Angebote ausgebaut und sinnvoll ergänzt werden. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, das Personenbeförderungsgesetz zu überarbeiten. Das ist gut! Das Gesetz kommt aus einer Zeit, als es Dienstleistungen wie Carsharing oder Ridepooling noch nicht gab.

Car-Sharing wird ÖPNV?

Sharing-Angebote ergänzen ihn. Pendlerinnen fahren mit Bussen und Bahnen und teilen sich Autos und Fahrräder – was gerade am besten passt. Das Ziel der Verkehrsplanerin-

„Das Platzproblem lösen E-Autos nicht“

nen in den Städten sollte immer sein, dass Bewohner und Besucherinnen ohne eigenes Auto auskommen können. Heute ist ein Auto eine Mobilitätsgarantie, das steht rum, bis ich es mal brauche. Wenn ich meine Mobilität auch verlässlich anders bewältigen kann, etwa durch ein geteiltes Auto, brauche ich kein eigenes mehr.

Wie wichtig ist für solche Szenarien ein leistungsfähiges digitales Netz – Stichwort 5G?

Das ist eine zentrale Voraussetzung, denn neue Mobilitätsdienste funktionieren über Smartphones. Darum ist ein leistungsfähiges Netz eine Voraussetzung für die Verkehrswende – in der Stadt und auf dem Land. Allerdings nützt das beste Netz nichts, wenn die Planung nicht stimmt. „Himmel oder Hölle“ – beides ist möglich. Vielleicht wird im Zeitalter autonomen Fahrens das Auto ja so bequem, dass viele Menschen vom Bus ins Auto umsteigen. Dann haben wir am Ende mehr Verkehr.

Und wie verhindern wir das?

Die Städte müssen festlegen, welchen und wie viel Verkehr sie möchten. Der Spruch „Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten“;

der gilt ja auch für Fahrräder. Sichere Radwege zum Beispiel führen zu mehr Fahrradverkehr. Busspuren machen den öffentlichen Verkehr attraktiver.

Haben die Städte dafür die notwendigen Kompetenzen?

Teils, teils. Zum Beispiel können Kommunen schon heute Straßen nur für Fahrräder zulassen oder zumindest fahrradgerecht gestalten. Bei anderen Herausforderungen fehlen ihnen die Steuerungsmöglichkeiten. Zum Beispiel dürfen Autos nach Rechtslage des Bundes überall parken, wo es nicht verboten ist. Es ist für Kommunen sehr aufwendig, Parken einzuschränken. Der Bund könnte es ihnen erleichtern und festlegen, dass Parken überall dort verboten ist, wo es nicht erlaubt ist. Es gilt, das Grundrecht des Parkens im öffentlichen Raum zu beenden. Viele Parkhäuser sind nicht ausgelastet, es gibt also Platz im privaten Raum, da müssen Autos nicht öffentliche Flächen okkupieren. In Stockholm etwa kostet ein Anwohnerparkausweis 800 Euro im Jahr.

... das gäbe hier einen Volksaufstand!

Ja klar, darum wird das Thema ja auch in vielen Städten nicht angefasst, aus Angst vor Konflikten. Man muss also beides machen: bessere Mobilitätsangebote schaffen, aber auch schlechte Entwicklungen zurückdrängen. Push und Pull, das muss Hand in Hand gehen.



Anne Klein-Hitpaß verantwortet bei Agora Verkehrswende das Netzwerk Urbane Verkehrswende und Themen der städtischen Mobilität. Schwerpunkte der Diplom-Geografin bilden die Themen Öffentlicher Raum, Parkraummanagement und der für eine Verkehrswende notwendige Rechtsrahmen.

Anzeige

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

GUNDA WERNER INSTITUT
Feminismus und Geschlechterdemokratie

Im Netz: gwi-boell.de



Vor Ort
14. März 2019, 19 Uhr
Angriff auf die Demokratie.
Anti-Gender-Bewegungen in Europa
Vortrag mit Prof. Andrea Pető, Budapest
Livestream: gwi-boell.de/stream

Dossier
Überwachung: Feministische Perspektiven dringend benötigt gwi-boell.de/ueberwachung

Vor Ort
28. April 2019, 19 Uhr
Happy Birthday Intersectionality!
Feministische Gala für & mit Kimberlé Crenshaw



Mit musikalischer Begleitung vom String Orchestra, Speedtalks u.a. von Ed Greve, Afra Gyekye und Shermin Langhoff. Durch den Abend führt Master of Conference Mayowa.
Livestream: gwi-boell.de/stream

Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin
T 030.285 34-122 F 030.285 34-109 E gwi@boell.de www.gunda-werner-institut.de



Sarafina Nbaimbaind gehört den Herero an und trägt deren traditionelle Kopfbedeckung
Foto: Sipiwe Sibeko/reuters

Keine Chance auf Entschädigung

Gericht in New York weist die Klage von Herero und Nama ab, die von Deutschland Wiedergutmachung wegen des Völkermordes im heutigen Namibia erstreiten wollen

Von **Eva Oer**

Ein Gericht in New York hat am Mittwoch (Ortszeit) die Klage von VertreterInnen der Herero und Nama gegen Deutschland abgewiesen. Die KlägerInnen wollten Entschädigungszahlungen für den Völkermord und Landraub während der Kolonialzeit im heutigen Namibia erstreiten. Deutschland sei aus Gründen der völkerrechtlichen Staatenimmunität in diesem Fall nicht zu belangen, begründete Richterin Laura Taylor Swain. Nach diesem Prinzip

haben Gerichte eines Staates grundsätzlich nicht über das Handeln eines anderen Staates zu urteilen.

Die Gräueltaten der deutschen Kolonialtruppen an Angehörigen der Herero und Nama im einstigen Deutsch-Südwestafrika bezeichnen HistorikerInnen als den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die Kolonialmacht des deutschen Kaiserreichs schlug Aufstände der Volksgruppen brutal nieder und tötete so zwischen 1904 und 1908 etwa 65.000 Herero und mindestens 10.000 Nama.

Seit 2005 bezeichnet die Bundesregierung die Verbrechen zwar auch offiziell als Völkermord. Entschädigungszahlungen lehnt sie aber ab. Seit 2014 verhandelt die Bundesregierung mit der Regierung in Windhuk über eine Versöhnungserklärung.

Die KlägerInnen hatten in New York damit argumentiert, dass aufgrund von deutschen „geschäftlichen Aktivitäten“ in diesem Fall eine Ausnahme vom Prinzip der Staatenimmunität greife. Konkret seien Einnahmen aus dem Landraub für den Kauf von vier Immobilien in New York verwendet worden – eines dieser Gebäude beherbergt heute den Sitz der deutschen UN-Vertretung und eines Generalkonsulats der Bundesrepublik. Außerdem seien Schädel und andere Überreste von Vorfahren der KlägerInnen nach dem Jahr 1924 an das Amerikanische Naturkundemuseum in New York verkauft worden, hieß es weiter.

Richterin Swain allerdings sah dies nicht als gegeben an. Die Ausnahmen von der Staatenimmunität seien eng umrissen, die Verteidigung der Herero und Nama interpretiere diese zu weit. Deshalb gab sie dem Antrag der Bundesregierung statt, die Klage zu verwerfen.

Die traditionelle Führung der Herero kündigte am Donnerstag an, in Berufung gehen zu wollen. Die Richterin habe in der Einschätzung der Zuständigkeit „grundlegende Fehler“ gemacht, die bei einem neuen Verfahren sicherlich korrigiert würden, hieß es. „Das ist nur ein zeitlich begrenzter Rückschlag auf unserem Weg und in keiner Weise das Ende des Kampfes“, erklärte die Volksgruppe. „Wir haben eine Schlacht verloren, aber der Krieg geht weiter und wir sind zuversichtlich, dass wir am Ende siegen werden.“

Die Debatte um eine Wiedergutmachung wird die richterliche

Entscheidung aber auch in der Bundesrepublik kaum beenden. „Jetzt muss Deutschland sich endlich rechtlich sowie politisch dem Genozid an Herero und Nama in Namibia stellen“, schrieb die Menschenrechtsorganisation ECCHR in Berlin am Donnerstag auf Twitter. Sie forderte: Die Bundesregierung „muss den Genozid anerkennen, sich offiziell entschuldigen & Reparationen auf den Weg bringen“.

In der Diskussion stehen auch die vielen Museumsstücke, die in Kolonialzeiten aus afrikanischen Ländern geraubt wurden. Einen ersten Schritt tat kürzlich Baden-Württemberg und gab im Februar eine aus Namibia geraubte Peitsche und Bibel zurück. (mit dpa, rtr)

”

Die Kolonialtruppen des deutschen Kaiserreichs schlugen Aufstände der Volksgruppen im heutigen Namibia brutal nieder und töteten so zwischen 1904 und 1908 etwa 65.000 Herero und mindestens 10.000 Nama

Gedemütigt und angegriffen

Jacqueline Kasha kämpft in Uganda für die Rechte von LGBT. Und dafür, ein Kind adoptieren zu dürfen

Aus Kampala **Simone Schindwein**

Schmerzgekrümmt sitzt Jacqueline Kasha auf ihrer Veranda in Ugandas Hauptstadt Kampala. „Pink Village“ nennt sie den Stadtteil Ntinda, weil sich hier gleich zwei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angesiedelt haben, die sich für LGBT-Rechte einsetzen. Eine davon, die Aktivistinorganisation für Lesben, „Freedom and Roam Uganda“ (FARUG), hat sie 2003 selbst gegründet, es war die erste LGBT-Organisation im Land. Bis heute gilt Kasha in der kleinen Gemeinde als „Gründungsmutter“.

Die 39-Jährige steckt sich eine Zigarette an. Ihre Rastas verbergen sich unter einer Schildmütze, sie trägt Jeans und T-Shirt und hält sich ihren Unterleib. Erst vor wenigen Tagen wurde sie aus dem Krankenhaus entlassen. Ihre Gebärmutter musste aus medizinischen Gründen entfernt werden. „Jetzt bin ich nur noch zu einem Viertel eine Frau“, sagt sie. „Davor haben alle gesagt, ich sei nur eine halbe.“

Kasha hat sich schon als 7-Jährige mit einem System auseinandersetzen müssen, welches Homosexualität mit lebenslangen Haftstrafen ahndet. Als sie damals ihren ersten Liebesbrief an eine Klassenkameradin schrieb, flog sie von der Schule. Als 13-jährige Pubertierende besuchte sie ein Internat. Dort fiel den Lehrkräften auf, dass sie in den Gemeinschaftsduschen ihre Freundinnen anstarrte: wieder Schulverweis.

Als ihre Eltern sie auf dem nächsten Internat anmeldeten, sagten sie der Leitung: „Sie ist krank, aber es gibt keine Heilung.“ Die Leitung entschied, sie in einem Einzelzimmer unterzubringen. Damals wusste Kasha noch nicht einmal was Homosexualität ist.

In der Universität versuchten ihre männlichen Kommilitonen, sie zu vergewaltigen, um sie auf Linie zu bringen, berichtet sie. Im Internetcafé suchte sie online nach einem Rechtsbeistand und stieß dabei auf einen Bericht über LGBT-Rechte. „Da verstand ich, dass ich lesbisch bin und dass Homosexualität in Uganda illegal ist“, sagt sie. Sie beschloss, sich zu wehren.

LGBT-Stammkneipe abgebrannt

In Kampalas Nacht-Szene fand sie Mitstreiterinnen. Es war die Zeit, als die ersten Boulevardzeitungen Ugandas gedruckt wurden. Gegen Homosexualität zu wettern, wurde von da an zum Verkaufsschlager der Medien. Kasha fand sich auf den Titelblättern wieder, wurde angegriffen, gemobbt, gedemütigt. Die LGBT-Stammkneipe brannte ab. Irgendwann traute sie sich nur noch mit Gleichgesinnten auf die Straßen. „Wir schliefen alle zusammen bei mir, weil wir Angst hatten“, erinnert sie sich.

Als in einer Radio-Talkshow über Beziehungen diskutiert wurde, rief sie an und erklärte, dass es auch gleichgeschlechtliche Beziehungen gebe. „Das schlug landesweit ein wie eine Bombe“, erzählt sie. Im Sexualkundeunterricht wurden die Schüler angewiesen, Listen zu schreiben, wen sie unter den Klassenkameraden als homosexuell verdächtigen. Diese wurden öffentlich im Pausenhof verprügelt, um sie umzuerziehen. Ein Mädchen beging daraufhin Selbstmord. „Da dachte ich: Genug ist genug“, sagt Kasha. „Wir müssen politisch werden!“

Seitdem reist sie um die Welt, hält Reden, startet Kampagnen, organisiert Demos, um gegen Ugandas Antihomosexuellenpolitik zu mobilisieren. Sie gründete 2004 den Dachverband aller LGBT-NGOs in Uganda mit: SMUG. Als 2009 Ugandas Parlament ein Antihomosexuellengesetz debattierte, das sogar die Todesstrafe vorsah, lichtete eine Boulevardzeitung sie auf der Titelseite ab, mit der Überschrift „Hängt sie!“ Daraufhin kam es zum Eklat: Ein Mitstreiter von SMUG wurde ermordet, die Beerdigung von der Polizei gestürzt.

Seitdem haben sich internationale NGOs für Ugandas Homosexuelle stark gemacht, viele gingen ins Exil. Kasha blieb. Sie gründete die LGBT-Onlineplattform www.kuchutimes.com. Diese wurde Afrika-weit zur Anlaufstelle für Homosexuelle. 2013 erhielt sie den internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis.

Mit Hilfe von Spendengeldern zog SMUG gegen das Antihomosexuellengesetz vor Ugandas Verfassungsgericht und gewann 2014. Das Gesetz wurde für nichtig erklärt. Vier weitere Fälle sind noch immer anhängig, auch ihr eigener: 2017 wollte sie mit ihrer Partnerin ein Waisenkind adoptieren. Das Familienministerium verweigerte ihr das. „Ich weiß, da draußen ist irgendwo ein Kind, das mich als Mutter braucht“, sagt sie und hält sich den Unterleib. „Ich gebe nicht auf.“

taz **genossenschaft**

WALK ON THE WIFE'S SIDE

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse



Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft

Die Frauen vom Markt in Diyarbakır

In einem Viertel der türkischen Stadt Diyarbakır haben Frauen das Sagen. Auf den lokalen Markt drängt nun jedoch Konkurrenz



Leisten Widerstand: Händlerinnen nahe ihres Marktplatzes in Diyarbakır Foto: Figen Gunes

Aus Diyarbakır **Figen Günes**

An einem kalten Abend in Diyarbakır schlugen 40 Frauen in einem Park ihr Camp auf. Seit drei Wochen halten sie jeden Montag Wache, um den Platz gegen die Männer zu verteidigen, die dort dienstags ihren Markt aufbauen wollen. „Buh!“, rufen die Frauen, als gegen 23 Uhr ein Fahrzeug auftaucht und langsam Runden um den Park zieht. Im Wagen sitzt die potenzielle Konkurrenz, die auslotet, ob der Marktplatz, auf dem sie Gemüse verkaufen will, frei ist. Eine der Frauen sagt: „Wenn die Männer hier einmal ihre Marktstände aufbauen, dann gehört der Platz ihnen.“

Das Viertel Bağcılar ist fest in der Hand von Frauen. 2013 startete die von Frauen geführte Kommunalverwaltung ein Pilotprojekt, um Alleinerziehende mit geringem Einkommen zu fördern, und eröffnete die erste Frauenmarkthalle der Türkei, in der ausschließlich Frauen Obst und Gemüse verkaufen.

Als die Händlerinnen zwei Jahre später über mangelnden Umsatz klagten und eine nach der anderen aufgeben mussten, unterstützte die Kommunalverwaltung sie dabei, auf wechselnden Märkten Stände aufzubauen. Samstags standen die Frauen in der Markthalle, an den anderen fünf Wochentagen bauten sie ihren Markt an verschiedenen Stellen in Bağcılar auf.

Doch seit geraumer Zeit bekommen die Markthändlerinnen Konkurrenz von männlichen Kollegen, für die Bağcılar immer attraktiver wird. In den vergangenen Jahren hat sich das Viertel zu einem aufstrebenden Stadtteil entwickelt. Die Neubauten bezogen Angestellte und Polizisten, die in der Region arbeiten. Auch aus dem in den Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und kurdischen Aufständischen weitgehend zerstörten Altstadtviertel Sur kamen viele, die ihr Haus verloren hatten. Mit 115.000 Einwohner*innen avancierte Bağcılar zum Viertel mit der höchsten Bevölkerungsdichte der Türkei. Das Einkommensniveau in Bağcılar liegt inzwi-

schen deutlich höher als in anderen Vierteln, was die männlichen Händler anzog. 2017 eröffneten auch sie samstags in Bağcılar ihren Markt, nun wollen sie zusätzlich am Dienstag ihre Stände aufbauen.

Das stellt die Frauen vor existenzielle Probleme. Denn die Männer haben Lastwagen, mit deren Hilfe sie direkt bei den Produzenten einkaufen, und können ihre Produkte so günstiger verkaufen. In Zeiten, in denen es mit der Wirtschaft in der Türkei bergab geht und die Gemüsepreise in astronomische Höhen steigen, zählen die Kund*innen jede Lira. Ihr Umsatz sei durch die maskuline Konkurrenz um ganze 30 Prozent gesunken, sagen die Frauen. Um sich gegen diese Bedrohung zu wehren, gründeten sie 2017 den Solidaritäts- und Unterstützungsverein der Markthändlerinnen.

Sie sei ihre Auberginen nicht losgeworden, weil sie zu teuer waren, erzählt eine von ihnen, die Volkstanzlehrerin Güler Deniz. „Auch Fisch werden wir kaum noch los“, ergänzt die Fischhändlerin Nurdan Saltık. „Die Wirtschaftskrise hat den Markt diesen Winter heftig getroffen, die Leute haben kein

Geld mehr in der Tasche.“ Saltıks Wangen sind vom Warten im Park von der Kälte gerötet, sie verknötet ihr Kopftuch im Nacken und spricht weiter: „Zweimal in der Woche sollten sie Fisch essen, aber jetzt holen sie ihn nur noch einmal im Monat. Unser Tagesumsatz ist diesen Winter um die Hälfte eingebrochen.“

Als Verein mit 110 Mitgliedern fordern die Frauen Gespräche mit offiziellen Stellen. Doch die Zuständigkeiten werden sich nach den türkischen Kommunalwahlen am 31. März ändern. Die zuständige Bürgermeisterin tritt nicht mehr an. Bis zur Wahl wollen die Markthändlerinnen nun immer in der Nacht auf Dienstag im Park Wache halten. Kürzlich erst wurden drei Ordnungspolizisten bei einem Handgemenge verletzt, als männliche Markthändler gegen Morgen auf den Platz kamen, um Stände aufzubauen.

In der Folgewoche erbat die zuständige Vizebürgermeisterin, Pervin Ayli Yağız, Unterstützung von der Polizei. Ein Gesetz gibt es zwar nicht, nach dem im Rahmen des Frauenprojekts nur Frauen im Viertel Bağcılar Marktstände aufbauen dürfen. Um aber Frauen mit geringem Einkommen zu unterstützen, will Yağız bis zu den Wahlen keine männlichen Markthändler zulassen.

Im Park schreiten die Stunden voran, es wird kühler. Da taucht erneut ein Wagen auf. Sofort hält das patrouillierende Polizeifahrzeug am Straßenrand. Auch aus der anderen Richtung kommt ein Wagen der Ordnungspolizei. Die Beamten holen die darin sitzenden Händler heraus und erklären ihnen, sie würden nicht zulassen, dass sie hier Marktstände aufbauen. Die vier Frauen sind erleichtert.

Auch die Volkstanzlehrerin Güler Deniz atmet auf. Sie hat die ganze Nacht im Park verbracht. Um fünf Uhr morgens macht sie sich auf den Weg zum Gemüsegroßmarkt, kauft Obst und Gemüse, bringt es zurück zum Markt und baut ihren Stand auf. Erst später, nach dem Markt, wird sie zum Unterricht in die Schule gehen.

Aus dem Türkischen von Sabine Adatepe

”

„Die Wirtschaftskrise hat den Markt diesen Winter heftig getroffen. Die Leute haben kein Geld mehr in der Tasche“

Nurdan Saltık, Fischhändlerin



taz gazete ist die zweisprachige Onlineplattform der taz für Pressefreiheit in der Türkei, initiiert von der Panter Stiftung. Mehrmals die Woche werden auf gazete.taz.de Artikel veröffentlicht, die sich mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Türkei und der Diaspora beschäftigen – auf türkisch und auf deutsch.



brief des tages

Auf die Partyreise nach Mallorca verzichten

„Tausende streiken mit Greta“, taz vom 2./3. 3. 19

Ich finde es grundsätzlich gut, dass die Jugend politisch wird und sich für oder gegen eine Sache engagiert. Das kann – so es einem denn ernst mit seinem Anliegen ist – allerdings auch sehr gut außerhalb der Schulzeit stattfinden. Wir „Erwachsenen“ können ja auch nicht so mir nichts, dir nichts der Arbeit fernbleiben, um uns zu engagieren.

Einen Gedanken finde ich aber noch interessant: Bei allem Verständnis für das Engagement sollten sich die vielen Schülerinnen und Schüler mal fragen lassen, wie sie es persönlich eigentlich mit dem Urlaub nehmen. Ob sie für unser Klima wohl bereit wären, auf ihren alljährlichen Flug in die Sonne zu verzichten? Denn es ist erwiesen, dass der jährlich immer weiter ansteigende Flugverkehr eine der Hauptursachen für den Klimawandel ist. Nur wer bereit ist, für die Rettung des Klimas auf die Partyreise nach Mallorca oder den Sommerurlaub an der Costa del Sol zu verzichten, dessen Engagement kann man auch wirklich ernst nehmen.

Volker Mertens, Warstein

taz abo



Weitere Prämien* unter taz.de/praemien
T (030) 25 90 25 90
abomail@taz.de

Abopremie*: Knallrot + knallscharf, die knallrot lackierte Pfeffermühle aus Buchenholz kann auch für Salz und getrocknete Gewürze verwendet werden. Mahlwerk aus rostfreier Keramik, 25 Jahre Garantie. Höhe: 22 cm, Ø 6 cm, taz-gelabelt. Dazu gibt's guten schwarzen Pfeffer aus biologischem Anbau.

Drei in einem Abo⁺

- + taz die tageszeitung – täglich unabhängiger Journalismus
- + taz am Wochenende – umfangreich, hintergründig, unterhaltsam
- + Le Monde diplomatique – internationale Politik, einmal im Monat

Abonnieren Sie mehr als eine Zeitung!

Entdecken Sie die Blogs auf taz.de, [taz gazete](http://taz.gazete), [taz bewegung](http://taz.bewegung), [taz mixtape](http://taz.mixtape).

Ein taz Abo kostet 52,90 €/Monat (Standardpreis) oder 64,90 €/Monat (Politischer Preis). Wer wenig hat zahlt unseren ermäßigten Preis von 33,90 €/Monat (leider ohne Prämie).

Die digitale taz in der App können Sie für nur 1€/Woche zubuchen!

*Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr, zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.



not im gazastreifen

Zeit zum Umdenken

Die gesamte palästinensische Führung steckt in der Vergangenheit fest. Sie lässt die Zivilbevölkerung leiden, statt nach Lösungen zu suchen

Seit die Hamas vor über einem Jahrzehnt die Kontrolle über den Gazastreifen übernommen hat, verschlimmert sich kontinuierlich die dortige humanitäre Krise. Mehr als eine Million Palästinenser leben in erschütternder Armut. Die Arbeitslosenrate ist eine der höchsten weltweit. Ein UNO-Bericht prognostizierte schon 2012, dass der Gazastreifen bis zum Jahr 2020 unbewohnbar sein wird.

Schaut man sich die Indikatoren in diesem Bericht an, wird schnell klar, dass die Bevölkerung tatsächlich noch etwas schneller gewachsen ist, als in ihm angenommen wird. Weder die wirtschaftliche Entwicklung noch die grundlegende Versorgungsinfrastruktur wie Schulen oder Krankenhäuser konnten mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. 2012 ging die UNO zudem davon aus, dass es zu einer deutlichen Erleichterung der Handelsbeschränkungen und damit zu

Selbstreflexion ist nötig, um unsere Schwächen zu analysieren, anstatt der Welt ständig Vorwürfe zu machen

Wirtschaftswachstum kommen würde. Tatsächlich aber ist das Pro-Kopf-Einkommen seither gesunken. Gleichzeitig blieben notwendige Investitionen im Bereich Gesundheit und Bildung aus.

In der Diskussion darüber, wie Palästinenser und Israelis mit der humanitären Krise umgehen, müssen wir zuallererst festhalten, dass die Hamas sich als bewaffnete Widerstandsbewegung betrachtet. Ihr ultimatives Ziel ist der Kampf gegen Israel und die Befreiung Jerusalems. Egal wie es um die humanitäre Lage im Gazastreifen bestellt ist, der Fokus bleibt auf dem einen großen Ziel. Hamas geht davon aus, dass die Menschen im Gazastreifen geduldig zu sein hätten, weil der Preis für die Befreiung von der israelischen Besatzung eben hoch sei und jeder Palästinenser seinen Beitrag zu dem großen Kampf gegen Israel leisten solle – entweder mit Blut oder mit hoher Moral, das heißt: ohne zu klagen. Der Hamas zufolge werden alle Menschen, die Kriege erleiden, am Ende belohnt werden, entweder im Paradies oder noch in ihrem irdischen Leben – dadurch, dass sie Zeuge vom endgültigen Sieg über Israel werden.

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die von der Fatah in Ramallah dominiert wird, tut nichts für Gaza. Der Grund: Durch ihre Niederlage gegen die Hamas wurden die Würde und der Stolz ihrer Führung aus deren Sicht beschädigt. Darüber hinaus wurden Anhänger der Fatah in Gaza verfolgt. Die PA sieht keinen Grund, die sozialpolitischen Probleme der Hamas in Gaza zu lösen, und ist außerdem damit beschäftigt, die Sicherheitslage im Westjordanland zu stabilisieren – allein schon deshalb, um ein ähnliches Szenario wie bei dem Putsch der Hamas in Gaza zu verhindern.

Allerdings: Trotz der Strafmaßnahmen, die die Autonomiebehörde gegen die Hamas verhängt hat – sie hat unter anderem die Gehälter

im öffentlichen Dienst im Gazastreifen um 50 Prozent gekürzt –, zahlt die PA noch immer teilweise für den Gesundheits- und den Bildungssektor. Die Strafmaßnahmen haben die wirtschaftliche Lage jedoch verschärft. Die Verringerung der Monateinkommen der öffentlich Bediensteten im Gazastreifen wirkt sich negativ auf die Kaufkraft der Leute aus.

Als die Hamas die Kontrolle übernahm, hat Israel eine strenge Blockade verhängt und erklärte den Gazastreifen zum „feindlichen Gebilde“. Jeder Gazakrieg wird so gerechtfertigt: Israel kämpft gegen seine Feinde in Gaza und verteidigt sich gegen die Raketen der Hamas.

Der letzte Krieg hat keine Sicherheit für Israelis gebracht, stattdessen aber zu noch größerer Not der Zivilbevölkerung im Gazastreifen geführt. Die Hamas lässt sich von Israel nicht einschüchtern. Das Gegenteil ist der Fall: mehr Unterstützung aus dem Iran und aus Katar.

Alle diese Konflikte treffen immer zuallererst die Zivilisten im Gazastreifen. Unglücklicherweise gibt es bis heute keine dauerhafte Lösung der politischen und humanitären Krise in Gaza. Die meisten Analysten rechnen damit, dass die Situation früher oder später explodieren wird.

Was die Menschen in Gaza bräuchten, sind *hope leaders*, „Hoffnungsführer*innen“, die den Gazastreifen und das gesamte besetzte Gebiet in den Grenzen von 1967 zur Entwicklung und Friedensbildung führen, anstatt das palästinensische Volk in weitere blutige Konflikte zu verwickeln. Diese *hope leaders* könnten einen humanitären statt eines militärischen Hintergrunds haben, um eine Kultur des Lebens und des Friedens unter den Palästinensern voranzutreiben. Eine solche politische Führung müsste überzeugt davon sein, dass die Zeit gekommen ist, den Konflikt zu beenden. Sie müsste sich auf die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 konzentrieren, und dann, so denke ich, wäre die Hälfte der palästinensischen Probleme gelöst.

Die bisherige palästinensische Führung steckt in der Vergangenheit fest. Sie klagt, statt die aktuellen Möglichkeiten der Palästinenser in den Blick zu nehmen und rational und klug für die Zukunft zu planen. Ich bin überzeugt, dass die Zeit für ein Umdenken gekommen ist. Wir sind diejenigen, die den Schlüssel in der Hand halten, um unsere internen und externen Probleme zu lösen, statt das Ausland weiter um Unterstützung zu bitten. Eine kritische Selbstreflexion ist nötig, um unsere Schwächen zu analysieren, anstatt der Welt Vorwürfe zu machen, dass sie uns nicht hilft.

Wir müssen mehr über die Möglichkeiten der palästinensischen Zivilbevölkerung nachdenken, um die negativen Folgen des Konflikts abzuwenden und ihrem Wunsch zu entsprechen, frei und in Sicherheit an einem friedlichen Ort zu leben. Letztlich darf der Gazastreifen nicht als militärisches Labor für gescheiterte Kriege missbraucht und betrachtet werden, sondern kann als schöner Küstenstreifen am Mittelmeer gelten, voller Menschen mit großen Ambitionen und Hoffnungen auf ein Leben in Frieden und Freiheit.

Übersetzung: Susanne Knaut



Reham Owda ist Journalistin und politische Analystin aus dem Gazastreifen. Sie ist Politikwissenschaftlerin und schreibt für arabische und internationale Medien. Derzeit lebt sie mit einem Stipendium des „Auszeit-Programms“ der taz Panter Stiftung und von Reporter ohne Grenzen für drei Monate in Berlin.

Sabine am Orde über AKK und die WählerInnen am rechten Rand

Auf Anti-AfD-Kurs

Natürlich war das ein diskriminierender Scherz auf Kosten einer Minderheit. Ein billiger und schlechter dazu. Und dass die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer beim politischen Aschermittwoch gleich noch einen draufgesetzt hat, macht die Sache wahrlich nicht besser. Doch wer jetzt überrascht ist, dürfte sich die Dame im Vorfeld schöngeredet haben. Denn dass von AKK keine fortschrittlichen Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen zu erwarten sind, insbesondere was homosexuelle Lebensformen und geschlechtliche Vielfalt anbelangt, hat sie vor ihrer Wahl zur CDU-Vorsitzenden nun wahrlich klargemacht.

Diese Positionen kann und sollte man kritisieren – und politisch dagegen angehen. Doch sehen muss man auch: Dass AKK die CDU wieder konservativer aufstellt, ist nicht nur für sie persönlich folgerichtig – es ist notwendig, wenn sie ihre Partei, an deren rechtem Rand es massiv bröckelt, zusammenhalten und WählerInnen zurückgewinnen will.

Genauso ist ihr Kurs auch wichtig für die Demokratie. Denn diese braucht politischen Streit und Parteien, die sich voneinander unterscheiden. Will die CDU ihr Profil schärfen, muss sie das rechts von der Mitte tun. Dieser Kurs mag einem politisch nicht gefallen, richtig dürfte er trotzdem sein – zumindest wenn man nicht will, dass noch mehr stramme Konservative zur AfD abwandern.

Selbstverständlich brauchen auch Konservative und sogar Reaktionäre eine politische Repräsentanz. Dafür bedarf es einer konservativen Partei, die anders als die AfD – fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Diese Lücke muss AKK mit der CDU wieder füllen. Allerdings, und darin besteht die Kunst – man könnte auch von der Quadratur des Kreises sprechen –, ohne den zivilisatorischen Fortschritt preiszugeben, den die CDU mit der Modernisierung durch Merkel errungen hat. Gelingt ihr das, könnte die AfD schrumpfen, ohne dass sich die Union radikalisiert. Es ist eine Gratwanderung.

das thema 3

Heike Holdinghausen über die Agrarministerin und die Ackergifte

Wirtschaftspolitik von vorgestern

Regieren ist Mist, zumindest unter dem Gesichtspunkt der Modernisierungsfähigkeit von Parteien betrachtet. Aktuell lässt sich das am Umgang des Landwirtschaftsministeriums mit Ackergiften studieren. Ungeachtet aller Debatten über das Insektensterben setzt es auf Pestizide. Damit entstammt die Agrarpolitik der Julia Klöckner (CDU) dem vergangenen Jahrhundert. Sie setzt auf Gentechnik, Exportorientierung, Fleischproduktion und möglichst industrielle Strukturen.

Damit reiht sie sich brav ein in die Riege ihrer christ- oder sozialdemokratischen KabinettskollegInnen aus dem Verkehrs- oder Wirtschaftsressort. Auch sie machen Politik von vorgestern, weil sie ohne eine entscheidende Erkenntnis der Gegenwart auskommen müssen: Eine moderne, zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik ist ökologisch. Sie schonert ernsthaft gefährdete Ressourcen wie Böden, Wasser, Artenvielfalt und ein stabiles Klima.

Beispiel Verkehr: In den Wachstumsmetropolen Asiens und Afrikas wird Mobilität elektrisch, vernetzt und öf-

fentlich sein. Das Auto ist genauso von gestern wie eine Verkehrspolitik, die den automobilen Individualverkehr in den Mittelpunkt stellt. Beispiel Energie: Das Industrieland, das heute flexible Netzinfrastrukturen baut, die Sektoren Verkehr, Industrie, Wärme und Energie koppelt, ist erfolgreich auf den Märkten der Industriestaaten von morgen. Die werden, getrieben vom Klimawandel und knapper werdendem Öl, genau solche Konzepte brauchen. Aber das Wirtschaftsministerium bremst die Energiewende aus, statt ihre Rahmenbedingungen zu verbessern.

So sehr verstehen sich die MinisterInnen der Union als eifrige Lobbyisten der etablierten Player, dass sie den Kopf nicht frei haben für frische Ideen. Das wird zu einem Problem für uns alle, denn wer in der fossilen Wirtschaft von gestern erfolgreich war, muss das in der dekarbonisierten von morgen nicht bleiben. Den Blick nach vorne richten, Überkommenes aussortieren, dafür sollte sich die Union Zeit nehmen. Am besten in der Opposition.

wirtschaft + umwelt 8

Barbara Oertel über das neue Fake-News-Gesetz in Russland

Moskaus doppelter Standard

Russland ist – wieder einmal – im Kampfmodus. Diesmal holt der Kreml zu einem weiteren Schlag gegen das Internet aus – will heißen die Fake News, die sich dort tummeln. Damit ein derart schändliches Treiben, das laut offizieller Lesart angeblich die Gesellschaft verunsichert und die öffentliche Sicherheit gefährdet, künftig unterbleibt, können Geldstrafen verhängt werden. Und die sind so horrend, dass sie die betroffenen Medien die Existenz kosten können.

Wie in Russland üblich, sind die entsprechenden Passagen des Gesetzes, das das der Staatsmacht treu ergebene Unterhaus des Parlaments jetzt durchgewinkt hat, bewusst schwammig gehalten. Aus gutem Grund. Denn künftig wird es noch leichter, Inhalte zu verbieten, die der Staat für schädlich hält – für sich selber und sein Image natürlich.

Wie gut der Kontrollwahn schon jetzt funktioniert, zeigt die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde Roskomnadsor, die in der Vergangenheit bereits wiederholt Internetseiten blockiert hat. Die Behörde ist – wer hätte das gedacht – dafür zuständig, auch die neuen Regelungen durchzusetzen. Bemerkenswert

an alledem ist, dass es immer nur die oppositionellen und regimekritischen Geister sind, die Fake News produzieren und veröffentlichen. Da ist er wieder, der doppelte Standard, den Moskau so gern dem dekadenten und allmählich verfallenden Westen vorwirft.

Eine Sichtung der Programme im russischen Staatsfernsehen, das selbstverständlich ganz der Wahrheit verpflichtet ist, lohnt in diesem Zusammenhang. Man erinnert sich an Berichte auf dem Höhepunkt des Krieges in der Ostukraine. Da behauptete das Kreml-TV allen Ernstes, ukrainische Faschisten hätten einen dreijährigen Jungen gekreuzigt. Und die Regierung in Kiew plane, demnächst Banknoten mit dem Konterfei des langjährigen Lebensgefährten von Eva Braun in Umlauf zu bringen. Dass derartige Meldungen aber auch rein gar nichts mit der Realität zu tun hatten – Schwamm drüber.

Auch die Boulevardzeitung *Moskowski Komsomolez* übrigens argwöhnt, dass sich das neue Gesetz vor allem gegen Onlineplattformen richtet. Fragt sich, wie lange das Blatt solche Fake News noch ungestraft verbreiten darf.

Können Frauen alles sein?

Im Kampf um Selbstbestimmung und reproduktive Rechte schließt der Feminismus eine Gruppe von Frauen immer noch aus. Auch der deutsche Staat ist auf ein Kind mit zwei leiblichen Müttern nicht vorbereitet

Von Felicia Ewert (Text) und Xueh Magrini Troll (Illustration)



Mein Kind hat zwei leibliche Mütter. Meine Frau und mich. Als meine Frau noch schwanger war, kam es des Öfteren zu wundervollen Sätzen wie „Kennen Sie den Samenspender persönlich?“, „Ist die Blutgruppe des Vaters bekannt und gab es irgendwelche familiären Vorerkrankungen in dessen Familie?“. Wir sagten dann gerne: „Die Samenspende rIN steht vor Ihnen.“ Ich habe auf die Frage nach der Blutgruppe und nach Erkrankungen oft selbst geantwortet, was mir meist fragende Blicke einbrachte.

Zumindest sind wir aber einer Kinderärztin begegnet, die so weit sensibilisiert war, dass sie uns zunächst ohne große Erklärungen „gebärende und zweite Mama“ nannte. Auch nachdem wir mehr erklärt hatten, sagte sie nur: „Zwei leibliche Mütter? Wie praktisch, so ganz ohne notwendigen Mann.“ Wir sind immer noch ganz angetan von ihr.

Im restlichen Leben sind die Kommentare leider nicht immer so aufgeklärt. Zwei Mütter? Darf das sein? Natürlich blieben wir auch nicht von Vermutungen verschont, wie wohl die Zeugung vonstatten gegangen sein muss. Und nicht nur Hobbypsychologen, sondern auch der deutsche Staat ist, wenn es um eine trans Frau geht, schnell der Meinung: „Wenn sie sich für ein Kind entschlossen hat, zeigt dies ganz klar, dass sie mit ihrem Geschlecht wohl doch nicht so sicher war.“

Das Private ist politisch

Ich schreibe seit mehreren Jahren öffentlich auf Twitter über meinen Weg und lasse hierbei auch keine intimen Details aus. Auch mein Privates ist politisch. Frausein und Transgeschlechtlichkeit sind politisch. Auch wenn das verletzlich macht, gibt es mir die Möglichkeit, so über mich zu sprechen, wie ich es für richtig halte. Es geht um Selbstbestimmung.

Dass ich mich mit diesen Sprüchen überhaupt auseinandersetze, liegt daran, dass ich nicht nur für mich spreche, sondern auch für andere Eltern, die sich wünschen, mit ihren Geschlechtern und Titeln respektiert zu werden, bei leiblicher und nichtleiblicher Elternschaft.

Für meine Frau stellte sich zu keiner Zeit die Frage, ob ich „auch Mutter“ sein darf. Doch selbst vermeintlich aufgeklärte Menschen sagen Dinge wie: „Selbstverständlich ist Felicia eine Frau, aber in Bezug auf ihr Kind ist sie nun mal biologisch betrachtet der Vater.“ Das zeigt zwei Dinge. Erstens: Zu welcher akrobatischen Verrenkungen cis Personen mitunter bereit sind, nur um alles in die ihnen bekannten Schubladen zu stopfen. Nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht. Sie wol-

len einerseits respektvoll erscheinen, aber ebenso dringend müssen sie ihre privilegierte cis Position als „Normalzustand“ verteidigen. Alles nur, damit sie sich nicht eingestehen müssen, dass sie selbst Teil einer lediglich von Menschen erdachten Ordnung, der Zweigeschlechtlichkeit, sind. Und zweitens: Viele cis Personen betrachten Dinge meistens gerne vor allem dann „biologisch“, sobald es um eine trans Person geht.

Aber meinerwegen: „Biologisch betrachtet“ bin ich ein leibliches Elternteil unseres Kindes. Nebenbei bin ich eine Frau, gemeinhin nennt man das dann Mutter. Es geht um geschlechtergerechte Sprache, ein ziemlich bekannter Anspruch des Feminismus, der aber selbst von leidenschaftlichen Feministinnen gerne mal vergessen wird, wenn es um trans Personen geht. In meinen Gesprächen mit cis FeministInnen kippt die Stimmung – online und offline – erfahrungsgemäß meist genau dann, wenn sie mitkriegen, dass eine transgeschlechtliche Frau ihnen gerade Misogynie vorwirft.

Dieses Ringen um Selbstbestimmung und Anerkennung ist in einem zwischenmenschlichen Kontext unangenehm, manchmal schmerzhaft. Was aber viel schlimmer ist: Die

Wieso ist es so vielen Cisgendern so wichtig, festzulegen, wer welches Geschlecht haben darf und wer nicht?

deutsche Gesetzgebung arbeitet gegen mich. Allein dass trans Personen einer eigenen Gesetzgebung unterliegen, ist schon ein Bekenntnis gegen jegliche Gleichstellung. Es geht ums sogenannte Transsexuellengesetz (TSG). Es ist seit Januar 1981 in Kraft und erreicht somit bald sein 40-jähriges Bestehen. Die Glückwünsche setze ich an dieser Stelle mal aus.

Für mich bedeutet das, dass es nur durch mein Geschlecht allein, nur durch meine Existenz, bereits nötig ist, dass ich mich mit diesem Gesetz beschäftige. Für die rechtliche Anerkennung meines Frauseins musste ich nicht nur acht Monate meiner Lebenszeit für eine gerichtliche Anhörung, zwei mehrstündige Gutachtensitzungen und viel Wartezeit investieren, sondern auch 1.200 Euro für Gutachten und Verwaltungsgebühren bezahlen und mit der völligen Offenlegung meines Privatlebens gegenüber fremden Personen umgehen.

In zwei ärztlichen Gutachten wurde unter anderem genau festgehalten, wie ich aufgewachsen bin, welche Schulbildung ich bekam, welche berufliche Entwicklung, was für familiäre Verhältnisse, welche sexuellen und romantischen Beziehungen ich hatte und ebenso weshalb ich mich kleide, wie ich es tue – und sogar wie meine Stimme klingt musste da festgestellt werden. Das Ergebnis: Meine Stimme klingt „weiblich“ und ich kann das durch lautes Lesen und Singen zeigen.

In den 40 Jahren wurden verschiedene einschneidende Passagen des Gesetzes mit dem Grundgesetz als unvereinbar eingestuft. Passagen wie der Operationszwang, also verpflichtende operative Eingriffe wie Vulva- und Vaginalplastik, Mastektomie oder auch der Zwang zur Sterilisation wurden 2011 nach verschiedenen Klagen aufgehoben. Dennoch ist dieses juristische Ungetüm noch da. Ein Geschlechtsidentitätsgesetz, das die Anpassung des Geschlechtseintrags ohne Begutachtung ermöglichen könnte, wie es in anderen Ländern bereits existiert, lässt bei einigen Leuten aber die Sorge aufkommen, dass es cis Männer massenweise ermutigen könnte, ihren Geschlechtseintrag zu ändern, um Räume für Frauen zu betreten. Hier werden also mal wieder die Rechte von mehrfach marginalisierten Personen dem möglichen Handeln von cis Männern untergeordnet.

Für meine Frau und mich ist es aktuell ein Problem, dass das TSG auch nach den vielen „Lockerungen“ in der Praxis bedeutet, dass meine Frau in der Geburtsurkunde unseres Kindes neben einem nicht existenten Mann aufgeführt ist. Allein das zu erreichen, hat fast zwei Monate gedauert, da wir „ein Fall“ waren, den das Standesamt „so noch nie zuvor hatte“. Die Alterna-

tive wäre gewesen, so zu tun, als wäre ich nicht die Mutter meines leiblichen Kindes, um es dann in einem langen und aufwändigen Verfahren zu adoptieren, um dann als zweite Mutter mit meinem Namen erfasst zu werden. Andere Optionen gibt es rechtlich derzeit nicht. Eine geschlechtsneutrale Erfassung von Eltern und Erziehungsberechtigten existiert in Deutschland nicht.

Transgeschlechtliche Menschen werden ständig bewertet. Es wird stets über unsere Geschlechter geurteilt. Wir werden dafür kritisiert, mit welcher Anhängigkeit wir Respekt für unserer Existenz einfordern. Das klingt irgendwie bekannt? Körperliche und

geschlechtliche Selbstbestimmung fordern und fordern zu müssen, weil man sie von alleine nicht bekommt? Genau, wieder so ein Anspruch des Feminismus.

Doch wenn es „nur“ um Selbstbestimmung geht: Wieso ist es so vielen Cisgendern dennoch so wichtig, festzulegen, wer welches Geschlecht haben darf und wer nicht? Darauf gibt es zweierlei Antworten. Erstens: Transgeschlechtliche Menschen gelten als Störfaktor. Einfach, weil wir öffentlich existieren. Ja, das gilt auch für wichtige feministische Kämpfe, etwa um reproduktive Rechte. Bisher wird für das Frausein und die Mutterschaft aber immer noch das Gebären vorausgesetzt. Doch wir wollen nicht als zwangswaises Neutrum irgendwo „mitgedacht“ werden und warten, bis wir dran sind. Wir existieren hier und jetzt. Wir wollen die feministischen Kämpfe ja nicht aufhalten, sondern ein Teil davon sein. Mit unseren Geschlechtern und nicht getrennt davon, für die Sache. Wir wollen diese Kämpfe inklusiver, geschlechtersensibler und besser machen.

Gewalt durch cis Personen

Ein weiterer Grund, wieso Cisgendern mir mitunter verhalten begegnen, ist, dass einige Männer Angst haben, irgendwann nur noch für die Zeugung notwendig zu sein. Durch Frauen wie mich scheint diese Angst einen Anlass zu bekommen. Das kann zu einem erheblichen Bedrohungspotenzial führen. Nicht für die cis Männer, sondern für mich – ich werde von solchen Männern beleidigt, erhalte körperliche, oft sexualisierte Drohungen. Doch auch cis Frauen sehen sich durch meine Mutterschaft herausgefordert und stellen sie in Frage, weil sie die Mutterschaft als ihr Vorrecht sehen.

Statt Menschen zu respektieren und die Fähigkeit zur Reproduktion für sich zu betrachten, wird sie stets in zwei Kategorien eingeteilt und vergeschlechtlicht – gegen jede Lebensrealität. Hier zeigt sich die Wirkweise von Transfeindlichkeit, nämlich Einschluss und Ausschluss. Transgeschlechtliche Frauen werden vom Frausein ausgeschlossen und als Männer definiert. Trans Männer und viele nichtbinäre Personen wiederum, werden als Frauen vereinnahmt, ohne welche zu sein. Oftmals wird auch von „Frauen“ gesprochen, um Inklusion vorzugeben. Ja, auch zum „Frauen*(kampf)tag“.

Bei allen Attacken, ob Beleidigung oder gar Gewaltandrohung, geht es nie nur um den Titel „Mutter“, sondern um einen Angriff auf mein Frausein und meine Weiblichkeit. Doch Frauen können alles sein. Manche sind lesbisch, manche transgeschlechtlich und manche Mütter. Manche sind all das gleichzeitig. Und 8. März ist jeden Tag.

Die rechtliche Lage

Das Transsexuellengesetz (TSG)

regelt die Änderung von Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit. Es gibt die „kleine Lösung“, bei der der Vorname geändert wird, oder die „große Lösung“, die eine Änderung des Geschlechtseintrags im Geburtsregister vorsieht.

Laut Paragraph 45b des Personenstandsgesetzes (PstG)

können Personen gegenüber dem Standesamt erklären, dass die Angabe zum Geschlecht durch eine andere Bezeichnung ersetzt oder gestrichen werden soll. Laut Absatz 3 muss durch eine ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden, „dass eine Variante der Geschlechtsentwicklung vorliegt“.



Hengameh
Yaghoobifarah
Habitus

Ursula, du Opfer, warum bist DU jetzt wütend?

Es fängt an mit einem „Wo kommst du eigentlich her?“. Manchmal ist es ein „Du sprichst aber gut Deutsch“ oder auch ein „Mit 15 Kilo weniger würdest du so gut aussehen“. Ein anderes Mal ist es ein Kompliment gemeintes „Es ist so mutig, dass du einfach dein Ding durchziehst“ – unklar, worauf genau es bezogen ist. Fühle ich mich in diesen Momenten als Opfer? Auf keinen Fall. Wenn, dann sind die Ursulas und Renates, die diese ungeliebten Kommentare von sich geben, Opfer. Zumindest verhalten sie sich so.

Wenn ich die Energie habe, fronte ich sie und weise nett darauf hin, dass ihre Fragen, Tipps und das „Lob“ unangebracht bis übergriffig sind. Zumal ich Ursula und Renate meist nicht mal persönlich kenne. Oft spare ich mir den Aufwand, weil ich weiß, was für ein Ratschwanz an emotionaler Arbeit wie Trösten eine solche Kritik mit sich zieht. Wenn ich großzügig bin, gebe ich den Leuten noch etwas Kontext dazu: dass es rassistisch ist, mich zu fragen, woher ich komme, und sich nicht mal mit meiner norddeutschen Geburtsstadt zufrieden zu geben. Dass es dickenfeindlich ist, ungefragte Selbstoptimierungstipps zu geben. Und so weiter.

Zu diesem Zeitpunkt müsste logischerweise eine Entschuldigung eintreten. So zumindest wäre der Gesprächsverlauf zwischen Menschen, die sich gegenseitig respektieren. Weil diese Menschen jedoch entweder unlogisch oder respektlos sind, tritt ein Plot-Twist ein (nicht wirklich; es ist mittlerweile Routine): Sie werden sauer. Manchmal werden sie vorher noch defensiv, wehren ab, suchen nach einer Legitimation dafür, warum es scheinbar völlig normale, menschliche Neugierde sei, Leute nach der Herkunft ihrer Eltern oder Großeltern zu fragen, weil sie nicht aussehen oder heißen wie die 98 anderen Leute aus ihrem Dorf (und nicht etwa Rassismus).

Aber auch nach diesen Erklärungen, die von der Fantasie und der Naivität eher an Grimms Märchen erinnern, tritt die Wut ein. Wie man ihnen denn so etwas Unerhörtes unterstellen könnte. (Just like that.) Dass sie aus den und den Gründen gar nicht so und so sein könnten. (Scheinbar können sie es ja doch, und zwar sehr gut.) Dass man ja heutzutage gar nichts mehr sagen dürfe. (Doch, haben sie doch gerade getan.)

Was mich an diesem vorhersehbaren Plot am meisten verblüfft, ist eigentlich Folgendes: Ich habe sie dafür kritisiert, etwas Diskriminierendes gesagt zu haben, und das in einem sehr gelassenen und wohlwollenden Ton. Ich könnte angepisst sein, bin es aber nicht. Sie schon. Und wie! Ich bin die Person, die (wenn auch nicht immer mit Absicht) angegriffen wurde, aber Ursula und Renate sind die Wütenden. Die Opfer. Ist zwar irgendwie absurd, aber sie sind auch Almans, und Deutschland ist ein Meister in Täter-Opfer-Umkehr. Opfer-Abos unterstellen Almans aber trotzdem denjenigen, die sich gegen Aggressionen wehren. Komisch.

Die Fünftage- vorschau

Mo., 11. 3.
Fatma
Aydemir
**Minority
Report**

Di., 12. 3.
Der Freund
von Nina
Damsch,
Journalistin
Lügenleserin

Mi., 13. 3.
Anja Maier
**Bäuerinnen-
frühstück**

Do., 14. 3.
Hannah
Reuter
**Blind mit
Kind**

Fr., 15. 3.
Der Sohn
von Leonore
Weissenbur-
ger, Unter-
nehmerin
Eier

kolumne
@taz.de

Geschäftsführerin Sheryl Sandberg träumt von einem sicheren Facebook
Foto: Bloomberg

talk of the town

Vertraue mir!

Facebook möchte sich künftig stärker auf den Schutz der Privatsphäre fokussieren. Doch wenn deren Chefs etwas versprechen, passiert am Ende meist das genaue Gegenteil

Von **Svenja Bergt**

Würde Facebook – größtes Online-Netzwerk der Welt, über zwei Milliarden aktive Nutzer:innen, Mutterkonzern von WhatsApp und Instagram –, würde dieses Facebook also im nächsten Leben als rhetorische Figur wiedergeboren, es wäre ein Oxymoron. Schwarzer Schimmel, stummer Schrei, offenes Geheimnis – das ist die Liga. Und wie es sich für Facebook als Unternehmen der Superlative gehört, spielt es natürlich auch in der Oxymoron-Liga ganz vorne. Der neueste Move: die Ankündigung, Daten von Nutzer:innen künftig schützen zu wollen. Quasi das – Achtung Oxymoron – privatsphärefreundliche Facebook.

„Wir haben hart daran gearbeitet, Datenschutz in all unsere Produkte einzubauen“, heißt es in dem Post des Facebook-Gründers, den Geschäftsführerin Sheryl Sandberg teilte und der, wie es Facebooks Art ist, gleich den ganz großen Wurf markieren soll: „Unsere Vision und Prinzipien, um eine privatsphärenzentrierte Plattform für Messaging und Netzwerk aufzubauen.“

Die Vision besteht dann aus mehr als 3.000 Wörtern, die gewohnt viel „Wir haben verstanden“ und erstaunlich wenig „Das werden wir jetzt tun“ vermitteln. Aber keine Angst – zum privatsphärefreundlichen Facebook wird es wohl kaum kommen. Das Unternehmen ist einfach nur ein Meister darin, auf den ersten Blick genau zu versprechen, was Nutzer:innen,

Es sieht nicht nach mehr, sondern nach weniger Datenschutz aus

Politik oder Aufsichtsbehörden wollen – und dann am Ende doch zu machen, was dem Konzern selbst nützt.

Zum Beispiel WhatsApp. Als Facebook vor fünf Jahren den Messaging-Dienst übernahm, versprach es: Daten von WhatsApp-Nutzer:innen landen nicht bei Facebook. Zwei Jahre später war das Versprechen gebrochen. Oder die 2-Faktor-Authentifizierung. Soll vordergründig den Zugang zum Account weniger angreifbar machen, da

Nutzer:innen Codes per SMS bekommen, wenn sie sich von einem unbekanntem Gerät einloggen oder jemand anders das versucht. Praktisch für Facebook: Das Unternehmen bekommt die Telefonnummern. Und nutzt die auch für Werbezwecke.

Fällt also bei dem, was Facebook nützt, etwas ab, was den Nutzer:innen mehr Nähe, Sicherheit oder Privatsphäre gibt oder suggeriert, ist das in Ordnung, aber nicht das primäre Ziel. Unter dieser Prämisse muss man auch die Ankündigung aus dem Blog-Post, die Kommunikation von Nutzer:innen Ende zu Ende verschlüsseln zu wollen, betrachten – übrigens eine der wenigen einigermaßen konkreten Maßnahmen, die darin auftauchen. Bei einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung hätte Facebook zwar keinen Zugriff auf die Inhalte. Macht aber nichts: Denn für das Unternehmen sind Metadaten – also wer mit wem von wo wie oft und wie lange kommuniziert – längst viel interessanter. Die lassen sich einfacher automatisiert auswerten und so werberrelevante Informationen gewinnen.

So ist es nur konsequent, dass es in dem Post heißt, Nutzer:innen dürften „niemals Zweifel haben, mit wem sie gerade kommunizieren“. Nun, die meisten Nutzer:innen werden, was ihren Freundeskreis angeht, ganz gut wissen, mit wem sie es zu tun haben, selbst wenn die Gegenüber unter Pseudonym auftreten. Und bei Fremden hilft meist auch der reine Name nicht weiter. Wer allerdings davon profitiert, wenn alle unter ihrem Klarnamen auf Facebook unterwegs sind: das Unternehmen selbst. Denn persönliche Daten sind natürlich in Kombination mit dem Namen viel mehr wert. Und mit Pseudonymen wird es auch auf WhatsApp und Instagram ganz schnell vorbei sein, wenn das Unternehmen die angekündigte komplette Verzahnung der Dienste erst einmal umgesetzt hat.

Es sieht also gerade nicht nach mehr, sondern nach weniger Datenschutz aus. „Als Gesellschaft haben wir die Möglichkeit, zu entscheiden (...), wie stark wir private Kommunikation wertschätzen“, heißt es gegen Ende des Posts. Es ist einer dieser schön klingenden Gedanken, denen sich nicht widersprechen lässt. Die aber leider komplett folgenlos bleiben werden.



taz shop

Jutenetz

Wie wär's, wenn Sie zur Abwechslung mal mit der Naturnetzwerken? Zum Beispiel mit einjährigen Kletterpflanzen wie Kapuzinerkresse, Wicke, Schwarzügige Susanne oder Bohnen. Von Tildenet. Maße: 2 x 5 m.



€ 12,00

10% Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (030) 25902138 | tazshop@taz.de | www.taz.de/shop

die wortkunde

'unfu:k

Ständig raunzt es „Scheiße“, „Bullshit“ oder „Fuck“ durch die Straßen und Großraumbüros – dabei gibt es ein viel schöneres Wort. Aber dieses Wort stirbt. Die Rede ist vom UNFUG. Der Unfug lässt sich *treiben* und *anrichten*, alleinstehend ist er fast niedlich, in seiner Steigerung aber *grob*, wie grobe Leberwurst. Unfug gehört zu den unterrepräsentierten deutschen Wörtern, zu den linguistischen Minderheiten, so wie Humbug, Kokolores, Mumpitz oder Schmu.

Eine Institution könnte helfen: der Verein Deutsche Sprache. Dieser Verein könnte den guten, alten Unfug retten. Doch

was tut er? Er bastelt ein merkwürdiges neues Wort zusammen: „Gender-Unfug“. Wie bitte?

„Schluss mit dem Gender-Unfug!“ krakeelen die üblichen verdächtigen Dudes in einem am Donnerstag veröffentlichten Aufruf in die Welt hinaus – und geben dabei auch noch vor, sie seien an Frauenrechten interessiert. Helfen würden „lächerliche Sprachgebilde“ wie Studierende, Arbeitnehmende und „Luftpiratinnen“ (!) den Frauen nämlich nicht, erklärt das hauptsächlich männliche Verfasser*innenquartett. Schließlich sei Angela Merkel Bundeskanzlerin geworden, so

gar dem widrigen Umstand zum Trotz, dass im Grundgesetz ausschließlich vom „Bundeskanzler“ im männlichen Genus die Rede sei. Nun aber sei ein „zerstörerischer Eingriff“ in die deutsche Sprache zu befürchten.

Diese Sorge teilen Unterstützer*innen mit barrierearmen Titeln wie Prof. Dr. Dr. h.c. Der „Gender-Unfug“ scheint für diese Menschen eine Steigerung des *grogen* Unfugs zu sein. Grober Unfug, um es erneut mit der Leberwurst zu sagen, wurde nicht oft genug durch den diskursiven Fleischwolf gedreht. Mit dem „Gender-Unfug“ verhält sich das ähnlich. Das beste

Argument dafür liefern die Kritiker*innen sogar selbst. Die gendergerechte Sprache sei nämlich „konsequent gar nicht durchzuhalten“ – heißt übersetzt: „Das ist so mühsam, so langwierig und wir leben doch auch ohne ganz super“.

Wer hier zum „Wir“ gehört, das wird mal wieder nicht weitergedacht. Und ja, Kämpfe um Gleichberechtigung erfordern Mühe. Auf der Straße, im Duden und nicht zuletzt im Kopf. Wer das nicht auf sich nehmen mag, schreibt Widerstandsschriften. Das andere Wir ist derweil beschäftigt – mit der Rettung des Unfugs. *Lin Hiers*

Zurück in die Zukunft

„Feminismus Revisited“ von Erica Fischer ist ein Buch gegen die Geschichtsvergessenheit. Statt mit Referaten über die gute alte Zeit, mit Neugier für die Kämpfe jüngerer Generationen



Hört zu, setzt sich aus: die Autorin Erica Fischer
Foto: Massimo Cortini

Von Katrin Gottschalk

Jung gegen Alt. Netz-feministinnen gegen 70er-Jahre-Feministinnen. Anne Wizorek gegen Alice Schwarzer. Diese Gegensatzpaare füllen seit einigen Jahren Medien und Podien. Nur, ist dieser Konflikt nicht konstruiert?

Gut, die inhaltliche Divergenz zwischen Anne Wizorek und Alice Schwarzer ist offensichtlich. Nur ist es eben etwas substanzlos, den Ursprung der Kontroverse im unterschiedlichen Alter der beiden Feministinnen zu suchen. Jung und Alt stehen nicht per se in Feindschaft zueinander.

Erica Fischers neues Buch „Feminismus Revisited“ (Berlin Verlag 2019) ist Beleg für Kontinuitäten in feministischen Positionen seit dem Beginn der Neuen Frauenbewegung. Der Titel des Buches ist wörtlich zu verstehen: *revisited* – die Publizistin war schon mal da und kommt jetzt wieder zurück, schaut sich noch einmal um.

Fischers aktivistische Heimat ist die Autonome Frauenbewegung der 70er Jahre. In Wien gründete die Österreicherin die Aktion Unabhängiger Frauen (AUF) mit, aus der 1974 die gleichnamige Frauenzeitschrift entstand. Österreich hatte so ein feministisches Sprachrohr, noch vor Deutschland mit der *Courage* und *Emma*.

Die Aktivistin Fischer war also schon früh auch als Publizistin tätig, damals übrigens im Gegensatz zu heute völlig ohne Aussicht auf ein Veröffentlichung in größeren Medien oder gar gegen ein Honorar. Gehör bei einem größeren Publikum verschaffte sie sich erstmals 1976. In der Talkrunde „Club 2“ im ORF sprach sie über sexualisierte Gewalt und stritt sich ausgiebig mit einem Polizisten, der sich zu Ausführungen über „vergewaltigungswillige Frauen“ hinreißen ließ. Der Skandal machte Fischer berühmt.

Personen, die in den 70er Jahren noch nicht einmal geboren waren, ist die 75-Jährige vor allem durch ihr 1994 erschienen Buch „Aimée & Jaguar“ bekannt – genauer, durch die Verfilmung mit Maria Schrader und Juliane Köhler in den Hauptrollen. Die Geschichte einer lesbischen Liebe zwischen einer Jüdin und einer Nazimitläuferin zur Zeit des Nationalsozialismus wurde

zu einem Weltbestseller, übersetzt in 20 Sprachen. Nun blickt die seit Mitte der 90er Jahre in Berlin lebende Autorin mit Neugier auf die jüngeren Feministinnen. „Dank der klugen Stimmen und Texte junger Frauen ist mein Interesse am Feminismus neu erwacht“, schreibt sie zu Beginn ihres Buches.

Jung, das ist aus Sicht von Erica Fischer auch die 48-jährige Mithu Sanyal – aus Perspektive einer 20-Jährigen wohl eher eine „steinalte“ Feministin. Aber genau das ist es – eine Frage der Perspektive. Diese versucht Fischer mithilfe von neun Gesprächspartner*innen in ihrem Buch immer wieder zu wechseln und zu variieren.

Wir treffen bei Erica Fischer alte Bekannte wie Mithu Sanyal und Hengameh Yaghoobifarah, beide taz-Kolumnist*innen. Fi-

Fischer ermöglicht hier einen Raum, der atmet und Platz für Zweifel und ehrliches Selbstbefragen lässt

scher spricht auch mit der Sexarbeiterin Marleen, der Journalistin Katrin Rönicke, der Transperson Parisa Mandana, der Politikerin Agnieszka Brugger und drei jungen Aktivistinnen aus Niederösterreich.

So entsteht im Buch ein ganzes Kaleidoskop an Perspektiven – ostdeutsch, muslimisch, trans, of Color, sexarbeitend – und an Themen: von Schwangerschaftsabbrüchen, Gewalterfahrungen, Sexismus, Lohnungleichheit, Rassismus, Transfeindlichkeit, Religion, Mutterschaft bis hin zu Krieg und Frieden.

Fischer beschreibt die Begegnung mit den jeweiligen Protagonist*innen aus ihrem sehr persönlichen Blick. Sie gesteht sich und ihren Leser*innen etwa ein, dass sie eine der drei Niederösterreicherinnen, die sie trifft, schön findet. „Die Vollkommenheit von Noras zarter Gestalt, ihr offener Blick und die Schlüsselbeine über ihrem Ausschnitt lenken mich ab von dem, was sie sagt, ich gebe es zu. Ich

muss mich daran erinnern, dass auch ich einmal so glatte Arme und Schultern hatte. Und doch war ich unglücklich.“

Reflexionen wie diese zeigen nicht nur die Offenheit der Gesprächspartner*innen, von denen manche über zum Teil sehr intime Verletzungen sprechen. Fischer zeigt sich in solchen Momenten immer wieder selbst als verletzte Person, die nicht nur aus der Ferne bewertet, sondern sich ins Verhältnis setzt, mit aller Ehrlichkeit.

Dogmatismen sind Fischers Sache nicht. Während der Student*innenbewegung 1968 schreckte sie das aggressive Auftreten der Männer und Frauen ab – bis sie zu wissen glaubte, dass das Patriarchat allem schuld sei. „Erst später erkannte ich, dass diese Erklärung zu kurz griff, aber das spielte damals keine Rolle. Die Erleichterung über diese Erkenntnis verlieh mir Flügel.“

Dass sie früher ein „gewisses Ressentiment“ gegenüber Transfrauen empfand, gibt sie aufrichtig zu. Auch, dass sie erst später begriff, was eine Person dazu bringt, eine Geschlechtsangleichung vorzunehmen. „Feminismus Revisited“ ermöglicht durch Freimütigkeiten wie diese einen Raum, der atmet und Platz für Zweifel und ehrliches Selbstbefragen lässt.

Dass diese Offenheit in sozialen Medien durch Beschimpfungen wie „TERF“ (trans exclusionary radical feminist) fehlen, kritisiert sie entsprechend: „Im derzeitigen Konflikt sehe ich berücksichtigungswerte Argumente auf beiden Seiten. Ich habe gelernt, zuzuhören und dazuzulernen, sollte ich erkennen, dass meine vertrauten Meinungen revisionsbedürftig sind.“

Also trifft Erica Fischer sich für ihr Buch mit Hengameh Yaghoobifarah. Yaghoobifarah ist aktuell sicherlich eine der umstrittensten, sehr meinungsstarken feministischen Stimmen. Fischer beschreibt zunächst ihre Scheu, die etwa 50 Jahre jüngere anzusprechen. „Hengameh würde denken: Häh? Was will denn die Olle von mir?“ Es ist die Scheu einer Person, die nicht in der queer-feministischen Blase lebt und diese vorsichtig erkundet.

Fast scheint Fischer überrascht zu sein, als Yaghoobifarah beim gemeinsamen Gespräch „freundlich und respektvoll“ ist. Genau das kann im besten Fall

passieren, wenn Menschen sich kennenlernen und einander zuhören, es entsteht Nähe.

Fischer gibt ihren Gesprächspartner*innen sehr viel Raum, um über ihre politischen Kämpfe und Perspektiven zu berichten. Mitunter wird so an mancher Stelle das Buch etwas zäh für diejenigen, die die Debatten der letzten Jahre sehr intensiv verfolgt haben. So manche Ausführung zu Ermächtigungsaspekten der Sexarbeit konnten an anderer Stelle schon vernommen werden.

Was Fischer aber durch die vielen Zitate schafft, ist eine praktische Umsetzung des „Raumgebens“, *giving space*, als Form von feministischer Solidarität. Von Akteur*innen mit einer hohen Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit wird immer wieder gefordert, sie sollten denjenigen, die dort zu wenig stattfinden, Gehör verschaffen. Fischer tut dies nicht mit großer Geste und Ankündigung, sondern schlicht aus Interesse.

Zwischen bekannten Positionen und Argumente finden sich aber auch immer wieder neue Aspekte, etwa beim bereits erwähnten Thema Sexarbeit. Im Austausch mit der Expertin entsteht die Forderung nach einer Supervision von Sexarbeitenden. Nicht als Traumatherapie, sondern als Möglichkeit, über Alltagserfahrungen zu sprechen: „Marleen und ihre Kolleg*innen sprechen über ihre Arbeit. Aber eben vielleicht nicht über alles, worüber zu reden ihnen guttun würde.“

Es ist an vielen Stellen wohl-tuend, aktuelle feministische Debatten mit dem Blick einer Frau zu betrachten, die aufmerksam auf die jüngere Generation blickt und dabei immer wieder auch an frühere Kämpfe und Inszenierungen erinnert, die noch heute Aufsehen erregen würden. Inspiration könnte etwa eine Aktion aus den 70ern für die Fristenlösung von Schwangerschaftsabbrüchen sein: „Einmal legten wir blutgetränkte Tampons ins Weihwasser der Stephanskirche (es war kein richtiges Blut) und trugen bei einer Demonstration eine ans Kreuz genagelte Sexpuppe mit.“

„Feminismus Revisited“ ist nicht nur ein Zuhören, was Jüngere zu alten feministischen Forderungen zu sagen haben. Das Buch ist auch eine Reflexion über Fischers eigenes Leben, im

Exil geboren, im postnazistischen Wien aufgewachsen. Wie sie dort aufgenommen wurde, beschreibt eine kleine Szene: Ihre Mitschüler*innen nannten sie „Kaninchen“, weil ihre Mutter nach britischer Art ein Salatbrot aufs Pausenbrot legte.

Fischer berichtet von sexualisierter Gewalt, die sie verdrängt hatte. Von persönlichen Konflikten mit ihrer Mutter. Von ihrer Unsichtbarkeit als ältere Frau. Von ihrer Recherche zum Buch „Aimée & Jaguar“. Wie das Schreiben des Buches überhaupt erst dazu geführt hat, dass sie sich mit der eigenen jüdischen Familiengeschichte auseinandergesetzt hat. Welche Dreistigkeit sie darin findet, dass Lilly Wust als aktive Profiteurin des Naziregimes „die Deutschen“ hasste und ihre beiden Söhne als Juden in eine Schule eingeschrieben hatte.

Auch wenn Erica Fischer die Jahre sicherlich altersmilde geworden ist, wie sie sagt, scheinen in Passagen wie der über

„Aimée & Jaguar“ durchaus auch die Kraft der ehrlichen Empörung durch. Es gibt schließlich noch einige Forderungen der feministischen Bewegung, die Fischer noch längst nicht als eingelöst sieht. Sie stört sich an der ökonomischen Ungleichheit „als zentrales Element der phalokratischen Ordnung“, an der Vermischung von Fremden- und Frauenfeindlichkeit.

Am Ende fordert Erica Fischer in ihrer Bestandsaufnahme des Feminismus nichts weniger als einen Umsturz: Wie könnte eine feministische Revolution aussehen? Die Frage ist so aktuell wie ein im Buch veröffentlichter Essay dazu, den sie bereits 1989 schrieb. Dass eine Aktivistin diese Frage auch noch 30 Jahre später umtreibt, sie sich eingesteht, nicht alles dazu bereits gelesen und gehört zu haben – darin liegt die Kraft des Buches. Wenn die Feminist*innen von heute ähnlich wach altern, sieht die Zukunft gar nicht so übel aus.

berichtigung

Anders als am Vortag und auch sonst immer ist die taz am Frauen*kampftag eine taz ohne Männer. Doch an zwei Stellen sind wir an unsere Grenzen gestoßen. Eine Anzeige bildet Männer ab. Darauf können wir keinen Einfluss nehmen, die taz trennt Verlag und Redaktion. Auch manche Fotos sind von Männern – denn sie stellen die absolute Mehrheit der Agenturfotograf*innen. Arbeiten wir daran, dass sich das ändert.

Anzeige

FREI

12.–17.03.2019

ZUM STAND DER FREIHEIT IN EUROPA

www.goethe.de/freiraum

RAUM

Verpuffte Frauenpower

Die Ausstellung des MalerinnenNetzWerks Berlin-Leipzig verpasst den Diskurs

Von Sarah Alberti

Wer dieser Tage durch das Untergeschoss des Museums der bildenden Künste Leipzig spaziert, der trifft auf über 300 Kunstwerke. Vor allem Maleien auf Leinwand, aber auch Zeichnungen, Objekte, Skulpturen und Installationen. Werke von 28 Künstlerinnen. Sie sind organisiert im 2015 gegründeten „MalerinnenNetzwerk Berlin-Leipzig“, kurz MNW. Laut Wandtext versteht es sich als Plattform für zeitgenössische Malerei, hat zum Ziel, Sichtbarkeit von Künstlerinnen in der Öffentlichkeit zu erhöhen und deren Austausch und Vernetzung zu fördern. Dafür trifft man sich zu Atelierbesuchen und „intensiven Gesprächen“.

Nun sind die 28 erstmals in einer umfangreichen Museumsausstellung zu sehen. Die einzelnen künstlerischen Positionen würden sich in der gemeinsamen Schau verbinden, behauptet das museale Wandtattoo. Auch der Ausstellungstitel würde darauf anspielen: „Voix“, Französisch für „die Stimme“ oder „die Stimmen“.

Sich zu vernetzen ist heute das größte Kapital, das gilt nicht nur für die Kunstwelt. Und wenn Malerinnen feststellen, dass sie dies bisher zu wenig getan haben, dann ist es legitim und gut, das zu ändern. Das kann jede für sich tun oder eben in einem in diesem Fall als Verein organisierten Netzwerk. Auch regelmäßige Ateliergespräche im geschützten Rahmen empfindet wohl jede Künstlerin im rauen Einsamkeitswind nach dem Kunststudium als Wohltat. Ob jedoch das gemeinsame Ausstellen den gewünschten Effekt hat, ist fraglich: Rücken nicht die Werke in den Hintergrund, wenn alles, was sie eint, das biologische Geschlecht ihrer Erschafferinnen ist? Die anscheinend basisdemokratische Kuratierung (das Leipziger Museum hat sich rausgehalten, kuratiert haben die Künstlerinnen selbst) erzeugt geradezu Mitleid mit guten Werken, da diese zwangsläufig durch die Brille des Netzwerkes und damit durch die Gender-Brille betrachtet werden.

Und so scheitert diese Ausstellung an der Herausforderung, ein Netzwerk auszustellen: „Voix“ gleicht einem in den Ausstellungsraum transferierten Portfolio-Stapel, in dem sich jede Künstlerin präsentiert, wobei die handwerkliche wie künstlerische Qualität vieler Werke überzeugt. Doch Besucher erfahren weder, warum es nun ausgerechnet Malerinnen aus Berlin und Leipzig sind, die sich hier zusammengeschlossen haben, noch, wo deren gemeinsame Reise hingehen soll. Wenn jedoch die einzige kuratorische Klammer eben diese strukturelle ist, bin ich als Mu-

seum in der Verantwortung gegenüber den Künstlerinnen wie den Besucherinnen, über die dringenden strukturellen Fragen der Kunstwelt zu sprechen: über männliche Professoren, die männliche Studierende bevorzugen. Über Galeristen, die die Zusammenarbeit beenden, weil ein Kind unterwegs ist. Über Stipendienprogramme, die nur selten darauf ausgelegt sind, die Familie für drei Monate mit an einen anderen Ort nehmen zu können.

Auf ein diskursives Rahmenprogramm, das diese Themen abbildet, hat das Museum leider verzichtet. In Zeiten von #MeToo, Gender Studies und einem Kunstmagazin *monopol*, das die letzte Ausgabe dem Kinderkriegen in der Kunst widmet, eine vertane Chance. Dabei hätte es vor Ort genug Gesprächspartner gegeben: Julia Schäfer, Kuratorin an der Leipziger Galerie für Zeitgenössische Kunst, sprach im November 2017 im Rahmen einer Veranstaltung an der Kunsthochschule über das Phänomen, das Künstlerinnen trotz überproportionaler Präsenz in den Ausbildungsgängen noch immer unterrepräsentiert sind. Im Juni 2018 gab es dazu in Leipzig den Aktionstag #wesenfreiheit, an dem sich Kunst- und Musikhochschulen öffentlich zu #MeToo, #notsurprised und der Debatte über die Freiheit der Kunst im Widerstreit mit der Freiheit der Künstlerinnen positionierten.

Und die Leitung des Museums hat für diese Themen eine gewisse Sensibilität: So wurde

Anzeige



dort etwa Petra Mattheis ausgestellt, die sich künstlerisch mit der Menstruation auseinandersetzt, sowie im Rahmen von „Virtual Normality“ weibliche Netzkunst präsentiert. Abgesehen von einer Führung mit Workshop zum Frauentag, der laut Facebook-Ankündigung mit „kritischem Blick“ die Rolle der Frau in der Kunst, in Museen und Sammlungsbeständen hinterfragen will, bleiben die Besucher dennoch allein mit dem Gemischtwarenladen.

bis 7. April, Leipzig, <http://malerinnennetzwerk.com>

Die Person bleibt unnahbar

Die Heiterkeit war eine Frauenband, inzwischen ist sie zu einer Ein-Frau-Band geworden. Geblieben sind die sonore Stimme von Stella Sommer und ihr Sinn fürs Dramatische

Von Diviam Hoffmann

Stella Sommer gilt als düstere, nicoeske Performerin. Ihre Songs haben einen ausgefeilten Sinn fürs Dramatische. „Es ist schwierig, ein Lied übers Glücklichein zu schreiben, das irgendwas mit einem selber macht.“ Sommer lacht, während sie das sagt. Auf ihrem neuen Album „Was passiert ist“ treffen exaltierte, orchestrale Arrangements auf ihre sonore Stimme. „Man nennt es einsaaaaahaham“ ist so eine Zeile, in der langgezogene Vokale einen durch den Song tragen. Dazu knarzen im Hintergrund Synthesizer und ein Upbeat bildet einen Gegenpol zum dunklen Songtext.

„Was passiert ist“ heißt das neue Album der ursprünglich Hamburger Band. Mittlerweile operiert aber nur noch Stella Sommer als Die Heiterkeit – und das aus Berlin. Sie schreibt die Texte, komponiert die Musik und stellt eine Live-Besetzung zusam-

Das emanzipatorische Potenzial von Punk wurde der Heiterkeit nicht zugestanden

men. „Ich dachte auch bei diesem Album erst, ich fang einfach mal an und geb es dann an die Band weiter. Aber irgendwie habe ich gemerkt, dass dieses Vorgehen gar keinen Sinn mehr macht. Für mich ist es das fünfte Album gewesen, die anderen waren teilweise noch nie im Studio.“

Dazu kamen die unterschiedlichen Lebensmittelpunkte der Bandmitglieder, die nicht konstant waren. „Wenn man jedes halbe Jahr die Band-Konstellation wechselt, dann kommt man ja auch nie dazu, eingespielt zu sein.“

Also nahm Sommer das neue Album alleine mit ihrem Produzenten auf, mit dem auch schon der Vorgänger entstanden war, ein 20-Song-Epos namens „Pop & Tod I + II“. Dieses Doppelalbum war geprägt von Chören und Mehrstimmigkeit, ein Element, das nun zurückgetreten ist. „Ich hatte mir das ein bisschen übergehört“, sagt die Künstlerin. „Ich fand es gut, dieses Mal andere Sachen dafür sorgen zu lassen, dass Harmonien reinkommen. Und dann ist es auch so, dass man durch die Drei- oder Vierstimmigkeit sehr darauf limitiert ist, dass man genug Frauen mitnimmt, wenn man live spielt – und es ist nach wie vor einfach schwierig, solche zu finden.“

Woran liegt es, dass Frauen seltener Profimusikerinnen werden? „Es reicht bei Frauen oft nicht aus, dass sie ein Instrument gut beherrschen und sich darauf konzentrieren“, meint Sommer. „Sie müssen dann immer gleich auch noch anderes können.“

Als Die Heiterkeit sich vor zehn Jahren gründete, hatte nur Sommer eine musikalische Ausbildung. Um die Band gab es viele Gerüchte, bevor überhaupt das erste Konzert gespielt war. Ein Smiley mit einem geraden Strich als Mund wurde ihr Bandlogo, bildete mit dem Namen einen Widerspruch, der sich auch in der inszeniert mies gelaunten Ausstrahlung der Band manifestierte. Dazu kam das dunkle Timbre von Sängerin Sommer und ihre beiläufige, nonchalante Intonation.

Geredet wurde aber vor allem darüber, dass Frauen hier Instrumente bedienten, die sie nicht perfekt spielen. Bewegungen von Punk bis Geniale Dilletanten haben



Stella Sommer schreibt immer größere Pop-Balladen Foto: Zoe Sanli

sich diese Machart in die DNA geschrieben, der Heiterkeit aber wurde das emanzipatorische Potenzial dieser DIY-Bewegungen nicht zugestanden. „Das ist der Unterschied, dass Männern ja auch zugetraut wird, das Musikmachen wirklich zu können. Sie machen das dann aus freien Stücken, den Dilettantismus, weil sie das cool finden. Bei Frauen-Bands wird davon ausgegangen, dass sie es nicht besser können“, sagt Sommer heute.

Dass die Band nur aus Frauen bestand, war allerdings kein Konzept, sondern ganz selbstverständlich: „Wir waren eben Freundinnen“, sagt Sommer. „Ich war zwar schon mal in einer Band, aber das ist was anderes, wenn man noch mal neu zusammen anfängt.“ So punk dieser Ansatz ist, einfach herauszukommen, so gemischt waren die Reaktionen auf die ersten Songs und das erste Album der Heiterkeit Anfang des Jahrzehnts. „Der Unterschied war, glaube ich, nur, dass es halt nicht so viele andere Frauen gab, die das gemacht haben. Es war sofort ein ziemlicher Druck drauf.“

Ohne die klassische Bandbesetzung aus Bass, Gitarre und Schlagzeug schreibt Stella Sommer nun immer größere Pop-Balladen. Die Musikerin, die ursprünglich aus St. Peter-Ording kommt, hat sich die Harmonien bei Teenage-Popbands der Sixties abgeschaut. „Ich war der größte Pop-Fan, den man sich vorstellen kann und hab wirklich alles aufgesogen, was ich zu dem Thema finden konnte. Vor allem 60er-Jahre-Musik

hat mich fasziniert“, sagt Sommer. Seit sie ein Teenager ist, schreibt sie Songs, erst auf Englisch. Dass man auch auf Deutsch singen kann, darauf kam sie erst in Hamburg.

Das anglophone Songwriting war zuletzt auch auf ihrem Solo-Album zu hören. Mit „13 Kinds of Happiness“ erforschte Stella Sommer, wie Einsamkeit und Glück einander bedingen, ließ beide Gefühle düster und melancholisch klingen. „Einsamkeit oder Glück – das macht nicht so einen Unterschied“, sagt Sommer und lacht. „Einsamkeit, Orientierungslosigkeit, Desillusionierung“, diese Themen stehen nun auch im Fokus ihrer Platte als Die Heiterkeit.

Dabei bleibt die Person, die da singt, so unnahbar wie ihr Gegenüber. Poetische Zeilen wie „Die Zeit ist wie ein Gummiband, das man zwischen Menschen spannt“ wechseln sich ab mit vagen Worten, die einen in die Irre führen und manchmal auch überzeichnen. In „Ich sehe dich am liebsten“ geht es um Sehnsucht in Zeiten von Instagram. Dazu erklingen Crescendi aus Becken und Pauken, Bläser setzen zur dramatischen Untermauerung an.

„Was passiert ist“, das fünfte Album der Heiterkeit, versammelt große Gesten, aber genau das, was der Titel verspricht, die Antwort auf die Frage, was passiert ist, die bleibt offen.

Die Heiterkeit: „Was passiert ist“ (Buback). Demnächst auf Tour in Deutschland, Österreich und der Schweiz

taz am wochenende

Das Geschäft mit dem Blut

Das Blut eines Ukrainers soll gewaschen werden, aber sauber ist am Ende nur das Geld, das kriminelle Zwischenhändler mit gefälschten Dialyseprodukten verdienen. Ein deutscher Pharmakonzern arbeitet mit ihnen zusammen

Morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten.

taz.de/we



FOTO: ANASTASIA VLASOVA

„Wir wollen eine Lücke füllen“

Interview Lin Hierse

taz: Frau Vu, Frau Tran, die erste Folge von Rice and Shine ging vor etwas mehr als einem Jahr online. Was haben Sie gelernt?

Vanessa Vu: Wir haben mit dem Podcast angefangen, weil es in unserer Jugend keine Medien gab, die unsere Perspektiven als Kinder vietnamesischer Gastarbeiter auch nur halbwegs abbilden konnten. Diese Lücke wollten wir irgendwie mit unserem Podcast schließen – hatten aber ehrlich gesagt keine genaue Ahnung, wie wir das machen sollen oder was rauskommen würde. Wir wussten nur, dass etwas fehlt und lernen mit jeder Folge, was genau dieses Etwas ist.

Minh Thu Tran: Gleichzeitig lernen wir durch das Feedback von Hörer*innen viele vietdeutsche mit Perspektiven kennen, die uns noch nicht vertraut waren. Wir als cis-hetero Frauen können bestimmte Perspektiven ja gar nicht abbilden. Also laden wir Gäste ein und lassen sie erzählen. Diese Vielfalt ist uns wichtig.

War von Anfang an klar, dass Sie einen Podcast machen?

Vu: Nein, Minh Thu wollte YouTube-Videos machen, aber ich wollte nicht vor die Kamera.

Warum YouTube?

Tran: Für mich war das in meiner Jugend das Medium, worüber ich die meisten diasporischen Inhalte mitbekommen habe. In meiner Teenagerzeit habe ich Tage damit verbracht, Videos von Asian Americans anzuschauen. Ich bin ja aber auch Radiojournalistin, und ein Podcast ist barrierefreier, was die Produktion und den Zugang angeht.

Vu: Aber YouTube hat schon Vorteile. Die jungen Leute hängen da rum und die Vielfalt, die wir nur über den gesprochenen Inhalt transportieren, könnten wir da visuell zeigen. Das wäre Repräsentation auf einer weiteren Ebene. Für die visuelle Ebene nutzen wir Instagram, das funktioniert erstaunlich gut.



Vanessa Vu (re.) und Minh Thu Tran im Dong Xuan Center in Berlin
Foto: Valerie-Siba Rousparast

Vanessa Vu und Minh Thu Tran möchten mit ihrem Podcast „Rice and Shine“ vietdeutsche Perspektiven abbilden. Ein Gespräch über Identität und Medien

Zum Beispiel sieht man da Ihre Katzen, wenn Sie mal wieder in einer Nachtschicht die nächste Folge schneiden ...

Vu: Ich hätte nicht gedacht, dass es so persönlich wird. Aber gerade wenn wir uns geöffnet haben, haben das auch sehr viele unserer Hörer*innen getan. Je anekdotischer wir wurden, desto wertvoller fanden unsere Hörer*innen die Folgen. Wir setzen aber auch Grenzen.

Wo zum Beispiel?

Vu: Ich will nicht über jedes Thema reden, Sex und Dating zum Beispiel. Wir reden stattdessen sehr viel über Essen. Das hat auch eine Vorgeschichte: Wir sind zusammen zur Journalismus-Schule gegangen und haben da abwechselnd füreinander gekocht, weil die Kantine zu teuer war.

Fühlt es sich manchmal an, als würden Sie auf Identitäts- und Herkunftsthemen reduziert werden?

Tran: Was den Podcast angeht, nein. Da können wir alle Themen so denken und diskutieren, wie wir möchten. Das ist befreiend und auch anders, als im beruflichen Kontext über Rassismus und Migration zu reden.

Vu: Es ist ja eigentlich umgekehrt. Diese Themen finden in den Massenmedien kaum Beachtung, gerade asiatisch-deutsche Perspektiven gibt es quasi nicht. Es gibt nur den weißen Blick darauf. Das versuchen wir zu ändern. Ich habe noch so viele offene Fragen und es macht mir total viel Spaß, diesen Fragen nachzugehen.

Und außerhalb vom Podcast?

Vu: Ich finde schade, wie Migration im Journalismus manchmal als Thema zweiter Klasse abgestempelt wird. Wenn man es wirklich geschafft hat im deutschen Journalismus, dann macht man harte Innenpolitik,

berichtet über die Parteienlandschaft oder Wirtschaft. Dabei ist Migration ein riesiger Komplex, für den man nicht weniger wissenschaftlich qualifiziert sein sollte.

Tran: Wenn gefragt wird, ob diese ganzen Identitätsdebatten wirklich relevant sind und ob wir nicht lieber über Sozial- oder Arbeitspolitik reden sollten, denke ich mir oft: Ja, aber für mich ist das anders. Diese Vorgabe von anderen Menschen, was für dich wichtiger sein soll, regt mich auf.

Vu: Einer unserer Weißen Hörer fand unsere Instagram-Story zum „Chinesenfashing“ und Yellowfacing im bayerischen Dietfurt zum Beispiel völlig belanglos. Aber für uns sind das bewegende Themen. Natürlich ist es bequemer für Weiße Menschen, rassistische Erfahrungen als belanglos abzustempeln, zum Tagesgeschäft überzugehen und über Wohnungs-

politik zu sprechen. Dabei sind auch die „harten politischen Themen“ nicht ohne Minderheitenperspektive denkbar. Wer bekommt denn eine Wohnung und gut bezahlte Arbeit? Das hängt oft mit der Herkunft zusammen, mit dem Namen und dem Aussehen.

Verstehen Sie sich in der Hinsicht als Aktivistinnen?

Vu: Nein, wir sind in erster Linie Journalistinnen, im Hauptberuf und im Podcast. Wir wollen verschiedene Menschen zu Wort kommen lassen, Vielfalt innerhalb unserer Community abbilden und wir recherchieren unsere Folgen. Einigen ist das schon zu viel und dann rücken sie uns in die aktivistische Ecke.

Weil man sich im Journalismus nicht mit einer Sache gemein machen sollte?

Tran: Ich finde das daneben. Du bist ein Mensch und hast zu allen Recherchen, die du machst, Reaktionen und Ge-

fühle. Es ist aber wichtig, dass wir diese Emotionen offenlegen und wie transparent wir mit unseren Positionen sind.

Vu: Weiße Menschen können sich mit ihren Problemen und Erfahrungen beschäftigen und das gilt dann als objektiv, solange sie sauber recherchiert und verschiedene Seiten abbildet haben. Sobald wir das tun, gilt das plötzlich nicht mehr als objektiv, sondern als Aktivismus. Oder als emotional.

Was wünschen Sie sich für das zweite Jahr Rice and Shine?

Vu: Wir wollen noch mehr Menschen aus unserer Community zu erreichen. Wir wissen ja, dass es mindestens 200.000 von uns da draußen gibt. Da wünsche ich mir mehr Austausch, auch persönlich.

Tran: Wir erreichen bislang vor allem Menschen, die uns ähnlich sind. Die meisten unserer Hörer*innen sind weiblich und in unserem Alter. Ich finde, dass wir noch ein bisschen mehr zu den männlichen Hörern stoßen könnten. Weil die ja auch wichtige Perspektiven haben.

Vu: Ich wurde letztes gefragt, warum wir die ganze Zeit Frauen einladen, ob wir das aus feministischen Gründen tun. Die ehrliche Antwort: Ich glaube, man sucht und findet die Leute, die einem am nächsten sind. Das passiert natürlicherweise, alles andere erfordert zusätzliche Anstrengung. Aber die wollen wir auf uns nehmen.

Minh Thu Tran, geboren 1993, ist freie Journalistin, hauptsächlich für Deutschlandfunk Nova und den WDR.

Vanessa Vu, geboren 1991, ist Politik- und Gesellschaftsredakteurin bei „Zeit Online“. Gemeinsam betreiben sie den monatlich erscheinenden halbstündigen Podcast „Rice and Shine“, in dem sie von ihren Erfahrungen als Kinder vietnamesischer Einwanderer in Deutschland erzählen. Mal mit Gast, mal zu zweit. Hörbar unter anderem bei Podigee, Spotify oder iTunes.

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.15 ARD-Buffer
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.05 Biathlon: Weltmeisterschaften
- 18.00 Wer weiß denn sowas?
- 18.50 Quizduell – Der Olymp
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Praxis mit Meerblick
- 21.45 Tagesthemen
- 22.00 Polizeiruf 110: Angst heiligt die Mittel. D 2015
- 23.30 Mordkommission Istanbul: Der Preis des Lebens. D 2011
- 1.00 Tagesschau
- 1.10 Praxis mit Meerblick

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 drehscheibe
- 13.00 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops: Ein tödliches Projekt. D 2009
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 17.45 Leute heute
- 18.00 SOKO Wien: Nemesis. D/A 2018
- 19.00 heute
- 19.25 Bettys Diagnose
- 20.15 Professor T.: Der perfekte Mord. D 2019
- 21.15 Letzte Spur Berlin: Unmündig. D 2019
- 22.00 heute-journal
- 22.30 heute-show
- 23.00 aspekte
- 23.45 heute+
- 0.00 Neo Magazin Royale
- 0.45 Starsky und Hutch: Alte Kameraden. USA 1975
- 1.35 Starsky und Hutch: Abendessen auf italienisch. USA 1975
- 2.20 Letzte Spur Berlin: Unmündig. D 2019

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 14.00 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal
- 16.00 Meine Geschichte – Mein Leben
- 17.00 Freundinnen – Jetzt erst recht
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin
- 18.45 RTL aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Big Bounce – Die Trampolin Show
- 22.35 Herr Schröder live! World of Lehrkraft – Ein Trauma geht in Erfüllung
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.30 Big Bounce – Die Trampolin Show

SAT.1

- 12.00 Anwälte im Einsatz
- 14.00 Auf Streife
- 15.00 Auf Streife – Die Spezialisten
- 16.00 Klinik am Südring
- 17.00 Klinik am Südring – Die Familienhelfer
- 18.00 Endlich Feierabend!
- 19.00 Genial daneben – Das Quiz
- 19.55 Sat.1 Nachrichten
- 20.15 Was für ein Jahr!
- 21.45 111 noch verrücktere Viecher!
- 23.40 Knallerfrauen
- 1.00 Switch Reloaded

Pro 7

- 12.45 Mom
- 13.05 Two and a Half Men
- 14.25 The Middle
- 15.20 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 Newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Der Tag, an dem die Erde stillstand. Science-Fiction-Film, USA/CDN 2008

tagestipp

70 Prozent der Scheidungen in der DDR gingen von Frauen aus. Dahinter steckt wohl das Streben nach Unabhängigkeit und Glück, das insbesondere Frauen aus der DDR nachgesagt wird. Die dreiteilige Doku, unter anderem von Antje Schneider, nähert sich den Ostfrauen. [Mehr auf taz.de](http://Mehr.auf.taz.de)

„Ostfrauen – Wege zum Glück“, 20.15 Uhr, RBB und MDR



Foto: ARD

- 22.25 Constantine. Comicverfilmung, USA/D 2005
- 0.45 Molly Hartley 2 – The Exorcism. Horrorfilm, CDN 2015
- 2.30 Watch Me – das Kinomagazin
- 8.10 Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? – Die Abenteuer des Kleinen Hasen
- 8.30 Meine Freundin Conni
- 8.55 Sarah & Duck
- 9.15 Ene Mene Mu – und dran bist du
- 9.25 Löwenzähnen – Eine Schnüffelnause auf Entdeckungstour
- 9.35 Q Pootle 5
- 10.15 Coco, der neugierige Affe
- 10.40 Marinette
- 11.05 logo! Die Welt und ich
- 11.15 Nils Holgersson
- 11.40 Die unglaublichen Abenteuer von Blinky Bill
- 12.05 Jane und der Drache
- 12.30 The Garfield Show
- 12.55 Sherlock Yack – Der Zoodektiv

- 13.20 Miss Moon
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 Wendy
- 15.50 Pound Puppies – Der Pfotenclub
- 16.35 Geronimo Stilton
- 17.20 Belle und Sebastian
- 18.00 Shaun, das Schaf
- 18.15 Glücksbärcnis & Co.
- 18.35 Mama Fuchs und Papa Dachs
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Nils Holgersson
- 19.30 Trommelbauch. Jugendkomödie, NL 2010. Regie: Arne Toonen. Mit Michael Nierse, Eva van der Gucht

ARTE

- 8.00 Frauen und Ozeane
- 8.45 Stadt Land Kunst
- 9.25 The Power of Women
- 10.55 Wundersames Norwegen
- 11.50 In der Welt zu Hause
- 12.15 Re:
- 12.50 Arte Journal
- 13.00 Stadt Land Kunst
- 14.05 Coco Chanel – Der Beginn einer Leidenschaft. Filmbiografie, F/B 2009
- 15.50 Ein Traum von Baum
- 16.45 Xenius
- 17.10 In der Welt zu Hause
- 17.40 Alles Karneval (2/5)
- 18.35 Metropolen des Balkans
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Re:
- 20.15 Die Anfängerin. Coming-of-Age-Film, D 2017. Regie: Alexandra Sell. Mit Ulrike Krumbiegel, Annakathrin Bürger
- 21.45 Too Young to Die
- 22.40 Tracks
- 23.25 Juliette Armanet in der Gaité Lyrique
- 0.45 Agnes Obel im Pariser Collège des Bernardins
- 1.55 Arte Journal

3SAT

- 18.30 nano
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit

- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Gut, besser, vegan?
- 21.00 makro
- 21.30 auslandsjournal extra
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Heat. Polizeithriller, USA 1995. Regie: Michael Mann. Mit Al Pacino, Robert De Niro
- 1.15 10vor10
- 1.45 extra 3

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 Rundschau
- 19.00 Unser Land
- 19.30 Landgasthäuser
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Schnell ermittelt: Schuld. A 2012
- 21.45 Tagesschau Magazin
- 22.00 Heißmann & Rassau
- 22.45 Hängt ihn höher. Western, USA 1968
- 0.35 Landgasthäuser
- 1.10 Wir in Bayern

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 Fahr mal hin
- 18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Expedition in die Heimat
- 21.00 Landleben4.0
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Nachtcafé
- 23.30 Die Mathias Richling Show
- 0.00 Nachtcafé – Das Beste
- 1.30 Nachtcafé

HESSEN

- 18.00 Maintower
- 18.25 Brisant
- 18.45 Hessentipp
- 19.15 alle wetter
- 19.30 Hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Buntes Mauritius
- 21.00 Hawaii – Ein verlorenes Paradies

- 21.45 Hessenschau kompakt
- 22.00 3 nach 9
- 0.15 Alles in Butter. Komödie, USA 2011. Regie: Jim Field Smith. Mit Jennifer Garner, Yara Shahidi
- 1.35 Buntes Mauritius

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mein Revier – Frank Goosen sucht die Seele des Ruhrgebietes
- 21.00 Der Vorkoster
- 21.45 WDR aktuell
- 22.00 Kölner Treff
- 23.30 frauTV

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Hofgeschichten
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 die nordstory
- 21.15 Terrasse aus Billigstein
- 21.45 NDR/aktuell
- 22.00 3 nach 9
- 0.15 Giovanni di Lorenzo
- 1.00 3 nach 9
- 3.15 Nordmagazin
- 3.45 Schleswig-Holstein Magazin

RBB

- 18.00 rbb UM6 – Das Ländermagazin
- 18.30 zibb
- 19.30 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Ostfrauen – Wege zum Glück
- 21.00 Ostfrauen – Wege zur Macht
- 21.45 rbb24
- 22.00 Riverboat
- 0.00 Lachen Sie mal
- 1.15 Abendschau
- 2.00 Abendschau
- 2.30 Brandenburg aktuell
- 3.00 zibb

MDR

- 18.10 Brisant Classix
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Elefant, Tiger & Co.
- 20.15 Ostfrauen – Wege zum Glück
- 21.00 Ostfrauen – Wege zur Macht
- 21.45 MDR aktuell
- 22.00 Riverboat
- 0.00 MDR Kultur – Film-magazin
- 0.15 Mankells Wallander: Die Zeugin. S/D 2010
- 1.40 Compartments
- 2.00 Elefant, Tiger & Co.
- 2.25 Tierisch, tierisch
- 2.50 Quickie
- 3.15 SachsenSpiegel

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 12.45 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.45 Wie tickt Europa?
- 16.00 maybrit illner
- 17.05 augstein und blome
- 17.15 Wenn Mädchen Bräute werden
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 phoenix persönlich
- 18.30 Wie Blumen und Salz
- 19.15 Arme reiche Schatzinsel
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Australiens schönste Küstenstraße
- 21.00 Australiens schönste Küstenstraße
- 21.45 Australiens schönste Küstenstraße
- 22.30 Die Hüter vom Krüger-Nationalpark
- 23.00 phoenix der tag
- 0.00 phoenix persönlich
- 0.30 augstein und blome
- 0.45 Australiens schönste Küstenstraße
- 1.30 Australiens schönste Küstenstraße
- 2.15 Australiens schönste Küstenstraße
- 3.00 Die Hüter vom Krüger-Nationalpark
- 3.30 Auf der Suche nach dem alten Russland



Protestmarsch in Essen gegen das Abtreibungsverbot, September 1979
Foto: Fotoarchiv Ruhrmuseum/bpk

Vor Jahren noch wurde heftig über bioethische Fragen gestritten. Diese Themen sind noch aktuell, doch leider sind viele davon aus dem Blickfeld geraten, bedauert Sigrid Graumann, Mitglied im Deutschen Ethikrat

„Alles soll zur Verfügung stehen“



Demonstration in Berlin für das Selbstbestimmungsrecht der Frau bei Abtreibungen, Januar 2019
Foto: Christian Mang

Interview **Ulrike Baureithel**

taz: Seit einem Jahr sind Frauen wieder auf der Straße, um gegen den §219a und letztlich auch gegen den §218 zu demonstrieren. Das gab es schon einmal in den 1970er Jahren im Westen und gesamtdeutsch in den 1990ern. Haben sich die Verhältnisse verändert oder haben sich Frauen zu sehr auf die scheinbar befriedeten Verhältnisse nach dem BVG-Urteil 1993 verlassen?

Sigrid Graumann: In der alten Kontroverse Selbstbestimmungsrecht der Frau und der Schutzwürdigkeit ungeborenen Lebens ging es immer auch um die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Geändert hat sich, dass sich die konservativen Kreise, die sich auf das Schutzkonzept beziehen, die aber letztlich die alten Geschlechterrollen restaurieren wollen, nicht mehr direkt auf den §218 abzielen, sondern versuchen, über Randthemen Boden gut zu machen. Eines dieser Themen ist das Werbungsverbot nach §219a.

Mir fällt bei den Aktionen auf, dass die jungen Frauen ganz selbstverständlich wieder mit Parolen wie „Mein Bauch

gehört mir“ oder „mein Uterus – meine Entscheidung“ auftreten, also auf ein völlig unhinterfragtes Selbstbestimmungsrecht rekurrieren. Wie sehen Sie das als Ethikrätin, die seit vielen Jahrzehnten in bioethische Debatten involviert ist?

Ich unterrichte junge Studierende in Ethik, und der Schwangerschaftsabbruch ist dabei immer ein Thema. Mein Eindruck ist, dass wir es mit einer starken Individualisierung von moralischer Urteilsbildung zu tun haben. Viele junge Frauen sagen, dass für sie selbst eine Abtreibung nicht infrage kommen würde, finden gleichzeitig das Abtreibungsverbot aber völlig unverständlich. Während man in meiner Generation sagte, wann ich ein Kind bekomme, bestimme ich alleine, empfinden die jungen Frauen den Schwangerschaftsabbruch als tiefgreifende moralische Frage, die sie aber für sich selbst entscheiden wollen. Das ist das eine. Auf der anderen Seite wird das Selbstbestimmungsrecht mit großer Selbstverständlichkeit auf viele andere Bereiche ausgedehnt, wie Pränataldiagnostik, Eizellspende oder sogar Leihmutterchaft. Alles soll zur Verfügung

stehen, um höchst individuell auswählen und entscheiden zu können. Wir haben es also nicht mehr mit Selbstbestimmung als Abwehrrecht gegenüber dem Staat zu tun, sondern es setzt sich zunehmend ein Anspruchsrecht auf ein eigenes, gesundes Kind durch, und zwar unter Rückgriff auf alle medizinischen Möglichkeiten und ohne die Betroffenheit Dritter, wie etwa der Eizellspenderinnen, zu bedenken ...

... oder im Falle des Bluttests auf behinderte Menschen ...

... genau, auch ob ich ein behindertes Kind haben will oder nicht, wird zur persönlichen moralischen Entscheidung.

Im Jahr 2000 hat die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer einen legendären Fortpflanzungsmedizinerkongress organisiert. Nie mehr seither ist der Diskurs zwischen Fachwissenschaft und engagierter frauenpolitischer Öffentlichkeit so intensiv geführt worden. Spielt Bioethik heute keine relevante Rolle mehr?

Ende der 90er Jahre gab es eine Hochphase des bioethischen Diskurses: nach den langen Diskussionen um das Embryonenschutzgesetz wurde um Präimplantationsdiagnostik, Stammzellgesetz, Klonverbot usw. gerungen. Fischer hatte eine gewisse Sympathie für die damals starken frauengesundheitspolitischen Positionen in der Debatte, die aber eher sozialistisch motiviert war: Was bedeutet die Institutionalisierung bestimmter reproduktiver Methoden und vorgeburtlicher Maßnahmen, wie wirkt sich die zunehmende Ökonomisierung solcher Gesundheitsleistungen aus? Die Anbieterseite, die sich immer für die Etablierung und Ausweitung solcher Verfahren

eingesetzt hat, argumentiert rein individualistisch mit Einzelfallproblematiken und dem Recht auf ein eigenes, gesundes Kind, bestreitet jedoch problematische gesellschaftliche Auswirkungen. Diese Seite hat sich inzwischen weitgehend durchgesetzt. Und man muss sehen, wer eine Kinderwunschpraxis betreibt und für die Zulassung der Eizellspende streitet, hat geschäftsmäßige Interessen. Es ist etwas völlig anderes, wenn gesellschaftliche Bedenken vorgebracht werden.

Sie sind seit 2016 von den Grünen berufene Ethikrätin und sagen selbst, dass Sie sich die Entscheidung nicht leichtgemacht haben. Im Rat sitzen ziemlich unterschiedliche Menschen mit sehr unterschiedlichen ethischen Vorstellungen und Haltungen. Wie geht man in der Tagesarbeit damit um?

Es gibt bei manchen Themen, die wir entweder von außen angetragen bekommen oder selbst auf die Tagesordnung setzen, kontroverse und harte Diskussionen. Es ist aber auch möglich, Minderheitenpositionen zur Geltung zu bringen.

... in Form der berühmten Sondervoten ...

Ja, auch durch Sondervoten. Ich habe bisher nie eines abgegeben, weil ich mich mit meinen Positionen in den Stellungnahmen wiederfinden konnte, auch wenn man dabei Kompromisse machen muss, das gehört dazu.

Sie haben im Rat zuletzt federführend an einer Stellungnahme zu Zwangsmaßnahmen in professionellen Sorgebeziehungen gearbeitet, eine sehr komplizierte Materie, die Differenzierung verlangt. Haben Sie das Gefühl, Ihre Anliegen in der Öffentlichkeit wirklich vermitteln zu können?

Es ging in der Stellungnahme um die Vermeidung von Zwangsmaßnahmen in drei großen Bereichen, der Psychiatrie, der Kinder- und Jugendhilfe und der Pflege. Am stärksten hat die Psychiatrie reagiert, weil sie aufgrund von aktuellen Gerichtsentscheidungen und Gesetzesänderungen sehr sensibilisiert dafür ist und sich viele Einrichtungen bemühen, Zwang zu vermeiden. In der Kinder- und Jugendhilfe wird eher in der Fachöffentlichkeit diskutiert, und am wenigsten kam unsere Stellungnahme wohl im Bereich Pflege an. Das ist erstaunlich, weil die Pflege im Moment ja durchaus im Fokus steht, aber unter anderen Aspekten. Aber Sie haben recht, die großen Me-

dien haben auf das Thema nicht reagiert.

Woran arbeitet der Ethikrat aktuell?

Aktuell arbeiten wir an einer kleinen Stellungnahme zu Fragen des Impfens ...

... ein angesichts der militanten Impfkritiker äußerst vermintes Feld ...

... ja, nach der Anhörung stellen sich Fragen doch komplexer dar, als zuvor gedacht wurde. Außerdem bereiten wir eine Stellungnahme zu Keimbahnveränderungen am Menschen vor

Es geht um die mittels Genshere veränderbare Keimbahn des Menschen, wie sie kürzlich in China durchgeführt wurde, um bei einem Kind HIV zu verhindern. Ist das Thema angesichts der ablehnenden Haltung hierzulande überhaupt relevant?

Zunächst muss man sehen, dass es bei der Keimbahnintervention nicht um die Entwicklung und das Angebot von Therapien an geborenen Menschen geht, sondern um eine Technik, die im Rahmen einer In-vitro-Fertilisation angewendet werden soll. Es sollen also im Labor Embryonen gezeugt und genetisch verändert werden. Meines Erachtens ist es aber weder sinnvoll noch ethisch vertretbar, diese Technik überhaupt zu entwickeln. Die Patientengruppe, die für die klinische Anwendung im Blick ist, Patienten mit monogenetischen Erkrankungen wie Mukoviszidose oder Chorea Huntington, ist sehr klein und könnte nach geltender Rechtslage die PID in Anspruch nehmen. Eine Ausnahme wäre der extrem seltene Fall eines Paares, in dem Frau und Mann von Mukoviszidose betroffen sind und nicht so schwer krank sind, sodass eine Elternschaft infrage kommt. Sie könnten auch mit PID ein gesundes Kind zeugen, aber mit einer Samenspende. Gegen die Keimbahnintervention sprechen die unabsehbaren Risiken für die Kinder und deren Nachkommen. Alle anderen Ideen der Anwendung, etwa durch Schutzfaktoren das Risiko für multifaktorielle Krankheiten wie Krebs oder HIV zu verringern, mehrere Gene oder komplexe Eigenschaften zu verändern, machen wenig Sinn, weil das Zusammenspiel von Genen und Umweltfaktoren viel zu komplex ist, um gezielt und mit einem akzeptablen Risiko einzugreifen.

Für die es, wir hatten schon, momentan kein großes Interesse gibt ...

Das stimmt, im Moment werden andere Themen diskutiert, internationale Konflikte, die Krise des demokratischen Systems, Rechtsextremismus ... dabei geraten bioethische Fragen dann leicht aus dem Blickfeld. Ich würde mir von der Politik wünschen, die öffentliche Diskussion über bioethische Fragen unter Beteiligung aller davon Betroffenen zu fördern, denn es geht dabei ja nicht nur um konkrete Verfahren und Gesetze, sondern auch um Rollen-erwartungen und gesellschaftliche Werte, die sich verändern.

Die vorhin erwähnte Andrea Fischer wollte schon vor fast 20 Jahren ein Fortpflanzungsme-

dingesetz auf den Weg bringen. Das steht bis heute aus, es gibt aber Vorstöße seitens Wissenschaftsakademien wie der Leopoldina. Brauchen wir ein modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz?

Bei dem um die Jahrtausendwende diskutierten Fortpflanzungsmedizinengesetz ging es um die Regelung des gesamten Feldes, also nicht nur um Embryonenforschung, Eizellspende usw., sondern um Qualitäts- und Beratungsstandards, also den gesamten Kontext der In-vitro-Fertilisation. Bei den späteren einzelnen Gesetzesinitiativen sollten bestimmte Verfahren wie etwa die PID liberalisiert werden, was ja auch gelungen ist. Momentan machen sich Fortpflanzungsmediziner für die Eizellspende stark. Ich weiß, dass in der Leopoldina an einer Stellungnahme für ein Fortpflanzungsmedizinengesetz gearbeitet wird, aber eine Wissenschaftsgesellschaft ist meines Erachtens nicht der richtige Agent, um das auf den Weg zu bringen. Dafür bräuchten wir eine breite und kontroverse gesellschaftliche Debatte.

Schon, wir hatten schon, momentan kein großes Interesse gibt ...

Das stimmt, im Moment werden andere Themen diskutiert, internationale Konflikte, die Krise des demokratischen Systems, Rechtsextremismus ... dabei geraten bioethische Fragen dann leicht aus dem Blickfeld. Ich würde mir von der Politik wünschen, die öffentliche Diskussion über bioethische Fragen unter Beteiligung aller davon Betroffenen zu fördern, denn es geht dabei ja nicht nur um konkrete Verfahren und Gesetze, sondern auch um Rollen-erwartungen und gesellschaftliche Werte, die sich verändern.



Prof. Sigrid Graumann
1962 geboren, ist Rektorin an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum. Die Biologin und Philosophin ist seit 2016 Mitglied des Deutschen Ethikrats. Ihr derzeitiger Arbeitsschwerpunkt sind biomedizinische und sozialethische Fragen in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Behinderung.

taz mixtape **taz hören!**
auf ByteFM

Heute Jubiläumssendung
5 Jahre taz mixtape

freitags von 17 bis 18 Uhr
taz mixtape

Das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion.
Mit Diviam Hoffmann

Traum-Finale als Auftakt

In der Eishockey-Bundesliga der Frauen werden derzeit zum ersten Mal Play-offs ausgespielt. Beim Finale ECDC Memmingen gegen ESC Planegg treffen die Topteams der letzten Jahre aufeinander

Von **Christiane Mitatselis**

Wenn im Eishockey die Play-offs beginnen, geht es gnadenlos in den Floskelmodus. Alles werde auf null gestellt, hört man regelmäßig. Die Saison fange neu an. Und natürlich gibt es in den Play-offs, in denen alles möglich ist, keine leichten Gegner.

Deutschlands Eishockey-Frauen können endlich mitreden. In diesem Jahr ermittelt die Fraueneishockey-Bundesliga nach einer Doppelrunde den Champion zum ersten Mal in Play-off-Serien. Zwar wird nur im Modus „Best of 3“ und nicht „Best of 7“ wie bei den Männern gespielt, aber es ist immerhin ein Anfang.

Das Play-off-Halbfinale, mit dem die Endrunde der Frauen im Februar begann, ist bereits beendet, heraus kam ein Traumfinale: Der ECDC Memmingen, Titelverteidiger und Spitzenreiter nach der regulären Saison, trifft auf den ESC Planegg, den Tabellenzweiten, der

zwischen 2010 und 2017 sechs Mal Meister war. Beide Teams qualifizierten sich in je zwei Spielen für das Finale. Memmingen siegte 4:1 und 4:2 gegen Bergkamen, Planegg gewann 9:0 und 4:3 gegen Ingolstadt.

„Die Uhren stehen jetzt wieder auf null“, teilte das Team aus Planegg im Landkreis München, bereits perfekt floskelnd, vor der entscheidenden Serie mit. Los geht es am Samstag um 17 Uhr im Eisstadion des ESC Planegg. Am 16. März wird um 16.45 Uhr in Memmingen im bayerischen Landkreis Schwaben gespielt. „An diesem Tag brennt der Hühnerberg“, kündigten die Titelverteidigerinnen an, die auf mehr als 1.300 Zuschauerinnen in ihrem Eisstadion, gelegen am Hühnerberg, hoffen. Damit würden sie ihren Rekord aus der vergangenen Saison knacken. Und falls es in der Serie nach zwei Begegnungen 1:1 stehen sollte, fände die dritte Partie am 17. März um 12.15 Uhr ebenfalls bei den in der Hauptrunde besser platzierten Memmingerinnen statt.

In den Play-off-Finals werden auch einige Nationalspielerinnen aus dem A-Kader auf dem Eis stehen. Die Verteidigerinnen Daria Gleißner und Carina Strobel und Stürmerin Marie Delarbre aus Memmingen. Außerdem Defensivfrau Yvonne Rothmund und die Angreiferinnen Bernadette Karpf und Kerstin Spielberger aus Planegg. Durch die Play-offs lernen die Spielerinnen mehr, mit Druck umzugehen. Das könnte wichtig werden – etwa für die nächste Weltmeisterschaft.

Das Spiel der Frauen hat, abgesehen vom naturgemäß geringeren Tempo, kaum technische oder taktische Besonderheiten. Es gibt fast keine zusätzlichen Regeln, nur Bodychecks sind verboten. Außerdem gibt es bei den Frauen die Sonderregelung, mit vollvergittertem Visier ins Gefecht zu gehen, statt mit einem Halbvisier aus Plexiglas. Die Frauen-Bundesliga gibt es seit 1988, seit 2006 ist sie eingleisig. Nord- und Süd-Liga wurden zusammgelegt zu einer Division der acht besten Mannschaften. Berlin, Mannheim, Ingolstadt und Düsseldorf sind bei beiden Geschlechtern erstklassig, die anderen (Memmingen, Planegg, Bergkamen und Hannover) gehören nur bei den Frauen zur Elite. Von den Teilnehmerinnen dieser historischen ersten Play-offs stammten bis auf Bergkamen alle Teams aus Bayern. Die Ingolstädterinnen scheiterten dort gegen den ESC Planegg deutlich.

Im April startet die WM

Gleich nach den Play-offs startet die Vorbereitung auf die Frauen-Weltmeisterschaft, die in diesem Jahr vom 4. bis 14. April in Espoo in Finnland ausgetragen wird. Und dort wird es für die deutsche Auswahl, die international stets zwischen der A- und B-Klasse schwankt, um viel gehen. Das DEB-Team spielt bei dem WM-Turnier, an dem zehn Mannschaften teilnehmen, mit Schweden, Japan, Tschechien und Frankreich in der Gruppe B der Schwächeren – und muss zwei von ihnen hinter sich lassen. Denn die beiden Gruppenletzten steigen in die B-Division ab.

Den Titel, das steht jetzt schon so gut wie fest, wird entweder Kanada oder das US-Team gewinnen. Die Nordamerikanerinnen sind eine Klasse besser als der Rest der Frauen-Eishockey-Welt. Alle großen Titel, auch die Olympiasiege, gingen bisher immer an eine der beiden Nationen, die sich schon viele enge Duelle geliefert haben.

Letzteres gilt auch, natürlich in kleinerem Rahmen, für Memmingen und Planegg, die beiden besten deutschen Eishockey-Frauen-Teams der vergangenen Jahre. Gut möglich also, dass es im Finale drei Spiele geben wird.



Mandy Dibowski vom ECDC Memmingen im Zweikampf mit Alyssa Mae Wohlfelder von Bergkamen in den Play-offs
Foto: imago

Prädikat: Unbezahlbar

Warum Frauen-Teamsport auf Spitzenniveau geprägt ist von Rückzügen und Insolvenzen

Seit Ende 2018 hat die Basketball-Bundesliga der Frauen (DBBL) einen Abgang zu verzeichnen: Die Fireballs Bad Aibling, Vorjahres-Vierter in der Tabelle, haben sich freiwillig aus der Liga zurückgezogen. Es fehlten Sponsoren, hinzu kamen Altlasten, eine Verletzungsserie, und auch eine sportliche Leitung gab es zuletzt nicht mehr. Vergangene Woche kursierte die Meldung, dass auch die Basketball-Serienmeisterinnen vom TSV Wasserburg vor dem Aus stünden: Ihr Hauptsponsor hat sich zurückgezogen, jetzt soll ein sechsstelliger Betrag für den DBBL-Spielbetrieb fehlen.

Die höchste deutsche Basketball-Frauenklasse könnte innerhalb eines Jahres zwei Topteams verlieren. Der Aderlass betrifft nicht nur die oberste Spielklasse. In der 2. DBBL hat sich im Frühjahr 2018 der TuS Lichtenfelde zurückgezogen. „Ohne eine gesicherte Finanzierung können wir nicht in die neue Saison gehen. Obwohl wir ohne Profispielern agieren, war der Spielbetrieb für uns nur durch die Spenden einiger Unterstützer zu finanzieren“, teilte der Klub mit. „Diese Einnahmen waren für das kommende Jahr leider nicht mehr gewährleistet.“

Das Phänomen kennen die Topligen im Frauen-Teamsport zu gut. Mit Ausnahme des Fußballs, wo immerhin vierstelligen Zuschauerschnitte und Querfinanzierung aus dem Männerfußball für Einnahmen sorgen, sind die Ligen gespickt von freiwilligen Rückzügen oder Insolvenzen. In der Eishockey-Bundesliga der Frauen hat 2016 der SC Garmisch-Partenkirchen sein Team vom Spielbetrieb abgemeldet.

In der Handball-Bundesliga meldeten 2017 die sechsmaligen Meisterinnen vom HC Leipzig Insolvenz an und stiegen in die dritte Liga ab. Im Jahr 2016 konnten die Frauen der Füchse Berlin die Bundesliga ebenfalls nicht mehr bezahlen und gingen in Liga drei. In der zweiten Handball-Bundesliga zogen sich 2017/18 die HSG Ba-

denstedt und die SVG Celle freiwillig zurück; Celle musste nach dem Abstieg aus der Bundesliga Insolvenz anmelden.

Frauen-Teamsport ist ein Defizitgeschäft: Einnahmen aus Ticketverkauf oder TV-Rechten gibt es kaum, die Budgets stützen sich auf einzelne lokale Gönner oder eine Männerabteilung. Gewinne macht hier fast niemand. Bei den Handballerinnen der TSG Badenstedt reichte unter anderem der Rückzug des Fahrtkosten-Sponsors, um das Team zum Rückzug zu zwingen.

Wer sportlich jenseits des Mittelmaßes landet, riskiert Geldnöte: Aber nicht nur bei einem Abstieg wie im Falle der SVG Celle oder den insolvenzbedrohten Fuß-

Die Einzelsportlerinnen haben in Anerkennung und Infrastruktur teils ein ganzes Jahrhundert Vorsprung

ballerinnen vom FF USV Jena, sondern auch bei einer mit teurem Kader erkaufte Meisterschaft kann es zu Problemen kommen. Etwa wie bei den seinerzeit amtierenden deutschen Basketball-Meisterinnen vom BV Wildcats Wolfenbüttel, die sich 2013 aus der Bundesliga zurückzogen, weil sie den Meisteretat von 300.000 Euro nicht ein zweites Mal aufbringen konnten.

Natürlich sind Insolvenzen nicht nur ein Frauensport-Syndrom: Auch außerhalb des Frauensports gibt es in den Topligen teils jährlich Insolvenzanträge. Aber während sie dort oft die Folge finanzieller Risiken und harter Konkurrenz sind, sind sie im Frauensport eher die Folge finanzieller Unmöglichkeiten. Die Füchse Berlin erwirtschaften aktuell laut einer Interview-Aussage 20 Prozent ihrer Einnahmen aus

dem Ticketverkauf und 49 Prozent durch Sponsoring. Ihr Etat wird auf sechs Millionen Euro geschätzt. Die Füchse-Frauen, die sich 2016 aus der Bundesliga zurückzogen, scheiterten damals an fehlenden 100.000 Euro. Sie hatten im Durchschnitt 500 Zuschauer pro Spiel.

Dass es dem Frauen-Teamsport bis auf wenige Ausnahmen bislang nicht gelungen ist, sich in der Aufmerksamkeitsökonomie zu positionieren, hat auch historische Gründe: Teamsport war für Frauen vielfach wesentlich länger unschicklich oder verboten als im Vergleich der Einzelsport. Die Einzelsportlerinnen haben in der gesellschaftlichen Anerkennung und Infrastruktur teils ein ganzes Jahrhundert Vorsprung. Teamsport bleibt eine Domäne von Sexismus und vermeintlich männlichen Werten. Und die enorme Popularität vieler Männer-Teamsportklubs hat den Markt weitgehend gesättigt, erst durch ihren Erfolg fällt der Rückstand besonders groß aus. Weil sie so stark professionalisiert sind, ist es für Frauenteam schwerer, in puncto spielerischer Qualität aufzuholen. Deren Spiele sind häufig noch zu schlecht, die Vermarktung zu unprofessionell. Und für Sportarten, die sowieso schwer zu finanzieren sind, gilt das für die Frauen gleich doppelt. In der Tischtennis-Bundesliga der Frauen haben sich laut dem Portal „Damen Tischtennis Bundesliga“ in vierzig Jahren zwanzig Vereine freiwillig zurückgezogen, darunter vier amtierende Meisterinnen. In der Wasserball-Bundesliga der Frauen gab es vier Rückzüge in den letzten fünf Jahren.

Der Wandel der Medienbranche dürfte die Tendenz noch befeuern. Wo Klicks zählen, ist die Neigung umso größer, auf populäre Namen und Aufreger-Themen zurückzugreifen. Der Tausendste Text zu einer Krise beim FC Bayern klickt sich eben x-fach besser als ein Text über die Fireballs Bad Aibling oder den TSV Wasserburg. Bis denen das Geld ausgeht. *Alina Schermer*

was alles nicht fehlt

Missbrauch im Fußball: Im kolumbianischen Fußball werden gegen zwei Verbands-trainer schwere Vorwürfe erhoben. Eine U-17-Nationalspieler beschuldigt einen der Co-Trainer der Juniorenauswahl, sie im Januar 2018 sexuell missbraucht zu haben.

Außerdem berichtet eine ehemalige Physiotherapeutin, der Ex-Cheftrainer der U-17-Mannschaft habe Spielerinnen während eines Trainingslagers 2017 sexuell belästigt. Die Spielerinnen hätten dies aus Angst vor einem Ausschluss aus der Mannschaft verschwiegen.



Jasmin Kalarickal, taz Panter Volontärin 2012, seit 2016 Chefin vom Dienst im Berlin-Ressort der taz Foto: Jonas Maron

Auf Ihre Spende sind wir angewiesen!

- ➔ Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.
- ➔ Der taz Panter Preis würdigt Mut und Engagement von HeldInnen und gibt Ihnen eine Öffentlichkeit.

taz Panter Stiftung

GLS-Bank Bochum | BIC GENODEM1GLS

IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

www.taz.de/spenden

taz panterstiftung

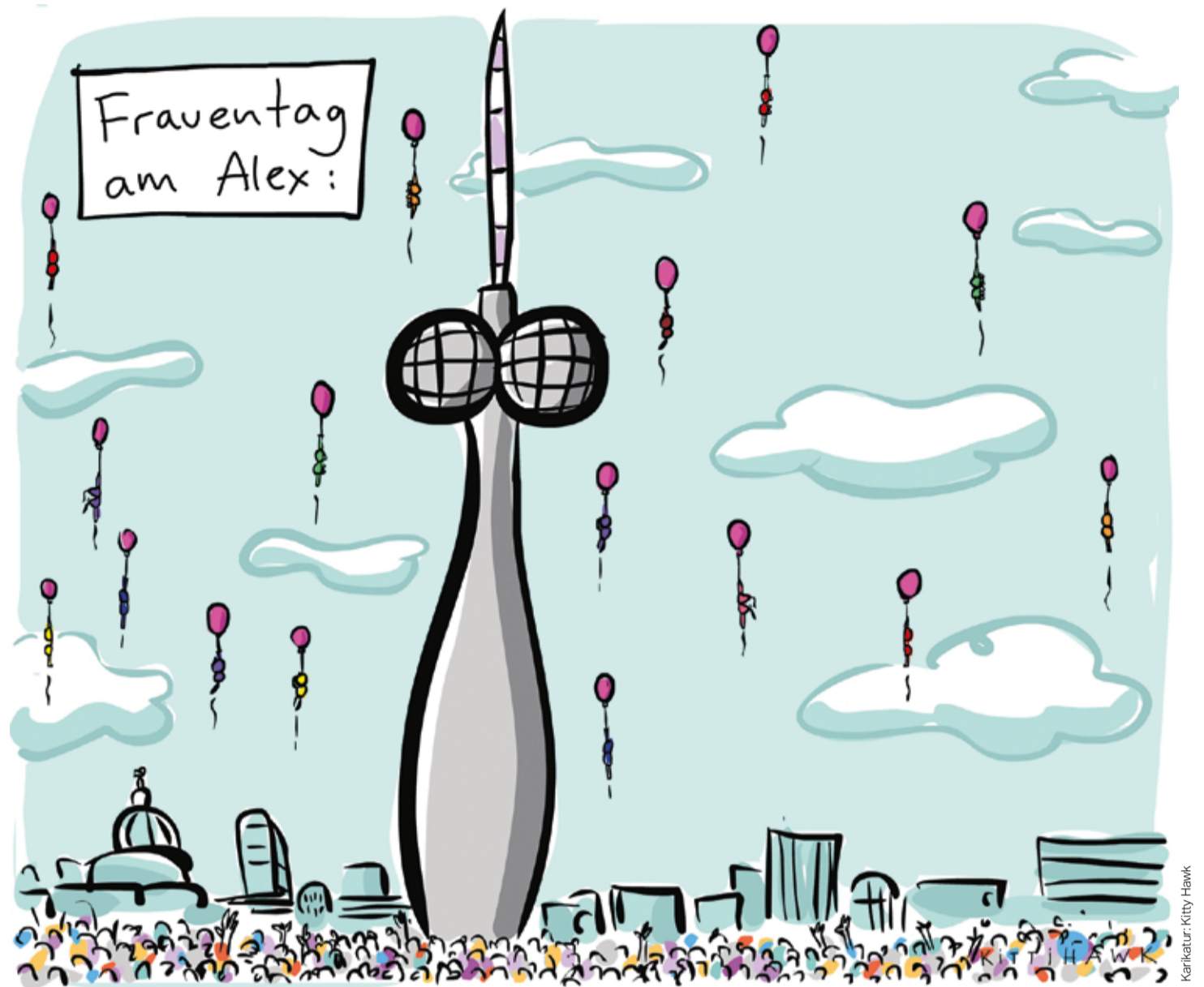
www.taz.de/stiftung
stiftung@taz.de
Tel. (030) 25 90 22 13



Jetzt reicht's!

Von Claudia Toll

Immer dichten hier nur Männer
und gerieren sich als Kenner,
sei's von Wespen, Pilzen, Frauen,
sei's von ihren eig'nen grauen
Zellen oder and'ren Sachen.
Lasst doch mal die Frauen machen!
Frauen spielen gern mit Worten,
werfen mit verbalen Torten,
reimen gern in ganzen Sätzen,
spotten, grollen und vergrätzen,
haben Wichtiges zu sagen,
sprachlich sind sie nicht zu schlagen.
Kerle! Hier auf dieser Seite,
in der Länge und der Breite,
habt ihr euch stets ausgelassen.
Quote? Es ist nicht zu fassen:
Wir sind nicht repräsentiert!
Sehen uns nur ignoriert.
8. März. Schon mal gehört?
Ja, da fühlt ihr euch gestört.
Dabei fangen wir erst an.
Ab sofort sind wir mal dran.
Und dann machen wir gleich weiter.
Und versprochen: Das wird heiter.



taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Georg Löwisch, Katrin Gottschalk (stellv.), Barbara Junge (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0
Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Georg Löwisch

LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionaltell Nord: Jan Kahleke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21
Tel.: Mo.-Fr. 9-15 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 2 59 02 444
E-Mail: kleinanze@taz.de
taz Shop | **Tel.:** 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg. **Tel.:** 040 | 38 90 17 452
Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, **Tel.:** 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer: Karl-Heinz Ruch
Gesellschafter | 99,96%: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur Andreas Bull, Kaufmann Isabel Lott, Fotoredakteurin Brit Lusebrink, Verlagsmitarbeiterin Karl-Heinz Ruch, Kaufmann | alle Berlin
Aufsichtsrat: Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin | Johannes Rauschenberger, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Stuttgart | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 - 16.30 Uhr | Mo. - Fr.
Fax: 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 31,90 €

Sorgende mit Sorgen

Mit einem „Chic Care Catwalk“ machen Frauen auf ihre Überlastung und Ausbeutung in der gering und unbezahlten Pflege- und Sorgearbeit aufmerksam

Von **Susanne Memarnia**



Es braucht eine Revolution bei der Pflege: Protest beim Chic Care Catwalk
Foto: S. Boness/IPON

Ruckartig wie eine Roboterin mit lila Perücke bewegt sich die junge Frau mit steifen Armen und Beinen über den Laufsteg. Auf ihrer weißen Pflegerinnenkleidung kleben Zettel: „Burn-out“ steht darauf, „prekäre Arbeit“, „Stress“, „Überlastung“. Bei jedem ihrer Trittspitzen jubelt und pfeift die Menge, die den „Catwalk“ umsteht – eine auf dem Bürgersteig ausgelegte, fünf Meter lange Stoffbahn aus lila Velour. Als die „Pflege-Roboterin“ am Ende der Bahn ankommt, tritt eine zweite Frau vor, rupft die Zettel von Armen, Beinen und Bauch. Befreit reißt die Robo-Frau die Arme hoch und ruft ins Mikrofon: „Ich will bessere Arbeitsbedingungen, nicht mehr überlastet sein. Gute Pflege in der Zukunft?“ In Siegerpose und getragen vom Konzert der Trillerpfeifen tritt sie ab.

Mit dem „Chic Care Catwalk“ vor dem Bundesgesundheitsministerium in Mitte hat ein Bündnis von Organisationen aus dem Pflegebereich am Donnerstag den Frauenkampftag 2019 eingeleitet. Die Aktion soll auf die Überlastung und Ausbeutung von Frauen in der gering- und unbezahlten Pflege- und Hausarbeit hinweisen.

„Frauen wird die Fürsorge und Pflege als in ihrem Wesen verankerte Bestimmung zugeordnet und ihnen immer wieder von außen zugeschoben. Entsprechende Tätigkeiten bleiben zu großen Teilen im Privaten und werden marginalisiert“, erklärt Nora

Mainke von der Interventionistischen Linken (IL). Aber auch in der bezahlten Arbeit in Gesundheits- und Pflegeberufen arbeiteten vor allem Frauen, seien daher auch hier die Hauptleidtragenden von Überlastung und zu geringer Bezahlung. „Wir lassen uns nicht länger ausbeuten, wir streiken!“, ruft die junge Frau den rund 100 Anwesenden zu, die erneut mit viel Beifall antworten.

Viele ZuschauerInnen – darunter zahlreiche Männer – tragen Transparente oder Fahnen, die sie als AktivistInnen der beteiligten Gruppen kenntlich machen. Der „Volksentscheid Gesunde Krankenhäuser“ ist vertreten, die Gruppe „Care Revolution Berlin“ – und Verdi mit rund 20 Streikenden der Charité-Tochterfirma CPPZ, deren TherapeutInnen seit Monaten für eine Wiedereingliederung in den Mutterkonzern kämpfen.

Überlastungsanzeigen

Das Besondere an der Aktion: Hier kommen auch Frauen zu Wort, die gar nicht da sein können – weil sie bei ihrer Arbeit unabhörmlich sind. Die IL hat in einer bundesweiten Aktion „Überlastungsanzeigen“ von Arbeiterinnen im Pflegebereich gesammelt – analog zu den Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen, wie sie in Krankenhäusern fürs Pflegepersonal üblich sind.

Einige werden von Aktivistinnen vorgelesen. Etwa die einer Sozialarbeiterin, die

37,5 Wochenstunden arbeitet und zusätzlich rund 30 Stunden pro Woche ihre Mutter pflegt. „Ich habe keine Freizeit, stehe pausenlos unter Druck, fühle mich allein gelassen von den Behörden“, schreibt sie – und fordert, dass pflegende Angehörige angemessen bezahlt werden.

Nach der Würdigung der abwesenden Frauen ist der Laufsteg frei für Anwesende. Anne, freiberufliche Hebamme, zum Beispiel ist „wütend“, dass die Bundesregierung „eine teure Studie zu psychischen Folgen von Abtreibung in Auftrag gibt“, und zugleich ihren Beruf durch immer neue Vorschriften gefährdet. Mona, Patientin, erinnert sich an traumatisierende und krank machende Krankenhausaufenthalte. Fionna, Krankenpflegerin, berichtet von der täglichen Überlastung bei der Arbeit auf Station, davon, dass sie Empathie geben will, es aber oft nicht schafft. „Ich verstehe nicht, warum Autos und andere Dinge mehr Wert haben als wir Menschen, warum Profit mehr zählt als unsere Arbeit“, sagt sie.

Am Ende ruft Kim Lippe, Aktivistin der IL und Moderatorin der Aktion, die versammelten Frauen auf, die rund 50 eingesammelten Überlastungsanzeigen gemeinsam im Ministerium abzugeben. „Es wäre schön, wenn jede Frau einen der Briefe nimmt.“ Vor der Drehtür zum Amt bildet sich eine lange Schlange.



Foto: Elke A. Jung-Wolff

Frau Siering, was machen Sie am 8. März?

„Ich besuche mit meiner neunjährigen Tochter die Harry-Potter-Ausstellung in Babelsberg. Wir schauen dort mal, wie wir uns neue Männer zaubern können. Dass der Frauentag Feiertag ist, finde ich nicht gut. Bisher haben wir am 8. März mit den Arbeitskollegen erhitze Diskussionen über Diskriminierung und Gleichstellung geführt. Am Feiertag geht jeder seine privaten Wege.“

Annette Siering ist Vorstand der Berliner Bäder

Der Frauen(-kampf-)tag in Berlin, ganz aktiv

Frauenstreik Das Bündnis Frauen*streik ruft alle Frauen am 8. März zur Arbeitsniederlegung auf. In Berlin ist der 8. März zwar nun Feiertag – doch natürlich wird vielerorts an dem Tag gearbeitet. Zudem wird auch ausdrücklich das Bestreiken von nichtbezahlter Arbeit gefordert, die oft Frauensache ist (s. *Text nebenan*). Rechtlich gesehen dürfen in Deutschland eigentlich nur Gewerkschaften zum Streik aufrufen, kreativ mit dieser Einschränkung umzugehen ist aber nicht verboten. Ideensammlung von Streikformen wie kollektive Krankschreibungen (inklusive juristischer Handreichung): frauenstreik.org. In Spanien, wo der Frauenstreik seinen Anfang nahm, rufen übrigens inzwischen die Gewerkschaften zum Frauenstreik auf.

Kämpferische Mittagspause Unter dem Hashtag #ichstreike8M rufen die Organisatorinnen von Frauenstreik bundesweit alle Frauen und Queer-Menschen dazu auf, sich um exakt 11.55 Uhr mit einem Stuhl in den öffentlichen Raum zu setzen und die Arbeit niederzulegen – und Fotos von der Aktion unter dem Hashtag auf Twitter zu posten. Zentrale Aktion mit Kundgebung in Berlin vor der Charité Mitte.

Purple Ride Eine feministische Frauen*Fahrraddemo, gegen Sexismus, für Gleichberechtigung und für ein fahrradfreundliches Berlin. Motto: „Ab aufs Rad, gegen das Patriarchat!“ Start 12 Uhr am Mariannenplatz in Kreuzberg.

Demo zum Frauen*Kampftag Zentrale Demo zum Frauentag. Neben verschiedenen Bündnissen mobilisieren auch die Linken, die Grünen, die AG Frauen in der SPD und die Gewerkschaft GEW für die Demo. Zur Auftaktkundgebung am 14 Uhr am Brunnen der Völkerfreundschaft wird die Rapperin Sookee erwartet.

#globalscream Um 17 Uhr (Ortszeit in Berlin) sind weltweit alle Frauen* und Queer-Menschen zum Schreien aufgefordert: eine Minute lang, als Zeichen der globalen Solidarität. (aki)

Anzeige

Hamam
 ❖ Türkisches Bad ❖ Turkish bath ❖ Türk hamamı

Traditionelle Hamamanwendungen
 Massagen
 Kosmetik
 Sauna

Öffnungszeiten
 Mo 15 – 23 Uhr • Di – So 12 – 23 Uhr
 Mariannenstr. 6 • 10997 Berlin
 Tel. 030 615 14 64 • info@hamamberlin.de
 www.hamamberlin.de

❖ Für Frauen ❖ For women ❖ Kadınlar için



Foto: dpa

Frau Grütters, was machen Sie am 8. März?

„Ich bin auf Dienstreise. Der neue Feiertag in Berlin zum Weltfrauentag gehört in die Kategorie ‚Drachenfutter‘. Mit diesem wunderbaren Begriff werden Wiedergutmachungsgeschenke eines von schlechtem Gewissen geplagten Ehemanns an seine Ehefrau beschrieben. ‚Drachenfutter‘ heißen Mitbringsel vom Blumenstrauß bis zum Brillantring, die ausschließlich der Besänftigung der Gattin und der Ablenkung von Versäumnissen dienen. Den 8. März zum Feiertag zu erklären heißt, Frauen nicht gleich-, sondern gleichsam unter Artenschutz zu stellen. Dass vom kollektiven Faulenzen für Frauenrechte ein Ruck durchs Patriarchat geht, wird ja wohl nicht einmal die rot-rot-grüne Landesregierung behaupten. So sollte es den Berliner Senat nicht wundern, wenn der ein oder andere Drache zum Dank nur Gift und Galle spuckt. Mit Drachenfutter schließlich lassen Frauen sich schon lange nicht mehr abspesen.“

Monika Grütters ist Staatsministerin für Kultur und Medien und CDU-Landesvorsitzende

Anzeige

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

The FUTURE is FEMINIST

Feminism and women's rights under attack!

Podiumsdiskussion mit internationalen Gästen
 18.3.19, 18 Uhr – Berlin, Hroschimastr. 17

Mehr Infos unter: fes.de/fmk/312

„Keine unserer Frauen sieht sich als Verliererin“

Das Buch „Guten Morgen, du Schöne“ ist ein Sonderfall der DDR-Literatur: 19 Frauen berichten darin absolut schonungslos von ihrem Leben. 40 Jahre später geben eine Österreicherin und eine Ostdeutsche eine Art Fortsetzung heraus. Am Frauentag lesen sie daraus vor

Interview **Manuela Heim**

taz: Frau Stenzel, Frau Jackwerth, erstmals ist der Frauentag Feiertag in Berlin. Hat das eine Bedeutung für Sie?

Monika Stenzel: Ich bin aus dem Osten, ich bin mit dem Frauentag groß geworden. Und seit einigen Jahren treffen wir uns regelmäßig hier bei mir in der Küche, so zehn bis zwölf Frauen. Dann gibt es selbst gebastelte Blumen ans Revers und Eierlikör aus dem Schokobecher. Wie früher.

Ulrike Jackwerth: Ich bin ja aus Österreich, da gibt es keinen Frauentag. Ich habe das erst hier und durch Moni kennengelernt. Als ich meiner 87-jährigen Mutter neulich erzählt habe, dass wir am Frauentag aus unserem Buch lesen, hat sie gesagt: „So ein Blödsinn, es gibt doch nur den Muttertag.“

Ihr Buch heißt „He, du Glückliche“ – schon der Titel ist eine Reminiszenz an das legendäre Werk von Maxie Wander „Guten Morgen, du Schöne“. Kennen Sie das Buch schon damals in der DDR?

Stenzel: Ich hab' das sogar im Theater gespielt. An eine Vorstellung erinnere ich mich besonders lebhaft: Das war tatsächlich am Frauentag, im Theatercafé in Halle. Da hatten sie die Frauen vom Lande in Bussen gebracht und die haben das genossen! Ich habe die Rosie gespielt und die sagt so Sätze wie „Ich liebe Frauen mit großen Brüsten“. Und plötzlich war da die Hölle los. Da saßen ja die Muttis vom Lande mit den großen Brüsten und die haben gekichert und gelacht. Und dann sind wir oben vor Lachen zusammengebrochen und der ganze Saal auch. Das war ein wunderbarer Glücksmoment!

Und Sie, Frau Jackwerth, sind Sie damals auch schon mit den

Maxie-Wander-Texten in Berührung gekommen?

Jackwerth: Wir haben an der Schauspielschule in Salzburg mit einigen der Texte gearbeitet. Ich unterrichte inzwischen selbst und weiß, dass eine Kollegin heute noch die Texte aus dem Buch in der Schauspielausbildung verwendet. Die geben einfach was her.

Bei Maxie Wander erzählen die Frauen voller Rohheit und Zartheit, in größter Offenheit und Schonungslosigkeit ihre eigene Geschichte in einem Land der Enge. Ich wundere mich immer wieder, wie das so durch die Zensur gehen konnte ...

Stenzel: Ja, das ist eine Geschichte! Das war zu der Zeit, als Wolf Biermann ausgebürgert wurde. Das ganze Land war in Aufruhr, das wissen wir ja, es wurden Petitionen verfasst und so weiter. Da trennte sich die Spreu vom Weizen, das muss man schon sagen. Und in dieser Zeit oder kurz danach, ist das Buch fertig geworden und es wurde bei der Stasi einfach durchgewunken. Die haben keine einzige Änderung gemacht. Vielleicht auch, um das Volk irgendwie zu beruhigen. Vielleicht war es auch einfach ein Fehler. Alle haben sich gewundert.

Viele dieser Frauen bei Maxie Wander wirken sehr desillusioniert. Ich denke da an Ruth, die sagt: „Seelisch bin ich reif für den Strich.“ Die Frauen in Ihrem Buch dagegen...

Jackwerth: Wir haben das Buch nicht ohne Grund „He, du Glückliche“ genannt. Keine unserer Frauen sieht sich als Verliererin, alle schauen irgendwie mit Stolz auf ihre Ost-Vergangenheit. Natürlich gibt es auch die anderen Frauen, die unglücklich sind mit ihrer Situation nach der Wende. Wir haben



Die Frau ehren, irgendwo in Berlin, damals in den fünfziger Jahren. Im Osten. Junge Pionierinnen mit einem Blumengruß Foto: M. Ittenbach/bpk

uns bemüht, auch so eine zu bekommen, das hat aber nicht geklappt.

Stenzel: In der DDR wusstest du als Frau, so und so wird dein Leben ungefähr sein, da kommt auch nicht viel mehr. Du warst eingeschlossen, die Partei denkt für dich, der Staat lenkt usw. Kein Wunder, dass die Frauen desillusioniert waren. Das ist heute ganz anders: Viele unserer Frauen haben einfach noch was vor, da ist noch ganz viel offen.

Gehen wir noch mal einen Schritt zurück, wie ist es Ihnen beiden seit der Zeit von „Guten Morgen, du Schöne“ ergangen?

Stenzel: Fang du an!
Jackwerth: Ich war Anfang der achtziger Jahre auf der Suche nach einem Engagement und dann bin ich in Berlin kleben geblieben. Das hatte immer etwas Absurdes, in dieser eingeschlossenen Stadt. Ich habe dann hier Theater gespielt und angefangen, Regie zu führen.

Stenzel: Du musst auch noch sagen, dass du mich kennengelernt hast! Ich bin 1984 ausgezogen, mit meiner Familie. Wir hatten einfach die Nase voll, mir hat es auch im Theater keinen Spaß mehr gemacht. Man musste sich immer verbiegen, es war alles so verlogen. Dann kamen wir in Westberlin an, mein Mann hat als Arzt schnell Arbeit gefunden, meine Tochter ging schon in die Schule. Und ich saß alleine zu Hause

mit meinem Sohn, der erst vier Wochen alt war und kannte hier niemanden. Das war eine harte Zeit, ich hab sehr gezweifelt. Aber dann ging die Sonne auf: Das Renaissance-Theater hatte damals das Studio eröffnet, da hab ich vorgeschlagen und sie haben mich genommen. Dort hab ich Uli kennengelernt. Wir haben auch zusammen gespielt und in den Neunzigern schon einmal ein Projekt zusammen gemacht. Und dann, wie war das, erzähl du!

Jackwerth: Wir waren zusammen auf einer Lesung, danach kam das Gespräch auf Maxie Wander. Dann sickerte das so ins Hirn rein und ein paar Tage später haben wir nachgerechnet – genau 40 Jahre war das her, da könnte man doch ... So ist die Idee geboren und dann nahm das ganz schnell Fahrt auf, immer mehr Frauen haben sich gemeldet. Es gab eine große Lust, die eigene Geschichte zu erzählen, das macht man ja sonst nur, wenn man frisch verliebt ist, oder beim Psychiater.

Stenzel: Wir haben gelacht und geweint, übrigens ganz oft hier an diesem Küchentisch. Nicht nur wir waren glücklich, weil uns die Frauen so viel Vertrauen geschenkt haben. Auch sie sind jedes Mal ganz glücklich gegangen.

Was ist Ihre Antwort auf die Frage, wie viel von der Ostsozialisation übrig geblieben ist?

Stenzel: Je länger ich wieder in Berührung komme mit dem Osten, umso mehr fühle ich mich dem wieder verbunden. Eine Frau hat es ganz gut gesagt: Osis können sich riechen. Es ist einfach eine andere Art der Kommunikation.

Jackwerth: Ich muss sagen, für mich sind das alles Kämpferinnen. Waren es damals und sind es noch heute. Sie haben auch Lehrgeld bezahlt, aber das sind alles starke Personen.

Wenn ich die Frauenprotokolle von Maxie Wander lese, über 40 Jahre alt und aus einer ganz anderen politischen Zeit, gibt es trotzdem so viel, das auch mein Leben berührt. Sind die Themen für Frauen trotz Systemwechsel die gleichen geblieben?

Jackwerth: Ich habe das Gefühl, da gibt es wenig, was nicht mehr aktuell ist. Selbstzweifel, Enttäuschung, Familie, Kinder, Beruf, alles unter einen Hut zu bringen. Ich habe sogar das Gefühl, das ist heute noch schwerer, weil alle so tun, als wäre es leicht, und die Erwartungen so hoch sind.

Stenzel: Aber die Chance auf Veränderung, die unsere Frauen jetzt haben, das ist doch etwas Wesentliches. Die Frage, ob es das schon gewesen war, die lässt sich heute anders beantworten.

Jackwerth: Aber große Hoffnungen zerbröseln auch heute noch.

Frauengeschichte

Guten Morgen, du Schöne
1977 erschien das bedeutendste Werk der Österreicherin Maxie Wander, die seit 1958 in Kleinmachnow lebte. „Guten Morgen, du Schöne. Protokolle nach Tonband“ gilt als Meilenstein der Protokollliteratur. Das Vorwort schrieb Christa Wolf. Den großen Erfolg ihres Buchs in der DDR und der Bundesrepublik erlebte Maxie Wander nicht. Sie starb 1977 im Alter von 44 Jahren. „Guten Morgen, du Schöne“ wurde in der DDR auch verfilmt und im Theater gespielt.

He, du Glückliche
Die Schauspielerinnen Monika Stenzel und Ulrike Jackwerth befragten 40 Jahre nach Maxie Wanders Buch ostdeutsche Großmütter, Töchter und Enkelinnen, wie es ihnen ergangen ist, wie sie heute ihr Leben meistern (erschienen im Mitteldeutschen Verlag, 2018). Am heutigen Frauentag lesen die Autorinnen im Heimathafen Neukölln, 19.30 Uhr. Es gibt Eierlikör. (mah)

Glauben Sie, dass es allen Frauen gut täte, einmal ihr Leben von vorn bis hinten zu erzählen, mit allem, was sie ausmacht?

Jackwerth: Der Bedarf ist jedenfalls da. Wir hätten zehn Bücher füllen können. Durch das Aussprechen ordnen sich die Dinge neu. Bei manchen Frauen wirkt das immer noch nach. Das ist toll!

Sie haben schon einige Male aus Ihrem Buch gelesen. Kommen da eigentlich nur Frauen?

Jackwerth: Im Wesentlichen ja. Außer auf dem Dorf, da bringen die Frauen ihre Männer mit. Aber selbst wenn nur zwei Männer kommen, haben sie garantiert zwei Wortmeldungen.

Nochmal zurück zum Frauentag: Die letzten Jahre haben Sie hier in der Küche Eierlikörchen getrunken ...

Stenzel: Und diesmal machen wir das bei unserer Lesung im Heimathafen, das passt doch. Ich hab auch noch zwei Blümchen, Uli. Die stecken wir uns dann an!

Ulrike Jackwerth
geboren 1958 in Wiener Neustadt/Österreich, arbeitet als Schauspielerin, Regisseurin und Schauspieldozentin.
Monika Stenzel
geboren 1949 in Halle (Saale), Schauspielerin und Autorin. Bei den Lesungen liest sie auch auf sächsisch und berlinerisch.

taz veranstaltung

Brunch & Diskussion

Ehre dem Kampf

Zum ersten Mal ist in Berlin der Frauentag ein Feiertag. Geht damit der politische Druck verloren?

Zu Sekt und Schrippe sprechen wir im Vorfeld der großen Demonstrationen über aktuelle feministische Forderungen, für die es sich lohnt, auf die Straße zu gehen.

Es diskutieren:

Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, Autorin

Mithu Sanyal, Kulturwissenschaftlerin, Autorin

Moderation: **Katrin Gottschalk**, stellv. taz Chefredakteurin

Freitag, 8. März 2019
um 12 Uhr, Eintritt frei
taz Kantine, Friedrichstraße 21
10969 Berlin-Kreuzberg



Frau Pop, was machen Sie am 8. März?

„Ich habe den Frauentag zum Anlass genommen, mich bei unseren Mitarbeiterinnen in der Senatsverwaltung zu bedanken. Mit Staatssekretärin Barbro Dreher habe ich unsere 214 Mitarbeiterinnen zu einem Frühstück eingeladen, um ihre Arbeit wertzuschätzen und einfach mal Danke zu sagen. Berlin ist mit zahlreichen Frauen in Spitzenpositionen von der IHK-Präsidentin bis zur BVG-Chefin und einem Senat, dem zur Hälfte Frauen angehören, eine Blaupause für das moderne Deutschland. Dennoch bleibt weiterhin viel zu tun: Gleichberechtigung muss sowohl in Politik als auch in der Wirtschaft immer wieder neu erkämpft werden. Der Frauentag als Feiertag hilft, das Thema auf der Agenda zu halten und auch heute mehr für Frauenrechte zu erreichen.“

Ramona Pop, Grüne, ist Wirtschaftssenatorin



Frau Schlesinger, was machen Sie am 8. März?

„Erst ausschlafen, dann aber arbeiten, fürchte ich. Ein Feiertag macht keine Gleichstellung, da ist noch viel zu tun – wir im RBB tragen unseren Teil bei, dass es besser wird.“

Patricia Schlesinger ist Intendantin des RBB



Frau Slowik, was machen Sie am 8. März?

„Ich fahre zu meiner Mutter nach Süddeutschland. Sie ist schon etwas älter. Der Feiertag ermöglicht mir, mal wieder nach ihr zu schauen. Klar, die Akten und das Handy sind dabei.“

Barbara Slowik ist Polizeipräsidentin von Berlin

2005 eine Sensation.

2019 Normalität.

Bei uns machen Frauen Karriere: [cdu.de/mitglied-werden](https://www.cdu.de/mitglied-werden)

CDU

berliner szenen

Ich weiß,
Sie waren
zu siebt

Gestern. Ein großes Berliner Krankenhaus, Rettungsstelle, Samstagabend. Ich bin Ärztin. Das ist so etwas Ähnliches wie Arzt. Wenn in dreißig Jahren das Rentensystem zusammenbricht, ist das meine Schuld, denn ich habe heute schon 15-mal die Pille danach verschrieben. Waren die alle auf derselben Party? Oder wird „Pille danach in der Rettungsstelle holen“ im Reiseführer jetzt unter „not to be missed when in Berlin“ geführt? Wahrscheinlich gibt es einen Shuttle vom Sisyphos direkt zu uns. Aber wissen die nicht, dass es die Pille danach auch in der Apotheke gibt? „Doch“, erklärt mir eine der Frauen, „aber da muss man so viele Fragen beantworten.“ Fair enough.

Ich frage gar nichts. Denn ich will nicht wissen, wie andere ihren Samstagabend verbringen. Nicht mehr zumindest. Anfangs hielt ich mich noch ans Protokoll: „Bitte erzählen Sie kurz, was passiert ist“, fragte ich, und dann ging es los: „Ich erinnere mich kaum. Es war soo heiß, keine Ahnung, welches seiner Körperteile in mir war!“ Wussten Sie auch schon mal nicht, wo oben und unten ist?“ – „Oh mein Gott! Wir waren zu viert, und ich will einfach nur auf Nummer sicher gehen!“ Purer Überlebenswille und Selbstschutz ließen mich schlauer werden. Jetzt kritzele ich meine Unterschrift unter das Rezept, bevor die jungen Menschen überhaupt ihren Mund öffnen. „Ich war auf einer Party“, beginnt die nächste junge Frau. Panisch zücke ich den Stift: „Hier, bitte, Ihre Pille, und nehmen Sie doch gleich ein Rezept für Ihre Freundinnen mit!“ – „Aber ich wollte doch nur ...“ – „Ja, ja, ich weiß, Sie waren zu siebt und wollen nur sichergehen.“ – „Nein, ich wollte wirklich...“ – „Ich weiß, Sie wollten gar nicht in den Pool im Kit Kat Club.“ – „Jetzt hören Sie mal“, unterbricht mich die Frau ärgerlich, „was ist denn mit Ihnen los? Ich will nur meinen Freund abholen!“ Eva Mirasol

Frau Hartmann, beim
politischen Ascher-
mittwoch in Berlin
waren Sie die einzige
Frau. Bitte?

„Klar, man ist eindeutig Randgruppe und Quotenfrau. Wenn ich frage, warum nicht mehr Frauen eingeladen werden, sagen die Herren, es gebe nicht so viele Kabarettistinnen. Das ist eine Ausrede. Der Frauentag ist durch den Feiertag aufgewertet worden. Gleichzeitig habe ich geschmunzelt, als ich das gehört habe. Denn auch die Männer sind so mit einem freien Tag beschenkt worden.“ Anny Hartmann ist politische Kabarettistin aus Köln

Die Axt
an der
Wurzel
des Übels

„Frauen Über-Frauen“ heißt eine Ausstellung mit sechs Künstlerinnen, die die Galerie Deschler zum Frauentag konzipiert hat

Von Katrin Bettina Müller

Die Schriftstellerin Hedwig Dohm, die im Juni vor 100 Jahren starb, ist als eine frühe Frauenrechtlerin und feministische Theoretikerin in die Geschichte eingegangen. Allerdings ist dies eine Zuordnung im Sprachgebrauch der Gegenwart. Für sie hatte das Wort „Frauenrechtlerin“ noch den abwertenden Klang ihrer Gegner. Sie bevorzugte das Wort „Radical“ und schrieb dazu: „Radical heißt besser und bezeichnet am besten das Wollen und Handeln jener streitbaren Frauen, die die Axt an die Wurzel der Übel legen.“

Von diesem Zitat von Hedwig Dohm ist der Titel „Radical“, einer Arbeit der österreichischen Künstlerin Lies Maculan, inspiriert, die gut zur über 100-jährigen Geschichte des Frauentages am 8. März passt. Maculan nutzt fotografische Mittel, um geschichtliche Zeugnisse zu zitieren. In diesem Fall hat

sie zwölf aufgeschlagene Bücher als Motiv gewählt, in denen Frauen über Frauen geschrieben haben, die sich in der Kunst oder Politik auf den Weg der Emanzipation begaben: darunter Adelheid Popp, proletarische Kämpferin, Hedwig Dohm, Helene Lange, aber auch Künstlerinnen wie die exzentrische Hermione von Preuschen, Lina Loos oder die Modemacherin Coco Chanel. Ein paar Namen kennt man, andere eher nicht. Oft begleitet das Vergessen-Werden die Geschichte der meist einsamen Kämpferinnen.

Die Fotografie ist flach. Lies Maculan aber präsentiert sie in den Konturen des fotografierten Gegenstandes und platziert sie mit Abstand von der Wand. Das verleiht dem abgebildeten Ding eine erstaunliche und täuschende Plastizität. So erzeugt die Künstlerin Nähe zu etwas, von dem man doch zugleich weiß, es ist nicht da. Und stellt so eine visuelle und haptische Analogie zur Erinnerung



Deborah Sengl, Bild Nummer vier aus der Serie „Schleier-Haft“
Foto: Galerie Deschler

her, zur Bewegung gegen das Vergessen.

Mit „Radical“ nimmt Maculan an der Ausstellung „Frauen Über-Frauen“ teil, die in der Galerie Deschler in der Auguststraße in Berlin-Mitte zum Weltfrauentag konzipiert wurde. Aus

Braucht es das
Pushen von
Künstlerinnen durch
einen Frauentag?

diesem Anlass Künstlerinnen zu zeigen, ist so naheliegend, dass Kathleen Sichelschmidt, Leiterin der Galerie, auch einen Moment zögerte. Sind Künstlerinnen, die bei Deschler oft ausgestellt werden, nicht präsent genug, braucht es das Pushen durch einen Frauentag, der nun in Berlin auch noch zum Feiertag wurde? Die Bedenken blieben schließlich außen vor, fanden sich doch bei allen sechs beteiligten Künstlerinnen über-

zeugende Arbeiten, in denen sie ihre Existenz als Frau und Künstlerin reflektieren, mit besonders den Frauen zugeschriebenen Materialien arbeiten oder die gesellschaftliche Rolle der Frau reflektieren.

Letztes Jahr wies eine Studie des Instituts für Strategieentwicklung (IFSE) nach, dass Künstlerinnen in Berlin durchschnittlich 28 Prozent weniger verdienen als Künstler und weniger Einzelausstellungen haben. Als Elvira Bach, geboren 1951, in den 1980ern mit den Jungen Wilden bekannt wurde, sah es noch schlechter mit der Präsenz von Künstlerinnen aus. Viele von ihnen halfen sich in Vereinen, Projektgruppen, Ausstellungen in den Nischen Westberlins. Elvira Bach war dort präsent, aber auch auf der Documenta in Kassel 1982 oder im Guggenheim Museum in New York 1988 in einer Ausstellung über die Rückkehr des Figürlichen in der deutschen Malerei. Mit ihrem Stil plaka-

tiver, expressiver, emotional zugänglicher Selbstporträts ist sie bis heute gut wiedererkennbar. Sie zeigt sich bei Deschler als „Küchendiva“ mit Pinsel, Kind, Katze und einem Stapel Geschirr oder von den eigenen Haaren wie von einer Schlange umringelt. Zwischen vielen Künstlerinnen ihrer Generation gehört sie zu den wenigen kontinuierlich am Markt Erfolgreichen.

Die Kunsttauglichkeit des Naheliegenden und Alltäglichen auszuprobieren, das nutzen zwar nicht nur Künstlerinnen, aber ihnen wird das als weibliche Strategie ausgelegt. Für die japanische Künstlerin Yukiko Terada ist Kleidung ein „Medium zwischen Körper und Gesellschaft“. Sie wählt gebrauchte Stoffe, arbeitet ohne Maschinen mit der Hand, um mit Material und Werk Zeit zu verbringen, sich gegen schnellen Verbrauch und Konsum zu stemmen. Das sind symbolische Gesten, gewiss, die zu zarten Arbeiten führen, wie genähten Äpfeln und dem dafür zerschnittenen Laken.

Zart und sinnlich ist auch die Installation der holländischen Künstlerin Seet van Hout. In Stickereien, die auf der Wand wie ein Rankenwerk angebracht werden, zitiert sie florale und anatomische Strukturen und alte Porträts von Frauen aus der Malerei. Haartrachten, Kopfschmuck, Zeichnungen des Gehirns und Wurzelwerk gehen ineinander über.

Seet van Hout taucht damit tief in die Geschichte der Repräsentation von Frauen, der ihnen zugewiesenen Künste, aber auch der ihnen lange vorenthaltenen wissenschaftlichen Studien. Das ergibt eine anregende Melange, ähnlich wie in den jüngsten Filmen über Queen Ann („The Favourite“) oder „Maria Stuart“, um sich ein geheimes Leben der Frauen farbenprächtig auszumalen und ihnen wenigstens in der Fiktion zugestehen, was die Geschichtsschreibung ihnen genommen hat.

Galerie Deschler, Auguststr. 61, Di.–Sa. 11–16 Uhr, bis 13. April

Ein schönes Denkmal

100 Jahre Frauenwahlrecht. Künstlerinnen des Frauenmuseums Berlin melden sich zu Wort. Die Ausstellung „Stimmen!“ in der SPD-Zentrale

Von Brigitte Werneburg

Am sinnfälligsten wirkt Rachel Kohns Ensemble aus glasiertem Steinzeug: schwarze Megafone mit roten Rändern und weißen Inschriften wie „bestimmen“, „zustimmen“, „überstimmen“ oder „mitstimmen“. Ihre Keramikskulptur ist Teil der Ausstellung „Stimmen!“ mit der sich die Künstlerinnen des Frauenmuseums Berlin anlässlich von 100 Jahre Frauenwahlrecht zu Wort melden.

Kohns Arbeit funktioniert so gut, weil sich die Künstlerin ganz konkret Gedanken gemacht hat, auf welche Weise die Frauen ihre Stimme einsetzen und wie sie ihre Stimme hörbar machen können – vielleicht auch müssen, mit der Flüstertüte, deren attraktive Kegelform die Künstlerin dann auch formal für eine ästhetisch überzeugende Installation zu nutzen wusste.

Im Frauenmuseum als einem Netzwerk Berliner Künstlerinnen lebt noch immer der Auftrag der frühen Frauenbewegung fort, dem weiblichen Geschlecht in seinem – hier nun eben künstlerischen – Tun und Lassen Sichtbarkeit und Stimmrecht in Politik, Wirtschaft wie Gesellschaft zu geben. Insofern



Rachel Kohn,
LautStark,
2019.
Steinzeug
glasiert,
Maße variabel
Foto: Rachel
Kohn

hat es seine genuine Berechtigung, dass Rachel Kohn und ihre Mitstreiterinnen nun ganz prominent in der SPD-Zentrale ihre Vorstellungen präsentieren wie sie des 100-jährigen Jubiläums des deutschen Frauenwahlrechts gedenken wollen.

Zum Beispiel mit der in Anlehnung an die Londoner Speakers Corner entworfene Feminist Corner der Ausstellung von Kuratorin Julie August. Eine Minute Redezeit hat man, betritt man das Podest. Mehr Zeit wird man in Susanne Kienbaums „Postdemokratischen Laboratorium“ verbringen, wo man schmökern kann – es gibt eine kleine Bibliothek einschlägiger Titel –, wo man aber auch aus Anlass „70 Jahre Grundgesetz“ einen der „70 Stimm- und

Denkzettel an die Politik“ ausfüllen kann. Denn bekanntlich ist die Liste der Forderungen noch lang, was Gleichberechtigung und Teilhabe angeht.

Dass das Frauenmuseum in der SPD-Zentrale aufschlägt, ist aber auch dem Umstand geschuldet, dass es keinen festen Ausstellungsort hat, mithin auf Kooperationspartner angewiesen ist, die Räume zur Verfügung stellen. Nicht nur die Existenz als Künstlerin ist schwierig, sondern auch die als Verein von Künstlerinnen, der sich ausschließlich aus Spenden und dem Beitrag seiner Mitglieder erhält. Aber gerade aus der Not seines Nomadentums heraus, dass es mit seinen Ausstellungen durch die ganze Stadt wandert, hat das Frauenmuseum

dort zuletzt mehr und mehr an Sichtbarkeit gewonnen.

Selbstbewusst treten auch die 17 ausstellenden Künstlerinnen auf. Sämtliche Positionen sind nicht nur formal ausgereift, sondern dazu ausgesprochen ideenreich und solitär in der Themenfindung. Regina Weiss untersucht etwa in ihrer Fotoserie „Zur Gegenwart einer vergangenen Erinnerungskultur“ die Bedeutung kollektiven Erinnerns für die Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft. Bei ihrer Reise durch das Gebiet der ehemaligen DDR findet sie flächendeckend Mahn- und Denkmäler zur Arbeiterbewegung und zum linken, antifaschistischen Widerstand in der Nazizeit, um am Ende verwundert festzustellen, dass der Frauenbewegung

kein einziges errichtet wurde. So marginal dieser Befund zunächst erscheint, so zentral ist er. Denn das Phänomen schreibt sich ungebrochen im heutigen, auch dem eigenen, Alltag fort. Paradebeispiel ist das alte taz Haus mit seinem Personenkult an der Fassade und in seinem Namen. Ja, da musste frau dringend raus. Und gratuliert dem Abgeordnetenhaus von Berlin, dass es den internationalen Frauentag zum Feiertag in dieser Stadt erklärt hat.

Bis 24. 3., SPD-Zentrale; am 10. 3., 16 Uhr: Wege zur Emanzipation. Diskussion; 24. 3., 16 Uhr: Frauenwahlrecht, Frauenbewegung und Gleichberechtigung, ein internationaler Vergleich. Diskussion

lokalprärie

projekte

Liebe Leser*innen, im inklusiven Neubauprojekt „Quartier WIR“ in Weibensee entsteht ein Lebensraum für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Hierfür hat XENION e.V. gemeinsam mit der Baugenossenschaft Begeno16 ein Wohnungspatenschaftsmodell entwickelt. Alle, die Interesse an einer Genossenschaftsmitgliedschaft haben, möchten wir gerne auf unseren Infoabend einladen. **Wann: 12.03., 19 Uhr Wo: XENION e.V., Paulsenstraße 55-56, 12163 Berlin**

transporte

zapf umzüge, ☎ 030 61 0 61, www.zapf.de, Umzugsberatung, Einlagerungen, Umzugsmaterial, Beiladungen, Materiallieferungen, Akten- und Inventarlagerung

verschiedenes

Vom Bauschaum bedroht! Wir nutzen Jahr für Jahr unseren angestammten Nistplatz. Wird der Zugang dazu verschlossen, versuchen wir noch nach Wochen verzweifelt, das frühere Nest anzufliegen. Unsere Bruten fallen aus und wir werden immer weniger. Wie könnt ihr helfen? **Informationen zum Artenschutz am Haus, Netzwerk Gebäudebrüter: Andrea Schulz MiniDea@web.de, carolinesseige@t-online.de**

wohnen suche

Junges Paar sucht Wohnung in Berlin. Auch unrenoviert. Bis etwa 600,- warm. **Georg Marquardt, gjm@gmx.de, ☎0163/9872579**



Katharina Fegebank ist Hamburgs Zweite Bürgermeisterin, traut sich aber auch zu, die Nummer 1 in der Stadt zu werden
Foto: dpa

„Frauen rechtfertigen sich eher“

Frisch aus der Elternzeit zurück, dreht sich schon alles um den Zweikampf zwischen den Hamburger Koalitionsparteien. Die grüne Spitzenkandidatin Katharina Fegebank wird sogar als Bürgermeisterin Hamburgs gehandelt und traut sich diesen Job auch zu

südwester*in

Schafe im Training

Wo ist eigentlich die Wölfin? Mit der Zielscheibe auf dem Kopf hat sie sich offenbar verkehrt. Und schon drehen die Schafe frei: Zwei „Prädatorenchafe“ trainieren nach Angaben der Polizei seit einiger Zeit für den Ernstfall. Am Mittwochmorgen brachen sie zum wiederholten Mal aus ihrem Gehege aus und übten den **Nahkampf** an mehreren Menschen. Am Dorfgemeinschaftshaus im Papenburger Stadtteil Aschendorf wurde eine 43-jährige Frau dabei leicht am Oberschenkel verletzt. Die Polizei ermittelt jetzt wegen **fahrlässiger Körperverletzung**, aber nicht gegen die Tiere. Die *südwesterin* schließt sich dem Rat der Polizei an: Die Wölfinnen sollten um Aschendorf lieber einen großen Bogen machen.

Interview **Kaija Kutter** und **Lena Kaiser**

taz: Frau Fegebank, heute ist Frauentreik, machen Sie mit?

Katharina Fegebank: Ich habe heute ganz viele spannende Frauentermine – unter anderem treffe ich Gründerinnen von Start-ups, die versuchen, in der Wirtschaftswelt Fuß zu fassen.

Also streiken Sie nicht. Das hört sich nach sehr viel Arbeit an.

Ja, vielleicht ist das so eine Kombination. Aber wir haben unseren traditionellen Senatsempfang etwas vorverlegt, damit die Frauen danach noch am Streik teilnehmen können. Das finde ich, ist ein ganz guter Kompromiss.

Wie sehen Sie sich am liebsten?

Ich wünsche mir, dass ich gesehen werde als eine Frau, der man vertraut, die man beim Wort nehmen kann, die klar ist in ihren Aussagen und die eine Verlässlichkeit ausstrahlt.

Wie viel Privates gehört in die Öffentlichkeit?

Es gibt ja den schönen Satz: Das Private ist politisch, der ja auch die zweite Frauenbewegung ganz stark angetrieben hat. Ich finde, dass man eine gute Balance finden muss zwischen privaten Dingen, die man öffentlich thematisiert, und solchen, die man privat sein lässt. Ich ziehe da auch eine klare Grenze. Spannend finde ich, dass man anhand von privaten Erlebnissen, Begebenheiten und Situationen auch gesellschaftliche Debatten führen kann. Deshalb kommt Öffentlichkeit nur schwer ohne Privates aus.

Sehen Sie in diesem Punkt Unterschiede zwischen den Geschlechtern?

Ich weiß nicht, ob man das so pauschal sagen kann. Aber es ist schon so, dass Frauen viel stärker mit ihrer Rolle im Privaten konfrontiert werden. Das habe ich gerade selbst erlebt. Dann steht man vor der Entscheidung, lasse ich mich darauf ein und nutze ich das als Vehikel, um eine Debatte – in meinem Fall über Rollen- und Vereinbarkeitsmodelle – zu führen, oder blockt man da total ab und sagt, das hat nichts mit der Person zu tun, die ich in der Öffentlichkeit darstelle. Ich habe mich für den Weg entschieden, ein paar Einblicke in mein privates Leben zu gewähren, um daraus meinen ver-

änderten Blick auf die Stadt zu begründen. Es ist natürlich dem öffentlichen Interesse geschuldet, dass man bei Frauen, in diesem Fall bei mir, dann noch mal einen zweiten Blick darauf wirft und auch mal eine Frage anders stellt. Da kommt man schnell zu der Frage: Sind wir wirklich so gleichberechtigt?

Ist das nicht ein ziemlicher Eiertanz, wenn Politikerinnen Kinder bekommen und nach wenigen Wochen wieder ihre Frau stehen im Job, wirkt das ja schon als Statement, dass jemand da sehr viel leistet. Müssen Frauen heute mehr leisten?

Ich denke, dass sie immer schon viel geleistet haben in ihren unterschiedlichen Aufgaben. Ob sie mehr leisten müssen, weiß ich nicht. Sie rechtfertigen sich eher für bestimmte Dinge, die sie machen oder eben nicht machen. Bei einem Mann sagt keiner: Oh, der ist erst vor wenigen Wochen Vater geworden. Da wird das nicht thematisiert. Als Frau ist man stärker unter Rechtfertigungsdruck.

Sie kommen gerade aus der Elternzeit zurück. Und schon dreht sich alles um dem Zweikampf zwischen Ihrer Partei und der SPD. Laut aktueller Umfragen liegen die Grünen bei 22 Prozent und die Sozialdemokraten nur noch bei 31 Prozent. Die CDU wirkt bedeutungslos. Wird die SPD ihre nächste Juniorpartnerin?

Das sind alles Spekulationen. Wann wer wo Juniorpartner wird, das steht noch in den Sternen. Wir freuen uns wirklich sehr über den Aufwind, den die Grünen gerade haben – sowohl im Bund als auch in den Ländern. Das sehen wir als Bestätigung einer klaren Linie. Ich glaube, viele wissen, woran sie sind bei uns. Das ist ganz wichtig, man muss nicht immer übereinstimmen mit dem, was wir sagen, aber wir haben eine Klarheit. Die Debatte orientiert sich derzeit stark an Werten und wir stehen für Weltoffenheit und internationalen Zusammenhalt, Solidarität und Mitmenschlichkeit – und sagen allen anderen, die das infrage stellen, den Kampf an und wir besetzen gerade Themen, die, wie die Menschheitsaufgabe Klimaschutz, zeitgemäß sind und viele Gemüter bewegen.

Wie viel dieses Aufwinds verbuchen Sie auf das Konto der Ham-

burger Grünen, wie viel auf das der Großwetterlage?

Das ist eine gute Frage, die ich nicht klar beantworten kann. Sicherlich ist der Bundestrend von Vorteil. Ich habe auch schon Zeiten erlebt, wo wir in den Abgrund geblickt haben. Wo lange Zeit nicht klar war, ob die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. Ich weiß durchaus, was es heißt, wenn eine Partei in der Stimmungslage nicht so wohl gelitten ist. Rückenwind ist sicherlich von Vorteil. Auf der anderen Seite sind Hamburgwahlen auch Hamburgwahlen.

Jetzt werden Sie ja als Anwärtlerin zur Bürgermeisterin gehandelt. Wie haben Sie das geschafft, aus einem ja recht unscheinbaren Ressort wie der Wissenschaft heraus?

Ich war ja beim letzten Mal schon Spitzenkandidatin und habe sicherlich aus der Kombination aus Wissenschaftssenatorin, zweiter Bürgermeisterin und Gesicht der Grünen meinen Weg entwickelt – mit den Grünen zusammen. Das wir damit ganz erfolgreich gewesen sind, zeigt sich daran, dass die Partei im letzten Jahr gemeinsam mit mir und der Fraktion gesprochen hat, und wir entscheiden haben, dass ich wieder als Spitzenkandidatin antrete.

Würden die Bürger*innen, wenn die Grünen mehr Prozente bekämen, auch mehr grüne Politik bekommen oder die Grünen nur mehr Posten?

Ich bin ja schon ganz lange der Auffassung, dass grüne Themen keine Nischenthemen sind. Das Thema Klimawandel habe ich eben schon angesprochen. Wenn wir uns angucken, wie in Hamburg eine Mobilitätswende auf den Weg gebracht wird, wie Zusammenhalt organisiert wird und wir den Sprung von einer traditionellen Handels- und Hafenstadt zu einer Wissenschafts- und Innovationsmetropole schaffen, dann sind das Zukunftsthemen. Themen, die wir schon immer auf unserer Agenda hatten, die jetzt aber anschlussfähiger werden.

Dass Motto der nächsten Klimabewegten Schüler*innen-Demo in Hamburg ist „Verkehrswende statt Weltenende“ – auch der BUND hat kürzlich gesagt, Hamburg solle die Stadtbahn einführen. Sind die Grünen auch dafür?

Die Stadtbahn ist eine verkehrspolitische Vision. Wir finden sie nach wir vor gut und haben auch gesagt, dass es ein Fehler ist, sie aus dem Gesamtkontext Verkehrswende herauszunehmen. Die Weichen sind aber erst mal anders gestellt worden. Es ist völlig klar, dass wir eine Verkehrswende brauchen – in einer Stadt, die wächst. Wir haben uns jetzt entschieden, dass wir den U-Bahn-Bau vorantreiben und weiter auf massiven Ausbau und Taktverdichtung des ÖPNV setzen, um einen Anreiz zu schaffen, auf das Auto zu verzichten.

Mit dem Kinderwagen ist Bus oder U-Bahn-Fahren durchaus problematisch.

Es gibt viele Vorteile, die eine Stadtbahn mit sich bringt. Nicht zuletzt ziehen Frauen eine Stadtbahn einer in den Abendstunden dunklen U-Bahn vor. Wir müssen aber Prioritäten setzen.

Bevor Sie Senatorin wurden, waren Sie Sozialpolitikerin und eines Ihrer Steckpferde war das Thema Armutsbekämpfung. Den neuesten Zahlen zufolge hat sich in Sachen Kinderarmut nicht so viel verbessert.

Das ist richtig. Das ist für mich und für die Grünen auch immer noch ein wichtiges Thema, wie sozialer Zusammenhalt funktioniert. Ich finde, dass da erste wichtige Initiativen auch schon greifen, sowohl in der Kitabetreuung als auch im Ganztagsbereich. Mein Ansatz ist immer, Institutionen und Bildungseinrichtungen weiter zu stärken.

Trauen Sie sich das Amt der Bürgermeisterin zu?

Ich traue mir die Verantwortung zu, die mir Hamburgerinnen und Hamburger geben, sonst wäre ich nicht Spitzenkandidatin geworden.

Katharina Fegebank

42, ist die Spitzenkandidatin der Hamburger Grünen für die Bürgerschaftswahl 2020. Seit April 2015 ist sie die Zweite Bürgermeisterin Hamburgs und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung. Zuvor war sie Vorsitzende des grünen Landesverbandes. Sie ist geboren in Bad Oldesloe.

das portrait



Hat den Architekturpreis des Bremer BDA bekommen: Katja-Annika Pahl
Foto: privat

Katja-Annika Pahl sticht Männer aus

Als sich 1928 in Dessau die Bauhausstudentin Lotte Beese als erste Frau in der neu eingerichteten „Baulehre“ einschrieb, bescheinigte ihr der Hochschuldirektor großes Talent, gab aber zu bedenken, sie könne als Architektin nur reüssieren, wenn sie einen Architekten heirate. Beese nahm den Tipp dann allzu wörtlich und ging mit dem Direktor eine langjährige, nicht undramatische Liaison ein.

Aber auch heute gilt noch: Obwohl mehr Frauen als Männer Architektur studieren, sie bessere Zensuren und Abschlüsse erhalten, beträgt laut einer Erhebung der Bundesarchitektenkammer vom Januar 2016 der Frauenanteil in dem klassischen Bereich freischaffende*r Hochbauarchitekt*innen nicht einmal 22 Prozent. Und ganz wenige unter Ihnen schaffen den Sprung auf eine Professur.

Zu diesen Ausnahme-Architektinnen zählt Katja-Annika Pahl. Sie hat von 1991 bis 1997 an der TU Braunschweig studiert, danach mehrere Jahre in Architekturbüros in Hamburg und Dresden gearbeitet. Es folgten Lehrtätigkeiten, hauptsächlich an der TU Dresden. 2008 übernahm sie dann eine Professur an der School of Architecture der Hochschule Bremen. Hier vertritt sie im pädagogischen Mehrkampf Entwerfen, Gestaltung und Darstellung.

Selbstverständlich ist Katja-Annika Pahl auch als freiberufliche Architektin erfolgreich. Sie praktiziert in Hamburg, ganz im Sinne ihres Mentors mit ihrem Ehemann, einem promovierten Architekten. Gerade wurde ihr gemeinsam für die Bremische Evangelische Kirche geplantes Gemeindehaus mit Kindertageseinrichtung „Unser Lieben Frauen“ vom Bund deutscher Architekten BDA in Bremen prämiert. Alle vier Jahre vergibt der in der Regel mehrere gleichwertige Auszeichnungen oder Anerkennungen. Dieses Mal stach für die Jury dieses eine Werk aus den 57 Einreichungen heraus und erhielt den einzigen Hauptpreis.

Gab es einen spezifisch weiblichen Beitrag in diesem Projekt, gibt es eine weibliche Dimension in der Architektur? Katja-Annika Pahl lacht. Sie habe einmal einen Vortrag über Frauen in der Architektur gehalten und klargestellt, dass diese nicht immer nur als Innenarchitektinnen fungieren oder das Farbkonzept entwickeln. Und wenn bei dem Bauvorhaben „Unser Lieben Frauen“ einer Frau besonderes Verdienst zufalle, dann der Architektin Anna Campe des Bremer Partnerbüros: Sie hatte die örtliche Bauleitung übernommen. Und da sind Frauen nochmals rarer.

Bettina Maria Brosowsky

nachrichten

Königin ehrt Pfleger*innen

Die schwedische Königin Silvia besucht am 3. April in Lohne bei Vechta ein Altenpflegeheim, teilte der Königspalast in Stockholm mit. Informationen der *Oldenburgischen Volkszeitung* zufolge wird die 75 Jahre alte Königin im St.-Anna-Stift den Queen Silvia Nursing Award überreichen, einen mit 6.000 Euro dotierten Förderpreis für herausragende Ideen von Pflegeschüler*innen. (dpa)

Bilder aus KZ Moringen

Kohlezeichnungen der Nazi-Gegnerin und Moringen KZ-Gefangenen Hedwig Regnart sind von Freitag an im Foyer der Northeimer Kreisverwal-

tung zu sehen. Die Ausstellung „Schwestern, vergesst uns nicht“ wird dort bis zum 29. März präsentiert. Die Zeichnungen thematisierten die Not der Bevölkerung sowie Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. (epd)

Kiel setzt Digitalpakt um

Die Landesregierung will rasch ein Konzept für den Digitalpakt in Schleswig-Holstein umsetzen. „Alle Schulen werden vom Digitalpakt profitieren können“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Das gehe nicht ganz ohne Bürokratie. Das Land müsse sich sein Konzept vom Bund genehmigen lassen. (dpa)

Pflege macht arm

Hamburg will den Eigenanteil bei Pflegekosten bundesweit deckeln. Schleswig-Holstein und Bremen schließen sich an. Nächste Woche soll dann der Bundesrat entscheiden

Von Jana Eggemann

Die Pflegekosten steigen bundesweit – und damit auch der Eigenanteil von Pflegebedürftigen. Das will Hamburg ändern. Der rot-grüne Senat hat bereits Ende Februar eine Initiative zur Deckelung der Eigenanteile von Pflegebedürftigen erarbeitet, die nächste Woche im Bundesrat präsentiert werden soll.

Begründet wird der Vorschlag damit, dass gerade bei der vollstationären Betreuung in Pflegeheimen das Geld der Bewohner*innen häufig nicht ausreicht. Dann müsse im Alter noch Sozialhilfe beantragt werden. „Das Pflegerisiko wird damit zum Armutsrisiko“, schreibt der Senat.

Eine Obergrenze soll helfen. Dafür soll der Eigenanteil von Pflegebedürftigen festgelegt und der Rest von der Pflegeversicherung getragen werden. Die Kosten für medizinische Behandlungen von Heimbewohner*innen – jährlich etwa drei Milliarden Euro – sollen künftig die Krankenkassen übernehmen. Außerdem soll der Bund stärker in die Pflicht genommen werden und den Beitragsanstieg zunächst mit jährlich 1,5 Milliarden Euro aus Steuergeldern auffangen. Die Höhe des Zuschusses könne nachträglich angepasst werden, heißt es vom Senat.

Momentan funktioniert das System noch genau umgekehrt. So zahlen die Pflegeversicherungen lediglich einen Festbetrag, der je nach Pflegegrad bestimmt wird. Für den Rest müssen die Pflegebedürftigen selbst aufkommen.

Im Bundesschnitt zahlen Heimbewohner*innen monatlich rund 618 Euro stationäre Pflegekosten – Miete und Essen nicht eingerechnet. Medienberichte sprechen von insgesamt 1.800 Euro monatlich. Wenn der Vorstoß aus Hamburg erfolgreich ist, könnte der Eigenanteil um etwa 200 Euro sinken. Die Linke findet das noch zu wenig. „Eine nachhaltige Lösung erfordert eine Vollversicherung, die alle notwendigen Leistungen übernimmt“, findet sie.

Unter anderem steigt der Eigenanteil von Pflegebedürftigen durch die Einstellung zusätzlicher Pflegekräfte und deren bessere Bezahlung. Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) ist grundsätzlich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften. „Das darf aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen, die dann am Ende ihres Lebens noch zu Sozialhilfeempfängern werden“, stellt sie klar.

Die Forderung nach der Deckelung von Pflegekosten ist nicht völlig neu. Aber sie erfährt aktuell viel Zustimmung

aus den umliegenden Bundesländern. Vor Kurzem hat Schleswig-Holstein beschlossen, sich an dem Vorschlag zu beteiligen. Das Sozialministerium teilte mit, es habe sich bereits im vergangenen Jahr für eine „Vollkasko“-Pflegeversicherung eingesetzt.

Das FDP-geführte Ressort sieht in der Hamburger Initiative „einen sinnvollen Vorschlag, wie man pflegebedingte Kosten begrenzt“. Das Sozialministerium fordert, den Eigenanteil höchstens bei 1.000 Euro anzusetzen und die restlichen Kosten durch einen Steuerzuschuss zu decken.

Auch aus Bremen wird der Vorschlag „voll und ganz“ unterstützt. Das Land ist der Initiative beigetreten. Hier hatten zuvor mehrere Wohlfahrtsverbände an den Senat appelliert, die Reform zu unterstützen.

Vor der Verhandlung im Bundesrat zeigt sich die Hamburger Gesundheitsbehörde dementsprechend positiv gestimmt. Sowohl rot-grüne Bundesländer als auch das schwarz-grüne Baden-Württemberg hätten Unterstützung für das Vorhaben signalisiert. Auch die niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann (SPD) begrüßt die Initiative aus Hamburg.

So sieht Pflege aus

Rund 63.000 Menschen bezogen nach Angaben des Statistikamtes Nord 2017 in Hamburg Leistungen aus der Pflegeversicherung. 26 Prozent davon wurden vollstationär versorgt.

Deutschlandweit gibt es nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes rund 950.000 Pflegeplätze in knapp 15.000 Heimen.

Um 5 Milliarden Euro jährlich werden sich die Pflegekosten nach Schätzung des Hamburger Senats in den kommenden Jahren erhöhen. Das liege einerseits an der Einstellung von mehr Personal und andererseits an einer besseren Bezahlung der Pfleger*innen in der Langzeitpflege.

Fachpflegekräfte in der Langzeitpflege sollen so viel verdienen wie Pflegekräfte in Krankenhäusern, das wären etwa 600 Euro mehr im Monat.

Für Viele die letzte Station: ein Platz im Pflegeheim
Foto: dpa



Zahl der Masernfälle steigt

Niedersachsens Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) rät, sich bei Bedarf impfen zu lassen

Seit Jahresbeginn sind in Niedersachsen mehr Menschen an Masern erkrankt als im gesamten Vorjahr. Wie das Gesundheitsministerium mitteilte, wurden seit Anfang Januar 26 Masernfälle registriert, im Jahr 2018 gab es 18 Fälle. Die Mehrheit der Erkrankten in diesem Jahr habe sich im Landkreis Hildesheim angesteckt.

Dort ist eine Gesamtschule betroffen. Nach einer steigenden Zahl von Masernfällen will das Kreisgesundheitsamt nun

den Impfstatus aller Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Einrichtung prüfen. Wer an diesem Freitag keinen Impfschutz vorweisen könne, müsse damit rechnen, die Schule nicht betreten zu dürfen, hatte der Landkreis jüngst mitgeteilt.

Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) riet allen Menschen, ihren Impfstatus zu überprüfen und bei Bedarf Impfungen nachzuholen. „Die aktuell aufgetretenen Masernfälle in Niedersachsen zeigen die große

Bedeutung eines ausreichenden Impfschutzes in der Bevölkerung“, sagte sie. Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) appellierte an die Eltern: „Wer auf den Impfschutz verzichtet,

„Wer auf den Impfschutz verzichtet, gefährdet seine Kinder“

Grant Hendrik Tonne (SPD)

gefährdet seine Kinder und die Kinder anderer.“

Masern sind sehr ansteckend für nicht geimpfte Personen. Das Virus wird als Tröpfcheninfektion beim Sprechen, Husten oder Niesen übertragen. Eine Infektion verursacht hohes Fieber, Husten, Entzündung der Augenbindehaut und Hautausschlag. Die Krankheit kann schwerwiegend verlaufen. Als lebensbedrohliche Komplikation kann eine Gehirnentzündung auftreten. (dpa)

„Es kommt darauf an, wie ich etwas zeichne“

Zum Frauentag veranstaltet sie in der Kampnagel-Fabrik Hamburgs erste feministisch-antirassistische Tattoo-Convention: Hanadi Chawaf über feministische Motive, Conventions von Männern für Männer und Tattoos als Ausdruck von Rebellion



Hanadi Chawaf in ihrem Tattoo-Laden „Hanadi's Garage“ im Hamburger Schanzenviertel
Foto: Miguel Ferraz

Interview **Carlotta Hartmann**

taz: Frau Chawaf, wieso braucht es eine feministisch-antirassistische Tattoo-Convention?

Hanadi Chawaf: Die meisten Conventions werden von Männern für Männer gemacht. Ein paar Frauen sind schön dabei zu haben. Die Convention bucht Frauen als Tattoo-Models, die halbnackt durch die Hallen laufen. Klar, es geht um die Darstellung des Körpers. Aber da laufen Frauen mit einem Tattoo am Arm und einem am Bein rum und haben nur einen Bikini an, weil sie eben schön auszusehen haben.

Aber Männer zeigen dort doch auch ihre Haut.

Wenn ein Mann sich auszieht, dann nicht für ein Tattoo am Oberarm, sondern weil sein ganzer Oberkörper tätowiert ist und er seine Tattoos und Muskeln zeigen will. Ich habe mich immer wieder gefragt: Muss das sein? Ich will Conventions nicht schlecht machen. Es ist toll, sich mit anderen Künstlern auszutauschen. Aber viele Conventions haben einfach ein unangenehmes Flair.

Und wieso antirassistisch?

Es gibt auch Tattoo-Conventions, die von Rassismus geprägt sind. Aber viel wichtiger ist mir einfach, Widerstand zu zeigen. Alle reden über Nazis und die AfD – wir wollen zeigen, dass es auch noch die andere Seite gibt,

dass es auch Offenheit in unserer Gesellschaft gibt.

Und bei „Ink About It!“ tätowieren nur Frauen?

Ich war seit drei, vier Jahren auf keiner Convention und habe den Austausch vermisst. Ich habe mir das als coole Aktion am Frauentag vorgestellt, eine feministische Convention. Meine Kolleginnen aus Hamburg, Berlin, Den Haag und Leipzig fanden die Idee gut. Wenn das irgendwann größer wird, können sicher auch Jungs mitmachen. Schließlich gibt es auch Männer, die sich auf einer typischen Tattoo-Convention nicht wohlfühlen. Die wollen wir nicht ausgrenzen.

Was bedeutet Feminismus für Sie?

Ich bin eine starke, emanzipierte Frau, also bin ich Feministin. Aber ich bin keine, die schnell beleidigt wird, und versuche, alle so zu akzeptieren, wie sie sind. Ich bin keine Kampffeministin und möchte mich nicht mit Menschen streiten – in erster Linie mache ich das für mich selbst. Und dieses Wort wird oft komisch aufgenommen. Aber eigentlich müssten wir alle Feministinnen sein, wenn wir ein bisschen an uns selbst denken.

Sie stechen am Wochenende feministisch-antirassistische Tattoos. Wie sieht so ein Motiv aus?

Das ist nicht genau festgelegt. Wir sind sieben Frauen, alle von

uns sind künstlerisch begabt. Würden wir uns auf „feministische“ Symbole einigen, hätten wir nur sechs, sieben Symbole. Es muss kein zerschlagenes Nazi-Symbol sein, das wäre zu klein gedacht. Wir machen unsere Kunst – und weil wir sie frei machen können, wird es feministisch und antirassistisch.

Also kommen alle Motive in Frage?

Blumen, Frauenköpfe ... Das liegt auch im Auge der Künstler*innen, man kann vieles als feministisch interpretieren. Tiere vielleicht weniger. Wobei ich ein antirassistisches Tiermotiv habe: einen pinkelnden Hund. Auch ohne, dass er auf ein Hakenkreuz pinkelt, zeigt das „Attitude“.

Welche typischen Tattoos sind denn sexistisch oder rassistisch?

Ein traditionelles Symbol ist das Tattoo der nackten Frau. Ich finde das kann, je nachdem, wie es gezeichnet ist, auch einfach die Schönheit der Frau zelebrieren. Wenn es „Oldschool“, also simpel, vielleicht ein bisschen spielerisch ist, finde ich das schön. Wenn eine nackte Frau realistischer gezeichnet ist, finde ich das irgendwie sexistisch. Andererseits muss man der Kunst auch ihre Freiheit lassen – das sehen andere vielleicht extrem.

Wann hatten Sie ihr erstes Tattoo?

Ich wollte schon als Kind ein Tattoo, aber in Syrien war das nicht angesagt – als Frau sowieso nicht. Als ich zum Studium in die USA gegangen bin, wusste ich: „Ich tätowiere mich jetzt!“ Mit 26 hatte ich mein erstes Tattoo. In Syrien macht man den Kindern Angst, indem man ihnen erzählt, dass man in die Hölle geht, wenn man sich tätowieren lässt. Mein erstes Tattoo war meine große Rebellion: Eine Fledermaus mit dem Schriftzug „Straight to Hell“, also: „Direkt in die Hölle“.

Und seit wann tätowieren Sie selbst?

Nach dem Kunststudium in Baltimore bin ich nach Los Angeles gezogen und in die Werbebranche gegangen. Weil ich nicht immer mit Computern arbeiten, sondern lieber zeichnen wollte, habe ich nebenbei in Tattoo-Studios rumgegangen

und mich ausprobiert. In Hamburg habe ich zunächst als Designerin gearbeitet, mich dann aber vor acht oder neun Jahren als Tattoo-Künstlerin selbstständig gemacht.

Was hat es mit diesem Motiv der Frau mit Kopftuch auf sich, die Sie immer wieder zeichnen?

Das ist mein Charakter, den zeichne ich mittlerweile seit über 25 Jahren. Der verbindet meine Herkunft mit dem, was ich jetzt lebe. Er symbolisiert die Mischung aus Kulturen, die ich so mag. Er hat immer etwas Westliches – die Meerjungfrau, zum Beispiel, die wiederum das Kopftuch – also etwas Orientalisches – trägt.

Sie selbst tragen kein Kopftuch.

Das Kopftuch steht für meine Herkunft. Bei meiner Figur schauen Haare aus dem Kopftuch, obwohl man eigentlich keine Haare zeigen darf. Sie ist locker drauf. Ich musste nie ein Kopftuch tragen. Wir durften machen, was wir wollten – nur tätowieren durfte ich mich nicht.

Wäre diese Figur ein feministisch-antirassistisches Motiv?

Das kommt darauf an, wie ich sie zeichne. Manchmal finde ich die Zeichnungen traurig, weil sie darin gefangen ist: Sie muss funktionieren, kochen, eine gute Mutter und eine gute Frau sein. Das möchte ich eigentlich nicht tätowieren. Menschen sollen ihre Tattoos sehen und denken „Ich mach jetzt was!“ f. Positivere Bilder von dieser Figur habe ich aber schon drei Menschen gestochen. Und bei der Convention kommt eine vierte dazu: Eine Freundin aus dem Iran, die schon als Kind nach Deutschland gekommen ist. Sie musste dort immer Kopftuch tragen, lebt aber hier viel freier. Wir haben ähnliche Kulturen und Ähnliches erlebt. Ich freue mich sehr darauf, ihr ein Tattoo zu stechen – auch noch am Frauentag!

Hanadi Chawaf

42, wurde in Syrien geboren und wanderte mit 20 nach Baltimore aus, um Kunst zu studieren. Seit 2010 betreibt sie ihr eigenes Atelier „Hanadi's Garage“ im Hamburger Schanzenviertel.

Christa Pfafferott
Zwischen Menschen

Die Ruhe einer übersprungenen Generation

Eine alte Frau und ihre Enkelin sitzen in der vollen Bahn. Um sie stehen viele Menschen. Die zwei wirken, als würde es nur sie beide geben. Tief versunken sind sie in ihr Miteinander. Durch das Mädchen wirkt die Frau noch älter. In ihr Gesicht sind Falten geprägt. Ihre Hände, schwer und voller Altersflecken, bewegen sich langsam. Das Mädchen hat ein pralles, glattes Gesicht, fast weiß-blondes Haar, helle Augen, in denen das kurze Leben noch keinen Ausdruck hinterlassen hat. Sie ist etwa drei Jahre alt. Sie hat nun die geheimnisvolle Grenze in die Zeit überschritten, an die sie sich später bewusst erinnern kann. Vielleicht wird diese Bahnfahrt in ihrem Lebenssack von Erinnerung bleiben. Dieses Wochenende. Der Samstag mit Oma.

Das Mädchen lehnt ihren Kopf an die Scheibe, sie schaut hinaus, lässt die Farben und Formen der Stadt an sich vorbeirauschen. Die Augen huschen hin und her, sehen die Schienen, die neben dem Zug entlanglaufen, die Oberleitungen, die Tunnel und Geschäfte. Manchmal zeigt sie stumm auf etwas, weist der Oma neben sich, was sie sieht, stolz darauf, was sie gerade in dieser Welt entdeckt hat.

Ab und zu nimmt sie die Hand der Oma. Nebenbei und selbstverständlich, als müsste das manchmal so sein. Die große, schwere Hand halten. Der Kontakt zu Oma. Sie hält sie leicht in ihrer kleinen Hand, während sie ins Draußen blickt. Die Frau schaut das Mädchen an: „Willst du was zu trinken? Eine Reiswaffel?“

Sie wirkt höflich, als würde sie die Betreuung proben, als bediente sie jemanden, den sie noch nicht gut kennt. Ja, das Mädchen nickt. Sie will etwas trinken. Die Frau öffnet mit ihren alten Händen den Reißverschluss des kleinen bunten Kinderrucksacks. Sie holt eine Wasserflasche heraus. Das Mädchen trinkt schnell, hastig zieht sie am Mundstück. Schluckt,

Eltern in der U-Bahn blicken ihr Kind selten so an, wenn sie involviert sind in den Alltag

schluckt und gluckst. Dann plötzlich setzt sie ab. Sie atmet laut aus, atemlos vom Trinken. Stumm reicht sie der Oma die Flasche zurück, wie eine Sportlerin sie ihrer Trainerin gibt, um sich schnell wieder auf das Spiel zu konzentrieren. Sie schaut wieder aus dem Fenster.

Die Frau blickt nun unentwegt auf das Kind, dessen Augen umherhuschen. Das Mädchen sieht die große Welt draußen. Die Frau sieht in dem Kind eine neue weite Welt.

„Du bist brav und manchmal ein Lausmädchen“, sagt sie plötzlich, als müsste sie die Liebe aus sich herauslassen, etwas davon benennen. „Aber das ist gut, dass du ein Lausmädchen bist“, sagt sie dann mit Nachdruck.

Die Oma kann ihre Augen nicht von dem Mädchen lassen. Sie schaut sie an wie ein Wunder. Es ist eine totale Versunkenheit in ihrem Blick, wie eine Verliebtheit. Im Gesicht der Oma liegt eine zärtliche Demut, dass dieses helle Mädchen da ist, dass sie auf erstaunliche Weise zu ihr gehört. Etwas Junges, Schönes, Leichtes, dass noch einmal spät in dieses Leben voller Jahre tritt, in dem der Sack der Erinnerung schon voll ist.

„Du bist ein Goldschatz“, sagt sie dann. „Ein richtiger Goldschatz.“ Die Kleine reagiert nicht. Die Liebe der Oma ist im Hintergrund wie die Trinkflasche, der Rucksack, das, was selbstverständlich da ist.

„Ich werde dem Opa sagen, dass du ein ganz braves, liebes Mädchen warst.“ Das Mädchen schaut versunken. „Du wirst müde“, sagt die Oma dann. Sie kann das jetzt lesen im Gesicht des Mädchens: „Ich sehe es.“

Eltern in der U-Bahn blicken ihr Kind selten so an, wenn sie involviert sind in den Alltag, in den Weg und den Stress. Kinder schreien selten mit ihren Großeltern. Sie brüllen eher bei den Eltern, den Vertrautesten, bei denen sie sich trauen, allen Kummer loszulassen.

Zwischen dem Mädchen und der Oma liegt die Ruhe einer übersprungenen Generation. Liebe trotz Abstand. Wie schön das ist, dass die Ränder des Lebens, der Beginn und das Ende so zusammenkommen und sich stärken. Wie das langsame Tempo des Kindes mit den ruhigen Bewegungen der Älteren zusammenpasst.

Als die Bahn die nächste Station erreicht, stehen die beiden auf. Das Mädchen fasst leicht nach der Hand der Oma. So gehen sie zusammen hinaus in die Welt hinter dem Fenster.

Tattoo-Convention „Ink About It!“:

Fr/Sa, 8./9. 3., ab 12 Uhr, Kampnagel, Hamburg. Besucher*innen können sich auch ohne Voranmeldung von Hanadi, Jules, Jurena, MiezWars, Merel Woudwijk, Rita Humbug und Helena Käfer tätowieren lassen



Foto: privat

Christa Pfafferott ist Autorin und Dokumentarfilmerin. Sie hat über Machtverhältnisse in einer forensischen Psychiatrie promoviert. Als Autorin beschäftigt sie sich vor allem damit, Unbemerktes mit Worten sichtbar zu machen.



Feministisches Motiv oder nicht? Letztlich liegt es im Auge der Künstlerin, findet Hanadi Chawaf Foto: Hanadis Garage

Weiche Nase
des eigenen
Ponys
streicheln: Für
Kinder in
Blankenese
kein absurder
Wunsch, für
Kinder auf der
Veddel so weit
weg wie der
Mond
Foto: Britta
Pedersen/dpa



Kinder trennen Welten

Die Zahl der Kinder, die in Hartz-IV-Haushalten leben, ist gestiegen und verteilt sich höchst ungleich auf das Stadtgebiet. Steilshoop ist stark betroffen, Nienstedten dagegen kaum

Von Kaija Kutter

Die Stadt Hamburg wächst und mit ihr auch die Kinderarmut. 53.648 Kinder unter 15 Jahren lebten im Jahr 2017 in Familien, die Hartz IV beziehen. Das ist der höchste Wert seit zehn Jahren, 2013 waren es noch bei knapp 50.000.

Hinzu kommt: Die Armut verteilt sich höchst ungleich auf die Stadtteile. Das geht aus einem Stadtteil-Atlas hervor, den das Bremer Institut für Arbeits-

marktforschung und Jugendberufshilfe (BIA) auf Basis aktueller Daten des Statistikamtes Nord erarbeitet hat.

Schon die Verteilung auf die sieben Hamburger Bezirke ist ungleich. Lebt im Hamburger Durchschnitt jedes fünfte Kind von Hartz IV, trifft dieses Schicksal im Bezirk Mitte sogar jedes dritte Kind, in ganz Eimsbüttel aber nur jedes zehnte Kind.

Auf Ebene der 104 Stadtteile sind die Unterschiede so gravierend, dass man von zwei Welten

sprechen kann. In Nienstedten (0,5 Prozent) und Groß Flottbek (0,7 Prozent) lebt nicht mal eines von hundert Kindern von Hartz IV. Es folgen Blankenese, Wellingsbüttel, Sasel und Eppendorf mit zwei je Prozent.

Die andere Welt liegt zum Beispiel in der Großsiedlung Steilshoop. Dort leben 46,4 Prozent der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Auch auf der Veddel, in Rothenburgsort, in Harburg-Kerngebiet sowie Billstedt, Dulsberg und Wilhelmsburg trifft dieses Schicksal etwa 40 Prozent der Kinder.

Eine Erklärung für den jüngsten Anstieg könnte im Zuzug von Geflüchteten liegen. Insgesamt wuchs die Zahl der Einwohner*innen der Stadt von 2015 bis 2017 um rund 43.000 Menschen, darunter fast 18.000 Kinder. Die Frage an die Sozialbehörde, wie sie sich die hohe Zahl erklärt, blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Die Linken-Politikerin Sabine Boeddinghaus nennt die Zahlen eine „doppelt schlechte Botschaft“. Denn es sei schon

ein Skandal, wenn die Kinderarmut stabil bleibe. „Dies zeigt, es reicht einfach nicht, was die Stadt tut.“ Hamburg könne nicht nur auf den Bund verweisen und müsse eine neue Strategie entwickeln; zum Beispiel ein Gratis-Frühstück in Kitas und Grundschulen.

Um der Armutsverfestigung in den Quartieren zu begegnen, müssten auch Nachbarschaftsangebote für Familien und Kinder bestehen. Boeddinghaus kritisiert, dass die Stadt zwar wächst, und allein 47 Neubaugebiete mit mehr als 500 Wohnungen plant, aber die soziale Infrastruktur schrumpft. So wurden seit 2015 acht Jugendeinrichtungen geschlossen.

Zwar gab es mal eine fachliche Weisung an die Bezirke, dass in Neubaugebieten ab 500 Wohnungen Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit zu schaffen sind, doch diese wurde 1997 unter Rot-Grün abgeschafft. „Wir fordern eine Wiedereinführung der Richtlinie“, sagt Boeddinghaus. „Alles andere ist unverantwortlich.“

Arm und Reich

Die Zahl der Kinder in Hartz-IV-Familien ist 2017 auf 53.648 gestiegen. 2013 waren es noch 50.102 Kinder.

Von diesen leben 14.071 im Bezirk Mitte, das mit 34,4 Prozent die höchste Quote hat. Es folgen Harburg mit 26,9, Bergedorf mit 23, Wandsbek 19,9, Altona 16,6, Nord 13,9, Eimsbüttel 10,9 Prozent.

Auf der Ebene der 104 Stadtteile

leben die meisten betroffenen Kinder in Billbrook mit 70,1 Prozent, gefolgt von Steilshoop 46,4, Veddel 42,9, Rothenburgsort 41,7, Dulsberg 40,6, Hammerbrook 40,1 Prozent.

Wenig arme Kinder hat Nienstedten 0,5, Groß Flottbek 0,7 und Blankenese 1,2 Prozent.

Polizei macht sich warm

Für das Derby FC St. Pauli gegen den HSV kündigt die Polizei einen Großeinsatz an. Außerdem sollen Fans beider Klubs strikt getrennt werden

Die Polizei will mit großem Aufgebot Ausschreitungen bei der Zweitliga-Begegnung zwischen dem FC St. Pauli und dem Hamburger SV verhindern. Rund ums Millerntor-Stadion werden die Einsatzkräfte am Sonntag ähnlich stark aufgestellt sein wie beim Hinrundenspiel (0:0) im Herbst, hieß es aus der Polizeipressestelle. Eine genaue Zahl hatten die Beamten schon damals nicht genannt, nur von einem „überdurchschnittlichen Einsatz“ gesprochen.

Schon vor Anpfiff des Stadtderbys um 13.30 Uhr werde die Polizei auf eine „strikte Fantrennung“ setzen, hieß es. HSV-Anhänger*innen sollen in den Bereich südlich der Reeperbahn geleitet werden, und die St. Paulianer*innen dürfen sich nur nördlich davon bewegen. Die Polizist*innen wollen sich „mit starken Kräften“ im Bereich der Partymeile aufhalten.

Auf St. Pauli stelle eine konsequente Trennung der beiden Fanblöcke „eine etwas größere Herausforderung“ dar als beim Hinspiel, räumte die Polizei ein. Das liege daran, dass der Bereich deutlich kleiner und enger sei als das Gebiet rund um das Volksparkstadion, wo die beiden Vereine im Herbst aufeinandergetroffen waren. Aber die Polizist*innen sehen sich

vor dem besonderen Spiel „gut gerüstet“, hieß es. Das liege nicht zuletzt auch daran, dass es eine „sehr, sehr gute Zusammenarbeit mit beiden Vereinen“ gebe.

Laut Polizei seien bereits Aufenthaltsverbote gegen vier HSV-Hooligans ausgesprochen worden. Außerdem habe man 60 mögliche Gefährder*innen gezielt angesprochen und es wurde außerdem angekündigt, dass die Polizei sich die Option offenhalte, nach dem Spiel ein Hinweisportal freizuschalten, auf dem Bürger*innen im Zusammenhang mit Straftaten Fotos und Videos hochladen können.

Beim Hinrundenspiel hatte die Polizei von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Damals war nach dem torlosen Spiel ohne Sieger alles ruhig geblieben. Die bevorstehende Begegnung wurde dennoch als sogenanntes Risikospiele eingestuft. Das hat unter anderem zur Folge, dass im Stadion nur alkoholfreies Bier ausgeschenkt werden darf. (dpa)

Die bevorstehende Begegnung wurde als sogenanntes Risikospiele eingestuft

heute in hamburg

„Das ist unser gemeinsamer Kampf“

Interview Ann-Kathrin Just

Frauenkampftag: 12.30 Uhr Aktionen und Kundgebung auf dem Rathausmarkt, 16.30 Uhr Start der Demo „Ohne uns steht die Welt still!“

taz: Setzen Sie sich heute auch um kurz vor 12 auf einen Stuhl und streiken?

Linda Kabalan: Ich würde das wahnsinnig gerne machen, aber leider wird das schwierig werden, da ich Teil des Orga-Teams für die Aktionen am Frauentag bin.

Was ist heute geplant?

Es wird heute den ganzen Tag über Veranstaltungen geben. So starten wir zum Beispiel mit einem gemeinsamen Frühstück. Danach laufen wir zum Rathausmarkt. Es wird viele Redebeiträge, Musik, einige Stände mit Kaffee und Informationen zum Feminismus geben. Wir verfolgen mit unseren Aktionen einen emanzipatorischen Ansatz.

Was genau heißt das?

Ich möchte nicht zu viel vorwegnehmen, aber es wird etwa Gläser mit Fragen geben. Jede Person, die die Fragen für sich beantworten kann, darf eine Murmel ins Glas werfen. So wird visualisiert, dass und wie Frauen von Sexismus betroffen sind. Auch geplant ist die symbolische Umbenennung im städtischen Raum.

Was soll umbenannt werden?

Beispielsweise der Jungfernstieg, denn dort wurden früher die noch nicht verheirateten Mädchen von ihren Eltern spazieren geführt. Daher wird dieser historisch schwierige Name symbolisch umbenannt.

Was bringt es, wenn Frauen einen Tag lang streiken?

Heute ist ein symbolischer Tag. Aber der Streik der Frauen soll viele Menschen zum Nachdenken anregen. Denn es ist leider immer noch so, dass Frauen in der Gesellschaft benachteiligt werden. Wir wünschen uns, dass sich etwas in den Köpfen ändert.

Haben Frauen Konsequenzen zu befürchten, wenn sie streiken?

Wir haben als Organisation einen erweiterten Streikbegriff. Denn nicht nur die Lohnarbeit soll bestreikt werden, auch die Pflege- und Haushaltsarbeit. Generell können sich Frauen heute solidarisieren. Sei es, indem sie sich solidarisch zeigen, indem sie etwas lilafarbenes tragen, unseren lila Button oder sich an den vielen Aktionen beteiligen. Grundsätzlich sind Tarifstreiks rechtlich erlaubt, bei politischen Streiks handelt es sich um eine Grauzone.

Darf jede*r teilnehmen?

Zur Kundgebung dürfen gerne alle kommen. Um 17 Uhr treffen wir uns mit einer anderen Demo am Hauptbahnhof, diesen kurzen Weg wollen wir als Trans- und Inter-Personen, Lesben und Frauen alleine gehen, weil das unser gemeinsamer Kampf ist.



Linda Kabalan, 28, war Pressereferentin vom Bundesverband Windenergie im Landesverband Niedersachsen/Bremen und ist Mitorganisatorin des Hamburger Bündnisses zum internationalen 8.-März-Streik.

nachrichten

Vor neuem Schulbau

Die Schulbehörde hat angesichts steigender Schüler*innenzahlen ein vier Milliarden Euro schweres Schulausbauprogramm angekündigt. Um sie alle unterbringen zu können, „werden wir in den nächsten zehn Jahren mehr als 30 neue staatliche Schulen bauen und viele Schulen sanieren, modernisieren und vergrößern“, so die Behördenleitung. Die Kosten: mehr als vier Milliarden Euro. Berechnungen des Statistikamts

Nord und der Schulbehörde zufolge werden bis 2030 rund 45.000 zusätzliche Schüler*innen erwartet, das wären 25 Prozent. Rund zwei Drittel des Anstiegs der Schüler*innenzahlen seien auf die gestiegenen Geburtenzahlen zurückzuführen, nur ein Drittel auf Zuwanderung oder Wohnungsbau, betonte die Behördenleitung. (dpa)

Hinter den Erwartungen

Trotz Investitionen auf Rekordniveau kommt der Ausbau des

Radwegenetzes langsamer voran als erhofft. 2018 wurden nur gut 32 Kilometer Radverkehrswege fertiggestellt, wie aus der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervorgeht. Das waren zwar zwei Kilometer mehr als 2017, aber das Bündnis für den Radverkehr geht von jährlich 50 Kilometern aus. Die Investitionen in die Rad-Infrastruktur lagen 2018 laut Senat bei knapp 25 Millionen Euro – mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. (dpa)

Anzeige

EISLÄUFEN

IM VOLKSPARK

Eislaufen jeden Samstag und Sonntag von 14:30 – 17:00 Uhr

www.volsbank-arena.net
Hamburger Volksbank
ECE
HOCHBAHN
Lloyds

Das Duell der Riesenzwerg



Zwei streiten sich. Maïke Schaefer könnte sich am Ende freuen
Foto: Mohssen Assanimoghaddam/dpa

Vier Mal treten die männlichen Spitzenkandidatinnen von SPD und CDU in Redewettstreits gegeneinander an, einmal sogar – ganz neu für Bremen – vor laufender Kamera. Radio Bremen kündigt jetzt an, auch die anderen Parteien einzuladen

Von Eiken Bruhn

„Das Duell“. So wird das Zusammentreffen der zwei männlichen Spitzenkandidatinnen von SPD und CDU vor der Bremer Bürgerschaftswahl im Mai genannt. Gleich mehrmals sollen sie in Redewettstreits gegeneinander antreten. Am Donnerstagabend nach Redaktionsschluss begann auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung der erste Teil der Kampfhandlungen, die Veranstaltung im Maritim-Hotel war ausgebucht.

Weitere „Duelle“ sollen folgen, Der *Weser-Kurier* lädt die beiden gleich zwei Mal ein, einmal bittet RTL nach Eigenangaben diejenigen zum Zwiegespräch, „die das Bürgermeister-Amt in Bremen für sich beanspruchen“. Dabei kommt laut Umfragen keine der beiden verzweigten Volksparteien den 30 Prozent nahe, der Abstand zu den drittplatzierten Grünen schrumpft. Ein Duell, also „im freiwilligen Zweikampf mit gleichen potenziell tödlichen Waffen gegeneinander“ anzutreten, wie Wikipedia den Begriff definiert, war selten ein unpassenderes Format für die Bremer Wahl.

Radio Bremen will seinem Publikum nicht vormachen, zur Wahl stünden lediglich zwei Parteien. „Wir werden eine um-

fangreiche Berichterstattung über die Wahl liefern, in dem die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien zu ihrer politischen Agenda befragt werden“, schreibt die Leiterin der Unternehmenskommunikation, Christina Del Din, der taz. „Darüber hinaus planen wir eine Sendung, zu der wir in der dritten Märzwoche nähere Details bekanntgeben werden.“ Es werde „kein Duell“, sondern ein

Das Triell

Während ein Dreikampf einen Wettbewerb in drei Disziplinen benennt, ist ein Triell ein **Ausscheidungswettbewerb dreier Konkurrent*innen**.

Die Siegwahrscheinlichkeiten jeder Bewerberin sind deutlich schwieriger zu berechnen als bei einem Duell, weil dabei die Variablen Überzeugungskraft und zeitliche Abfolge zusammenwirken.

Intensiv bearbeitet hat das Triell die **mathematische Spieltheorie** seit den 1970er-Jahren. Experimentelle Ansätze verfolgte unter anderem die Konflikt- und Verhaltensforscherin Norma Jean Long.

„neues Format“. In ihm sollten demnach alle Spitzenkandidatinnen Platz finden.

Wenn es darum ginge, die Kandidatinnen der Parteien einzuladen, die die größten Aussichten auf eine Regierungseteiligung haben, müsste es ein Triell geben und die Spitzenkandidatin der Grünen eingeladen werden: Deren Chancen sind nach den Umfragen genauso gut wie die von CDU und SPD. Rechnerisch möglich wäre danach eine Koalition aus SPD und CDU oder ein Dreier-Bündnis aus Linken, SPD und Grünen oder aus FDP, Grünen und CDU.

„In den Dreier-Konstellationen wären wir auf jeden Fall dabei“, sagt Maïke Schaefer, Spitzenkandidatin der Grünen. „Da ist es seltsam, wenn sich die Wähler und Wählerinnen kein Bild von uns machen können.“ Außerdem hätten Grüne, Linke und FDP jeweils eine Frau an der Spitze aufgestellt. „Da tun sich die beiden großen Parteien noch schwer mit.“ Immerhin die CDU hatte 2015 mit Elisabeth Motschmann eine Frontfrau, und bereits 2011 wollte Rita Mohr-Lüllmann für die Union Bürgermeisterin werden. Sie legte allerdings anderthalb Jahre später im Streit mit der männlichen Fraktionsvorsitzenden ihr Mandat nieder und verließ die Stadt.

das wegequalitative-wetter

Weil viel in die Wegequalität investiert wurde, ist laut ADFC-Tourismus-Referentin Louise Böhler der Weser-Radweg zum beliebtesten deutschen Radfernweg gewählt worden. Das ändern auch heftige Böen aus West und Regen bei 8 Grad nicht

nachrichten

Polizei fahndet nach Räuberin

Nach zwei Überfällen sucht die Polizei eine Räuberin und ihren mutmaßlichen Komplizen. Die junge Frau hat am 25. Februar ein Stehcafé in der Schwachhauser Heerstraße und am 28. Februar eine Bäckerei in der Hemmstraße überfallen. (taz)

Immobilien sind teurer geworden

In Bremen und Bremerhaven sind die Preise für Immobilien innerhalb eines Jahres weiter angestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt das Kaufpreisbarometer von immowelt.de. In Bremerhaven betrug der Kaufpreis pro Quadratmeter im Jahr 2017 1.000 Euro, 2018 dagegen 1.170 Euro. Das ist ein Anstieg von 17 Prozent. In Bremen sind die Preise von 1.910 auf 2.050 Euro um 7 Prozent angestiegen. (taz)

760.000 Euro für den Sport

Die Stadt Bremen stellt den Vereinen im Rahmen der Sportförderung rund 720.000 Euro und weitere 40.000 Euro aus dem Integrationsbudget „Sport und Flüchtlinge“ für das Jahr 2019 zur Verfügung. Die Mittel hat die Sportdeputation vergangenen Dienstag freigegeben. Von dem Geld sollen unter anderem eine Spielfläche und zwei Bootsstege finanziert werden. (taz)

AWO will Eigenanteil begrenzen

Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski unterstützt eine Petition, die von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) beim Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Das Anliegen ist, durch eine Reform der Versicherung den Eigenanteil der Patient*innen in stationärer Pflege zu begrenzen. Bis 11. März besteht die Möglichkeit, die Petition in der Geschäftsstelle des AWO-Kreisverbands Bremen zu unterschreiben. (taz)

Auszeichnung für Friedensarbeit

Jasmina Heritani erhält für ihr integratives Engagement den Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon. Die Preisverleihung findet am 16. März um in der Oberen Rathaushalle statt. (taz)

Schippe drauf für Privatschulen

Ohne erkennbaren Grund, ohne Not und über alle gesetzlichen Verpflichtungen hinaus haben mehrere private Schulen laut Landesrechnungshof jahrzehntelang zusätzlich Geld vom Senat bekommen

Für wahrscheinlich verfassungswidrig hält der Landesrechnungshof die öffentlichen Zuschüsse für die private, profitable International School of Bremen (ISB). Diese könne weder konzeptionell ein besonderes pädagogisches Interesse an ihrem Bestand begründen noch führe sie zu einem allgemein anerkannten Abschluss, sodass Bremen sie wahrscheinlich zu Unrecht als Ersatzschule anerkannt habe.

Zudem fördert nach Auffassung der unabhängigen Finanz-Kontrollleurinnen das ISB-Aufnahmegeld von 6.000 Euro verbunden mit einem durchschnittlichen monatlichen Schulgeld von 766 Euro pro Schüler*in deren „Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern“. Diese aber verbietet Artikel 7 des Grundgesetzes ausdrücklich. Folge: Eine Reichenschule darf zwar betrieben, nicht aber öffentlich subventioniert werden.

Statt keiner Förderung habe die ISB, die zwischen 2010 und 2017 ausweislich ihrer Jahresabschlüsse einen Überschuss von

1,4 Millionen Euro erwirtschaftet hat, sogar über die gesetzlich für Ersatzschulen vorgesehenen Zuschüsse hinaus Gelder bezogen – eine Aufbauhilfe in Höhe von umgerechnet 441.000 Euro in der Gründungsphase zwischen 1997 und 2004. Geld, das auch in öffentlichen Schulen hätte eingesetzt werden können.

„Das Ressort hat in diesem Fall eine Prüfung zugesagt“, stellte Landesrechnungshofpräsidentin Bettina Sokol gestern klar. In einem anderen Fall wurde eine zweifel-



Bettina Sokol Foto: taz

hafte Privatschulunterstützung bereits abgestellt: Von September 1968 an hatte die Senatorin für Bildung den Erbbauzins für die Waldorff-Schule in der Toulser Straße übernommen. „Wir haben keinen Grund dafür gefunden, keinen Beschluss, nicht einmal eine Aktennotiz“, so Sokol auf Nachfrage der taz. Im Laufe der Zeit hat Bremen den Schwachhauser Anthroposoph*innen damit 1,6 Millionen Euro geschenkt. Im Jahr 2011 sei die Praxis dann offenbar gestoppt worden – wieder ohne Angabe von Gründen. „Seither gibt es einen Rechtsstreit mit dem Träger“, so Sokol. Die Schule will die Kosten gern wieder abgeben.

Die mangelhafte Dokumentation von Verträgen und Geschäftsbeziehungen ist dem Rechnungshof nicht nur im Bildungsressort sauer aufgestoßen: Schlampige Vertragsgestaltungen und fehlende Abrechnungen erschweren den Prüfer*innen zufolge auch im Finanzressort und beim polizeilichen Dienstwagengebrauch eine effektive Kostenkontrolle. (taz)

taz salon bremen

Welche Medizin braucht Bremen?

Mehr Hausärzte gehen in Ruhestand als neue nachkommen. Und in kinderreichen Stadtteilen fehlen Kinderärzte. Ist die Gründung eines Medizinstudiengangs das richtige Rezept, um dem Ärztemangel abzuwehren? Täte Bremen das gut? Oder wäre das kleinste Bundesland damit überfordert? Kämen bestehende Fakultäten zu Schaden?

Diskutieren Sie mit unseren Podiumsgästen:

Heidrun Gitter, Präsidentin der Ärztekammer

Carsten Meyer-Heder, CDU-Spitzenkandidat

Eva Quante-Brandt, Senatorin für Gesundheit

und Wissenschaft, SPD

Norbert Schmacke, Gesundheitswissenschaftler,

Uni Bremen

Moderation: **Benno Schirrmeyer**,

Redakteur der taz bremen

Dienstag, 12. März, Eintritt frei

Kulturzentrum Lagerhaus

Schildstraße 12–19, 28203 Bremen

19.30 Uhr

LE MONDE

diplomatie



Staatsbürger

von Großbritannien werden: Daniel Zylbersztajn über Anträge, Prüfungen und Widerstände auf seinen Weg zum neuen Pass

► S. 2

User

als Arbeitskräfte: Felix Stalder über Soziale Medien und die absurde Wertschöpfung durch Liken und Teilen

► S. 3

Linke

für eine andere EU: Yanis Varoufakis über einen New Deal und den Marsch seiner Partei DiEM25 durch die Institutionen

► S. 7

Lügner

und Waffenschieber: Eric Alterman über die Karriere des US-Sonderbeauftragten für Venezuela, Elliott Abrams

► S. 15

Uiguren

unter Kontrolle: Rémi Castets über die vielen Methoden der Unterdrückung in der chinesischen Provinz Xinjiang

► S. 16/17

Hans-Christian Schink



Dargitz, Serie Hinterland, 2018, C-Print, 24 x 30 cm
(zum Künstler siehe Seite 3)

Was will die Opposition in Venezuela?

von Julia Buxton

Die Opposition gegen Präsident Maduro umfasst sämtliche politischen Strömungen – von den traditionellen Parteien, die bis zur Ära Chávez die Macht unter sich aufgeteilt hatten, bis hin zur sozialistischen Linken. Ihre Pläne für Venezuelas wirtschaftliche Zukunft sind unklar und widersprüchlich. Einigkeit gibt es nicht.

ne neue Präsidentschaftswahl binnen zwölf Monaten vor.

Kritiker verurteilen dieses Vorgehen als „Staatsstreich“¹ und halten die offene, massive Unterstützung Guaidós durch die USA für eine Verletzung der venezolanischen Souveränität. Sie warnen vor einem Bürgerkrieg und einer Verschärfung der humanitären Krise. Guaidós Anhänger im In- und Ausland dagegen versprechen sich von seiner Interimspräsidentschaft einen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos und ein Ende des „neuen Autoritarismus“.

Die Hoffnung, es könnte aufgrund des massiven Drucks aus den USA zu einem schnellen Regimewechsel kommen, hat sich schnell zerschlagen, weil Maduro weiterhin von der venezolanischen Armee gestützt wird; Russland und China halten ihm die Treue, allerdings hat China mit der Opposition schon Gespräche über seine Investitionen in Venezuela geführt.² Auch die von Mexiko und Uruguay vorgeschlagene Alternative einer Verhandlungslösung hat Guaidós Schwung gebremst.

Guaidó und die Diaspora in den USA

Doch mit lautstarker Rückendeckung aus den USA hat Guaidó die Forderung, mittels Verhandlungen einen Weg aus der politischen Sackgasse zu finden, zurückgewiesen. Er hat dem militärischen Oberkommando Straffreiheit zugesichert, die lähmenden US-Sanktionen gegen die staatliche Ölgesellschaft PDVSA begrüßt und dem Einfrieren von Staatseinnahmen und Staatsvermögen im Ausland zugestimmt. Eine US-Militärintervention will er nicht ausschließen.

Die Einheit der Opposition ist fragil. Sie wird brüchiger werden, wenn Fragen der Machtverteilung, der Besetzung wichtiger Posten und der politischen Ausrichtung in den Vordergrund rücken. Was die Schlüsselfiguren angeht, besteht ein Mangel an ideologischer und politischer Klarheit. Es zeichnet sich ab, dass Venezuela während eines „Übergangsprozesses“ von einem deutlich weniger breiten Bündnis regiert werden könnte.

Dabei sollten der Zuschnitt, die personelle Besetzung und die Setzung der Prioritäten von Guaidós Parallelregierung und Planung für die Zeit nach Maduro von größtmöglicher Pluralität geprägt sein. Doch die Choreografie des Regimewechsels wird von Guaidós Minderheitspartei Voluntad Popular (die 2015 bei der Parlamentswahl nur 14 der 167 Sitze errang) und ihrem einflussreichen Diaspora-Netzwerk in den USA dominiert.

Ein großer Teil der Opposition bleibt bei den strategischen Verhandlungen zwischen US-Beamten, Voluntad Popular, deren Vertreter in Washington und einzelnen stark profilierten Persönlichkeiten wie Maria Corina Machado, der Vorsitzenden von Vente Venezuela, und Antonio Ledezma, dem Chef der Alianza Bravo Pueblo, ausgeschlossen. Vente Venezuela und Alianza Bravo sind im Vergleich zu Gruppierungen wie Primero Justicia und Acción Democrática³ kleine Fische, mehr persönliche Wahlvereine als strukturierte Parteien, und verfügen im Parlament nur über je einen Sitz.

Juan Guaidó selbst gehört innerhalb der Opposition zu einer Fraktion

► Fortsetzung auf Seite 14

Die Sparwährung

Zwanzig Jahre Euro

von Antoine Schwartz

Im Sommer 2016 veröffentlichte der prominente Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz ein Buch mit dem Titel: „The Euro: How a Common Currency Threatens the Future of Europe“.¹ Das Besondere an dieser Anklageschrift gegen die Einheitswährung von 19 der 28 EU-Mitgliedstaaten ist nicht die Analyse des strukturellen Defekts, dass eine vereinheitlichte Geldpolitik ganz unterschiedlichen Volkswirtschaften auferlegt wird.

Es ist auch nicht die Analyse der Folgen dieses Defekts (unter Stichworten wie Druck auf die Löhne, geringes Wachstum, Arbeitslosigkeit und Kaputtsparen). Das Besondere sind vielmehr die Lösungen, die Stiglitz vorschlägt.

Da keine grundlegende Reform der Euro-Institutionen hin zu mehr Solidarität absehbar ist, empfiehlt der ehemalige Chefökonom der Weltbank zwei mögliche andere Lösungen: entweder ein „sanftes“ Ende des Euro durch eine „einvernehmliche Scheidung“ oder die Einführung eines „flexiblen Euro“. Bei dem zweiten Szenario „könnten Staaten (oder Staatengruppen) jeweils ihren eigenen Euro haben“, dessen Wert innerhalb einer festgelegten Bandbreite schwanken würde.

Dieses Modell entspräche in etwa jenem Europäischen Währungssystem (EWS), das durch die Einführung der Einheitswährung abgelöst wurde. Sein Kernelement war der sogenannte Wechselkursmechanismus (WKM),

der dafür sorgen sollte, dass die Wertauchschreibungen der Einzelwährungen sich innerhalb des vereinbarten Spielraums bewegten.²

Das breite Echo auf den Stiglitz-Essay in vielen europäischen Ländern zeigt, dass die Infragestellung des Euro seit der Finanzkrise von 2008 kein Tabu mehr ist.

Allerdings vergisst Stiglitz in seiner Analyse, dass es sich bei der Einheitswährung nicht nur um eine wirtschaftspolitische Konzeption handelt, die rationalen kollektiven Entscheidungen unterliegt. Der Euro ist für seine Anhänger wie für seine Gegner auch ein politischer Fetisch, Symbol der Union und Grundpfeiler aller Integrationsbestrebungen. So gesehen ist der Euro ein föderalistischer Raumgewinn auf Kosten souveräner Staaten. Nicht umsonst drückte Margaret Thatcher ihre Ablehnung der Wirtschafts- und Finanzunion mit den Worten aus, es handle sich um „das trojanische Pferd eines föderalen Europas, das wir vollständig ablehnen“.³

Nach Vertragslage ist keinerlei Verfahren zum Rückzug allein aus der Eurozone vorgesehen. Bedeutet dies nun, dass sich ein austrittswilliger Staat auf Artikel 50 des Vertrags von Maastricht (der den Austritt aus der EU regelt) berufen oder aber ein spezielles Verfahren aushandeln müsste? Die Antwort von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lautet unmissverständlich: Man

► Fortsetzung auf Seite 8

Das Unmögliche ist geschehen. In Venezuela hat sich eine durch persönliche Rivalitäten und strategische Spaltungen gelähmte Oppositionsbewegung geeinigt. Von links bis rechts stimmt man darin überein, dass die zweite Amtszeit Maduros nicht durch die Wahl vom Mai 2018 legitimiert ist. Die von der Opposition beherrschte Nationalversammlung betrachtet Nicolás Maduros Amtseinführung am 10. Januar 2019 als widerrechtliche Machtergreifung, und für diesen Fall sieht die bolivarianische Verfassung des Landes vor, dass der Parlamentspräsident, also Juan Guaidó, zum „Interimspräsidenten“ ernannt wird.

Parteien und Organisationen aus dem gesamten Spektrum der Opposition haben sich hinter das „Statut zur Regelung des Übergangs zur Demokratie und zur Wiederherstellung der Verfassung“ gestellt, das in Kraft treten wird, sobald Maduro sein Amt niederlegt. Es sieht eine vorläufige Regierung der nationalen Einheit, die Erneuerung der staatlichen Behörden und ei-

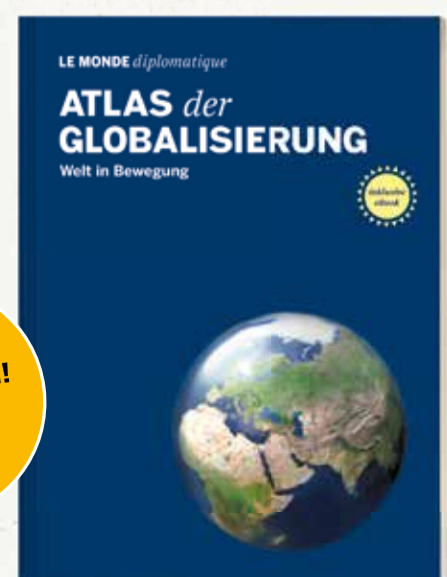
Wird der globale Kapitalismus demnächst aus Peking gesteuert? Steht Rotterdam in 70 Jahren unter Wasser? Was hat Rheinmetall in Südafrika verloren? Diese und andere Fragen beantwortet der neue Atlas der Globalisierung »Welt in Bewegung«.

Erscheint am 28. Mai 2019 | 18 € [D, A]
180 Seiten, broschiert | inklusive eBook

Jetzt vorbestellen!
Für 15 €* statt 18 €

* Der Vorzugspreis von 15 statt 18 Euro gilt für alle AbonnentInnen von Le Monde diplomatique und taz sowie für taz-GenossInnen (bis zum Erscheinungstermin).

taz Verlags- und Vertriebs GmbH • Friedrichstr. 21 • 10969 Berlin



Algerien vor der Wahl

Im Vorfeld der Wahlen vom 18. April in Algerien werden die Proteste gegen die Kandidatur des schwerkranken Präsidenten Bouteflika immer heftiger. Mehrere Kandidaten der Opposition wollen die Wahlen boykottieren. Ein ähnliches Szenario gab es bereits vor vier Jahren: Über das damalige „Wahltheater in Algerien“ schrieb Jean-Pierre Séréni in der Aprilausgabe von LMD 2014 über die wechselhafte Karriere Bouteflikas und die Strippenzieher, die als die eigentlichen Machthaber gelten. Warum Bouteflika damals trotz Krankheit und seiner korrupten Umgebung wiedergewählt wurde, ist aus einer LMD-Reportage vom März 2012 zu erfahren. Unter dem Titel „Ein Gemüsekarren und ein Haufen Asche“ analysierte Kamel Daoud, „warum in Algerien die Revolution ausgeblieben ist“. Ein erhellender Schlüsselsatz lautet: „Ohne mich werdet ihr euch gegenseitig

gestern in LMD heute in den Nachrichten

zerfleischen“, sagt der Menschenfresser zum Volk, das vor sich selbst zittert.“ Im Dezember 2018 brachte LMD einen Bericht über die Gerontokratie in drei Maghreb-Staaten unter dem Titel: „Alt, krank oder beides. In Tunesien, Marokko und Algerien steht die Regierungsfähigkeit der Staatsoberhäupter infrage“. In seinem Texte warnte Akram Belkaid insbesondere vor einem Militärputsch in Algerien.

Attac in Bedrängnis

Für Sven Giegold, Sprecher der Grünen im EU-Parlament, war es „ein schwarzer Tag für die Demokratie“. Am 26. Februar 2019 hat der Bundesfinanzhof Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die Gründung von Attac geht auf einen Aufruf von Ignacio Ramonet zurück, der von 1991 bis 2008 Direktor von LMD, Paris war. Im Dezember 1997 kam er unter dem Titel „Die Märkte entschärfen“ auf den vergessenen Vorschlag von James Tobin zurück, der 1972 die Idee einer Finanztransaktionssteuer entwickelt hatte. Ramonet schlug die Gründung einer weltweiten NGO namens „Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe“ (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens, Attac) vor: „Im Verein mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale oder ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische Pressuregroup der Zivilgesellschaft auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.“ Wenige Monate später verfasste Bernard Cassen, Gründungsmitglied von Attac France, das dazugehörige Manifest, das unter der Überschrift „Die zehn Gebote der Welt-Bürgergesellschaft“ im Mai 1998 in LMD erschienen ist.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im LMD-Archiv unter: monde-diplomatique.de

Ich werde Brite

von Daniel Zylbersztajn

Es war ein Sonntag in Fitzrovia, London, 1992. Natürlich beschwerte ich mich später und erhielt per Post eine Entschuldigung. Auf der Straße hatten wirklich ausgeleierte alte Möbel gestanden, die konnte ich als Student gut gebrauchen. Ich schleppte gerade einen Bürostuhl und einen Tisch in meine Wohnung, als plötzlich ein Streifenwagen neben mir stoppte. Ein Beamter erkundigte sich, was ich da täte. Auf meine klare und unschuldige Antwort erwiderte er: „Möbeldiebe brauchen wir hier nicht, gehen sie in ihr verdammtes Deutschland zurück.“ Die Polizei verlangte Zutritt zu meiner Wohnung, fand dort nichts, ließ mich aber die Möbelstücke zurücktragen. Die blieben noch Tage auf der Straße stehen.

Diese Episode ging mir durch den Kopf, als ich mich um meine zweite Staatsbürgerschaft bewarb. Ich wollte Brite werden, nachdem ich schon 28 Jahre in London gelebt hatte – zur Absicherung wegen des Brexits. Wenn ich die Bewerbung vor dem März 2019 anging, würde ich keinen Sonderantrag zur Beibehaltung der deutschen Staatsbürgerschaft stellen müssen.

Geboren bin ich in München. Meine Mutter stammt aus Holland, ihr Vater war ein deutsch-jüdischer Flüchtling. Mein Vater, ein jüdischer Holocaust-Überlebender aus Polen, verweigerte sich der deutschen Staatsbürgerschaft, bis er 70 Jahre alt wurde. Als Migranten, die sich fremd fühlten, wollten aber beide, dass ich mich in das „neue Deutschland“ integriere. So besuchte ich den katholischen Kindergarten, die staatliche Grundschule und das erkonservative Maximiliansgymnasium. Das Studentenaustauschprogramm Erasmus brachte mich schließlich auf die britische Insel.

London, das bedeutete für mich nicht nur eine gute akademische Ausbildung, die Stadt bot mir auch eine lebhaftere Musikkultur, Gemeinsamkeiten mit Menschen aus aller Welt. 1995 heiratete ich hier die Frau, mit der ich bis heute zusammenlebe. Sie wuchs in Freetown, Sierra Leone, auf und ist Nachfahrin von nach Westafrika zurückgekehrten, befreiten oder entlaufenen Sklaven aus der Karibik. Über ihren englischen Stiefvater kam sie als 16-Jährige nach Großbritannien.

Sie empfand meine bayerische Heimat stets als beklemmend. Erst kürzlich wollte in München ein Idiot sie von einer Parkbank drängen, die, wie er sagte, für weiße bayerische Arbeitslose reserviert war. Und doch ist das Vereinigte Königreich der Ort, an dem wir beide mit knallhartem Rassismus konfrontiert wurden. Diejenigen, die einst die Welt beherrschten, tun sich

nun schwer mit der Anwesenheit der Welt in ihrem eigenen Land. Der aus Jamaika stammende Soziologe Stuart Hall nannte Großbritannien einmal die letzte Kolonie, die entkolonialisiert werden muss. Der Brexit beweist, dass das bisher nicht gelungen ist.

Um sich den Brexit schönzureden, sprechen manche über die britische Tradition des Handels. Über die Sklaverei, die diesen Handel am Laufen hielt, sprechen sie nicht. Und denen, die dem selbstherrlichen Geschwätz der Briten in Übersee Glauben geschenkt hatten, die Christen geworden waren, der Königin huldigten, Englisch sprachen, Tee tranken, ja, die für das Land gekämpft hatten, denen machte man nach 1945 klar, dass es einen Unterschied gebe zwischen dunklerer und hellerer Hautfarbe und dass über Privilegien der Zufall der Geburt entscheide.

Für uns, meine Frau und mich, spiegelte sich dieses Denken in zwei krassen rassistischen Angriffen wider: In Brighton wurden wir 1995 als „gemischtes Paar“ verprügelt. Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten so stümperhaft, dass die beiden Täter ungeschoren davongingen. In London griffen 2001 zwei Rassisten meine Frau aus heiterem Himmel so brutal an, dass immerhin einer von ihnen dafür hinter Gitter kam.

Etwa zur gleichen Zeit, als mich die Polizei wegen der Möbel auf der Straße zur Rede stellte, wurde mir wegen des Versuchs, einen deutschsprachigen Schreibklub zu gründen, von einer ultralinken Studentengruppe erklärt, sie würde „eine Nazivereinigung an der Uni nicht unterstützen“. Ohnehin galt ich gleich zweifach als Nazi, weil ich auch „als Zionist in Israel gelebt“ hätte. Ungerechtfertigter Hass musste in London nicht immer von rechts kommen.

Nach dem Brexit-Votum weinte meine Tochter. Sie dachte, die Briten wollten ihren deutschen Papa nicht mehr. Ich dagegen glaubte nicht, dass man uns EU-Bürgern, schon aufgrund der

vielen Briten in anderen EU-Staaten, unser Bleiberecht nehmen würde. Das änderte sich im April 2018 mit dem Windrush-Skandal, als Briten aus der Karibik, die sich legal im Land aufgehalten hatten, plötzlich ihre Staatsangehörigkeit nachweisen sollten. (In Großbritannien gibt es keine Personalausweise.) Wenn Menschen, die ein Leben lang auf der Insel gearbeitet hatten und deren Identität durch Kolonialismus und Sklaverei so eng mit Großbritannien verbunden war, plötzlich so schändlich als Illegale behandelt wurden – bedeutete das nicht, dass auch mein eigener Aufenthaltsstatus äußerst fragil war und ich alles daransetzen sollte, ihn zu sichern?

Mit dem Rechtsruck in Deutschland und der AfD im Bundestag und dem, was derzeit andernorts in Europa geschieht, war mir klar, dass meine Familie – jüdisch und westafrikanisch, deutsch und britisch – nicht so selbstverständlich und ungestört in der EU leben kann wie andere. Und auf der Insel heißt es nach wie vor, dass Respekt und Toleranz britische Werte sind. In

„Treueeid auf die Königin“

Städten wie London, Manchester und Birmingham sind Familien wie wir normal.

Im Mai 2018 bestellte ich das Begleitbuch zum britischen Einbürgerungstest. Dieser Test ist seit 2005 der erste Schritt zur Staatsbürgerschaft. Die Darstellung britischer Geschichte in dem Buch war so schlecht, dass ich begann, alle Schwachstellen zu markieren. Im Teil über den Zweiten Weltkrieg kam der Holocaust nicht vor und die Kolonialzeit wurde völlig unkritisch abgehandelt, nicht einmal die Rolle Großbritanniens als Geburtsstätte progressiver Bewegungen wurde hervorgehoben. Schwarze Menschen kamen nur als Sportler vor. Ich beschwerte mich beim Unterhausausschuss für Staatsbürgerschaft. Monate später erklärte Innenminister Sajid Javid, er werde das Buch und den Test überholen lassen, natürlich nicht meinetwegen, sondern weil ein Bericht des Ausschusses zu einem ähnlichen Schluss gekommen war.

Ich selbst benötigte nicht mehr als 15 Minuten zur Beantwortung von 24 Fragen in einem schäbigen Ostlondoner Computerzentrum. Ich bestand. Die indische Frau, die kurz vor mir dran gewesen war, brach jedoch verzweifelt in Tränen aus. Ende Oktober 2018 sendete ich meine Onlinebewerbung für die britische Staatsbür-

gerschaft ab und verabschiedete mich von 1330 Pfund. Innerhalb einer Woche mussten auf dem Briefweg diverse Originaldokumente nachgereicht werden – inklusive meiner biometrischen Daten.

Beim Gang zur Post traf ich zwei Labour-Anhängerinnen. Sie meinten, mit Corbyn als Premier hätte ich nicht extra Brite werden müssen. Ich verwies auf dessen lauwarmer Haltung zur EU und erwähnte, dass ich Jude sei – aufgrund all der antisemitischen Vorfälle in der Partei und Corbyns kurioser Nähe zu Israelhassern sei er mir nicht mehr sympathisch. Ihre Entgegnung lautete, dass Israel keinerlei Existenzrecht hätte und ein Nazistaat sei.

Ich akzeptierte, dass ich mir künftig mit diesen Menschen das Recht, Brite zu sein, würde teilen müssen. Drei Wochen dauerte es, bis meine Unterlagen zurückkamen, zusammen mit einem Schreiben des Innenministeriums. Die Staatsbürgerschaft würde mir erteilt werden, sobald ich einen Treueeid auf die Königin geleistet hätte – so will es ein 2004 beschlossenes Gesetz. Ein derartiges Gelübde war in der Vergangenheit nur von speziellen Bediensteten oder Soldaten verlangt worden.

Für mich als Journalist ist das nun etwas, das im Konflikt mit der Pressefreiheit steht. Sollte ich gegen königliche Privilegien sein oder einmal etwas gegen die Royals sagen, wäre meine Naturalisierung unwirksam, da ich dann meinen Eid gebrochen hätte. Inzwischen habe ich meinen Unterhausabgeordneten gebeten, die gesetzliche Lage für mich und andere beim Innenministerium zu prüfen.

Die 160 Pfund teure Einbürgerungszeremonie im Londoner Bezirk Camden begann mit 24 Minuten Verspätung. Auf einem Tisch standen zwei Utensilien, die den Eindruck erweckten, als ob sie danach gleich wieder im Schrank verschwinden würden: ein Union Jack und ein Bild der Queen. Lustlos las der Beamte eine langatmige Abhandlung über die Bezirksgeschichte vor. Es folgten der Treueeid, die Nationalhymne und das Aushändigen des Naturalisierungszertifikats. Sollte etwa dies der feierliche Eintritt in die britische Staatsbürgerschaft sein?

Wieder schrieb ich eine offizielle Beschwerde – ich bin eben immer noch Deutscher. Obwohl – bei meinem letzten Besuch in München im Januar 2019 ärgerte ich mich sehr über die Unfähigkeit meiner Landsleute, geduldig in einer Warteschlange auszuharren. Wie unzivilisiert! Oops, ich bin doch auch Brite.

Daniel Zylbersztajn ist Großbritannien-Korrespondent der taz in London. © LMD, Berlin



Aufgegebener Grenzkontrollposten TOBY MELVILLE/reuters

In dieser Ausgabe

4 Macron zündelt mit

Edito von Serge Halimi

4 Wie sind wir Briten da nur hineingeraten?

von Paul Mason

Europa-Wahl

6 Auflösung oder Neustart – für eine andere EU

Programm von La France insoumise von Thomas Guénolé

7 New Deal für Europa

Programm von DiEM25 von Yanis Varoufakis

8 Die Sparwährung

Fortsetzung von Seite 1 von Antoine Schwartz

Westbalkan

10 Die Wut der Straße

Bürger protestieren gegen ihre korrupten Regierungen von Jean-Arnault Dérens und Simon Rico

11 Die Mörder von Banja Luka

von Sead Husic

11 Unzufriedene Ungarn

von Corentin Léotard

12 Fleisch für die Welt

von Stefano Liberti

Venezuela

14 Was will die Opposition in Venezuela?

Fortsetzung von Seite 1 von Julia Buxton

15 Die Karriere des Eliot Abrams

Trumps Sonderbeauftragter für Venezuela von Eric Alterman

16 Bleierne Zeit in Xinjiang

Die muslimische Minderheit der Uiguren in China wird brutal unterdrückt von Rémi Castets

18 Die Häresie der Anderen

Spaltungen in der arabischen Welt von Daniel Gerlach

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. April

19 Wirre Fronten im Jemenkrieg

von Pierre Bernin

21 Die Politik der vollendeten Tatsachen in Kinshasa

von François Misser

23 Das Netflix-Imperium

von Thibault Henneon

24 Ein altes Sprichwort

Comic von Viviana Maria Stanislavska

Auch zum Hören unter: monde-diplomatique.de



Sein Yang Chi Paya, Yangon, Serie Burma, 2013, C-Print, 178 x 211 cm

Hans-Christian Schink

Seine erste Kamera bekam Hans-Christian Schink, 1961 in Erfurt geboren, zum siebten Geburtstag. Seitdem fotografiert er, zunächst als Hobbyfotograf, dann studierte er ab 1986 Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. Schink lässt sich als Lakoniker beschreiben: Er vermeidet dramatisches Licht, und seine Bilder, mit einer analogen Mittel- oder Großformatkamera aufgenommen, sind nicht durch Schatten oder Strahlen aufgeladen. Alles ist, was es ist. Es geht ihm bei aller kühlen Sachlichkeit und scheinbaren ästhetischen Neutralität aber nicht um Dokumentation, sondern um eine persönliche Reflexion des Wirklichen. Schink arbeitet vornehmlich in Serien. Für das Bildmaterial danken wir dem Künstler; Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Galerien Kicken und Robert Morat, beide Berlin, und der Galerie Rothamel in Erfurt und Frankfurt am Main. Vom 23. März bis zum 4. Mai zeigt Robert Morat Arbeiten aus Schinks jüngster Serie „Hinterland“.

www.robertmorat.de, www.hc-schink.de

Wilhelm Werthern

Anti-Kommunikation und Wertschöpfung

von Felix Stalder

Vor 15 Jahren lancierte Mark Zuckerberg Facebook, damals noch thefacebook, als Netzwerk für Studierende der Universität Harvard. Heute nutzen knapp 2,7 Milliarden Menschen seine Dienste. Und seit 15 Jahren betont er gebetsmühlenartig, dass „connecting“ und „sharing“ die Welt besser mache und dass Facebook für den epochalen Übergang von unterdrückenden hierarchischen Bürokratien hin zu befreienden horizontalen Netzwerken stehe.

Mit dieser Behauptung steht er heute ziemlich allein da. Zum einen ist Facebook Inc. inzwischen selbst ein übermächtiger, intransparenter Konzern, der sich 72 Firmen einverleibt hat, darunter Instagram (2012), WhatsApp (2014) und den Virtual-Reality-Entwickler Oculus VR (2014). Die Besitzverhältnisse sind so strukturiert, dass Zuckerberg fast unbeschränkte Macht ausüben kann.

Zum anderen wird Facebook beschuldigt, der Verbreitung von falschen oder manipulativen Informationen Vorschub zu leisten und so zur Spaltung der Gesellschaften und zur Verschärfung von Konflikten etwa in Großbritannien, in Sri Lanka, in den USA und in Myanmar beizutragen.

Wie konnte eine harmlose Idee – Menschen sollen einfach und schnell mit ihren Freunden und Bekannten kommunizieren können – eine solche destruktive Kraft entfalten? Die Antwort darauf ist weniger in der Idee der horizontalen Kommunikation selbst oder in den digitalen Medien im Allgemeinen zu finden, sondern in der spezifischen Art und Weise, wie Facebook diese Idee umsetzt.

Im Rahmen eines weitgehend unregulierten Profitstrebens verwandelte Facebook (ähnlich wie alle anderen großen, kommerziellen sozialen Netzwerke) Kommunikation in eine Ware – mit einer Radikalität, wie das vorher nur die Boulevard- und Klatschpresse gemacht hat.

Für beide gilt: Die Stimulierung von Reizen, der schnelle Impuls sind das Einzige, was zählt. Journalistische Standards oder soziale Prinzipien spielen keinerlei Rolle. Gesetzesverstöße sind Teil des Geschäftsmodells. Im Fall

der Klatschpresse sind sich die meisten bewusst, dass der Unterhaltungswert deutlich über dem Informationswert steht. Facebook jedoch weitet dieses Prinzip vollkommen indifferent gegenüber den Inhalten auf alle Formen der Kommunikation aus. Die Konsequenzen sind gravierend.

Kommunikation ist aber nicht nur eine Ware, sondern vor allem ein Mittel der Verständigung und Orientierung. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Polanyi hat in seinem Standardwerk „Die große Transformation“ von 1944 für Güter, die mehr als nur Waren sind, den Begriff der „fiktiven Ware“ geprägt und drei davon identifiziert: Arbeit, Boden und Geld. Eine Ware ist ein Gut, das für den Verkauf produziert wurde und deren Wert entsprechend Angebot und Nachfrage schwankt; bei fehlender Nachfrage verschwindet es vom Markt.

Eine Ware ist dann keine echte Ware, wenn sie zwar ein wesentliches Element der Ökonomie darstellt, aber selbst nicht für den Verkauf geschaffen wurde. So ist Arbeit ein zentraler Produktionsfaktor, aber die Arbeitskraft ist ein untrennbarer Teil des menschlichen Lebens, kein Mensch wurde je für den Verkauf seiner Arbeitskraft „hergestellt“. Ähnliches gilt für natürliche Ressourcen. Sie sind wesentlich für die Wirtschaft, aber untrennbarer Teil der Natur als Ganzes und nicht für den Markt produziert.

Facebook – eine harmlose Idee mit destruktiver Kraft

Werden diese fiktiven Waren in einem marktradikalen System wie echte Waren behandelt, dann heißt das, dass alle nichtwarenförmigen Dimensionen ausgeblendet werden. Wenn aber der Mensch nur noch als Arbeitskraft und die Natur nur als Ressource betrachtet wird, dann werden die komplexen Kontexte, die für ihre Reproduktion notwendig sind – ein reiches soziales Leben und ökologische Vielfalt – ausgeblendet, entwertet und langfristig zerstört. Polanyi nannte deshalb die Idee des sich selbst regulierenden Marktes eine „krasse Utopie“, denn deren Verwirklichung würde die Grundlagen der Gesellschaft zerstören.

Die als weitgehend unregulierter Markt funktionierenden, kommerziellen sozialen Medien haben nun aus der Komplexität der sozialen Kommunikation eine weitere fiktive Ware geschaffen: das „engagement“.

„Engagement“, so die gängige Beraterprosa, „bedeutet einfach, deine Fans/Followers/Friends dazu zu bringen, etwas als Reaktion auf deinen Beitrag zu tun: ‚ liken‘, ‚kommentieren‘, ein Bild öffnen, auf Links klicken, oder ‚teilen‘. Dies sind alles Formen des „engagement“, und jedes Mal, wenn eines dieser Dinge getan wird, misst Facebook es ganz genau. Als Folge davon wird dein Beitrag immer beliebter und Facebook wird ihn mehr Menschen zeigen.“¹ Mit anderen Worten, „engagement“ ist jede Form der Reaktion auf eine Aktion. Diese wird gemessen und soll im Sinne des stetigen Wachstums immer weiter erhöht werden.

Die ganze Infrastruktur von Facebook ist darauf ausgerichtet, „engagement“ zu produzieren. Auch den NutzerInnen werden spezialisierte Werkzeuge angeboten, um zu messen, wie viele Reaktionen ihre jeweiligen Posts produziert haben, und ihre Beiträge so zu optimieren, dass sich diese Zahl erhöht. Denn es ist dieses „engagement“, das an Werbetreibende verkauft wird: die erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmter Nutzer oder eine Nutzerin auf einen bestimmten Reiz reagiert.

Aus dieser Perspektive sind die kommerziellen sozialen Medien unregulierte Märkte, in denen die gesamte Komplexität der sozialen Kommunikation auf die Dimension des „engagement“ reduziert wird. Alles andere, allen voran die Frage nach Bedeutung, die vielschichtigen Formen des Einordnens und des Bewertens oder basale Unterscheidungen wie jene zwischen faktenbasiert und fiktional, werden ignoriert.

Es spielt nicht einmal eine Rolle, ob das „engagement“ von einem Menschen oder einer Maschine stammt. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen gehen die meisten sozialen Netzwerke nur sehr lasch gegen automatisierte Accounts vor, denn auch deren Formen von „engagement“ sind potenziell verwertbar.²

Diese exklusive Ausrichtung auf „engagement“ zerstört in zunehmenden Maße die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Kommunikation selbst – des komplexen Aushandelns von Bedeutung und Orientierung. Dies führt bei Nutzerinnen und Nutzern zu Stress, Verwirrung und Paranoia, auf die viele mit dem Rückzug in Echokammern und Verschwörungstheorien reagieren.

Polanyi stellte fest, dass zum Schutz vor der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die krasse Utopie des freien Markts Gegenbewegungen entstehen, die Schutz und Halt versprechen. Die Arbeiter- und Umweltbewegungen lassen sich als solche Gegenbewegungen verstehen, die die Logiken des Markts begrenzen und das Leben jenseits des Markts schützen. Als Opfer des Faschismus (Polanyi musste 1935 Österreich verlassen) war ihm aber klar, dass solche Gegenbewegungen nicht notwendigerweise konstruktiv sein müssen, sondern noch zerstörerischer sein können als das Problem, das sie zu beheben versuchen.

Stress, Verwirrung und Paranoia

Wie könnte nun aber eine demokratische Gegenbewegung aussehen, die der Aushöhlung der Kommunikation und ihrer Reduktion auf ein Reiz-Reaktions-Schema Einhalt gebietet? Ein Teil der Antwort wird sicherlich klassische Regulierung beinhalten, um eine Balance zwischen den kommerziellen und nichtkommerziellen Aspekten gesellschaftlicher Kommunikation zu finden. Aber dazu sind tiefe Eingriffe in die Infrastruktur (zum Beispiel in die Empfehlungsalgorithmen) notwendig, was nicht nur technisch schwierig ist, sondern auch auf großen Widerstand vonseiten der Konzerne stößt.

Eine andere Idee geht paradoxerweise in die Richtung, den Markt noch weiter auszuweiten. Die Fähigkeit der sozialen Medien, die Ware „engagement“ zu produzieren, beruht auf der kommunikativen unentgeltlichen Arbeit ihrer Nutzer. Facebook (und die anderen sozialen Massenmedien) argumentieren, dass dies gerechtfertigt sei, weil sie ja die teure Infrastruktur

und die Dienste kostenfrei nutzen könnten.

Sieht man sich die extremen Gewinne an, die diese Unternehmen erwirtschaften, so lässt sich erkennen, dass dieser Tausch nicht einmal in einem wirtschaftlichen Sinn fair ist. Sollten die sozialen Medien dann nicht ihre Nutzer für ihre Arbeit direkt bezahlen? Nein! Das wäre die falsche Lösung, die das Problem nur noch verstärken würde, indem sie den Datenschutz gänzlich aushebeln und die Konzeption von Kommunikation als sinnentleerte Datenproduktion weiter vertiefen würde.

Dass den Nutzern ein Anteil an dem Wert, der durch ihre Arbeit geschaffen wird, zusteht, ist jedoch richtig. Traditionell wird das Problem, dass die Wirtschaft auf kollektiven Bedingungen aufbaut (Infrastrukturen, Bildung, Rechtssicherheit, sozialer Frieden et cetera), die sie nicht selbst bezahlt, über Steuern gelöst. In diesem Sinne sollten soziale Medienunternehmen dazu verpflichtet werden, eine Abgabe pro Nutzer einzurichten, mit der dann Infrastrukturen geschaffen werden, die darauf ausgerichtet sind, die kommunikativen Aspekte zu fördern, anstatt sie zu ignorieren.

Dabei geht es nicht einfach um ein „nichtkommerzielles Facebook“, sondern um gesellschaftliche Beteiligung. Ansätze dazu gibt es genug, von kommunalen Datenpools zu kollaborativen Formen des Journalismus, von gemeinwohlorientierten Organisationen in der Daseinsvorsorge bis hin zu Formen der partizipativen Demokratie (etwa „partizipatives Budgetieren“). All das benötigt angepasste Infrastrukturen und professionelle Arbeit. Das Wissen dazu ist vorhanden, was fehlt, sind langfristige Finanzierungsmittel und der politische Wille, wirklich Neuland zu betreten.

¹ Facebook, „Engagement in 2019: How to Get More Likes, Shares, and Clicks“.

² Nach eigenen, nicht überprüfbaren Angaben vermutet Facebook, dass circa 3 bis 4 Prozent aller aktiven Accounts gefälscht sind. Von diesen geht aber eine oftmals überproportionale Aktivität aus.

edito

Macron zündelt mit

In diesen Tagen erinnert die französische Diplomatie an einen Vers aus „König Lear“. „S ist nicht das Schlimmste, solange man sagen kann: ‚Dies ist das Schlimmste.‘“ Schon am Ende von François Hollands Amtszeit sah es aus, als seien wir am absoluten Tiefpunkt angekommen; dabei glauben manche, es ginge nun wieder aufwärts.

Doch jetzt, nachdem die USA den Europäern ihre Verachtung demonstriert haben und Bestrebungen zeigen, sich den Verpflichtungen des Nordatlantikkpakts zu entziehen – warum jetzt nicht die Gelegenheit ergreifen, die Nato zu verlassen, die Sanktionspolitik gegen Moskau aufzugeben und an eine europäische Zusammenarbeit „vom Atlantik bis zum Ural“ denken, wie General de Gaulle sie vor 60 Jahren erträumte? Endlich frei von der amerikanischen Vorherrschaft, endlich erwachsen!

Doch Paris erkannte den selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó als Staatschef Venezuelas an – unter dem fantastischen Vorwand, es gebe derzeit keinen gewählten Präsidenten. Damit schloss sich Frankreich wieder einmal dem Weißen Haus an und gab sein Einverständnis für ein Vorgehen, das allmählich einem Staatsstreich ähnelt.

Die Lage in Venezuela ist dramatisch: galoppierende Inflation, Unterernährung, Missbrauch der Amtsgewalt, Sanktionen, Gewalt. Eine politische Lösung scheidet daran, dass jeder, der sich gegen die Macht erhebt, und auch, wer die Macht verliert, fürchtet, hinter Gittern zu landen. Die venezolanische Staatsführung hat sicher den ehemaligen brasilianischen Präsidenten Lula da Silva vor Augen, der nicht zur Wahl antreten durfte, obwohl er sie vielleicht gewonnen hätte, und stattdessen zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Frankreichs Entscheidung bricht mit der Regel, dass man Staaten anerkennt, keine Regierungen. Emmanuel Macron unterstützt damit die Zündefei der USA. Guaidós Selbsternennung war inspiriert durch John Bolton und Elliott Abrams, die gefährlichsten Männer der Trump-Administration (siehe Artikel auf Seite 15). Inzwischen ist bekannt, dass US-Vizepräsident Mike Pence Guaidó die Anerkennung der USA zusicherte – nur einen Tag nachdem dieser sich zum Interimsstaatschef ernannt hatte.

Am 24. Januar forderte Macron „die Wiedereinführung der Demokratie in Venezuela“. Vier Tage später reiste er munter nach Kairo, um dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi noch ein paar Waffen zu verkaufen – dabei waren nach al-Sisis Staatsstreich 60 000 Oppositionelle verhaftet und dessen frei gewählter Amtsvorgänger zum Tode verurteilt worden. Kann man in unserer angeblich so mutigen Außenpolitik noch Schlimmeres anrichten?

Serge Halimi

Wie sind wir Briten da nur hineingeraten?

von Paul Mason

Theresa May hat nach mehr als zwei Jahren Verhandlungen eine Brexit-Vereinbarung unterzeichnet, die im Unterhaus keine Mehrheit findet. Die großen Parteien zeigen erste Spaltungssymptome. In der Zivilgesellschaft breiten sich massive kulturelle Ängste aus, und kleine Unternehmen wissen nicht, was tun, falls Großbritannien am 29. März ohne Vertrag aus der EU ausscheiden sollte.

Auf einer Straße in London werden brasilianische Skateboarder von einer Frau angeherrscht: Sie sollten aufhören, „Brasilianisch“ zu reden. Die Szene dieser Konfrontation – viral auf Twitter seit Ende Januar – ist in ihrer Dummheit bezeichnend.

Inzwischen warnen Chefmanager großer Supermarkt- und Fastfoodketten vor erheblichen Lieferproblemen, falls es zu einem No-Deal-Brexit kommt. Unternehmen der Luftfahrtbranche und Automobilbauer kündigen die Verlagerung von Investitionen an. Schon am 27. Januar hatte die Regierung eingeräumt, dass sie Notstandspläne in der Schublade hat, die auch die Ausrufung des Kriegsrechts vorsehen, falls Engpässe bei Nahrungs- und Arzneimitteln auftreten sollten.

Zu dem Zeitpunkt, da ich dies schreibe, hofft May immer noch, eine revidierte Fassung des Abkommens durchs Parlament bringen zu können. Sollte ihr das nicht gelingen, wollen Abgeordnete zwei Rettungsszenarien beschließen: erstens ein Votum, das eine No-Deal-Lösung ausschließt und die Frist bis zum EU-Austritt verlängert; zweitens einen Beschluss, der die Ratifizierung des Abkommens durch das Parlament von einem zweiten Referendum abhängig macht.

Komplizierter könnte die Situation nicht sein. Hätte eine feindliche Macht sich das Brexit-Drama ausgedacht, hätte der letzte Akt genau so ausgesehen. Unseligerweise hat das britische Volk das Stück selbst geschrieben.¹

Wie konnten wir in diese Situation geraten? Die Antwort lautet: Weil die politische Klasse Großbritanniens in einer Frage zerstritten ist, die zu grundsätzliche Bedeutung hat, als dass sie innerhalb des Parteiensystems zu bewältigen wäre. Und weil der ideologische Kitt nicht mehr wirkt, der die britische Zivilgesellschaft zwei Generationen lang zusammengehalten hat.

Das Verhältnis der Konservativen Partei zu Europa war schon immer psychotisch. In den 1980er Jahren hat die Frage das Kabinett von Margaret Thatcher gespalten, in den 1990er Jahren hat sie die Regierung Major destabilisiert und die Partei anschließend für 13 Jahre in die Opposition verbannt. Vor drei Jahren hat sie David Cameron als Premierminister zu Fall gebracht,

und jetzt zerstört sie die Glaubwürdigkeit fast aller politischen Figuren, die etwas mit der Regierung von Theresa May zu tun haben.

Die Überzeugungen und Motive, aus denen sich der Euroskeptizismus der Konservativen speist, haben sich über die Jahrzehnte verändert. Zu Beginn der 1970er Jahre waren sie noch von einer Empire-Nostalgie geprägt, aber spätestens seit der Thatcher-Rede vom 20. September 1988 in Brügge ging es darum, das französisch-deutsche Drängen auf eine politische Union zu bremsen – ohne jedoch die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aufzukündigen. Denn diese bot dem britischen Kapital einen liberalisierten Markt, auf dem es sich mit seiner Niedriglohnstrategie durchsetzen konnte.

Dreißig Jahre später hat sich nicht die Strategie, sondern die Unternehmerklasse selbst verändert. Im Zuge der Globalisierung der industriellen Produktion und der wachsenden Dominanz des Finanzsektors haben sich in Großbritannien zwei gesonderte Wirtschaftseliten herausgebildet: zum einen die Spitzenmanager von börsennotierten Unternehmen wie Nissan, Honda, Airbus und BAE Systems, die im Inland produzieren; zum anderen eine Klasse von Finanzmanagern, Finanzanwälten und Immobilienfirmen, die im Interesse des globalen Finanzsektors agieren und – weniger offiziell – für korrupte Oligarchen aller Herren Länder.

In der Krise des neoliberalen Wirtschaftsmodells hatte die zweite Gruppe die Deutungshoheit, und das nicht nur innerhalb der Konservativen Partei, sondern auch quer durch die verschiedenen Medien. Die enge Beziehung zwischen der Geldelite und einflussreichen Verlagshäusern symbolisiert das Honorar, das Boris Johnson von der Tageszeitung *The Telegraph* bezog, bevor er zum Außenminister in Mays Kabinett berufen wurde: Von dem EU-feindlichen Blatt bekam er für das Verfassen einer wöchentlichen Kolumne ein jährliches Gehalt von 250 000 Pfund (damals 325 000 Euro).³

Nach 2008 sah die Geldelite die Zukunft Großbritanniens vornehmlich als globales Finanzzentrum, aber auch als Lieferant von Handelsgütern, Technologien und Finanzdienstleistungen an Schwellenländer wie China und Indien. Für diese Zukunft war das Projekt einer immer engeren Europäischen Union entbehrlich.

In Großbritannien ist die Politik der Konservativen allerdings nie bloß die Summe der Absichten ihrer Eliten. Sie muss auch die Anschauungen berücksichtigen, die in den Bars der Golfklubs am Rande von London und in den Teesalons der Seebäder vorherrschen, in denen die Pensionäre ihren Lebensabend verbringen. In diesen Kreisen verbreitete sich seit Mitte der 2000er Jahre eine feindselige Einstellung gegenüber EU-Regeln, die einen auf Niedriglöhnen und schwacher Regulierung basierenden Kapitalismus mäßigen sollten. Aber noch heftiger war die Ablehnung von Migranten.

Es gab nur einen Mythos, der eine gemeinsame Basis für golfende Pensionäre, kleinstädtische Lieferwagenfahrer und britische Hedgefonds-Macker mit Wohnsitz Dubai abgeben konnte: der Mythos des Empire. Seit die Konservativen 2010 wieder an die Macht gekommen waren, ließ sich die Herausbildung dieses Mythos vor allem in der Verteidigungspolitik beobachten.

Die Konservativen erfanden – aus dem Nichts und fast ohne fachliche Analysen – die Doktrin der „weltweiten Präsenz“, die zusätzlich zu den ganzen Nato-Verpflichtungen den Aufbau einer „kriegsfähigen, für hochintensive Kampfeinsätze optimierten Division“ vorsieht.⁴ Die Militärplaner waren von der Idee besessen, dass Großbritannien als stark importabhängiges Land mit seiner Marine bereits in der Straße von Singapur präsent sein müsse.

Da die strenge Sparpolitik auch den Verteidigungsetat geplündert hatte, hielten viele Kommentatoren die Idee einer „weltweiten Präsenz“ für größtenteils unwahrscheinlich. Was sie tatsächlich bedeutete, wurde erst offenbar, als der rechte Flügel der Konservativen kurz vor dem Brexit-Referendum sein politisches Programm vorlegte. Dieses kam von der European Research Group (ERG), einer Gruppierung konservativer MPs, deren Vorsitzender seit Anfang 2018 der Abgeordnete Jacob Rees-Mogg ist.

Diese Fraktion der britischen Elite, deren Interessen und Geschäfte auf den globalen Finanzsektor ausgerichtet sind – zum Beispiel auf das Management von Oligarchenvermögen mittels eines Netzwerks von Offshore-Institutionen –, will in einem Zug sowohl der britischen Realökonomie den Rücken kehren als auch die ganzen EU-Regeln loswerden, an die Waren- und Dienstleistungswirtschaft der Insel gebunden ist.

Ihre eigentliche Absicht ist es, jenes „Körpergedächtnis“ auszulöschen, das während einer über Jahrzehnte praktizierten EU-Mitgliedschaft entstanden ist. Diese Landsknechte der Finanzindustrie wollen, dass britische Streitkräfte in aller Welt präsent sind, aber nicht um armen Ländern Handelsverträge aufzuzwingen, wie noch im 19. Jahrhundert. Ihnen schwebt vielmehr ein Großbritannien vor, das zum Garanten der Globalisierung schlechthin wird – und zu ihrem Inbegriff.

Die neoimperialistischen Fantasien der Finanzelite

Von dieser Machtfantasie gibt es mehrere Versionen. Eine träumt von der Wiedergeburt eines weißen, christlichen Handelsimperiums, das die ehemaligen britischen Siedlerkolonien Kanada, Neuseeland und Australien unter dem Kürzel Canzuk umfasst. Eine andere Version will Großbritannien zu einem größeren Singapur machen. Und eine Fraktion rechter Trump-Freunde sieht das Land angesichts der globalen Rivalität der Großmächte als glorreiche Landebahn für die USA. Keine dieser Versionen macht Sinn, aber alle können dem Publikum über die rechten Medien als eine neue imperialistische Ideologie serviert werden.

Diese neoimperialistischen Fantasien sind längst in die Köpfe der konservativen Wähler eingedrungen. Nach einer Meinungsumfrage vom Januar 2019 sind 31 Prozent der Bevölkerung für einen No-Deal-Brexit, falls die von May ausgehandelte Vereinbarung im Parlament scheitern sollte. Unter den Tory-Wählern sind es sogar 57 Prozent. Im Unterhaus stimmten nur 17 von 317 Konservativen für den Antrag, die Austrittsfrist zu verlängern, um einen Brexit ohne Vereinbarung auszuschließen.

Gäbe es schon eine seriöse liberale Zentrumspartei, die den Schaden in Grenzen halten könnte, würden viele Leute, die in der heimischen Wirtschaft engagiert sind, zu ihr überlaufen. Stattdessen ist die einzige Alternative heute die Labour Party von Jeremy Corbyn.

Bei Labour hat die Opposition gegen die EU-Mitgliedschaft eine lange Tradition. In den 1980er Jahren setzte die Parteilinke auf ein ökonomisches Konzept, das Kapitalkontrollen, Zölle und den Austritt aus der EWG vorsah. Aber das ist nicht der Hauptgrund für Corbyns lediglich lauwarmer Opposition gegen den Brexit. Die rührt vielmehr von der moralischen Autorität der vielen Leave-Stimmen, die beim Referendum in den von Arbeitern dominierten Wahlkreisen registriert wurden. Und genau diese Wahlbezirke muss Labour erobern, um an die Macht zu kommen.

Während der Referendumskampagne von 2016 versuchten viele Labour-Aktivistinnen (meine Person eingeschlossen), an den Haustüren internationalistische Argumente loszuwerden. Vergebens, wie sich zeigte. Und bei der Parlamentswahl vom Juni 2017 brachte die Versicherung, Corbyn werde das Ergebnis des Referendums respektieren, eine große Zahl von Befürwortern eines EU-Austritts dazu, für Labour zu stimmen.

Doch die Strategie, dem Wunsch der Leave-Befürworter unter den Labour-Wählern zu entsprechen und sich ansonsten auf die eigene sozial- und wirtschaftspolitische Agenda zu konzentrieren, stieß im November 2018 auf ein großes Problem: Es zeigte sich, dass keine der möglichen Formen des Brexit für alle Brexiteers akzeptabel ist. Wenn es aber in der Fraktion der Konservativen keine Mehrheit für eine der Brexit-Versionen gab, war jede Vereinbarung, die dem Parlament vorgelegt würde, auf die Stimmen rebellierender Labour-MPs angewiesen.

Damit fand sich plötzlich ein Segment der Labour-Abgeordneten aus bestimmten englischen Wahlkreisen in frontaler Opposition zu den Wünschen ihrer lokalen Wählerbasis. Das führte zu einem Richtungsstreit selbst innerhalb des Corbyn-Lagers. Der „Corbynismus“ war nie ideologisch homogen, er verkörperte vielmehr eine Allianz von alten, orthodoxen Linken und einer jüngeren Generation, die sich für das Thema soziale Gerechtigkeit engagiert.

Eine Meinungsumfrage der Transportarbeitergewerkschaft TSSA (die in der antirassistischen Initiative „Hope not Hate“ engagiert ist) lässt einen Stimmungsumschwung gegen den Brexit erkennen. Demnach sagen 55 Prozent der Befragten, dass sie in der EU bleiben wollen. Die Erhebung macht deutlich, dass die Labour Party Sitze verlieren würde, verspräche sie, bei einer vorgezogenen Unterhauswahl den Brexit durchzuziehen. Dabei müsste sie mindestens 31 Sitze dazugewinnen, um auch nur eine Minderheitsregierung bilden zu können.

Nach dieser Umfrage würde die Partei jedoch fünf ihrer Sitze in Schottland abgeben müssen, wo die Arbeiterklasse klar für die EU-Mitgliedschaft ist. Und in London und im Südosten Englands würde sie bis zu 14 Sitze einbüßen, weil gut ausgebildete, junge und kosmopolitisch orientierte Labour-Wähler zu den Liberaldemokraten oder zur Grünen Partei überlaufen würden.

Mit einer Wahlaussage zugunsten des Brexits würde Labour zudem keinen zusätzlichen Sitz in einem der Wahlkreise erringen, die 2016 mit großer Mehrheit für Leave gestimmt haben. Denn hier kommen die nationalistisch gefärbten und fremdenfeindlichen Parolen viel besser an als die traditionellen Labour-Themen wie der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und einen Mangel an öffentlichen Dienstleistungen.

ANZEIGE

Drupadi Verlag

Andreas Becker **Im Schatten des Wirtschaftsbooms**
Der Aufstand der Adivasis und Dalits in Indien
152 Seiten | 15,00 Euro | ISBN 978-3-945191-41-5
Die indische Wirtschaft boomt. Doch die Lage der meisten Bauern und Landarbeiter bleibt bedrückend. In vielen Teilen des Landes gibt es daher starke Bewegungen gegen die Politik der indischen Regierung. www.drupadi-verlag.de

Ein Verlag für Indien

Für Labour besteht das große Problem darin, dass in England und Wales der Brexit in die politischen Orientierungen seit Langem „eingepreist“ war, um einen ökonomischen Terminus zu benutzen. Die Wähler gingen davon aus, dass Premierministerin May den Brexit vollziehen und Labour gegen ihren Plan stimmen würde und dass danach das Zweiparteiensystem wie gehabt funktionieren würde. Als dieser Ausgang immer unwahrscheinlicher wurde, sah sich Corbyn mit konkurrierenden Forderungen konfrontiert.

Nach der schon zitierten Umfrage sind 87 Prozent der Parteimitglieder Remain-Anhänger, und auch 65 Prozent der Labour-Wähler (vom Juni 2017) wollen lieber in der EU bleiben. Im September 2018 legten die Mitglieder die Partei darauf fest, dass Labour die mit Brüssel ausgehandelte Brexit-Vereinbarung Theresa Mays ablehnt und stattdessen für eine Zollunion plus Anbindung an den Gemeinsamen Markt eintritt. Angesichts des Patts sollte Labour dann auf eine Neuwahl dringen, und wenn man damit nicht durchkam, ein zweites Referendum fordern.⁵

Aber gegen diese Strategie begannen Ende Dezember Labour-Abgeordnete der Linken wie auch der Mitte zu rebellieren – entgegen der offiziellen Parteilinie und trotz der zitierten Umfrageresultate. Einzelne Gefolgsleute Corbyns, darunter Angela Rayner und Ian Lavery,⁶ äußerten Bedenken gegen ein zweites Referendum mit dem Argument, die Wähler könnten darin einen Verrat am ersten Referendum sehen. Andere MPs von der traditionellen Parteirechten erwogen, für Mays Vereinbarung zu stimmen.

Als sich die innerparteiliche Krise im Dezember 2018 zuspitzte, wurden innerhalb Corbyns engerem Beraterkreis die Differenzen über ein zweites Referendum so groß, dass Schattenminister aus beiden der streitenden Lager mit Rücktritt drohten. Die Popularitätswerte für den Labour-Chef stürzten ab, obwohl sie eigentlich angesichts der chaotischen May-Politik hätten zulegen müssen. Kurz vor Weihnachten fiel die Zustimmungquote für Corbyn auf unfassbar niedrige 19 Prozent.⁷

Das ist der Hintergrund der beiden jüngsten Revolten in der Labour-Unterhausfraktion. 14 Labour-Parlamentarier neutralisierten am 29. Januar die Stimmen von 17 Pro-EU-Rebellen bei den Tories und ließen einen Antrag ihrer Parteikollegin Yvette Cooper, der auf den Aufschub der Austrittsprozedur zielte, durchfallen. Die Hälfte dieser Abweichler verhalf zudem am selben Tag Theresa Mays Fantasiestrategie, doch noch den nordirischen Backstop aus dem Austrittsdeal mit Brüssel wegverhandeln zu können, zu einer Mehrheit.

Die zweite Revolte war spektakulärer: Am 18. Februar haben sich neun MPs, die zum harten Kern der Blair-Anhänger gehören, von der Labour-Fraktion verabschiedet und bilden jetzt zusammen mit drei konservativen Remain-Anhängern eine neue Gruppierung von „unabhängigen“ Abgeordneten. Obwohl die Gruppe keine neue Partei gegründet und ihre Finanzierungsquellen nicht benannt hat, sieht sie sich offensichtlich als Embryo einer neuen Pro-EU-Partei. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob die beiden großen Parteien ihre Begünstigung durch das britische Mehrheitswahlrecht dazu nutzen können, ihre Reihen geschlossen zu halten. Um zu verstehen, was in den nächsten Wochen auf das Land zukommt, muss man sich vergegenwärtigen, wie tief die Leidenschaften gehen, die durch die Lähmung des Parlaments aufgeführt wurden. Man erfährt es dieser Tage in den Pubs, wenn man die Kinder von der Schule abholt oder das Radio anstellt, wo die Talkshows immer emotionaler werden.

Eigentlich ist der Brexit erst im November 2018 zum entscheidenden Thema für die Wähler geworden. Davor bezeichneten ihn nur 30 Prozent als wichtig. Als ihnen dann aber klar wurde, dass der von May ausgehandelte Deal zum Scheitern verurteilt war, stieg die Zahl auf 65 Prozent. Und in der Woche, in der May die Abstimmung über ihre Vereinbarung verlor (am 15. Januar), erreichte sie die Rekordhöhe von 86 Prozent.⁸

Angst der Parteien vor einem rechtsradikalen Aufstand

In einem Arbeiterbezirk hat die extreme Rechte nur sehr begrenzte Möglichkeiten, den Ton anzugeben, wenn der Brexit kein großes Thema ist. Aber wenn 86 Prozent den Brexit als das Problem Nummer 1 sehen und glauben, dass die Mainstream-Politiker es vermasselt haben, dann eröffnet sich für die Rechtspopulisten Tor und Tür. Die Angst vor einer solchen Entwicklung ist das wichtigste Motiv, das viele Labour-Abgeordnete – vom rechten wie vom linken Flügel – dazu gebracht hat, sich mit dem Brexit abzufinden.

Zwar ist die Labour-Linke in Arbeiterbezirken mit ausgeprägter Brexit-Stimmung durchaus aktiv und präsent, aber sie hat keine große Lust auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Rechtsradikalen – und auch nicht die dazu erforderlichen Gelder. Ein Aktivist in den Midlands erklärte es mir so: „Die Leute kommen zur Labour Party, um die Schließung der Entbindungsstation im örtlichen Krankenhaus zu verhindern. Und nicht, um sich von Faschisten mit roten Trump-Basecaps durch die Straßen jagen und als Verräter beschimpfen zu lassen.“

Das bedeutet, dass das Verhalten der beiden großen Parteien langsam, aber sicher durch die uneingestandene Angst vor einem rechtsradikalen Aufstand beeinflusst wird, wie ihn einige Leute als Gefahr an die Wand malen, obwohl sie nicht real ist und hoffentlich auch nie werden wird. Wie geht es weiter? Wenn sich herausstellt, dass Mays Bemühungen um eine Neuverhandlung der Brexit-Vereinbarung gescheitert sind, wird das Horten von Nahrungs- und Arzneimitteln wahrscheinlich zunehmen und der Wert des britischen Pfunds ebenso stark sinken wie das britische Wirtschaftswachstum. Bei den ersten Krisensymptomen wird klar sein, dass Theresa Mays Bluff nicht funktioniert. Sollte sie dann einen No-Deal-Brexit ins Auge fassen, dürfte sie einige Mitglieder ihres Kabinetts verlieren.

Um ein No-Deal-Desaster zu verhindern, wird das Kabinett den Stecker ziehen müssen. Das aber heißt entweder, den Austrittstermin zu verschieben oder die Regierungschefin zu stürzen. Anschließend könnte die Regierung – unter May oder einem Nachfolger – das Labour-Konzept einer Anbindung an den EU-Binnenmarkt plus Zollunion übernehmen, um den Brexit mithilfe von Labour-Stimmen durchzubringen. Das allerdings würde eine Spaltung des konservativen Lagers bedeuten, und das wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus.

Hinter all den Tweets, Wutanfällen und parlamentarischen Manövern kommt die existenzielle Krise einer herrschenden Klasse zum Vorschein. Die Briten werden von einer Elite der Superreichen regiert, die an Geschäften im Vereinigten Königreich selbst kaum interessiert ist. Zur Not wird diese Elite ein Bündnis mit armen, weißen, gering qualifizierten Wählerschichten schließen, um ihre internationale Agenda durchzusetzen und die multilaterale Ordnung zu zerstören, soweit diese ihren Interessen entgegensteht.

Dieses „Bündnis zwischen Mob und Elite“, das Hannah Arendt als materielle Basis des Faschismus ausgemacht hat,⁹ muss nicht unbedingt in den Faschismus münden. Seine Aufgabe besteht nur darin, die transnational und sozialliberal orientierten Kräfte zu besiegen und zu demoralisieren. Was dieses Bündnis anstrebt, lässt sich am besten als „Thatcherismus in einem Land“ bezeichnen, also ein nationalistischer Neoliberalismus.

Wenn dieses Ziel erreicht wird, werden wir in den nächsten zehn Jahren eine nicht einvernehmliche Auflösung des Vereinigten Königreichs erleben. Denn die Schotten werden ein zweites Unabhängigkeitsreferendum anstreben,¹⁰ und zugleich werden die englischen Nationalisten neuen Auftrieb bekommen und einen rhetorischen Krieg mit der EU ausfechten, die – als regulatorische Großmacht – ihrem Land weitere Vorschriften machen wird, selbst noch nach einem harten Brexit.

Die Linke steht damit vor einer entscheidenden Alternative. Das Corbyn-Lager war von Anfang an ein Bündnis zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen: einer jungen Generation von urbanen, gut ausgebildeten und vernetzten Leuten und den Überlebenden der Klassenkämpfe der 1980er Jahre. Als einer dieser Überlebenden weiß ich, dass zu Letzteren viele Labour-Mitglieder gehören, die dafür kämpfen, die Partei auf ein zweites Referendum und auf die Remain-Option festzulegen.

Aber die organische Verbindung dieser älteren Generation zu den Kommunen, die im englischen Nationalismus befangen sind, hat sie für die Gefahr blind gemacht, der sich das Corbyn-Projekt gegenübersteht: dass eine neue Partei der Mitte entsteht, die den Wiedereintritt in die EU betreibt und einen Teil der Labour-Wähler abzieht. Und dass Corbyn wie jeder x-beliebige Politiker aussieht, der seine Position zwischen eigenen Prinzipien und den Vorurteilen der Wähler austariert.

Dabei liegt die Tragik darin, dass Labour mit einer klaren Strategie angetreten ist, die von den Mitgliedern durch einen Parteitagbeschluss einhellig abgesegnet wurde. Aber am 29. Januar gab es in der Unterhausfraktion – nicht das erste Mal in der Geschichte – zu wenig Abgeordnete mit dem Mut, sich an das Votum der Parteilinie zu halten.

Es ist immer noch denkbar, dass die Blockade im Unterhaus zum Zusammenbruch der Regierung führt, der ein zweites Referendum folgen könnte. 60 Prozent der Wähler sagen, dass sie sich in diesem Fall die „People's Vote“ wünschen; und 55 Prozent sagen, dass sie dann für Remain stimmen würden. Ein solches Resultat würde das Projekt der Neo-Thatcheristen für immer zerstören. Die nehmen, um genau dies zu verhindern, sogar einen ökonomischen Kollaps in Kauf. Das ist die Alternative, um die es letztlich geht.

¹ Vgl. Paul Mason, „Es ging nicht um Europa“, *LMd*, Juli 2016; und ders.: „Ratlos in Newport“, *LMd*, Oktober 2018.

² Siehe die historische Bewertung der Rede Thatchers in Brügge in der *Financial Times*, 31. August 2018.

³ Nach seinem Rücktritt als Außenminister im Juli 2018 hat Boris Johnson seine Kolumne wiederbelebt, diesmal für 275.000 Pfund.

⁴ Siehe „A Secure and Prosperous United Kingdom“, National Security Strategy and Strategic Defence and Security Review, London, November 2015.

⁵ Vgl. Chris Bickerton, „Plädoyer für einen linken Brexit“, *LMd*, Februar 2019.

⁶ Angela Rayner ist Erziehungsministerin im Labour-Schattenkabinett; Ian Lavery ist Vorsitzender der Partei, was dem Posten eines Generalsekretärs entspricht.

⁷ Wikipedia Leadership Approval Opinion Polling, aktualisiert am 27. Januar 2019.

⁸ Populus poll, Januar 2019.

⁹ Siehe das gleichnamige Kapitel in „Elemente und Ursprung totalitärer Herrschaft“, München und Zürich (Piper) 1986.

¹⁰ Siehe Neal Ascherson, „Verflixt und Brexit“, *LMd*, Februar 2019; und „Selbstbewusste Schotten“, *LMd*, August 2014.

Paul Mason ist Schriftsteller und Journalist und Autor unter anderem von: „Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie“, Berlin (Suhrkamp Verlag) 2016. © *LMd*, London und Berlin



Hans-Christian Schink, Ogatsucho Ohama, Miyagi, Serie Tōhoku, 2012, C-Print, 90 x 105 cm

Auflösung oder Neustart – für eine andere EU

von Thomas Guénolé

Zwei linke Parteien, La France insoumise und DiEM25, stellen ihr Programm zur Europawahl vor. Beide wollen nicht, dass die Union bleibt, wie sie ist. Das Unbeugsame Frankreich will mehr nationalen Einfluss und tendiert zur Kündigung der Verträge. DiEM25 dagegen will bis 2025 eine soziale, gerechte EU mit offenen Grenzen erreichen.

Die Europäische Union ist kein Superstaat, der den Mitgliedstaaten unerbittlich seinen Willen aufzwingt. Sie ist auch kein Bundesstaat, der eine europäische Souveränität verkörpert. Die EU ist vielmehr eine internationale Organisation: Ihre Existenz gründet auf Verträgen, wie etwa auch die Organisation des Nordatlantikpakts (Nato). Die Mitglieder der Europäischen Union behalten ihre Souveränität; und die Regeln der EU befolgen sie nur, weil sie ihnen mit der Annahme der Verträge zugestimmt haben.

Sich nicht an die Regeln zu halten ist legal. In der EU nennt sich das Ausstiegsoption. Mittels des sogenannten Opt-out kann ein Staat souverän entscheiden, dass er sich an einen Teil der Regeln nicht hält. Er kann sogar aushandeln, bei einem Regelwerk von vornherein nicht mitzumachen: Als etwa das Schengener Abkommen durch den Vertrag von Amsterdam (1997) in das EU-Recht integriert wurde, setzten Großbritannien und Irland durch, dass sie die Abschaffung von Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen nicht mitmachen mussten. Ein Staat kann auch rückwirkend verhandeln: So haben die Briten 1992 eine Ausstiegsoption beim Sozialrecht der Europäischen Union ausgehandelt.¹

Ein Mitgliedstaat kann sich sogar ohne Verhandlungen verweigern: 2003 fand in Schweden ein Referendum über den Eurobeitritt statt. Als 56 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Nein lauteten, teilte Schweden der EU-Kommission mit, dass es den Euro nicht einführen werde. Die Kommission konnte die Entscheidung nur zur Kenntnis nehmen.

Eine andere – brutalere – Form des Ungehorsams besteht darin, eine EU-Regel im Vertrauen darauf zu missachten, dass der eigene Großmachtstatus vor Sanktionen schützt. Das tut etwa Deutschland, das mittels Steuer- und Sozialdumping einen zu hohen Leistungsbilanzüberschuss erzielt.² Dafür hätte Deutschland nach EU-Verordnung Nr. 1176/2011 eigentlich bestraft werden müssen.

Durchaus vorstellbar ist auch, einen ganz neuen Vertrag auszuarbeiten. Auf den Vertrag von Maastricht 1992 folgten die Verträge von Amsterdam, von Nizza und von Lissabon sowie der Zweite Haushaltsvertrag. Anders formuliert: Im Durchschnitt wurde alle fünf Jahre ein neuer Vertrag verabschiedet – was angeblich gar nicht möglich ist.

Zudem könnte jederzeit eine ganz neue europäische Konstruktion entstehen, denn die Europäische Union hatte auf dem Kontinent ja nie ein Monopol. Tatsächlich existieren mehrere Organisationen nebeneinander, oder sie überlagern sich, ohne vollkommen deckungsgleich zu sein. Man denke etwa an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder den Europarat.

Der Brexit beweist keineswegs, dass es unmöglich ist, einen Rückzug auszuhandeln oder sogar einen neuen Vertrag für die ganze Union zu vereinbaren. Allerdings sind die bestehenden EU-Verträge nur durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten zu verändern (wobei für einige gar kein Revisionsverfahren vorgesehen ist).

Aber daraus folgt keineswegs, dass die Union nicht reformierbar sei. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass das Verfahren der einstimmigen Revision immer wieder umgangen wurde, indem die Mitgliedstaaten einfach immer neue Verträge abgeschlossen haben.

Die Strategie des Ungehorsams, die unsere Partei Unbeugsames Frankreich (La France insoumise) verfolgt, ist eine diplomatische Strategie. Wobei unsere Hauptverhandlungspartner die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten sind, die sich von Fall zu Fall entweder als Verbündete oder als Gegner erweisen werden. Anders gesagt: Wir beginnen einen Verhandlungsprozess, der auf dem gegebenen Kräfteverhältnis wie auf flexiblen Allianzen beruht.

In diesen Verhandlungen vertreten unsere Partner ihre eigenen Interessen, und was herauskommt, wird aus unseren Interaktionen resultieren. Also muss unsere Strategie, um alle vorhersehbaren Konstellationen abzudecken, die Form eines variablen Szenarios haben.

Ausstieg unter französischer Führung

Die Umsetzung wird an dem Tag beginnen, an dem unsere Partei oder vielleicht eine größere politische Kraft durch einen Wahlsieg an die Macht gelangt. Dann wird die neue Regierung den anderen EU-Mitgliedstaaten vorschlagen, einen Vertrag zur Neugründung der Europäischen Union zu verabschieden, der die vorhandenen Verträge ablöst.³

Dieser Vorschlag wird die ökologischen und sozialen Veränderungen beinhalten, die wir als unverzichtbar erachten. Die ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft und Energieversorgung muss genau geplant und verpflichtend gemacht werden.

Die gemeinsame Agrarpolitik wird von industrieller Landwirtschaft auf eine bäuerliche Landwirtschaft in ökologischer Verantwortung umgestellt, die auf einem Quotensystem aufbaut. Wir müssen einen solidarischen europäischen Protektionismus schaffen, das heißt den anderen Wirtschaftsmächten neue Verträge für fairen Handel vorschlagen, wobei die Importsteuern von den ökonomischen, sozialen und ökologischen Produktions- und Transportbedingungen abhängen.

Wir müssen die Verpflichtung zur Sparpolitik abschaffen und in der gesamten Union eine Harmonisierung der steuerlichen Regelungen und sozialen Bedingungen einleiten. Die Politik der Zwangsprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die oligopolistische Märkte entstehen lässt, muss aufhören. Und die Mitgliedstaaten müssen privatisierte Unternehmen und Bereiche wieder verstaatlichen dürfen.

Wir brauchen ein Moratorium für die Tilgung von Staatsschulden, damit die Bürger selbst bewerten können, wie hoch der Anteil der illegitimen Schulden ist. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) von den Regierungen muss beendet werden; ihre Geldpolitik muss vorrangig auf Vollbeschäftigung, ökologische Wende und Rückkauf der Staatsschulden der Mitgliedstaaten gerichtet sind. Notwendig ist weiterhin die Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobinsteuer) und die strikte Trennung von Investment-

banken und Sparkassen, um das Finanzsystem zu disziplinieren.

Je nachdem, um welche Maßnahme es geht, können wir sie als mittelfristiges Ziel für einen neuen europäischen Vertrag vormerken, oder wir müssen kompromisslos ihre sofortige Umsetzung fordern. Natürlich gehört es zum Prinzip von Verhandlungen, dass wir uns nicht bei allen Punkten durchsetzen werden. Auf jeden Fall wird das französische Volk in einem Referendum darüber entscheiden, ob es das Ergebnis der Verhandlungen akzeptiert oder nicht. Bis zum Abschluss der Verhandlungen wird sich Frankreich an keine Regel mehr halten, die der Anwendung unseres Regierungsprogramms „L'Avenir en commun“ („Gemeinsam in die Zukunft“) im Weg stehen. Das ist eine einseitige, vorübergehende Ausstiegsoption. Danach gibt es drei alternative Szenarien.

Erstens können die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen neuen Gründungsvertrag verabschieden.

Zweitens können Frankreich und alle Länder, die das französische Konzept unterstützen, einen gemeinsamen Ausstieg beschließen. Damit würden sich diese Länder allen Regeln der Union entziehen, die der Umsetzung ihres politischen Projekts im Wege sind. Selbstredend kann man heute noch nicht sagen, welche Länder das sein werden, denn das hängt davon ab, wie die jeweilige künftige Regierung zu dem Projekt stehen.

Die dritte Alternative ist eine, die vor verschlossenen Türen endet: die Blockade der Verhandlungen mit unseren „europäischen Partnern“. Wobei man die „Partner“ tatsächlich in Anführungszeichen setzen muss, denn bei den gegenwärtigen geopolitischen Kräfteverhältnissen innerhalb der Union steht das Wort im Grunde für die deutsche Regierung, weil sie allein in der Lage ist, von Frankreich begonnene Verhandlungen zu blockieren.

In dem Fall wäre allerdings Berlin und nicht Paris dafür verantwortlich,

dass Frankreich und seine Verbündeten aus den Verträgen austreten und gemeinsam ein neues europäisches Gebilde schaffen würden. Auf diese Weise könnte man dann das oben skizzierte politische Projekt umsetzen – gegebenenfalls zusammen mit europäischen Ländern, die nicht der EU angehören, oder mit einem Teil der Maghreb-Staaten an der Südküste des Mittelmeers.

Die Chancen einer Realisierung sind nicht bei allen drei Szenarien gleich groß. Das erste ist in Anbetracht der antisozialen und ökologiefreudlichen Haltung der meisten Regierungen der EU-Mitgliedstaaten unwahrscheinlich. Aber unmöglich ist es nicht: Das Beispiel von General de Gaulle 1965 (der „Kompromiss von Luxemburg“) zeigt, dass ein Mitgliedstaat mit Ungehorsam (die „Politik des leeren Stuhls“) neue Regeln durchsetzen kann.³

Das zweite Szenario ist sehr wahrscheinlich, weil bereits seit den Anfängen der Europäischen Union größere Differenzen über politische Projekte mittels der Ausstiegsoption beigelegt wurden. Und in allerjüngster Zeit betreibt Portugal eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die „Sparempfehlungen“ der Eurogruppe einfach ignoriert.

Das dritte Szenario wird umso unwahrscheinlicher, je größer die Chance auf einen vernünftigen Kompromiss im Sinne des großen Ausstiegsszenarios ist. Gleichwohl muss sich das Unbeugsame Frankreich unbedingt überlegen, wie man agieren will, wenn das dritte Szenario eintritt.

Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen hat Deutschland wiederholt und bis in die jüngste Zeit für große Unruhe in Europa gesorgt, indem es seinen Machtwillen demonstrierte.

Ein Beispiel war das forcierte Drängen auf die Wiedervereinigung, ungeachtet der Gefahr, die Spannungen mit Russland drastisch zu verschärfen. Damals war man in Moskau höchst beunruhigt über die Idee, die Nato nicht nur auf einen, sondern gleich auf mehrere ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten

auszudehnen. Ein weiteres Beispiel ist die extremistische Spardoktrin, die Deutschland zur treibenden Kraft einer Politik gemacht hat, die in Griechenland zu einer humanitären Katastrophe führte. Deshalb müssen wir uns auf den Fall vorbereiten, dass Berlin den ganzen Kontinent erneut in eine politische Krise stürzt.

Allerdings muss man bei Verhandlungen immer auch noch eine Lösungsmöglichkeit in petto haben, also ein einseitiges Szenario für den Fall, dass sich die Gespräche festfahren. Und vor allem muss man bereit sein, dieses gegebenenfalls auch umzusetzen. Wer eine solche einseitige Option nicht vorbereitet, signalisiert den Gesprächspartnern von vornherein, dass sie, um ihr Gegenüber zur Kapitulation zu zwingen, nur alle Alternativen blockieren müssen.

Hier muss man an das Beispiel erinnern, wie es dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras im Juli 2015 ergangen ist. Demgegenüber stehen die Chancen, einen breiten Ausstieg zu organisieren, ausgesprochen gut. Denn die Entschlossenheit, im Fall einer Blockade aus den europäischen Verträgen auszusteigen, ist sehr real – und das wird auch so wahrgenommen.

¹ Diese „Befreiung“ vom „social chapter“ der EU wurde 1997 von der Labour-Regierung Blair wieder rückgängig gemacht.

² Der betrug 2014 zum Beispiel 7,7 Prozent des BIPs statt der erlaubten 6 Prozent. Siehe Henri Sterdyniak, „Faut-il sanctionner les excédents allemands?“, OFCE, 26. Februar 2015, www.ofce.sciences-po.fr.

³ „Plan A. Proposer une refondation démocratique, sociale et écologique des traités européens par la renégociation“, L'Avenir en commun, <https://laec.fr>.

⁴ General de Gaulle verhinderte im Januar 1966 den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen (anstelle der Einstimmigkeit) im Ministerrat sowie die Übertragung von Haushaltskompetenzen auf das Europäische Parlament, indem die französische Delegation sechs Monate lang nicht an den Ratssitzungen teilnahm.

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer

Thomas Guénolé ist Politikwissenschaftler und gehört der Leitung des politischen Bildungsinstituts von La France insoumise an.



Hans-Christian Schink, Dama Lin Khar Ya Paya, Bago, Serie Burma, 2013, C-Print, 178 x 211 cm

New Deal für Europa

von Yanis Varoufakis

Das Jahr 2008 war gewissermaßen das 1929 unserer Generation. Es markierte den Beginn der globalen Finanzkrise, die in ganz Europa eine fatale Kettenreaktion auslöste. 2010 hatte sie das Fundament der Eurozone bereits irreparabel beschädigt, und das politische Establishment sah sich gezwungen – gegen seine eigenen Regeln und wider alle Logik –, die Banken zu retten. 2013 lag dann die neoliberale Ideologie, bis dahin Legitimationsbasis der EU-technokratischen Oligarchie, endgültig in Trümmern. Sehr viele Menschen in Europa landeten im Elend, weil der von Konservativen wie von Sozialdemokraten praktizierte Sozialismus für die Financiers eine Kehrtseite hatte: die gnadenlose Sparpolitik zulasten der übrigen Bevölkerung.

Vor dieser Politik kapitulierte im Juli 2015 die Syriza-Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras. Die Folge war nicht nur eine Spaltung der Linken, sondern auch das Ende der kurzlebigen Hoffnung, dass die progressiven Kräfte überall auf die Straße gehen und die Kräfteverhältnisse in Europa nachhaltig verändern würden.

Wut und Hoffnungslosigkeit hinterließen ein politisches Vakuum, in dem sich die organisierte Misanthropie einer nationalistischen Internationale verbreiten konnte, die alsbald in ganz Europa triumphierte. Was jenseits des Atlantiks Donald Trump sehr erfreute.

Angesichts einer politischen Klasse, deren Agieren zunehmend an die unglückselige Weimarer Republik erinnert, und eines hartnäckigen Rassismus, den die Deflationskrise ausgebrütet hat, droht die Europäischen Union auseinanderzubrechen. Da Angela Merkel ihren politischen Abschied eingeleitet und sich Emmanuel Macrons EU-Agenda als Totgeburt erwiesen hat, könnten die Europawahlen im Mai für die progressiven Kräfte eine letzte Chance sein, auf gesamteuropäischer Ebene etwas zu bewegen.

Diese Chance will das 2016 gegründete Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM25) nutzen. Als ersten Schritt haben wir das Programm „Europäischer New Deal“ ausgearbeitet.¹ Dann haben wir andere Bewegungen und Parteien eingeladen, mit uns gemeinsam den Europäischen Frühling ins Leben zu rufen. „European Spring“ ist die erste transnationale Liste, die für die gesamte EU eine gemeinsame politische Agenda vorschlägt.

Es gibt allerdings zwei vordringliche Probleme, die die Linke spalten und so alle progressiven Kräfte in Europa schwächen: das Thema Grenzen und die Zukunft der Europäischen Union.

Hinsichtlich des ersten Themas ist etwas Seltsames geschehen: Viele Linke neigen seit einiger Zeit zu der Ansicht, offene Grenzen seien schlecht für die Arbeiterklasse. „Ich war noch nie für Freizügigkeit“, erklärt in Frankreich Jean-Luc Mélenchon, Kandidat der Linken bei den letzten Präsidentschaftswahlen, und führt als Begründung an, die Migranten würden „den einheimischen Arbeitern das Brot stehlen“.²

Diese Debatte ist keineswegs neu. Bereits 1907 hatte der Gründer der Socialist Party of America Morris Hillquit gefordert, die „vorsätzliche Einfuhr billiger ausländischer Arbeitskräfte“ zu beenden, weil Migranten ein „Reservoir von unbewussten Streikbre-

chern“ darstellten. Damals hat Lenin auf Hillquits Forderung nach einer Beschränkung der Migration mit einem Argument reagiert, das viele Linke offenbar vergessen haben: „Wir denken, daß niemand Internationalist sein und zugleich für solche Einschränkungen eintreten kann.“ Für Lenin waren Sozialisten wie Hillquit nichts anderes als „jingos“: Chauvinisten.³

DiEM25 ist hier auf der Seite Lenins: Mauern, die den freien Personen- und Warenverkehr einschränken, sind eine reaktionäre Antwort auf den Kapitalismus. Die sozialistische Antwort besteht darin, die Mauern niederzureißen und dem Kapitalismus zu erlauben, dass er sich selbst untergräbt, und zugleich den grenzüberschreitenden Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung in allen Ländern zu organisieren. Es sind nicht die Migranten, die den einheimischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen, sondern es ist die Sparpolitik unserer Regierungen, die Teil und Instrument eines Klassenkriegs zugunsten der heimischen Bourgeoisie ist.

Deshalb werden wir von DiEM25 es niemals zulassen, dass unser Programm durch Xenophobie light – eine, wie Slavoj Žižek sagt, unbarmherzige und sinnlose Antwort auf den Nationalsozialismus – vergiftet wird. Deshalb ist die Haltung von DiEM25 zu dieser Frage eine zweifache: Wir weigern uns, zwischen Migranten und Flüchtlingen zu unterscheiden. Und wir rufen Europa auf, sie hereinzulassen (to #LetThemIn).

Was unsere Haltung zur EU betrifft, so halten uns Genossen aus ganz Europa für Utopisten. Sie behaupten, diese EU lasse sich nicht reformieren. Vielleicht haben sie ja recht. Aber selbst wenn, müssen wir zurückfragen: Wäre die beste Antwort der Progressiven etwa eine „Lexit“-Strategie, eine linke Kampagne für eine kontrollierte Auflösung der EU?

Im Sommer 2015, kurz nach der Kapitulation der Syriza-Regierung vor Merkel und der Troika,⁴ habe ich in Deutschland mehrfach vor einem großen Auditorium gesprochen. Es gehört zu meinen besten Erinnerungen, dass mir damals viele Zuhörer unbedingt mitteilen wollten, dass das, was man Griechenland angetan hatte, nicht in ihrem Namen, im Namen „der Deutschen“ geschehen sei.

Erobern wir die Institutionen

An diese Menschen, nicht nur in Deutschland, ist der Aufruf von DiEM25 gerichtet, eine einheitliche transnationale Bewegung zu bilden, sich zusammenzuschließen, gemeinsam zu kämpfen und die Kontrolle über die Institutionen der EU wie die Europäische Investitionsbank (EIB) oder die Europäische Zentralbank (EZB) zu übernehmen und so umzustrukturieren, dass sie im Interesse aller Europäer funktionieren.

Die deutschen Genossen freuten sich besonders über unsere Idee, griechische Kandidaten in Deutschland und deutsche Kandidaten in Griechenland aufzustellen. Das soll zeigen, dass unsere Bewegung transnational ist, dass sie überall die Institutionen des neoliberalen Systems selbst erobern will – nicht, um sie zu zerstören, son-

dern um dafür zu sorgen, dass sie künftig für die Mehrheit der Menschen in Brüssel, in Berlin, in Athen, in Paris und anderswo arbeiten.

Man stelle sich vor, ich hätte stattdessen erklärt: Die EU ist nicht reformierbar und muss aufgelöst werden. Wir Griechen müssen uns in unseren Nationalstaat zurückziehen und am Aufbau des Sozialismus arbeiten. Und dasselbe macht ihr hier in Deutschland. Wenn wir das geschafft haben, können sich unsere Delegationen treffen, um die Zusammenarbeit zwischen unseren ach so souveränen progressiven Staaten zu besprechen. Zweifellos wären die deutschen Genossen enttäuscht. Und deprimiert bei der Vorstellung, dass sie es mit dem deutschen Establishment allein aufnehmen müssen statt als Teil einer transnationalen Bewegung.

Im Grunde ist nicht entscheidend, ob die EU reformierbar ist oder nicht. Entscheidend ist, dass wir konkret vorschlagen, was wir mit den Institutionen der EU anstellen wollen. Keine versponnenen, utopischen Vorschläge, sondern konkrete Ansagen darüber, was wir diese Woche, nächsten Monat, nächstes Jahr gemäß der gegebenen Regeln und mit den bestehenden Instrumenten tun würden.

Zum Beispiel, wie wir die Rolle des unsäglichen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umdefinieren würden; oder wie wir das Quantitative-Easing-Programm (QE) der Europäischen Zentralbank⁵ ausrichten würden; oder wie wir schnell und ohne neue Steuern den ökologischen Umbau der Wirtschaft und ein Programm zur Armutsbekämpfung finanzieren könnten.

Mit einer derart detaillierten Agenda wollen wir den Wählern zeigen, dass es sehr wohl Alternativen gibt – selbst innerhalb des Regelwerks, das im Interesse des reichsten Hundertstels der Bevölkerung entworfen wurde. Natürlich erwarten wir nicht, dass die EU-Organen unsere Vorschläge einfach übernehmen. Aber die Wähler sollen erkennen, was alles getan werden könnte, im Gegensatz zu dem, was getan wird. Damit können sie die etablierte Politik durchschauen, ohne der fremdenfeindlichen Rechten auf den Leim zu gehen. Nur so kann die Linke aus ihren üblichen Kreisen ausbrechen und ein großes, progressives Bündnis zustande bringen.

Genau das ist das Ziel, das DiEM25 mit seinem Europäischen New Deal anstrebt: Denn der zeigt erstens auf, wie sich das Leben der Bevölkerungsmehrheit innerhalb kürzester Zeit und im Rahmen der bestehenden Regeln und Institutionen massiv verbessern lässt. Er enthält zweitens einen Plan zur

Transformation der EU-Institutionen: Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung mit dem mittelfristigen Ziel einer demokratischen europäischen Verfassung, die alle bestehenden Verträge ersetzt. Drittens zeigt der New Deal auf, wie neue Mechanismen, die wir umgehend einführen werden, bei der Bewältigung der Probleme helfen könnten, falls die EU trotz aller Bemühungen zerfallen sollte.

Greifen wir ein Beispiel heraus. Alle sprechen davon, wie wichtig der ökologische Umbau der Wirtschaft ist. Was sie nicht sagen, ist, woher das Geld kommen soll und wer die Planung übernimmt. Wir haben darauf eine klare Antwort: Zwischen 2019 und 2023 braucht Europa 2 Billionen Euro für Investitionen in grüne Technologien, grüne Energie und so weiter. Unser Vorschlag lautet: Die Europäische Investitionsbank gibt vier Jahre lang zusätzliche Anleihen im Wert von 500 Milliarden Euro pro Jahr heraus.

Basisdividende für alle

Zugleich erklärt die EZB, dass sie diese Wertpapiere, sollte ihr Wert sinken, auf dem Sekundärmarkt für Anleihen aufkaufen und so die Kurse stützen wird. Dank dieser Garantie und angesichts der gigantischen globalen Geldvermögen, die nach Anlagemöglichkeiten suchen, wird die EZB keinen einzigen Euro ausgeben müssen, da die EIB-Anleihen sehr begehrt sein dürften. Die mit den grünen Anleihen aufgenommenen Gelder wird eine Europäische Agentur für die Ökologisierung der Wirtschaft, die noch zu gründen ist, für Umweltprojekte auf dem ganzen Kontinent bereitstellen.

Dieser Plan erfordert wohlgerne keine zusätzlichen Steuern, baut auf dem existierenden europäischen Anleiheprogramm der EIB auf und ist vollkommen vereinbar mit den heutigen Richtlinien. Dasselbe gilt für die anderen kurzfristigen Maßnahmen, die der New Deal vorsieht. Zum Beispiel schlagen wir vor, den Fonds zur Armutsbekämpfung aus den Milliardengewinnen des Europäischen Systems der Zentralbanken zu finanzieren (etwa mit EZB-Gewinnen aus dem Ankauf von Anleihen im Rahmen des QE-Programms). Aus diesem Fonds wäre jeder Mensch in der EU, der unter der Armutsgrenze lebt, mit Nahrung, Unterkunft und Energie zu versorgen.

Ein weiteres Beispiel ist unser Plan zur Refinanzierung der öffentlichen Verschuldung in der Eurozone: Um die Schuldenlast der Einzelstaaten zu reduzieren, soll die EZB zwischen diesen

und den Geldmärkten vermitteln, und zwar ohne neues Geld zu drucken oder Deutschland für die Schulden der am höchsten verschuldeten Länder bezahlen oder garantieren zu lassen.

Wie die genannten Beispiele zeigen, beinhaltet unser New Deal zum einen technisch fundierte, im Rahmen des bestehenden EU-Regelwerks umsetzbare Pläne und zum anderen einen radikalen Bruch mit der Sparpolitik und den Rettungsmaßnahmen der Troika. Der New Deal geht aber noch darüber hinaus, denn er sieht neue Institutionen vor, die bereits in eine postkapitalistische europäische Zukunft weisen.

Ein Beispiel für diese postkapitalistische Perspektive ist der Vorschlag einer Teilvergesellschaftung von Kapitalerträgen, die der Automatisierung entsprechen: Für die Erlaubnis, in der EU tätig zu sein, müssen die großen Konzerne künftig einen bestimmten Prozentsatz ihrer Aktien auf einen neuen Europäischen Aktienfonds übertragen. Die Dividenden dieser Aktien finanzieren für alle Bürgerinnen und Bürger der EU eine universelle Basisdividende, die unabhängig von anderen Sozialhilfeeinstellungen oder dem Arbeitslosengeld gezahlt wird.

Grundsätzlich hat die Linke zwei große Feinde: Uneinigkeit und mangelnde Kohärenz. Einigkeit ist notwendig, aber nicht auf Kosten der Kohärenz. Die einigenden Grundsätze von DiEM25 sind die eines radikalen, rationalen und internationalistischen Humanismus. Das bedeutet eine gemeinsame Agenda für alle Europäer und eine radikale Politik für ein offenes Europa, in dem Grenzen bloße Narben des Planeten sind und Neuankömmlinge willkommen geheißen werden. Mit weniger können wir uns nicht zufriedengeben.

¹ Die Zahl 2025 bezeichnet das Jahr, für das eine umfassende Demokratisierung der EU angestrebt ist. Der Begriff New Deal verweist auf die Politik von US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Das Programm von DiEM25 siehe unter: <https://diem25.org/europaeischer-new-deal/>.

² Zitiert in: *Libération*, 8. September 2016.

³ Wladimir Iljitsch Lenin, „An den Sekretär der Liga für sozialistische Propaganda“, C. W. Fitzgerald, http://www.mlwerke.de/le/le21/le21_430.htm.

⁴ Die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF finanzierte die Kreditprogramme für Griechenland und wachte über die Einhaltung der Sparauflagen.

⁵ QE oder „quantitative Lockerung“ ist eine Form der expansiven Geldpolitik: Die Zentralbank kauft den Geschäftsbanken Wertpapiere (zumeist Staatsanleihen) ab, um auf diese Weise Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Das QE-Programm der EZB ist Ende 2018 abgelaufen.

Aus dem Englischen von Nicola Liebert

Yanis Varoufakis ist Wirtschaftswissenschaftler. Er war von Januar bis Juli 2015 griechischer Finanzminister und hat 2016 die Bewegung DiEM25 mitgegründet.



Hans-Christian Schink, Win Sein Taw (2), Mudon; Serie Burma, 2016, C-Print, 178 x 211 cm

Die Sparwährung



Hans-Christian Schink, Westbad (3), Serie Leipziger Bäder, 1988, C-Print, 50 x 70 cm

► Fortsetzung von Seite 1

kann nicht aus dem Euro rausgehen, ohne die Europäische Union zu verlassen. Umgekehrt gilt: Will man zurückkehren, müssten die 28 nationalen Parlamente zustimmen, mitsamt Beitrittsvertrag, der einer Ratifizierung bedarf. Das Ganze ist reine Spekulation.“⁴

Die Einführung des Euro verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Die 1992 mit dem Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien werden bis heute von verschiedenen Ökonomen höchst kritisch gesehen, da sie für die Sparpolitik der 1990er Jahre verantwortlich gemacht werden.

Einige Staaten haben sich dem Euro verweigert. In Dänemark wurde der Vertrag im Referendum vom 2. Juni 1992 abgelehnt. In Großbritannien war der Nichtbeitritt eine politische Grundentscheidung auf Drängen der Konservativen Partei. Und in Schweden stimmte die Bevölkerung bei einem Referendum im September 2003 gegen den Beitritt zur Eurozone. Doch seit die gemeinsame Währung 1999 eingeführt wurde, gilt sie als irreversibler „Besitzstand der EU“.

Dennoch war die Frage eines Austritts keineswegs „reine Spekulation“. Die Staatsschuldenkrise, die 2010 in mehreren Ländern (Spanien, Griechenland, Irland, Italien) offenbar wurde, machte die „Eurokrise“ plötzlich zum zentralen Thema der politischen Debatte. Als in diesen Ländern die Schulden immer weiter anstiegen und an den Anleihemärkten nicht mehr zu vertretbaren Zinsen refinanziert werden konnten, erschien der Austritt eines Mitgliedslands – oder sogar das Auseinanderbrechen der gesamten Eurozone – auf einmal als durchaus plausibles Szenario. In dieser Phase wurde die Gemeinschaftswährung mehr als je zuvor infrage gestellt, vor allem in den Gründungsstaaten der Europäischen Union.

Diese Stimmung breitete sich immer weiter aus – bis zu den Tempelwächern in Frankfurt und Berlin. In Deutschland löste die Eurokrise eine wahre Psychose aus. Experten, hohe Beamte und Politiker kämpften verbissen, um jede Abweichung von den Grundprinzipien des Währungssystems zu verhindern. Es durfte sich auf

keinen Fall zu einer „Transferunion“ zulasten Deutschlands entwickeln.

Als die Europäische Zentralbank (EZB) Maßnahmen zur Eurorettung ergriff, sprach der einflussreiche Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn von einer „gewaltigen Kreditvergabe der Bundesrepublik Deutschland an die Krisenländer“.⁵ Für Griechenland forderte Sinn deshalb konsequent einen zumindest vorübergehenden Grexit.

Die Forderung, Deutschland dürfe nicht für die anderen zahlen, führte 2013 zur Gründung einer neuen Partei, der Alternative für Deutschland (AfD), die die Aufgabe des Euro forderte. Unterstützt wurde sie von dem früheren Arbeitgeberpräsidenten Hans-Olaf Henkel, der sich für eine Spaltung der Eurozone in gute und schlechte Schüler aussprach.

Proteste gegen den Euro, die auf die Sparpolitik Bezug nahmen, formierten sich auch in anderen Gründungsstaaten der Eurozone. In Frankreich besetzte der Front National (FN) das Thema bei den Präsidentschaftswahlen 2012 und 2017, nutzte die Abneigung bestimmter Gruppen gegen „Brüssel“ und seine Bürokratie und schwang sich zum Verteidiger einer angeblich schikaniernten Nation auf.

Tempelwächter in Frankfurt und Berlin

Ein Euroreferendum war auch die zentrale Forderung der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) von Beppe Grillo in Italien. Auch die Lega lehnte den Euro ab, ihr Führer Matteo Salvini zeigte sich bei den Europawahlen 2014 mit dem Slogan „Basta Euro“ auf seinem T-Shirt. Und in den Niederlanden hatte der Aufstieg von Geert Wilders' Partei für die Freiheit sicherlich Einfluss auf die Entscheidung des Parlaments vom Februar 2017, ein offizielles Gutachten über die Möglichkeit des Rückzugs aus dem Euro zu bestellen.⁶

Dass sich rechtsextreme Parteien die Ablehnung der Gemeinschaftswährung zu eigen gemacht haben, erklärt zum Teil die Zurückhaltung der Linken bei diesem Thema. In Frankreich sorgten die Arbeiten von Ökonomen wie Jacques Nikonoff, Jacques Sapir oder Frédéric Lordon,⁷ aber auch Beiträge

französischer oder ausländischer Intellektueller wie Emmanuel Todd oder Wolfgang Streeck, die für den Ausstieg aus dem Euro und eine neue Gemeinschaftswährung plädierten, für Diskussionen, die über progressive Kreise hinausreichten. Ihre Position blieb allerdings in der Minderheit gegenüber allen möglichen Verbesserungsvorschlägen für die Institutionen der Eurozone, wie eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden und ein eigenes Europaparlament.

Ein großer Teil der Linken, die gegen die Sparpolitik der Union kämpfen, vertritt dennoch weiter die positive Lösung eines „anderen Europas“, das demokratischer, sozialer und ökologischer sein soll als die real existierende EU. Ein gutes Beispiel ist die Initiative DIEM25 des früheren griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, die auf eine Demokratisierung der EU-Institutionen zielt (siehe Artikel Seite 7). Dieselbe Position vertreten in Frankreich der Ökonom Thomas Piketty und Benoît Hamon, der Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei von 2017. Sie schlagen einen „Vertrag zur Demokratisierung Europas“ vor und wollen das europäische Projekt vor seinen eigenen Schandtaten retten.

Viele dieser Linken halten die nationale Ebene für nicht mehr geeignet, die übernationalen Probleme zu lösen. Und für manche ist schon die Nation schlechthin der Inbegriff des politischen Rückschritts. Dagegen beklagen andere, die Linke lasse sich lähmen von der Angst, antieuropäisch zu erscheinen und als nationalistisch verdächtigt zu werden. Diese Angst sei so groß, dass sie ihre Kampfkraft schwäche und die Konsistenz ihrer Analysen beeinträchtige. Damit aber nähre die Linke die Illusion, dass eine Umgestaltung der hoffnungslos neoliberalen Union doch möglich sei.

Ein wichtiges Thema bei diesen Kontroversen war das Schicksal des griechischen Volkes, das die Linke ebenso aufgerüttelt hat wie die Entscheidung von Ministerpräsident Tsipras, lieber die Anweisungen der Troika zu befolgen, als einen Ausstieg aus dem Euro ins Auge zu fassen. An Tsipras und seiner Haltung haben sich heftige Kontroversen zwischen ver-

schiedenen verbündeten Gruppen der Linken entzündet. Die spanische Partei Podemos etwa hat Tsipras mit dem Argument unterstützt, dass er keine andere Wahl gehabt habe. La France insoumise sprach dagegen von „Kapitulation“ und ihr Gründer Jean-Luc Mélenchon erklärte: „Wenn es um die Wahl zwischen dem Euro und der nationalen Souveränität geht, wähle ich die nationale Souveränität.“⁸

Letzten Endes geht es dabei um die Handlungsspielräume einer künftigen Regierung – und um den Bruch mit der EU-Struktur, zu dem sie bereit sein muss, um ihre Politik durchzuführen. Dabei spielen bei La France insoumise auch taktische Überlegungen eine Rolle. Denn ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft – vor allem der akademisch ausgebildeten Mittelschicht – ist zwar für linke kritische Gedanken aufgeschlossen, aber zugleich der europäischen Idee stark verbunden.

Euro – Gretchenfrage der Linken

Wie Meinungsumfragen zeigen, ist die Zustimmung zum Euro heute größer als zur Union.⁹ Bewegungen und Parteien, die an die Macht kommen wollen, vermeiden das Bekenntnis zu Positionen, die ihren Wahlerfolge schmälern könnten, und da es sich verbietet, den direkten Ausstieg aus dem Euro zu fordern, formuliert man lieber Vorschläge, wie die Schwächen der Eurozone zu korrigieren wären: Man fordert also „eine andere Rolle für die EZB“, „den Ausstieg aus den Verträgen“ oder „das Ende der Sparpolitik“.

Ein gutes Beispiel ist die von La France insoumise entwickelte zweistufige Strategie, die einen Plan A und einen Plan B vorsieht. Plan A strebt eine Umgestaltung der EU an, bedeutet also Neuverhandlungen; Plan B stellt das ganze Gefüge der Institutionen in Frage, falls diese die Umsetzung eines Reformprogramms behindert (siehe Artikel auf Seite 6).

Mit dem Brexit-Verfahren hat eine neue Etappe dieser Entwicklung begonnen. Plötzlich war die EU-Zugehörigkeit nicht mehr unwiderruflich. Obwohl die übrigen Regierungen einen Ansteckungseffekt befürchteten, hat

der Brexit den Verfechtern der Austritts keineswegs Auftrieb gegeben. Das liegt sicher auch an der Dramatisierung des Themas in den Medien, aber vor allem daran, dass die Brexit-Debatte die technische und politische Komplexität des Prozesses sichtbar gemacht hat, samt aller damit verbundenen Ungewissheiten. Eine Rolle spielt dabei auch, dass die „Eurokrise“ sich beruhigt hat und in den Nachrichten weniger präsent ist als andere Fragen – vor allem die der Migration.

Auch die rechtsextremen Parteien haben ihren Kurs korrigiert. Sie haben die Kritik am Euro zurückgefahren und sich wieder auf das Thema konzentriert, das leichter zu vermitteln ist: die Bedrohung durch Migranten und den Islamismus. Diese Korrektur vollzog etwa die AfD, als Frauke Petry im Juli 2015 den Vorsitz übernahm.

Dieselbe Tendenz war auch beim Rassemblement national (vormals Front National) zu beobachten, dessen Präsidentin Marine Le Pen vor einigen Monaten erklärte: „Wir haben festgelegt, dass unsere Priorität die Grenzen, die Zuwanderung und die Freihandelsabkommen sind, die uns aufgezwungen werden.“

Le Pen begründete diesen Schwenk mit den veränderten Kräfteverhältnissen. „Wir waren ziemlich isoliert. Damals standen wir schlicht vor der Wahl: entweder Unterwerfung unter die Europäische Union oder Austritt.“ Jetzt aber habe sich die Lage geändert: „Heute erleben wir einen Aufstand der Völker in Europa.“ Das werde die Mehrheiten im Europaparlament verändern und die Möglichkeit eröffnen, einen „grundlegenden Wandel dieser Union“ herbeizuführen.¹⁰

Auf der gleichen Linie liegen die italienischen Regierungsparteien Lega und M5S. Sie gehen davon aus, dass sich bei den Europawahlen 2019 das Blatt wenden wird. Allerdings hatten sie schon vor den nationalen Wahlen von 2018 ihre Opposition gegen den Euro in dem Maße abgeschwächt, in dem sich nach den Umfragen ihre Siegchancen erhöhten.

Als dann Staatspräsident Sergio Mattarella im Mai 2018 die Bestätigung einer Regierung aus Lega und M5S ablehnte, war der Stein des Anstoßes



Hans-Christian Schink, Beseritz, Serie Hinterland, 2017, C-Print, 24 x 30 cm

nicht etwa die Berufung eines rechts-extremen Innenministers, sondern eines bekennenden Euroskeptikers zum Finanz- und Wirtschaftsminister. Mattarella begründete sein Veto gegen Paolo Savona mit dem Argument: „Die Ungewissheit über unseren Verbleib in der Eurozone hat die italienischen und ausländischen Investoren verunsichert, sie gefährdet die Rücklagen der Unternehmen wie der Privathaushalte.“

Am Ende fanden die Regierungspartner einen anderen Wirtschaftsminister. Fortan sahen sie davon ab, die Zugehörigkeit Italiens zur Eurozone infrage zu stellen. Und der zum Europa-Minister ernannte Savona erklärte kurz nach seinem Amtsantritt, dass der Euro für Italien „unverzichtbar“ sei.

Das alles scheint Wolfgang Münchau recht zu geben, der schon vor den italienischen Wahlen in der *Financial Times* geschrieben hatte: „Die Populisten in Frankreich und Italien befürworten offenbar den Austritt aus dem Euro, aber sie wollen die Entscheidung für eine Weile aufschieben und dann ein Referendum abhalten.“ Damit zeige sich aber, dass Marine Le Pen und Beppe Grillo nicht so sehr Extremisten seien als vielmehr Scharlatane. Denn sie seien in keiner Weise auf das Regieren vorbereitet: „Wenn sie es mit dem Euro-Exit ernst meinen würden, hätten sie begriffen, dass es um eine sehr wichtige Sache geht – um das Thema, das ihre gesamte Regierungszeit bestimmen wird.“

Münchau zufolge wäre das Problem eines Exits von Frankreich und

Italien noch weit größer als das Brexit-Problem – und das beschäftige schließlich die britische Regierung full-time.¹¹ Dieser Text ist typisch für den dramatischen Chor der Kommentatoren, deren Ziel es ist, die Perspektive eines Bruchs mit der Einheitswährung – vor allem von Ländern wie Italien, Spanien oder Frankreich – zu diskreditieren. So wie es Patrick Artus, Forschungsdirektor der Natixis-Bank, und die Wirtschaftsjournalistin Marie-Paule Virard tun, wenn sie Sätze wie diese schreiben: „Der Ausstieg würde Sparer und Kreditgeber ruinieren.“ Oder: „Den Euro verlassen heißt, unaufhaltsam zu verarmen.“ Oder: „Keynes wird uns nicht retten.“¹²

Exit – Wahlkampfthema der Rechten

Während des französischen Präsidentschaftswahlkampfes hatte das arbeitgebernahe Institut Montaigne vor dem Vorschlag von Le Pen, „den Franc wieder einzuführen“, mit dem Argument gewarnt, das werde zu einem langfristigen Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 4 Prozent (günstiges Szenario) und 13 Prozent (ungünstiges Szenario) führen. Die zusätzliche Aussicht auf den „Verlust einer halben Million Arbeitsplätze“ kommt bei den Franzosen natürlich nicht gut an.¹³

Aber die ganze Zahlenakrobatik beruht auf Studien zum Brexit, obwohl Großbritannien nicht zur Eurozone ge-

hört und überhaupt völlig andere ökonomische Eigenheiten aufweist. Letztlich sind die Folgen des Bruchs eines Mitgliedstaats mit dem Euro – und demzufolge mit der Union – schwer zu erfassen, da es ja keinen Präzedenzfall gibt.¹⁴ Zwar gibt es unzählige allgemeine Feststellungen, aber gründliche prospektive Studien sind sehr viel seltener und im Fall Frankreich so gut wie nicht existent.¹⁵

Das ändert freilich nichts daran, dass die Hindernisse sehr real sind und sich allein mit politischem Mut nicht überwinden lassen. In rechtlicher Hinsicht würde die Auflehnung gegen die Verträge nicht nur bedeuten, dass man sich einem abstrakten äußeren Zwang (der Europäischen Union) entzieht oder vorübergehend bestimmte Regeln missachtet (zum Beispiel die 3-Prozent-Defizitgrenze). In vielen Bereichen – auch in sehr wesentlichen wie dem Wettbewerbsrecht – würde europäisches Recht bereits in nationales Recht überführt. Und die Verfassungsgerichte, die auch Verwarnungen aussprechen können, wachen genau über die Einhaltung der „europäischen Verpflichtungen“.

Auch bei einem Ausstieg aus dem Euro gäbe es nicht nur rein ökonomische Probleme (wie die Folgen einer Abwertung der nationalen Währung) oder unvorhersehbare technische Schwierigkeiten bei der Umstellung auf die neue Währung. Hinzu käme die juristische Unsicherheit, ob und wie es möglich sein soll, Schulden in

der neuen Währung zu beziffern. Und natürlich das größte Problem: die negative Reaktion der Märkte, also eine Kapitalflucht, die ganz sicher eine Wiedereinführung staatlicher Kontrollen nötig machen würde.

Mit einer harten Reaktion der Finanzmärkte muss jede Regierung rechnen, die eine den neoliberalen Rahmen durchbrechende Politik anstrebt. Der Austritt aus dem Euro ist nur ein Aspekt diese generellen Problems. Für die Befürworter eines Euro-Exits wäre dies jedoch eine notwendige und schwierige, aber entscheidende Etappe bei der Rückeroberung der demokratischen Macht über die Ökonomie.

¹ „Europa spart sich kaputt: Warum der Euro einen Neustart braucht“, München (Siedler) 2016.

² Das Konzept einer „Rückkehr zur Währungsschlange“ wurde bereits 2013 vom ehemaligen SPD-Finanzminister Lafontaine (Die Linke) vertreten. Die Griechenland-Krise und die Grexit-Debatte bestärkte ihn darin. www.spiegel.de/politik/deutschland/oskar-lafontaine-fordert-ende-des-euro-a-1043084.html.

³ Zitiert bei Stephen Wall, „A Stranger in Europe: Britain and the EU from Thatcher to Blair“, Oxford (Oxford University Press) 2008.

⁴ Jean-Jacques Mével, „Jean-Claude Juncker: ‚La Grèce doit respecter l'Europe‘“, *Le Figaro*, Paris, 28. Januar 2015.

⁵ „Ausverkauf mit der Druckerpresse“, *Handelsblatt*, 10. November 2011. Sinn steckte auch hinter dem offenen Briefe an Angela Merkel, in dem 172 deutsche Wirtschaftswissenschaftler im Juli 2012 vor „riesigen Verlusten aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsböden der südlichen Länder“ warnten.

⁶ Reuters, 24. Februar 2017.

⁷ Siehe Jacques Nikonoff, „Sortons de l'euro! Restituer la souveraineté monétaire au peuple“, Paris (Mille et une nuits) 2011; Jacques Sapir, „Faut-il sortir de l'euro?“,

Paris (Seuil) 2012; Frédéric Lordon, „La Malfaçon. Monnaie européenne et souveraineté démocratique“, Paris (Les Liens qui lièrent) 2014.

⁸ Anne-Charlotte Dusseaux, „Mélenchon au JDD: ‚L'Europe allemande, ce n'est pas possible‘“, *Le Journal du dimanche*, Paris, 23. August 2015.

⁹ Nach der Eurobarometer-Umfrage vom 20. November 2018 erklärten 74 Prozent der Befragten aus den Mitgliedsländern der Eurozone, der Euro sei „gut für die EU“. In Frankreich waren es 72 Prozent. Die Frage, ob der Euro gut für das eigene Land sei, bejahen in Frankreich allerdings nur 59 Prozent (Eurozone: 64 Prozent), 29 Prozent halten ihn dagegen für eine schlechte Sache (Eurozone: 25 Prozent). https://ec.europa.eu/info/news/eurobarometer-2018-nov-20_en.

¹⁰ Interview in *Europe 1*, 23. September 2018.

¹¹ Wolfgang Münchau, „Euro exit for Italy or France would be a trauma“, *Financial Times*, London, 9. April 2017.

¹² Patrick Artus und Marie-Paul Virard, „Euro. Par ici la sortie?“, Fayard (Paris) 2017.

¹³ „Sortir de l'euro et restaurer une monnaie nationale, le franc“, Institut Montaigne, Paris, www.institut-montaigne.org.

¹⁴ Wegen dieser Unsicherheit war Angela Merkel fest entschlossen, den Austritt Griechenlands aus dem Euro um jeden Preis zu verhindern, wie die *Financial Times* (11. Mai 2014) vermerkt hat.

¹⁵ Stiglitz widmet der Frage des einseitigen Ausstiegs eines Landes in seinem mehr als 500 Seiten langen Buch ein Kapitel von weniger als 25 Seiten. Das bislang genaueste Szenario eines unfreiwilligen Euro-Exits ist der „Plan X“, den eine Arbeitsgruppe um James K. Galbraith im Frühjahr 2015 im Auftrag des damaligen griechischen Finanzministers Varoufakis entworfen hat. Dieses Horrorszenario hat dazu beigetragen, dass Regierungschef Tsipras einen Grexit unbedingt abwenden wollte. James K. Galbraith, „Welcome to the Poisoned Chalice: The Destruction of Greece and the Future of Europe“, New Haven and London (Yale University Press) 2016.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Antoine Schwartz ist Politikwissenschaftler an der Universität Paris-X (Nanterre) und Autor von „L'Europe sociale n'aura pas lieu“, Paris (Raisons d'agir) 2009.

ANZEIGE

FUMETTO COMIC FESTIVAL LUZERN 6.-14.4.19

Unzufriedene Ungarn

Am 1. Januar trat in Ungarn ein neues Arbeitsgesetz in Kraft. Die Protestbewegung, die sich danach formierte, wird von den Gewerkschaften getragen, die bislang einen schlechten Ruf hatten, weil sie mit der Einparteiensherrschaft vor 1989 assoziiert wurden. Nur 9 Prozent der ungarischen Arbeitnehmer sind Mitglied in einer Gewerkschaft. Nun hat es eine neue Generation von Gewerkschaftsführern geschafft, tausende Menschen gegen Viktor Orbáns autoritäres „Sklavengesetz“ zu mobilisieren.

Nach dem neuen Gesetz sollen bei einer 40-Stunden-Woche bis zu 400 Überstunden pro Jahr verlangt werden können – bisher waren es 250 und zu Beginn der 1990er Jahre noch 144. Der Magyar Szakszervezeti Szövetség (MaSZSZ), die größte Arbeitnehmerorganisation des Landes, fürchtet, dass sich die Arbeitsbedingungen deutlich verschlechtern werden.

Viktor Orbán, der behauptet, er verteidige das Volk gegen den „Neoliberalismus“, und der gern gegen die Europäische Union, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank wettet, hatte es auf einmal sehr eilig, die Arbeitnehmerrechte auszuhöhlen. Er sagt, er wolle „unsinnige administrative Hindernisse“ beseitigen, damit alle, die es wollten, „mehr arbeiten können, um mehr zu verdienen“. Das hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy früher auch immer gepredigt, der übrigens am 15. Dezember 2018, drei Tage nach Verabschiedung des Gesetzes, bei Orbán zu Besuch war. Worum es bei den Treffen der beiden ging, ist jedoch nicht bekannt.

Mit dem Gesetz reagiert die Fidesz-Partei auf den Arbeitskräftemangel in Ungarn. Nach Schätzungen von Demografen haben seit Beginn der 2010er Jahre mehr als 600 000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von 9,8 Millionen) das Land verlassen, 350 000 davon arbeiten im Vereinigten Königreich, in Deutschland und in Österreich. Zudem sind Länder wie Polen, Tschechien und Deutschland, das seinen Arbeitsmarkt für Menschen aus der Ukraine öffnen will, besser auf die Aufnahme von Arbeitskräften aus dem Osten vorbereitet. Wegen dieser Konkurrenz gelingt es Ungarn nicht, genügend „kulturell integrierbare Arbeitnehmer“ aus Nachbarländern anzuziehen, wie es der Wirtschaftsminister gern hätte.

Für die Forderungen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften ist diese Situation günstig. Nach einer historischen Streikwoche bekamen 13 000 Audi-Beschäftigte am 31. Januar eine Lohnerhöhung von 18 Prozent. Kurz zuvor mussten die 4000 Beschäftigten von Mercedes-Benz nicht einmal die Fließbänder anhalten, um eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent zu erreichen. Und die Verhandlungen mit den 7000 Beschäftigten von Bosch dauerten nur sechs Stunden, bis die Firmenleitung fast alle ihre Forderungen erfüllt hat.

Im öffentlichen Dienst, wo viele Überstunden anfallen und die Beschäftigten fürchten, dass sie von dem neuen Gesetz stark betroffen sein werden, beobachtet man diese Entwicklungen sehr genau und träumt zugleich von einem Generalstreik. Mehrere Lehrer- und Polizeigewerkschaften haben schon Streikkomitees eingerichtet.

Corentin Léotard

Die Wut der Straße

In vielen Staaten des Westbalkans haben die Bürger ihre korrupten Regierungen satt

von Jean-Arnault Dérens und Simon Rico

Serbien leistet sich einen neuen Frühling im Winter. Er erinnert an die Jahreswende von 1996/97, als zehntausende Bürger gegen das Milošević-Regime demonstrierten. Die aktuelle Protestbewegung gegen Aleksandar Vučić und seine autoritäre unsoziale Regierungspolitik begann am 8. Dezember 2018 erst in Belgrad, doch inzwischen gehen auch in allen anderen Städten des Landes jeden Samstag die Massen auf die Straße.

In Belgrad endet der Demonstrationzug immer vor dem Gebäude des Serbischen Rundfunks (Radio-Televizija Srbije, RTS), dem medialen Symbol des staatlichen Kontrollapparats, und fordert „fünf Minuten Sendezeit“. Sie verlangen die Aufklärung des Mords an Oliver Ivanović, den serbischen Oppositionellen aus dem Kosovo, der am 16. Januar 2018 erschossen wurde, oder gleich den Rücktritt des Innenministers.

„Seit 30 Jahren müssen die serbischen Bürger für Freiheit und Gerechtigkeit auf die Straße gehen“, klagt der Schauspieler Branislav Trifunović, der zu Beginn jeder Demonstration den Volkstribun gibt. „Die Bewegung ist unsere letzte Chance, wenn nichts passiert, geht es mit dem Land endgültig bergab.“ Trifunović richtet sich mit scharfen Worten an die Führer der Parteien, die gegenwärtig die – zersplitterte – Opposition im Parlament repräsentieren und sich im Übrigen selten bei den Protesten blicken lassen. Boriko Stefanović, Gründer und Vorsitzender der Bewegungspartei Die Linke Serbiens (Levica Srbije), ergänzt: „Die Menschen lehnen alle Parteien ab, die an der Macht gewesen sind, weil sie alle in Korruptionsaffären verstrickt sind.“ Stefanović wurde am 23. November 2018 mit einer Eisenstange angegriffen, was den Anstoß zu den Demonstrationen gab.

Kritik ruft auch Vučić' neoliberale Wirtschaftspolitik hervor, die die Demonstranten an die Maßnahmen der verschiedenen Regierungen erinnert, die nach 2000 das Ruder übernommen hatten. Vučić, der ursprünglich aus der rassistischen, extrem rechten Ecke kommt – er war von 1993 bis 2008 Mitglied in der Serbischen Radikalen Partei –, wirbt seit nunmehr zehn Jahren mit der rechtskonservativen Serbischen Fortschrittspartei für die europäische Integration. Vučić kontrolliert das Land mit einem engen Zirkel von Günstlingen. Frei von ideologischen Überzeugungen verfolgen seine Handlanger nur das Ziel, sich so schnell wie möglich zu bereichern. Dafür schröpfen sie systematisch das Land, mittels Repressionen und Klientelwirtschaft.

Die Journalistin Jovana Gligorijević von der Wochenzeitung *Vreme*, einem der letzten oppositionellen Organe,



Demonstration in Belgrad: Vučić-Puppen werden zum Verkauf angeboten MARKO DJURICA/reuters

meint zu den Protesten: „Die Bewegung nimmt den Leuten die Angst.“ Bei der Arbeit zum Beispiel würden sich viele nicht trauen, das Regime zu kritisieren, weil sie fürchten, ihren Job zu verlieren: „Diese bleierne Weste bekommt langsam Risse.“ Und dass Brüssel stillhält, obwohl man doch wisse, wie Vučić Serbien regiert, habe wohl damit zu tun, dass man ihm als Einzigen zutraut, für Stabilität zu sorgen. Serbiens neue Opposition habe begriffen, dass sie vonseiten der EU nicht auf Unterstützung zählen könne.

Studierende gegen Edi Rama

Aus dieser Sicht ist die Lage nicht viel anders als 1996: Damals, direkt nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton im Dezember 1995, mit dem nach dreieinhalb Jahren der Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet wurde, genoss Slobodan Milošević ebenfalls die Unterstützung der westlichen Politiker. Von Aleksandar Vučić erwarten sie nun, dass er die Kosovo-Frage löst, indem er ein „historisches“ Abkommen mit Präsident Hashim Thaçi in Prishtina schließt. Der serbische Staatschef ist ein Meister in der Kunst, die EU unter Druck zu setzen, indem er seine Nähe zu Putin demonstriert, den er Mitte Januar mit großem Zeremoniell empfangen hat. Vor allem hat er die neoliberale Wende der serbischen Wirtschaft beschleunigt, als er gleich nach seinem Amtsantritt als Vizeregierungschef 2012 das Arbeitsrecht gelockert hat.

„Wir wollen in einem normalen Land leben“, erklärt uns in Belgrad ein Student mit gelber Weste, die ihn als Helfer des Ordnungsdienstes ausweist. „Heute gehen alle ins Exil, weil es unmöglich ist, hier Arbeit zu finden oder sich selbstständig zu machen, wenn man nicht Mitglied der Fortschrittspartei ist.“ Wie alle Länder auf dem Balkan leidet Serbien unter einer neuen Auswanderungswelle, die beinahe schon einem Exodus gleichkommt.¹ Die Regierung von Ministerpräsidentin Ana Brnabić lobt derweil unermüdlich das Wirtschaftswachstum und spricht davon, dass unterm Strich mehr Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Aber dies ist das Ergebnis großzügiger Staatshilfen für ausländische Unternehmen, die diese Prämien erst ein-

streichen und sich dann aus dem Staub machen. Jüngstes Beispiel ist der südkoreanische Kabelhersteller Yura, der einen Teil seiner Produktion nach Albanien verlagerte, nachdem er für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz in seiner Fabrik im serbischen Leskovac bekommen hatte.² In den vielen neuen Betrieben auf dem Balkan spielt das Arbeitsrecht generell keine Rolle, flexible Arbeitsverhältnisse sind die Regel, und die Realeinkommen liegen selten über 200 bis 300 Euro im Monat.

Im Dezember erlebte Albanien die größten Studentenproteste seit Ende des Kommunismus. Auslöser war eine Erhöhung der Studiengebühren, die wiederum die Folge eines Gesetzes ist, das die sozialdemokratische Regierung von Edi Rama ein Jahr zuvor verabschiedet und die EU begrüßt hatte. Dieses Gesetz sieht vor, die Universitäten für den Markt zu öffnen und den Wettbewerb unter den Hochschulen zu fördern. Edi Rama, der seit 2013 regiert, kennt nur ein Rezept für die „Modernisierung“ Albaniens: öffentlich-private Partnerschaften, die es Unternehmern mit besonderer Nähe zur Sozialistischen Partei ermöglichen, schnell reich zu werden.

Der Zorn der Studierenden richtet sich explizit gegen diese Entwicklung. Zugleich lehnen sie die beiden Parteien ab, die sich seit dem Sturz des kommunistischen Regimes und den ersten freien Wahlen von 1991 an der Macht ablösen: die Sozialistische Partei (PS) und ihr „feindlicher Bruder“ von rechts, die Demokratische Partei (PD). Nachdem ein Vierteljahrhundert lang alles verunglimpft wurde, was öffentlich kontrolliert wurde, während Privatbesitz als Allheilmittel galt, sehen viele Beobachter in dem studentischen Protest den Aufstieg einer neuen „Nachwende“-Generation. Edi Rama musste zurückrudern, etlichen Forderungen nachgeben und am 28. Dezember 2018 die Hälfte seines Kabinetts entlassen. Während immer noch viele Albaner das Land verlassen, wollen die rebellierenden Studentinnen und Studenten bleiben – wenn sich die Verhältnisse ändern.

In der Republika Srpska, der serbischen Teilrepublik in der Föderation Bosnien und Herzegowina, protestierten monatelang tausende Menschen gegen das Regime von Milorad Dodik.³ Sie fordern Gerechtigkeit und die

Wahrheit über den Tod von David Dragičević, der unter ungeklärten Umständen in der Nacht vom 17. auf den 18. März 2018 ermordet wurde (siehe den Artikel auf Seite 11). Ende Dezember untersagten die Behörden alle Versammlungen, nahmen Dutzende Personen fest und entsandten Spezialeinheiten der Polizei, um alle zu vertreiben, die Kerzen im Schnee aufstellen wollten. Der Westen hat Milorad Dodik lange unterstützt. Und Dodik selbst weist hartnäckig jegliche Beschwerde zurück und unterstellt seinen Kritikern, sie wollten Srpska „destabilisieren“.

Die Bürgerinnen und Bürger der Westbalkanländer haben genug von der nationalistischen martialischen Rhetorik. Von der basisdemokratischen Protestbewegung im Frühjahr 2014 in Bosnien und Herzegowina bis zu der unvollendeten „bunten Revolution“ in Mazedonien 2016 – immer geht es um die gleichen Themen: das Ende wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung in Europa und die Möglichkeit, im eigenen Land ein würdevolles Leben führen zu können.

Denn der Exodus geht weiter. Viele träumen davon, nach Westeuropa zu gelangen, bleiben aber in Ungarn, der Slowakei oder in Tschechien stecken, die sich seit der Wende in Werkbänke an der Peripherie verwandelt haben, weil dort immer mehr Fabriken als Subunternehmer westliche Firmen mit Billiglöhnen und sehr „flexiblen“ Arbeitsbedingungen locken.⁴ Die Rebellion gegen diese Art der Politik könnte die ganze Region erfassen. Denn die Menschen wollen sich nicht länger als Europäer zweiter Klasse behandeln lassen.

¹ Siehe Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin, „Kein Bleiben in Banja Luka“, *LMD*, Juni 2018.

² Vgl. Nikola Radic, „Serbie: les Sud-Coréens de Yura (re)délocalisent en Albanie“, *Le Courrier des Balkans*, 26. September 2018.

³ Milorad Dodik war von 2010 bis 2018 Präsident der Republika Srpska und gilt auch ohne Mandat als unbestrittener Herrscher der serbischen Teilrepublik. Im Oktober 2018 wurde er neben dem Kroaten Zeljko Komsic und dem Bosniaken Sefik Džaferovic als serbischer Vertreter in das dreiköpfige Staatspräsidium von Bosnien und Herzegowina gewählt. Dodik ist außerdem Vorsitzender des für die Außenpolitik zuständigen Präsidiums.

⁴ Siehe Pierre Rimbart, „Die ökonomische Osterweiterung“, *LMD*, Februar 2018.

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer

Jean-Arnault Dérens und Simon Rico sind Journalisten beim *Courrier des Balkans*.

ANZEIGE

Rotpunktverlag

PETER STÄUBER

SACKGASSE BREXIT

REPORTAGEN AUS EINEM GESPALTENEN LAND

»Eine bemerkenswerte Sammlung von Sozialreportagen, die ein sehr differenziertes Bild von der Interessenlage der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vermitteln.«

Junge Welt

Die Mörder von Banja Luka

von Sead Husic

Es sind diese Szenen, die sich ins Gedächtnis brennen. Szenen, die die Machtlosigkeit zeigen, die Verzweiflung, die Hoffnungslosigkeit eines Mannes. Sein Name ist Davor Dragičević. Er steht mit heruntergelassenen Hosen vor einem Kordon von Polizisten in schwerer Schutzkleidung und zeigt die langen, leuchtend weißen Narben an seinen Beinen. Er zeigt den Polizisten, dass er als Soldat schwere Verwundungen erlitten hat im Kampf für diesen Staat, den sie nun schützen. Vor ihm. Einen Staat, der ihm alles genommen hat, was ihm im Leben wichtig war: seinen einzigen Sohn David, der gerade 21 Jahre alt war.

David verschwand am 18. März 2018 in Banja Luka, Bosnien-Herzegowina. Sein Vater gab eine Vermisstenanzeige auf. Am 24. März fand man die Leiche in einem Abwasserkanal. Nur zwei Tage später inszenierten die Behörden eine Pressekonferenz, auf der der Pathologe Željko Karan auftrat und behauptete, dass David Drogen genommen habe und infolgedessen in den Fluss Vrbas gestürzt und ertrunken sei. Der Fluss habe die Leiche abwärts in den Abwasserkanal getrieben. Ein Unglück. Fall geschlossen.

Aber der Vater des jungen Mannes, Davor Dragičević, glaubt das nicht. Er lässt die Leiche ein zweites Mal obduzieren. Österreichische Mediziner stellen in ihrem toxikologischen Befund fest, dass der junge Mann mit den Rastazöpfen keine Drogen im Organismus hatte. Darüber hinaus stellt sich heraus, dass David gefoltert und schließlich erwürgt wurde. Sein Vater veröffentlicht die Bilder von dem mit Blutergüssen übersäten Körper im Internet. Davor will, dass die Mörder seines Kindes gefasst werden. Jeden Tag stellt er sich auf den Krajina-Platz und fordert Gerechtigkeit für seinen Sohn. Mittlerweile haben sich ihm hunderte tausende Unterstützer angeschlossen – allein auf der Facebook-Seite „Gerechtigkeit für David“ hat er über 300 000 Follower. Seit über einem Jahr demonstrieren jeden Tag tausende Menschen für eine Aufklärung des Falls und bringen dabei ein ganzes politisches System ins Wanken. Es ist der Kampf von Bürgern gegen einen korrupten Staat. Es ist der Kampf Davor gegen Goliath.

Dieser Kampf spielt sich in Banja Luka ab, Hauptstadt der serbischen Teilrepublik Srpska (RS) von Bosnien-Herzegowina. Einem Land, in dem von 1992 bis 1995 Krieg herrschte. Seither stehen sich Serben, Muslime und Kroaten wenn nicht feindlich, so doch überwiegend misstrauisch gegenüber. Tausende Verbrecher, die an Massenmorden, Vergewaltigungen, Vertreibungen beteiligt waren, laufen frei herum, arbeiten bei der Polizei, sind Politiker. Das Ende des Kriegs führte nicht zur Versöhnung.

Davor Dragičević kämpfte in dem Krieg aus seiner Sicht dafür, nicht von einer anderen Ethnie unterdrückt zu werden. Aber nun sind seine Feinde nicht mehr Muslime oder Kroaten, sondern serbische Politiker, die, davon ist er fest überzeugt, Verantwortung für die Ermordung seines Sohns tragen. Dragičević ist ein einfacher Mann. Er arbeitete als Kellner in einem Restaurant und erzählt in der bosnischen Fernsehsendung „Pressing“,¹ dass er genau diese Kaste von Männern bedient hat.

Der mächtigste unter ihnen ist Milorad Dodik, der seit fast 20 Jahren über die kleine Serbenrepublik mit knapp einer Million Einwohnern herrscht. Er war Ministerpräsident und

Präsident der RS und ist seit Oktober 2018 Vorsitzender des dreiköpfigen Staatspräsidiums von Bosnien-Herzegowina. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Dodik ein hochkorruptes System aufgebaut hat und sich mit einer Schar von treu ergebenen Gefolgsleuten umgibt. Sie alle gelangten in den vergangenen Jahrzehnten zu enormen Vermögen. So ist weithin bekannt, dass Dodiks Sohn Igor hinter der IT-Firma „Printer“ mit Sitz in Banja Luka steht und regelmäßig staatliche Ausschreibungen gewinnt – allein in den vergangenen vier Monaten im Wert von mehr als 1,5 Millionen Euro.² Natürlich besitzt Dodiks Familienclan Wohnungen und Häuser im ganzen Land und darüber hinaus in Serbiens Hauptstadt Belgrad. Dodik gilt als skrupellos. Kritiker bekämpft er mit allen Mitteln. Journalisten, die über ihn und seine Getreuen berichten, müssen um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten.³

Für diese Dinge hat sich Davor Dragičević nie interessiert. Er tat seine Arbeit und lebte sein Leben. Sein Sohn

freier Journalist und einer der bekanntesten Blogger der Region. Er zählt zu den am besten vernetzten Investigativreportern der RS und ist seit Jahren ein scharfer Kritiker von Milorad Dodik.⁴ „Dodik hat seine privaten Schlägertrupps, die die Dreckarbeit für ihn erledigen“, sagte Vasković beim bosnischen Fernsehsender Face TV.⁵

Zu Dodiks Schlägern gehören aktive Polizisten und Kriminelle. Ein solcher Trupp soll David Dragičević ermordet haben. Vasković behauptet in seinem Blog, dass der Abteilungsleiter für organisierte Kriminalität, Darko Ilić, die Ermordung von David Dragičević persönlich befohlen hat. Seine rechte Hand, Dubravko Kremenović, habe die Aktion dann mit einer Gruppe von 15 Polizisten und Kriminellen aus dem Drogenmilieu in die Tat umgesetzt. Und Innenminister Dragan Lukač hält über alle seine schützende Hand.

Die Brutalität, mit der gegen Kritiker vorgegangen wird, kommt nicht aus dem Nichts. Dragan Lukač beispielsweise gehörte im Jugoslawienkrieg zu

Volks, von „George-Soros-Aktivist“ und aus Sarajevo gesteuerten Banden benutzt werden, um die Serbische Republik zu destabilisieren und schließlich zu stürzen. Vor allem wirft er dem Anwalt von Davor Dragičević, Ifet Feraget, vor. Im Jugoslawienkrieg wurde der Muslim Feraget mit seiner Familie aus Banja Luka vertrieben.

„Das sind alles Ablenkungen, wir haben Beweise, dass David Dragičević gefoltert und ermordet wurde, und ich fordere die Staatsanwaltschaft auf, ihre Arbeit zu tun“, erwidert Feraget auf einer Pressekonferenz. Davor Dragičević steht neben ihm. Die beiden sind Freunde geworden. Der serbische Exsoldat und sein muslimischer Anwalt.

Jeden Tag berichten sämtliche Kanäle in Bosnien über die Demonstrationen in Banja Luka. Auf den Bildern sieht man, dass sie den Krajina-Platz in „David-Dragičević-Platz“ umbenannt haben. Sie zeigen Menschen, die mit hochgereckten Fäusten den Polizisten entgegenrufen: „Gerechtigkeit für David!“ Künstler haben die Skulptur ei-

davon ausgehen, dass das Ganze endlich beendet ist, vielleicht können wir uns treffen und das weitere Vorgehen besprechen?“

Nur Tage später taucht Davor Dragičević unter, weil er sich nicht mehr sicher fühlt. Ab und an meldet er sich jetzt über Facebook und sagt, dass es ihm gutgeht. Sie würden weiterkämpfen, sagt er, bis zum Ende. Niemand weiß, wo sich Davor aufhält. Nicht einmal sein Anwalt Feraget, wie er in einem Telefonat versichert.

Slobodan Vasković, der Investigativreporter, schreibt in seinem Blog die Geschichte weiter. Er erklärt, dass Dodik und seine Leute eine Menge zu verlieren haben und nie im Leben ihre Macht aufgeben werden. Dodik unterhält enge geschäftliche Beziehungen zu Serbiens Präsident Alexander Vučić, auch ein Ultranationalist aus Kriegstagen. Während des Kriegs schoss er von den Anhöhen über Sarajevo auf die Stadt. Die beiden, so schreibt Vasković, stützen einander, um aus dem geschundenen Volk noch mehr Geld herauszupressen.

Derweil zieht die Geschichte über den mutigen Davor Dragičević ihre Kreise in der Weltpresse. Häufig ist zu lesen, wie der Mord an David die Menschen aller Ethnien zusammenbringt. Wie sich Serben, Muslime und Kroaten gegen die Nationalisten auf allen Seiten stellen. Das ist die Seite der Story, die besonders zieht, weil sie den Leserinnen und Lesern trotz allem ein gutes Gefühl gibt.

Und dann sieht man auf YouTube ein Video über Slobodan Vasković, den Reporter, der für die Wahrheit kämpft. Vasković wird nicht gern auf dieses Video angesprochen. Erst als es vor einigen Jahren publik wurde, gab er zu, dass das ein schrecklicher Fehler war, was er getan hat. Aber er habe sich geändert. In dem Video ist zu sehen, wie er in jenem Juli 1995 in Srebrenica den muslimischen Gefangenen Abdullah Purković interviewt oder vielmehr für sein Interview benutzt. Hinter Purković sieht man serbische Soldaten stehen, der Mann hat Angst. Vasković fragt: „Wie fühlst du dich, jetzt, wo die serbische Armee hier ist?“ Als Abdullah beginnt, ihm seine Angst zu schildern, schlägt er ihm mit der flachen Hand auf die Schulter und sagt: „Hey, was redest du, Mann, das Volk ist glücklich, weil die serbische Armee sie befreit hat von den islamischen Terroristen!“ Der Mann zuckt zusammen. „Natürlich, gut, gut.“⁶

Während Vasković dieses Interview führte, wurden die ersten Männer in Srebrenica abgeführt und später erschossen. Vasković aber sagt, er selbst habe davon nichts mitbekommen.



Trotz Verbot: Gedenken an den ermordeten David Dragičević in Banja Luka RADIVOJE PAVICIC/ap

David dagegen war politisch und prangerte die Zustände in seinem Land öffentlich an. Er ging zum Beispiel auf die Demos „Gerechtigkeit für Nikola und Jovan“. Nikola Djurević und Jovan Arbutina kamen auch unter ungeklärten Umständen ums Leben. Auch hier vermutet man, dass die Behörden hinter der Vertuschung der beiden Todesfälle stecken.

Der 21-jährige Nikola Djurević starb im August 2011. Er fuhr in einem kleinen Fiat Tipo gerade über eine Kreuzung, als ein Audi A4 mit 150 Stundenkilometern in ihn hineinraste. Stanislav Čado, ehemals Innenminister der RS, soll hinter dem Steuer gesessen haben, doch angeklagt wurde ein arbeitsloser Bäckermeister. Das Gericht in Banja Luka verurteilte ihn zu vier Jahren Haft. Auch der 19-jährige Jovan Arbutina wurde am 17. November 2015 von einem Raser in Banja Luka überfahren. Der Täter kam auf Bewährung frei. Auch hier vermutet man, dass korrupte Beamte und Politiker ihre Finger im Spiel hatten.

„Die Menschen, die Gerechtigkeit für die Opfer fordern, haben längst verstanden, dass die Mächtigen in diesem Land tun und lassen können, was sie wollen“, meint Slobodan Vasković,

einer Spezialeinheit der Polizei, die gerade im Raum Banja Luka für zahlreiche Gräueltaten verantwortlich gemacht wird. Gerade hier vertrieb gleich zu Beginn des Krieges im Mai 1992 die serbische Armee zehntausende kroatische und muslimische Bewohner aus der Stadt, zerstörte alle Moscheen und katholischen Kirchen, tötete massenhaft Einwohner und deportierte allein 8000 Kroaten und Muslime in das Lager Manjača,⁷ das ganz in der Nähe der Stadt liegt. Zeugen berichteten vor dem Den Haager Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien von schrecklichen Folterungen und Tötungen.⁸

Es gibt kurze Sequenzen auf YouTube, auf denen Dragan Lukač in Uniform zu sehen ist. Ein gefangener Muslim steht vor ihm. Er sieht genauso jung aus wie die Mordopfer David, Jovan und Nikola. Die serbischen Soldaten haben ihm einen Fez auf den Kopf gesetzt, um ihn zu erniedrigen. Dann befiehlt Lukač, dass sie den jungen Mann wegbringen sollen.⁹ Der Junge wird erschossen.

Heute tritt Lukač als Verteidiger der Serbischen Republik auf. Immer wieder sagt er, dass die Proteste „Gerechtigkeit für David“ von Gegnern des serbischen

ner mannhohen Faust auf den Platz gestellt, davor liegt ein großes Herz aus Blumen. Und dann singen sie alle das Lied „Kind im Ghetto“, das David geschrieben hat: „Es scheint, ich werde nicht weit kommen, denn ich bin nur die Figur einer Geschichte, ich geh nirgendwo hin, jemand hat meinerwegen Schaden genommen, ich bin nur ein Kind im Ghetto.“

Am Weihnachtsabend räumt die Polizei den Platz. Sie geht mit äußerster Härte vor, knüpelt Leute nieder, räumt die Gedenkstätte für David und verhaftet Davor Dragičević mit der Begründung, er gefährde die nationale Sicherheit. Unter den Polizisten bewegen sich auch eine ganze Menge Männer ohne Uniform. Niemand weiß, wer sie sind. Man sieht nur, dass sie wahllos auf die Demonstranten einschlagen. Es soll endlich wieder Ruhe einkehren.

Als Davor Dragičević am nächsten Tag wieder freigelassen wird, stellt er sich sogleich an die Spitze der erneuten Proteste. Das macht die Leute um Dodik mehr als nervös, besonders als kurz darauf ein Telefonat zwischen dem Pathologen Željko Karan und Dodik auf verschiedenen sozialen Netzwerken veröffentlicht wird. Karan fragt unter anderem: „Herr Präsident, kann ich

¹ Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=Tjh6-fHt0uA>.

² Siehe den Blog <http://slobodanvaskovic.blogspot.com/2016/08/igor-dodik-stoji-iza-firme-printer.html>.

³ Siehe den Blog <http://slobodanvaskovic.blogspot.com/>.

⁴ Siehe Jean-Arnault Dérens, „Ein schwarzes Loch in Europa“, *LMd*, September 2008.

⁵ Siehe https://www.youtube.com/watch?v=KGz_vDEqS3g.

⁶ Siehe: Final report of the United Nations Commission of Experts, established pursuant to security council resolution 780 (1992), Annex VIII - Prison camps; Under the Direction of: M. Cherif Bassiouni; S/1994/674/Add. 2 (Vol. IV), 27 May 1994, Annex VIII: Prison camps (part 1/10), (paragraf 1-273).

⁷ Siehe die Anklageschrift des Den Haager Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien gegen Slobodan Milošević: www.icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/ind/en/mil-ii011122e.htm.

⁸ Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=qhESEKUqo3s>.

⁹ Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=qhESEKUqo3s>.



Hans-Christian Schink, A71 bei Traßdorf, 1999, Serie Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, 1995–2003, C-Print, 178 x 211 cm



Hans-Christian Schink, Altlüdersdorf, 2018, Serie Hinterland

Fleisch für die Welt

von Stefano Liberti

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Verzehr von süßsaurem Schweinefleisch in Schanghai, dem Verlust von einem Hektar Wald im Amazonasbecken und afrikanischen Flüchtlingen im europäischen Mittelmeer?

In Mato Grosso im Westen Brasiliens leitet Rodrigo Pozzobon in zweiter Generation einen landwirtschaftlichen Betrieb mit mehreren tausend Hektar. Er ist hier geboren und erlebte selbst den raschen Aufstieg der Region, die mit der Ausdehnung der Anbaubereiche einherging. „Wir leben an einem idealen Ort: Wir haben das Klima und das Land für eine Agrarproduktion, die nirgends sonst möglich wäre. Unsere Wirtschaft basiert im Wesentlichen auf einem Produkt: Sojabohnen.“

Früher waren die brasilianischen Cerrados, die Savannen im Landesinneren, für ihre biologische Vielfalt berühmt. Heute gibt es den „dicken Wald“ (Mato Grosso auf Portugiesisch) nicht mehr, sondern nur noch Sojafelder, so weit das Auge reicht. Die große Metamorphose liegt noch nicht lange zurück. In den 1980er Jahren gelang der brasilianischen Regierung mit Unterstützung des Instituts für Agrarforschung das sogenannte Wunder von Cerrado¹: die Verwandlung einer unwirtlichen und unfruchtbaren Region zum Herzstück einer neuen Agrarindustrie.

Mato Grosso ist das Labor für eines der größten landwirtschaftlichen Experimente unserer Zeit. An die Stelle eines biologisch reichen Lebensraums – vielseitig, aber nicht sehr ertragreich – trat eine Monokultur, die den Weltmarkt beliefert. Sojabohnen sind allgemein als Proteinquelle und Fleischersatz bekannt. Tatsächlich sind sie jedoch ein zentraler Bestandteil der intensiven Viehhaltung. 70 Prozent der weltweiten Sojaproduktion enden als Futtermittel in der industriellen Tierzucht. Der Ausbau der Monokultur, die heute die Landschaft von Mato Grosso prägt, ging Hand in Hand mit der Zunahme des weltweiten Fleischkonsums.

Die Wachstumsraten sind schwindelerregend: Die brasilianische Sojaproduktion stieg von 32 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf 117 Millionen 2017. Allein in Mato Grosso wuchs die Anbaufläche im selben Zeitraum von 3 Millionen Hektar auf heute 7 Millionen. In dieser Region Lateinamerikas, genannt die „Vereinig-

te Republik der Sojabohne“, die sich über Teile Brasiliens und Argentinien, Uruguay, Paraguay und den Osten Boliviens erstreckt, wird auf 46 Millionen Hektar Land ausschließlich Soja angebaut. Zum Größenvergleich: 1950 betrug die Weltproduktion an Soja 17 Millionen Tonnen, heute beläuft sie sich auf 250 Millionen Tonnen, das ist das Vierzehnfache. Weizen, Mais und Reis, die Grundelemente der Welternährung, sind im gleichen Zeitraum lediglich um das Drei- bis Vierfache gestiegen.

„Und wir können die Produktion noch erweitern. Uns steht noch viel Land zur Verfügung“, erklärt Sergio Mendes, der Generaldirektor vom Dachverband für Soja- und Getreidebetriebe, Associação Nacional dos Exportadores de Cereais (ANC). „Wir sind der Brotkorb des Planeten“, fügt er enthusiastisch hinzu. „Die Welt will Soja. Und wir haben das Land und die Bedingungen, um die Nachfrage zu befriedigen.“ Man bräuhete nur noch eine bessere Infrastruktur für den Export.

Entwaldung für den Sojaanbau

Ein Großteil der Sojaproduktion von Mato Grosso bleibt nicht im Land, sondern wird rund um den Globus verschickt. Zunächst wird die Hülsenfrucht in gigantischen Silos überall im Land gesammelt, dann per Lkw in die 2000 Kilometer entfernten Häfen am Atlantik transportiert. Die Containerschiffe steuern in erster Linie zwei Ziele an: Rotterdam, als Zugang zum europäischen Markt, und, noch häufiger und mit viel größeren Ladungen, chinesische Hafenstädte. Von den 2017 erzeugten 117 Millionen Tonnen gelangten 54 Millionen nach China, 14 Millionen nach Europa.

Der jüngste Handelskonflikt zwischen den USA und China wird diesen Prozess vermutlich noch beschleunigen. Seit die Trump-Regierung für verschiedene chinesische Produkte die Zölle erhöht hat, revanchierte sich Peking mit einem Aufschlag von 25 Prozent für US-amerikanische Sojabohnen.² Die Maßnahme entfaltete sofort ihre Wirkung. Im November 2018 hat China zum ersten Mal seit zwanzig Jahren nicht eine einzige Sojabohne aus den USA importiert (gegenüber 4,7 Millionen im November 2017). Peking erhöhte folglich die Einfuhr aus Brasilien, und als des-

sen Vorräte erschöpft waren, erhöhten die Unternehmer in Mato Grosso und den benachbarten Bundesstaaten die Produktion.

Washington und Peking einigten sich im Dezember 2018 zwar auf einen 90-tägigen „Waffenstillstand im Zollkrieg“, um Verhandlungen zu erleichtern, und China importierte danach auch wieder Soja aus den USA. Aber die Sogwirkung auf die brasilianischen Sojabauern war bereits spürbar und führte zu weiteren Produktionssteigerungen.

Um mit der Nachfrage Schritt zu halten, hat sich die Anbaugrenze schon seit einigen Jahren deutlich nach Norden verschoben, ganz Mato Grosso und weite Teile des Regenwalds gehören dazu. Heute wachsen hier die gleichen Monokulturen, die früher für die Regionen weiter südlich typisch waren. Am Amazonas wurden mehrere Exporthäfen gebaut; jede Handelsfirma hat ihren eigenen Hafen, über den die Sojaausfuhr direkt abgewickelt wird.

Das weiße Gold bringt nicht nur Unternehmern wie Pozzobon ein Vermögen ein, sondern auch den Handelsfirmen, die den Markt kontrollieren: den US-Unternehmen Cargill, Archer Daniel Midland und Bunge sowie dem französischen Mischkonzern Louis Dreyfus. In den vergangenen Jahren kamen das staatseigene chinesische Unternehmen Cofco und die brasilianische Amaggi-Gruppe hinzu, die sich im Besitz der Familie Maggi befindet. Blairo Maggi, der Chef des Unternehmens, war früher Gouverneur von Mato Grosso und zuletzt Landwirtschaftsminister in Michel Temers liberal-konservativer Regierung. Die genannten sechs Konzerne kontrollieren 57 Prozent der brasilianischen Sojaexporte.³

Doch ohne den intensiven Einsatz von Agrochemikalien hätte es kein „Wunder von Cerrado“ gegeben. „Aus agrarwissenschaftlicher Sicht ist hier ein Verbrechen begangen worden“, erklärt João Pedro Stedile, Sprecher und Gründer der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST). Soja wurde an eine feucht-tropische Gegend angepasst, die dafür nicht geeignet war. Damit die Pflanzen überhaupt wachsen konnten, wurde der Boden mit Harnstoff, Nitrat und Phosphat gedüngt. Inzwischen ist Brasilien der weltweit größte Verbraucher von Düngemitteln und Pestiziden. „Das ist ein Fehler, der kurzfristig die Natur aus dem Gleichgewicht bringen wird – ganz zu schweigen von dem

Verlust an biologischer Vielfalt“, klagt João Pedro Stedile.

Die Zerstörung der Cerrados und die schrittweise Abholzung des Regenwaldes tragen außerdem zur weltweiten Erderwärmung bei. Wenn Bäume gefällt werden, vermindert das nicht nur die Kapazitäten zur CO₂-Speicherung, sondern es werden zugleich ungläubliche Mengen an Kohlendioxid freigesetzt.

Umweltorganisationen dokumentieren seit Jahren die Folgen des Sojaanbaus. „19 Prozent des Waldes sind bereits verschwunden“, erklärt Romulo Batista, der Vorsitzende von Greenpeace Amazonia. Auf einer Karte zeigt er den „Entwaldungsbogen“: die bereits abgeholzten Gebiete sind rot eingefärbt. „62 Prozent der abgeholzten Flächen, die den ganzen südlichen Amazonas umfasst, sind für die Sojaproduktion bestimmt.“

Vor mehr als zehn Jahren startete Greenpeace eine besonders wirkungsvolle Kampagne: Als Hühner verkleidet ketteten sich die Aktivisten in verschiedenen McDonald's-Restaurants in Europa an Stühle und erklärten den erstaunten Gästen: „Jedes Mal, wenn Sie Ihre Chicken McNuggets essen, zerstören Sie ein Stück Amazonas.“

„Diese Schockkampagne war supererfolgreich“, erzählt Batista. Kurz danach unterzeichnete die brasilianische Regierung eine Art Sojamoratorium, das den Anbau auf kürzlich gerodeten Flächen verbietet. Seitdem sei der Anteil der nur für die Sojaproduktion abgeholzten Gebiete auf 1 Prozent gesunken. Das Moratorium verhindert jedoch nicht, dass weiter Soja angebaut wird – auf Flächen, die für die Holzgewinnung oder für die Nutzung als Weideland gerodet wurden. Die Zahlen sprechen für sich: Seit Inkrafttreten des Moratoriums 2006 wuchs die zur Sojaproduktion verwendete Fläche in der Amazonasregion von 2 Millionen auf 3,6 Millionen Hektar.

Die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten bedeutet nichts Gutes für die Zukunft des größten Regenwalds der Erde. Bolsonaro hat wiederholt eine „flexiblere Anwendung“ von Umweltschutzbestimmungen gefordert. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 1. Januar 2019 unterstützte er eine Reihe von Verordnungen zugunsten der Interessen von Großproduzenten.⁴

Der rasante Anstieg der Sojaerzeugung ist untrennbar mit dem Anstieg des Fleischkonsums in der westlichen Welt und in Ländern wie China verknüpft. Die Kausalität, die Greenpeace



and, seit 2012, C-Print, 24 x 30 cm



Hans-Christian Schink, A9/A38 Autobahnkreuz Rippachtal (1), 1998, Serie Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, 1995–2003, C-Print, 178 x 211 cm

damals in seiner Kampagne hergestellt hat, ist alles andere als weit hergeholt: Jedes Mal, wenn wir Chicken-Nuggets essen – oder auch einen edlen Parmaschinken –, tragen wir indirekt zur Abholzung im Amazonas und zur Erderwärmung bei.

Die Verbindung zwischen intensiver Landwirtschaft und großen Monokulturen ist quasi symbiotisch. Tony Weis, Professor für Geografie an der University of Western Ohio, spricht vom „Getreide-Ölsaats-Vieh-Komplex“.⁵ „Industrielle Landwirtschaftsbetriebe sind wie Inseln in einem Meer aus Soja und Getreide“, hält er die Situation in einem anschaulichen Bild fest.

Die Massentierhaltung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv vorangetrieben, immer mehr Tiere wurden auf immer kleinerem Raum gehalten. Die Fleischproduktion stieg von 71 Millionen Tonnen 1961 auf 323 Millionen Tonnen 2017. „Heute werden auf der Erde jährlich 70 Milliarden Tiere für den menschlichen Verzehr getötet, 1960 waren es noch 10 Milliarden. Setzt sich die Entwicklung beim Fleischkonsum fort, liegen wir 2050 bei jährlich 120 Milliarden getöteten Zuchttieren“, rechnet Weis vor.

Die industrielle Massentierhaltung hat das Zuchtkonzept grundlegend verändert. Seit ihre Domestizierung im alten Mesopotamien begann, waren Tiere fester Bestandteil eines organischen, mit der Landwirtschaft eng verwobenen Systems. Sie grasten auf den Weiden, die sie mit ihrem Mist düngten und so wieder fruchtbar machten.

Das nennt man heute Kreislaufwirtschaft, wohingegen Massentierhaltung zur Linearwirtschaft gehört, die nur Treibstoff verbraucht und Abfall erzeugt. Hochkonzentrierte tierische Jauche ist nämlich kein Dünger, sondern Abfall. Und die ungeheuren Mengen an Soja und Getreide, die zu Tierfutter verarbeitet werden, bilden den Treibstoff. „Heute wird ein Drittel des weltweiten Ackerlands für diese Futterpflanzen verwendet“, stellt Weis fest.

Der Trend ist auf der ganzen Welt ähnlich: Mit zunehmendem Wohlstand erhöhen die Menschen meist ihren Fleischkonsum. Länder, in denen die Bevölkerung rasch wächst, übernehmen die Essgewohnheiten der westlichen Welt. Analysiert man den Pro-Kopf-Verbrauch je nach Region, so stellt man fest, dass von 1961 bis heute der Fleischkonsum in Westeuropa von 50 auf 80,6 Kilogramm pro Person und Jahr gestiegen

ist, in den USA von 89,2 auf 120,2 Kilogramm und in China von 4 auf 58,2 Kilogramm.⁶

Insbesondere der exponentielle Anstieg des Fleischverbrauchs in China hat zu der gewaltigen Ausweitung der intensiven Sojaproduktion in Brasilien und ganz Lateinamerika geführt. Heute ist China mit 60 Prozent der Gesamtmenge der größte Importeur von Sojabohnen weltweit. Der zweitgrößte sind die Niederlande mit 3 Prozent.

„Es ist absurd, tonnenweise Soja in Brasilien zu produzieren, um Hühner oder Schweine in China zu füttern! Können die Chinesen ihre Schweine nicht ohne unsere Sojabohnen züchten?“, fragt João Pedro Stedile. Nein, das können sie nicht. China verfügt nicht über genug Land, um die erforderliche Menge an Soja und Getreide anzubauen. „In den vergangenen fünfzehn Jahren hat Peking den Industrialisierungsprozess bei der Fleischerzeugung gefördert und die Errichtung gewaltiger Massenbetriebe nach westlichem Modell vorangetrieben“, berichtet Mindi Schneider.

Die Professorin für Agrarwissenschaften vom Institut für Soziale Studien in Den Haag hat in einer Langzeitstudie die Entwicklung der Schweineindustrie in China untersucht.⁷ In ihrem Büro, in dem Schweinefiguren in allen Formen und Größen stehen, erläutert sie die Ergebnisse ihrer Feldforschung. Heute werden in dem asiatischen Land jährlich 700 Millionen Schweine gezüchtet, die Hälfte aller Zuchtschweine weltweit. Um sie zu ernähren, hat die chinesische Regierung die Einfuhr von Sojabohnen komplett liberalisiert.

Siebzig Milliarden tote Tiere

Konsummuster beeinflussen Produktionsmuster und können weltweite Folgen haben. Die „Getreide-Ölsaats-Nutztiere“, wie Tony Weis sie beschreibt, verursachen gewaltige Umweltschäden, angefangen bei der Entwaldung der Cerrados und des Amazonas bis hin zu den CO₂-Emissionen der Sojatransporte. Hinzu kommen die unkalkulierbaren sozialen Kosten, wie die Enteignung von Kleinbauern, die gezwungen sind, in Großstädte zu ziehen oder ins Ausland zu emigrieren.

Die Ausbreitung des westlichen Konsumverhaltens auf andere Erdteile, wie sie sich zum Beispiel im Anstieg des Fleischverzehrs in China und

anderen asiatischen sowie afrikanischen Ländern mit ähnlichem BIP-Wachstum zeigt, gibt Anlass zur Sorge. Bislang wird in China pro Kopf nur halb so viel Fleisch konsumiert wie in den USA, erklärt die Washingtoner Umweltforscherin Janet Larsen: „Aber bei 1,4 Milliarden Chinesen sind die Mengen dennoch enorm. Wenn sie irgendwann die westliche Ernährungsweise vollständig übernehmen sollten, wo bekämen wir die Ressourcen her, um all die Nutztiere zu füttern?“

Tony Weis hat eine geradezu apokalyptische Antwort auf diese Frage: „Wenn wir 2050 die Zahl von 120 Milliarden Tieren erreichen, müssten zwei Drittel des Ackerlands auf der Erde ausschließlich für den Futtermittelanbau verwendet werden.“ Aufgrund dieser Analysen von Verbrauchertrends plädiert er dafür, die gängige Sichtweise zum Thema Überbevölkerung noch einmal zu überdenken.

Laut der Welternährungsorganisation (FAO) werden 2050 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben. „Die wahre Überbevölkerung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, ist aber die der gezüchteten Tiere“, sagt Weis. „Anstatt unsere Produktion zu steigern, müssen wir anders produzieren und konsumieren. Wir müssen dringend das vorherrschende Modell überprüfen, das auf einer permanenten Steigerung des Verzehrs von tierischem Eiweiß basiert.“

Die intensive Tierhaltung hat es im Laufe der Zeit möglich gemacht, breiten Bevölkerungsschichten billige Lebensmittel anzubieten. Doch wer bezahlt die Kosten, die durch die Ausbeutung der Böden und die Umweltzerstörung mit Pestiziden und tierischen Abfallprodukten entstehen? Wie berechnet man den Verlust an CO₂-Speichern, wenn alle Bäume abgeholzt sind? Und was ist mit den CO₂-Emissionen, die durch den Transport von Soja quer über den Globus verursacht werden? Oder den gewaltigen Wassermengen, die für die Herstellung von einem Kilogramm Fleisch verbraucht werden? Oder den sozialen Kosten, die entstehen, wenn Landschaften in Lebensmittelfabriken für die wachsende städtische Bevölkerung umgewandelt werden und Kleinbauern von Konzernen verdrängt werden?

All diese „negativen Externalitäten“ werden nicht in den Preis für ein Kilogramm Fleisch miteingerechnet, den der einzelne Verbraucher zahlt. Aber sie stecken in den Folgekosten, die jeder Mensch als Bewohner eines Ökosystems

mitträgt, dessen Zerstörung immer schneller voranschreitet. Würden auch diese Faktoren berücksichtigt, so müssten manche Lebensmittel mindestens doppelt so viel kosten wie auf dem Preisschild im Supermarkt ausgezeichnet.⁸

Kommen wir noch einmal auf die anfangs gestellte Frage zurück: Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Verzehr von süßsaurem Schweinefleisch in einem Restaurant in Shanghai und einem Flüchtlingsboot im europäischen Mittelmeer?

Der übermäßige Fleischverzehr und das dazugehörige Produktionsmodell können ein ohnehin fragiles Gleichgewicht zerstören und enorme Umwelt- und Sozialschäden anrichten. Für ein Kilogramm Schweinefleisch muss etwa ein Hektar Regenwald geopfert werden, das führt unweigerlich zum Anstieg der Erdtemperatur und in manchen Regionen der Welt sogar zur Ausdehnung von Wüsten, so zum Beispiel in Subsahara-Afrika.

Die Verteilungskämpfe um Wasser werden zunehmen und weitere kriegerische Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen nach sich ziehen, die die Menschen in die Flucht treiben. Es ist ein vielschichtiges, komplexes Phänomen. Und sicher ist nicht allein das Schwein in Shanghai dafür verantwortlich. Auch wenn es sich manchmal danach anhört: Das alles sind keine Science-Fiction-Szenarien. Es ist die Wirklichkeit, in der wir bereits heute leben.

¹ „The miracle of the cerrado“, *The Economist*, 26. August 2010.

² Siehe Martine Bulard, „USA gegen China – Wer siegt im Handelskrieg?“, *LMd*, Oktober 2018.

³ „Brazilian soy supply chains: linking buyers to landscapes“, *Trace Yearbook* 2018.

⁴ Dom Phillips, „Jair Bolsonaro launches assault on Amazon rainforest protections“, *The Guardian*, 2. Januar 2019.

⁵ Siehe Tony Weis, „The ecological hoofprint. The Global Burden of Industrial Livestock“, London (Zed Books) 2013.

⁶ Faostat, 2016.

⁷ Siehe Mindi Schneider und Shefali Sharma, „China's Pork Miracle? Agribusiness and Development in China's Pork Industry“, Institute for Agriculture and Trade Policy, 17. Februar 2014.

⁸ ETC Group, „Who will feed us? The Peasant Food Web vs. the Industrial Food Chain“, 15. Oktober 2017.

Aus dem Englischen von Birgit Bayerlein

Stefano Liberti ist freier Journalist und Dokumentarfilmer in Rom. Zuletzt drehte er zusammen mit Enrico Parenti „Soyalism“, siehe www.soyalism.com.

© Stefano Liberti; für die deutsche Übersetzung *LMd*, Berlin

Was will die Opposition in Venezuela?

► Fortsetzung von Seite 1

von Hardlinern, die bei den venezolanischen Wählerinnen und Wählern wenig Rückhalt hat, nur eine begrenzte Kompromissfähigkeit an den Tag legt, sich über ihre ideologische Ausrichtung ausschweigt und sich in der Frage, wie ihre Pläne für den nationalen Wiederaufbau umgesetzt werden sollen, auffallend bedeckt hält. Falls Guaidó einen versöhnlicheren Ton anschlagen und auf die nach wie vor beträchtliche chavistische Wählerschaft zugehen sollte, riskiert er den Widerstand seiner eigenen radikalen Basis.

Die Oppositionsbewegung nutzt von jeher sowohl institutionelle wie außerparlamentarische Strategien, von der Beteiligung an Wahlen über Protestkundgebungen, Hungerstreiks und Guarimbas (Straßenbarrikaden) bis zum Putschversuch.

Grob betrachtet besteht die Opposition aus drei Fraktionen. Die erste, die mit Guaidós Voluntad Popular, Leopoldo López und Figuren wie Corina Machado und Antonio Ledezma identifiziert wird, wollte lange Zeit nicht das Geringste mit der „Bolivarischen Revolution“ zu tun haben. Für sie, die „Radikalen“, bedeutete die Teilnahme an Wahlen schon eine Legitimation des chavistischen Regimes. Sie sind eng mit der Diaspora in den USA verbunden, die dort einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern besitzt. Von den USA aus griffen sie die Befürworter der Partizipation⁴ scharf an, riefen zur Militärintervention auf und entwarfen Übergangsszenarien für Venezuela.⁵ Im Land selbst organisierten sie sich in kommunalen Netzwerken (Redes Populares) und mobilisierten ihre Anhänger über soziale Medien und Studierendenorganisationen. Finanziell unterstützt wurden sie durch die US-Stiftung National Endowment for Democracy (NED) und die Washingtoner Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID.⁶

Ihre privilegierte soziale Herkunft, ihre helle Haut und eine Ausbildung in den USA unterscheidet die „Radikalen“ von denjenigen Venezolanern, die Chávez vergötterten. Ihr Elitismus stand ihrem politischen Erfolg im Wege: Von der öffentlichen Meinung wurden ihre anhaltenden Bemühungen, den Präsidenten zu stürzen – etwa mit dem Staatsstreich 2002 und dem Amtsenthebungsreferendum 2004, das von Corina Machado angezettelt wurde –, als Versuch einer reichen Minderheit wahrgenommen, ihren Willen gegen die Mehrheit durchzusetzen. Von der venezolanischen Regierung wurden sie als antinationaler Haufen beschimpft, der mit den US-amerikanischen Neokonservativen unter einer Decke stecke und sich weit vom venezolanischen Volk entfernt habe. Und solange der Ölpreis immer weiter anstieg und der Regierung Chávez die rasche Einführung von Sozialprogrammen erlaubte, schien es tatsächlich, als stünden die Verfechter eines Regimewechsels auf der falschen Seite der Geschichte.

Die beiden anderen Oppositionsströmungen waren offener für Versöhnungsinitiativen. Wenn ihr parlamen-



Warten auf Veränderung: Venezolaner an der geschlossenen brasilianischen Grenze RICARDO MORAES/reuters

tarisches Engagement erfolgreich war, wie bei den Gouverneurswahlen in den Bundesstaaten 2008 oder bei den Parlamentswahlen 2010, gewannen die „Zentristen“ an Einfluss. Rückschläge wie die knappe Niederlage des oppositionellen Einheitskandidaten Henrique Capriles Radonski gegenüber Maduro 2013 haben wieder zur Verlagerung der Proteste auf die Straße geführt.

Zu den Zentristen werden die beiden größten Oppositionskräfte Primero Justicia (PJ, mit 33 Sitzen im Parlament) und Acción Democrática (AD, 25 Sitze) gezählt, obwohl die zwei Parteien zwischen verschiedenen Positionen hin und her schwanken.

Die PJ ist ein Spross zivilgesellschaftlicher Bewegungen aus der Zeit vor Chávez in den frühen 1990er Jahren, die sich 2000 als Partei neu konfigurierten. Die AD dagegen ist Venezuelas wichtigste „historische Partei“. Man hält ihr zugute, das Land 1958 zusammen mit der christdemokratischen Copei in die Demokratie geführt zu haben; anschließend teilten sie sich die Macht. Antonio Ledezma, ein Verbündeter Guaidós, trennte sich 1999 von der AD. Persönliche und politische Feindschaften prägen bis heute das Bild der AD und ihrer Abspaltungen.

Der PJ-Vorsitzende Capriles brachte die Opposition vom prinzipiellen Wahlboykott ab und steuerte die im Januar 2008 ins Leben gerufene Koalition Mesa de la Unidad Democrática (MUD) pragmatisch auf einen Kurs, der zwar von den zentralen Forderungen der Opposition nach wirtschaftlicher Reaktivierung, demokratischem Wiederaufbau und sozialer Neuordnung ausging, aber zugleich die Notwendigkeit anerkannte, die chavistische Basis für sich zu gewinnen und Teile des bolivariischen Programms zu bewahren.

Die Parlamentswahl von 2010, bei der die MUD nur knapp der Regierungspartei unterlag, stärkte die Einigkeit dieser Koalition, die sich bei der Präsidentschaftswahl 2012 hinter Chávez' Herausforderer Capriles Radonski sammelte. Capriles positionierte sich als Mitte-links-Kandidat und propagierte ein „unternehmerfreundliches, aber sozial ausgewogenes“ Wirtschaftsmodell.⁷ Damit ging er auf Distanz zu Po-

sitionen, wie sie die Radikalen vertraten, die auf Rücknahme des staatlichen Einflusses, auf (Re-)Privatisierungen – einschließlich der staatlichen Ölgesellschaft – und auf Wiedereinführung der Marktwirtschaft bestand. Während die Radikalen Vergeltung und Strafverfolgung von Regierungsbeamten verlangten, stand Capriles für Versöhnung und nationale Einigung.

2012 behielt Chávez mit einem Vorsprung von 11 Prozentpunkten die Oberhand, bei der Wahl nach seinem Tod gewann Maduro 2013 mit nur 0,7 Prozentpunkten Vorsprung. Die beiden Niederlagen gaben den Radikalen um Leopoldo López wieder Auftrieb.

Leopoldo López, die graue Eminenz

Die Auseinandersetzungen zwischen Capriles und López wurden in den venezolanischen Medien „wie eine Telenovela mit großem Eifer“ verfolgt. López, der nach seiner Ausbildung in den USA früh der PJ beigetreten war, verließ die Partei 2007 aufgrund interner Zerwürfnisse. Eine Depesche des US-Außenministeriums beschreibt ihn als „spalterische Figur [...] arrogant, rachsüchtig und machthungrig“, aber „von anhaltender Popularität, charismatisch und mit Organisationstalent“.⁸

López trat einer 1999 gegründeten Splittergruppe namens Nuevo Tiempo bei, die sich in den späten 2000er Jahren auf die Mobilisierung studentischer Proteste verlegte. 2009 gründete er Voluntad Popular. Nachdem ihm wegen Korruptionsanschuldigungen verboten wurde, öffentliche Posten zu bekleiden, wurde er von den Radikalen zum Gegner hochstilisiert, den die Chavisten am stärksten fürchteten. Capriles erschien dagegen als eine lahme zweite Wahl, aber in der Doppelstrategie von Volksaufstand und Wahlbeteiligung fanden beide Fraktionen eine gemeinsame Grundlage.

Bei der Parlamentswahl 2015 erlangte die MUD schließlich 56 Prozent der Stimmen und die Mehrheit der Sitze im Parlament. Das Bündnis hatte zwar einen Plan, um an die Macht zu kommen, aber keinen für eine künftige Regierung. Als Minimalkonsens er-

wiesen sich in den Parlamentsdebatten die Freilassung politischer Gefangener – mit besonderem Augenmerk auf den wegen „Verschwörung“ inhaftierten López – und die Rücknahme einiger sehr populärer Programme von Chávez. Diese Agenda entsprach nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung angesichts eines wachsenden wirtschaftlichen Chaos, zunehmender Versorgungsengpässe und um sich greifender Unsicherheit. Die Opposition blieb eine unbekannte, wenn nicht argwöhnisch beobachtete Größe. In Meinungsumfragen von 2017 bezeichnete sich die Hälfte der Bevölkerung als „ni, ni“, weder für die Regierung noch für die Opposition.⁹

Im Herbst 2017, nach den Gouverneurswahlen, implodierte die MUD, weil sich vier der fünf MUD-Gouverneure entschieden, ihren Amtseid vor der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung NCA abzulegen. Damit legitimierten sie die NCA, die von Maduro ins Leben gerufen worden war, um das von der Opposition dominierte Parlament zu umgehen. Die NCA wird von den USA, Kanada, der Organisation Amerikanischer Staaten sowie von einer Reihe europäischer und lateinamerikanischer Staaten nicht anerkannt.

Die Spaltung der MUD offenbarte erneut den Zwist zwischen jenen, die in Wahlen ein Mittel zur Veränderung sahen, und jenen, die glaubten, die Regierung müsse aus dem Amt gejagt werden. Für den parlamentarischen Weg traten jetzt die Mitte-links-Kräfte ein, enttäuschte und aus Maduros engerem Kreis verbannte Chavisten sowie Sozialisten, die die Korruption in der Regierung, das Missmanagement der Staatsindustrien und den wachsenden Einfluss des Militärs kritisierten. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurden sie von dem Ex-Chávez-Gefolgsmann und Gouverneur des Bundesstaats Lara, Henri Falcón, vertreten. Seine Kandidatur wurde von den Radikalen der PJ und AD abgelehnt, die AD rief nach dem erneuten Zusammentreten der NCA wieder einmal zum Wahlboykott auf.

Wie zuvor Capriles warb auch Falcón damit, dass seine Bewerbung der nationalen Versöhnung diene. Die Radikalen denunzierten ihn als Verräter.

Falcón wiederum beschwerte sich, dass seine Kandidatur von der Opposition heftiger bekämpft werde als von Maduro. Auf seine Niederlage – Maduro siegte mit 68 Prozent der Stimmen bei einer schwachen Wahlbeteiligung von 48 Prozent – reagierte Falcón mit der Anschuldigung, die Wahl seien manipuliert gewesen. Das Ergebnis raubte der Wahlstrategie moderater Oppositionskräfte den letzten Rest an Glaubwürdigkeit. Die Weichen für die Unterstützung von Guaidós Interimspräsidentschaft waren gestellt.

Doch Guaidós Autorität im Land selbst ist unsicher. Weder die Opposition noch die Wähler insgesamt haben ihm einen Blankoscheck ausgestellt. Capriles schrieb kurz vor Guaidós Selbsternennung, „gewisse Leute“ in der Opposition, die sich mit Gewalt durchsetzen wollten, machten die Venezolaner zu „Kanonenfutter“.¹⁰

Die Unfähigkeit der Opposition, sich zu einigen, ist Teil ihrer grundsätzlichen Schwäche: Sie hat kein klares politisches Projekt, das die Mehrheit der Venezolaner überzeugen könnte. Der Plan País, der in den USA ausgearbeitet wurde und sich auf Leopoldo López' Buch „Venezuela Energética“ stützt, beschreibt zwar detailliert die Missstände der venezolanischen Ökonomie; über die technische Umsetzung der Pläne zur Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft gibt er aber wenig Auskunft.

Eine Umstrukturierung von Venezuelas Öl-, Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik durch die von Guaidó ohne weitere Diskussionen ernannten Personen aus dem Umfeld der Voluntad Popular wird – ob Maduro im Amt bleibt oder nicht – die Opposition zersplittern. Da Maduro nach wie vor einen Teil der Bevölkerung hinter sich hat, verhindern das Fortbestehen der inneren Spaltungen, der Hang zum Personalismus und eine Politik des „Jeder für sich und dem Sieger alles“ innerhalb der Opposition eine friedliche Einigung über die Zukunft Venezuelas.

¹ Siehe Oscar Guardiola-Rivera, *Guardian*, 28. Januar, [the-guardian.com/commentisfree/2019/jan/28/venezuela-coup-trump-juan-guaido](https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/jan/28/venezuela-coup-trump-juan-guaido).

² [wsj.com/articles/china-holds-talks-with-venezuelan-opposition-on-debt-oil-projects-11549993261](https://www.wsj.com/articles/china-holds-talks-with-venezuelan-opposition-on-debt-oil-projects-11549993261).

³ [wsj.com/articles/what-the-hell-is-going-on-how-a-tiny-cabal-galvanized-venezuelas-opposition-11549555626](https://www.wsj.com/articles/what-the-hell-is-going-on-how-a-tiny-cabal-galvanized-venezuelas-opposition-11549555626).

⁴ Diego Arria, „An Open Letter to Henrique Capriles“, *Huffington Post*/the Blog, 19. März 2013, www.huffingtonpost.com/diego-arria/an-open-letter-to-henrique_b_2886218.html.

⁵ www.planpais.com/.

⁶ Vgl. Eva Gollinger, „Kreuzzug gegen Venezuela. Der Chávez Code“, Frankfurt am Main (Zambon Verlag) 2006, sowie Tim Gill und Rebecca Hanson, „How Washington Funded the Counter-Revolution in Venezuela“, *The Nation*, 8. Februar 2019.

⁷ „Lineamientos para el programa de gobierno de unidad nacional (2013-2019)“, MUD, Caracas, 23. Januar 2012.

⁸ Roberto Lovato, „The making of Leopoldo López“, *Foreign Policy*, Washington, D.C., 27. Juli 2015.

⁹ Yesibeth Rincón, „Crecen los ‚ni ni‘ ante falta de soluciones a crisis“, *Panorama*, Maracaibo, 2. Januar 2017, <https://www.panorama.com.ve>.

¹⁰ „¿Quién es el enemigo de la Asamblea Nacional?“, 13. Januar 2019, www.henriquecapriles.com.

Aus dem Englischen von Robin Cackett

Julia Buxton ist Professorin für vergleichende Politikwissenschaften an der Europa-Universität Budapest.

taz lab 6. April 2019

EUROPA

Heimat, Sehnsucht, Nachbarschaften

Kommen Sie am 6. April zum taz lab und diskutieren mit uns über „Heimat, Sehnsucht, Nachbarschaften“ mit Kevin Kühnert, Hengameh Yaghoobifarah, Volker Beck, Dunya Ballout, Harald Welzer, Thilo Bode, Lisa Fithian, Emilia Smechowski und vielen mehr.

Karten & Programm: tazlab.de

MEHR ALS 80 VERANSTALTUNGEN AM 6. APRIL IM TAZ HAUS UND UMGEBUNG, BERLIN

Als US-Außenminister Mike Pompeo den neokonservativen Provokateur Elliott Abrams zum US-Sonderbeauftragten für die „Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela“ ernannte, sah die Presse darin einen Beleg für die Eigenständigkeit Pompeos gegenüber Präsident Trump. Pompeos Vorgänger, Rex Tillerson (einst CEO von Exxon), hatte schon gehofft, Abrams zu seinem Stellvertreter machen zu können, aber Trump hatte das abgelehnt – trotz der dem Vernehmen nach hartnäckigen Lobbyarbeit des rechten Großspenders Sheldon Adelson, dem Trump ansonsten jeden Wunsch erfüllt.

Abrams hatte sich während des Wahlkampfes der Republikaner mit anderen Neokonservativen gegen Trump gestellt. Trumps Schwiegersohn Jared Kushner unterstützte Abrams, aber Präsidentenberater Steve Bannon bestärkte Trump in seinem Nein. Den Ausschlag dürften allerdings weniger Abrams' Angriffe auf den späteren Präsidenten gegeben haben als vielmehr der Umstand, dass er bei Trumpisten als „Globalist“ verrufen ist.

In einer Meldung der Agentur Bloomberg News hieß es, die Personalie signalisiere eine Umorientierung hin zu „Positionen [und] außenpolitischen Denkansätzen, die Trump während des Wahlkampfes noch verhöhnt hat – so etwa [Abrams'] vehemente Unterstützung des Irakkriegs, den Trump lange Zeit kritisierte. Doch Abrams hat sich offenbar, ebenso wie Trump, ein Stück weit bewegt.“¹ Mit ähnlich besänftigenden Wendungen spielte Abrams seine verbrecherische Rolle in der Iran-Contra-Affäre² unter Präsident Reagan herunter. Dabei hatte er sich schuldig bekennen müssen, dem Kongress in zwei Fällen Informationen vorenthalten zu haben, woraufhin er seine Zulassung als Anwalt in Washington, D. C., verlor. George Bush senior begnadigte Abrams, nachdem er sich bei der Präsidentschaftswahl 1992 Bill Clinton geschlagen geben musste. „Ich glaube, das ist nicht mehr von Bedeutung“, meinte Abrams dazu kaltschnäuzig. „Es geht nicht um Ereignisse aus den 1980er Jahren. Wir konzentrieren uns auf die Ereignisse im Jahr 2019.“³

Wenn man aus Abrams' Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf, wird 2019 für das venezolanische Volk eine Katastrophe. Ich verfolge Abrams' Laufbahn seit über dreißig Jahren: Er begann als Referent von Kongressabgeordneten, wurde unter Reagan zuständig für Menschenrechte und später für Mittelamerika, bevor er in der zweiten Amtszeit von George Bush senior zum Sonderbeauftragten des Präsidenten und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats aufstieg. Danach betätigte er sich in der renommierten Denkfabrik Council of Foreign Relations und mehreren konservativen jüdischen Organisationen als außerparlamentarischer Agitator. Mit Ausnahme von Henry Kissinger und Dick Cheney lässt sich schwerlich ein US-Amtsträger finden, der mehr zum Einsatz von Folter und Massenmord im Namen der „Demokratie“ beigetragen hat als Elliott Abrams.

Abrams frühe Karriere als Referent der demokratischen Senatoren Henry „Scoop“ Jackson und Patrick Moynihan passte zum neokonservativen Bestreben, die Demokratische Partei der 1970er Jahre auf die interventionistische Linie der „Falken“ einzuschwören. Aber als Jimmy Carter keinen der beiden Senatoren in sein Kabinett berief, wechselten sie die Pferde. „Wir wurden kaltgestellt“, beklagte sich Abrams. „Wir bekamen eine unglaublich nichtsagende Stelle. Als Verhandlungsführer. Nicht für Polynesien. Nicht für Mikronesien. Nein, für Mikronesien.“⁴

Erst am Busen der Reagan-Regierung gelang Abrams ein rasanter



US-Außenminister Pompeo (rechts) und sein neuer Mann MANUEL BALCE CENETA/ap

Die Karriere des Elliott Abrams

Unter Reagan half er Stellvertreterkriege in Mittelamerika anzuzetteln, nun ist er Trumps Sonderbeauftragter für Venezuela

von Eric Alterman

Aufstieg in die oberen Ränge des Außenministeriums. Er wurde zuerst Staatssekretär für internationale Organisationen, dann, ausgerechnet, für Menschenrechte und schließlich für interamerikanische Angelegenheiten. In dieser Stellung bewahrte Abrams den damaligen Außenminister George Shultz vor dem Wüten der Reagan-Fraktion, die gegen die Sowjetunion in den Krieg ziehen wollte – indem er half, eine Reihe von Stellvertreterkriegen in Mittelamerika anzuzetteln.

Die faschistische Rechte Lateinamerikas dürfte kaum je einen energischeren Fürsprecher in den USA gehabt haben. Wann immer die Öffentlichkeit von Massakern an unschuldigen Bauern erfuhr, ob in El Salvador, Nicaragua, Guatemala oder in Panama (wo Bush senior sogar US-Truppen einmarschieren ließ), stets kannte Abrams die wahren Schuldigen: Journalisten, Menschenrechtler und die Opfer selbst.

Im März 1982 putschte sich General Ríos Montt in Guatemala an die Macht. Bald darauf verkündete der damalige US-Staatssekretär für Menschenrechte, Elliott Abrams, Montt habe in Sachen Menschenrechte „beachtliche Fortschritte erzielt“; die Anzahl der getöteten Zivilisten werde „Schritt für Schritt reduziert“.⁵ In Wirklichkeit lagen dem US-Außenministerium „glaubhafte Aussagen über einen Massenmord an indianischen Männern, Frauen und Kindern durch die [guatemaltekische] Armee in einem abgelegenen Gebiet“ vor. Dennoch forderte Abrams vom Kongress, das Regime mit besseren Waffen auszurüsten, um den „Fortschritt zu belohnen und bestärken“. 2013 wurde Ríos Montt von der durch die UN unterstützte guatemaltekische Aufarbeitungskommission für den Völkermord an den indigenen Ixil im Departement Quiché verurteilt.

Nachdem Abrams zum Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten ernannt worden war, verurteilte er wiederholt die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf die von Ríos Montts nicht weniger blutrünstigen Nachfolger Vinicio Cerezo verübten Massaker aufmerksam machten. 1985 wurde eine Sprecherin der Grupo de apoyo mutuo (eine Organisation von Müttern Verschwundener) mit ih-

rem dreijährigen Sohn und ihrem Bruder tot in einem verunglückten Auto aufgefunden. Abrams deckte nicht nur die unglaubwürdigen Beteuerungen des Regimes, dass es sich um einen Verkehrsunfall gehandelt habe, sondern ging auch juristisch gegen jene vor, die auf einer Untersuchung bestanden.

Die *New York Times* veröffentlichte einen Gastkommentar, der die offiziellen Opferzahlen des US-Außenministeriums in Zweifel zog – geschrieben von einer Frau, die Zeugin wurde, wie am helllichten Tage in Guatemala-Stadt eine Todesschwadron einen Mann erschoss, und die nie etwas darüber in der Presse fand. Abrams schrieb daraufhin einen offenen Brief an die Redaktion, in dem er einen Bericht in einer nicht existierenden Zeitung erfand, um zu belegen, dass über diesen Mord sehr wohl berichtet worden sei.

Abrams beschaffte Geld für die Contras

1982 veröffentlichten die *New York Times* und die *Washington Post* Artikel über zwei Massaker in der Gegend von El Mozote in El Salvador, verübt von den durch die USA ausgebildeten und unterstützten Truppen der Militärdiktatur. Abrams erklärte vor einem Senatsausschuss die Berichte für „unglaubwürdig“, und befand, es handle sich um einen Vorfall, den die Guerilla nach Kräften propagandistisch ausgeschlachtet habe. Mehr als zehn Jahre später stellte die Wahrheitskommission des Landes fest, dass in El Mozote „vorsätzlich und systematisch“ 5000 Zivilisten ermordet worden waren.

Als der panamaische Diktator Manuel Noriega 1985 die Ermordung Hugo Spafadoras anordnete – dem Guerillaführer wurde bei lebendigem Leib der Kopf abgesägt –, sorgte Abrams dafür, dass Außenministerium und Kongress den Mantel des Schweigens über die Sache breiteten. Er argumentierte, Noriega sei „für uns wirklich hilfreich“ und „kein allzu großes Problem“. „Die Panamaer haben versprochen, uns mit den Contras zu helfen. Falls Sie eine Anhörung [im Kongress] durchführen, wird sie das verstimmen.“⁶

In die Iran-Contra-Affäre war Abrams gleich in mehrfacher Weise ver-

strickt: Als 1986 ein US-amerikanischer Söldnerpilot bei einer illegalen Waffenlieferung an die Contras abgeschossen wurde, erschien Abrams auf CNN und erzählte, dass niemand, der mit in der US-Regierung in Verbindung stehe, etwas mit diesen Flügen zu tun habe: „Das wäre ungesetzlich. Es ist uns verboten, das zu tun, also tun wir es nicht. Dies war in keinerlei Hinsicht eine Operation der US-Regierung. Keineswegs.“ Er erklärte, dass „der Grund, warum dergleichen geschieht, der Grund, warum dort Amerikaner getötet und abgeschossen werden, ist, dass der Kongress nicht handelt“ – indem er die Contras finanziert.

Vor zwei Kongressausschüssen wiederholte er dreist, dass der Flug „nicht von der US-Regierung organisiert, geleitet oder finanziert wurde“. Die Unterstützung des Außenministeriums für die Contras habe „nicht darin bestanden, irgendwelche Gelder einzusammeln, sondern nur darin, den Kongress dazu zu bewegen, sie zu bewilligen“.

All das war gelogen: Die Waffenlieferungen wurden über Generalleutnant Oliver North und die CIA finanziert. Und Abrams war kurz zuvor aus Brunei zurückgekehrt, wo er Geld für die Contras eingesammelt hatte. Die Aufdeckung von Abrams' Lügen führte schließlich zu seiner Verurteilung wegen Irreführung des Kongresses. Aktenkundig ist die Bemerkung des demokratischen Senators Thomas Eagleton aus Missouri, Abrams' Aussage sei „zum Kotzen“.

Als Sonderbeauftragter für Israel und Palästina im Nationalen Sicherheitsrat bestand Abrams' herausragendste Leistung darin, nach der Wahl in Palästina 2006 die Bildung einer Regierungskoalition aus Hamas und Fatah im Westjordanland und in Gaza zu verhindern, wie *Vanity Fair* 2008 enthüllte. Er konspirierte mit Teilen der Fatah und erzwang so den Rückzug der von der Hamas geführten Regierung nach Gaza.⁷ Dies hat zu einer permanenten Spaltung geführt und der Unmöglichkeit, einen bleibenden Frieden mit Israel auszuhandeln (sollte Israel dazu je bereit sein).

Schon 2002 hatte Abrams, einem Bericht des *Guardian* zufolge,⁸ den vorübergehend erfolgreichen Militär-

putsch gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez unterstützt.

Trotz alledem berief der Council of Foreign Relations Abrams 2009 in eine leitende Position. Man bekam allerdings ein kleines Problem mit ihm, als er gegenüber dem National Public Radio im Januar 2013 Obamas designierten Verteidigungsminister Chuck Hagel als „Antisemiten“ bezeichnete. Der Leiter des Councils, Richard Haas, erklärte daraufhin gegenüber ABC, dieser Vorwurf sei nicht nur falsch, sondern habe auch „eine Grenze überschritten“.

Dass jemand wie Elliott Abrams trotz seiner amoraliischen – um nicht zu sagen destruktiven – politischen Laufbahn in den Council geholt wurde und daraufhin in den US-Medien als respektable Stimme in der außenpolitischen Debatte reüssierte, stellt eine Kapitulation des außenpolitischen Establishments der USA vor den Neokonservativen dar. Das gilt noch mehr für Abrams' Berufung ins Außenministerium als Sonderbeauftragter für Venezuela: Sie könnte – trotz Trumps isolationistischer Reden – die Rückkehr zur grobschlächtigen Interventionspolitik früherer Zeiten bedeuten.

¹ Jennifer Jacobs und Nick Wadhams, „Never Trumpers' can get State Department jobs with Pompeo there“, Bloomberg, 31. Januar 2019.

² Die Contras, die gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas kämpfende Miliz, wurde von den USA durch heimliche Waffenverkäufe an den kriegführenden Iran finanziert.

³ Grace Segers, „US envoy to Venezuela Elliott Abrams says his history with Iran-Contra isn't an issue“, CBS News, 30. Januar 2019, www.cbsnews.com.

⁴ Zitiert nach Samuel Blumenthal, „The Rise of the Counter-Establishment. The Conservative Ascent to Political Power“, New York (Union Square Press) 1986 und 2008.

⁵ Zitiert nach Samuel Totten, „Dirty Hands and Vicious Deeds. The US Government's Complicity in Crimes Against Humanity and Genocide“, Toronto (University of Toronto Press) 2018.

⁶ Zitiert nach Stephen Kinzer, „Overthrow: America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq“, New York (Times Books) 2006.

⁷ David Rose, „The Gaza bombshell“, *Vanity Fair*, 3. März 2008, www.vanityfair.com.

⁸ Ed Vulliamy, „Venezuela coup linked to Bush team“, *The Guardian*, London, 21. April 2002.

Aus dem Englischen von Robin Cackett
Eric Alterman ist Journalist und Historiker und lehrt am Brooklyn College, New York. Er ist Autor unter anderem von „When Presidents Lie: A History of Official Deception and its Consequences“, New York (Viking Press) 2004.

Bleierne Zeit in Xinjiang

Folter, Umerziehungslager, digitale Kontrolle:

Die muslimische Minderheit der Uiguren in China wird brutal unterdrückt

von Rémi Castets

Was geht in Xinjiang im äußersten Südwesten Chinas vor? Im September 2018 wies Human Rights Watch eindringlich auf Menschenrechtsverletzungen hin, die vor allem die turksprachige, muslimische Bevölkerungsgruppe der Uiguren treffen, aber auch Kasachen, Usbeken und andere Ethnien.¹ Die chinesische Obrigkeit dementiert. Sie bekämpft angeblich nur den Radikalismus und Terrorismus, hinter dem Oppositionelle der Diaspora oder ausländische Mächte stehen. Die muslimischen Länder halten sich in dieser Frage komplett bedeckt.

Eines steht fest: China praktiziert den „Wandel durch Erziehung“, der in den 1990er Jahren auf die Anhänger der Falun-Gong-Sekte angewandt wurde, in abgewandelter Form und in noch größerem Stil jetzt in Xinjiang. Weil es keine offiziellen Zahlen gibt, weiß niemand genau, wie viele Menschen betroffen sind.

Der Soziologe Adrien Zenz hat anhand der öffentlichen Aufträge für den Neu- und Ausbau von Internierungslagern errechnet, dass mehr als ein Zehntel der uigurischen Bevölkerung – also rund 1 Million Menschen – in Haft sind oder waren.² Anders als in den Laogai-Arbeitslagern (Laogai bedeutet „Umerziehung durch Arbeit“) können die Verdächtigen in diesen Internierungslagern ohne Prozess auf unbestimmte Zeit weggesperrt werden.

Nach der Darstellung von Adrien Zenz und Berichten von Menschenrechtsorganisationen reicht das Spektrum des Repressionsapparats von offenen Umerziehungskursen bis hin zu geschlossenen Lagern. Oppositionelles Denken wird pathologisiert: Das System ist explizit darauf angelegt, „die ideologischen Viren abzutöten“, wobei jeder „Patient“ individuell nach dem Grad seiner Renitenz behandelt wird.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat offiziell Zugang zur Region Xinjiang gefordert. Inzwischen räumen die chinesischen Behörden die Existenz der Lager ein, sprechen allerdings entweder von „Orten der patriotischen Erziehung“ oder von Fortbildungsstätten zur beruflichen Integration von Minderheiten.

Tatsächlich finden neben Verhören, patriotischer Erziehung und Lektionen in Selbstkritik auch Sprachkurse in Mandarin statt. Dagegen berichten Betroffene, die es nach ihrer Freilassung ins Ausland geschafft haben, von teils sehr harten Haftbedingungen, von massivem Druck bis hin zu psychischer und körperlicher Folter. Am 10. Februar hat die türkische Regierung, die lange zwischen machtpolitischen Überlegungen und der Solidarität mit den Uiguren schwankte, erstmals gegen „Folter und Gehirnwäsche“ in den Lagern protestiert.

Die aktuelle Welle der Repression markiert einen neuen Höhepunkt in einer langen Geschichte von Gewalt. Die von hohen Gebirgsketten umgrenzte Region war lange ein wichtiger Knotenpunkt auf der Seidenstraße. Im ersten nachchristlichen Jahrtausend, zu Zeiten der Han-, Sui- und Tang-Dynastien, stand Xinjiang zwischenzeitlich immer wieder unter chinesischer Herrschaft. Die Chinesen wollten verhindern, dass die Steppenvölker, die die Nordflanke des Reichs bedrohten, bei der Kontrolle der Handelswege mitmischten.

Die Landverbindung nach Europa verlor jedoch an Bedeutung, nachdem die Portugiesen den Seeweg um Afrika entdeckt hatten. Als Mitte des

18. Jahrhunderts die Gebiete, die zwischen dem 10. und 17. Jahrhundert islamisiert worden waren, von der Qing-Dynastie (1644–1912) erobert wurden, hatte Xinjiang seine Schlüsselfunktion bereits eingebüßt. Die Abschottung Chinas und der spätere sowjetisch-chinesische Konflikt machten die isoliert gelegene Region aus Sicht Pekings vollends zur strategischen Sackgasse.

Einen erneuten Aufschwung erlebte Chinas ärmste Provinz erst, als sie im regionalen und internationalen Kontext wieder an Bedeutung gewann. Nachdem Maos Volksbefreiungsarmee 1949 eingerückt war, sorgten staatlichen Investitionen dafür, dass Xinjiang den Anschluss an den Rest des Landes schaffte. Nach 2000 floss im Rahmen der „großen Erschließung Westchinas“ noch mehr Geld in die Region. Seit den 1950er und 1960er Jahren siedelten sich viele Han-Chinesen an. Sie gründeten eigene Städte im Norden der Provinz und veränderten auch den Charakter der alten Oasenstädte des Südens.

Eine Million Menschen in Lagern

Heute ist Xinjiang durch ein gut ausgebautes Autobahn- und Eisenbahnnetz (inklusive Hochgeschwindigkeitsstrecken) an den Rest des Landes angeschlossen. Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung waren die Staatsunternehmen und die von den Produktions- und Konstruktions-Corps (XPCC) errichteten Produktionsbetriebe. Diese militärisch organisierten Brigaden, 1954 auf Anordnung Maos gegründet, haben sich auf Bergbau- und Landwirtschaftsprojekte (Baumwolle, Tomaten, Obst) spezialisiert.

Die Provinz ist dreimal so groß wie Frankreich. Heute ist sie ein strategisch wichtiges Zentrum für die Energieversorgung, denn hier lagert ein Viertel der Öl- und 38 Prozent der Kohlereserven des Landes, das sich von Importen unabhängiger machen will. Damit deckt Xinjiang beim Erdöl ein Sechstel und beim Erdgas fast ein Viertel des chinesischen Bedarfs.

In den 1990er und 2000er Jahren wurden im Rekordtempo Öl- und Gaspipelines nach Zentralchina und in die Küstengebiete verlegt, um die riesigen Mengen an Energieträgern herbeizuschaffen, die das chinesische Wirtschaftswachstum antrieben. Heute investiert der Staat vor allem in die Kohleverflüssigung und in erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und im Zuge der Belt and Road Initiative (BRI) wurde Xinjiang zu einer strategischen Trumpfkarte bei dem Bemühen, die chinesische Machtposition in Asien zu festigen.

Xinjiang grenzt an Pakistan, Afghanistan und mehrere ehemalige Sowjetrepubliken. Hier laufen wichtige Eisenbahnlinien, Fernstraßen und Energietrassen zusammen, auf die Peking angewiesen ist, um seine eigene Versorgung zu sichern und seinen wirtschaftlichen Aktionsradius Richtung Europa zu erweitern. Zudem hat China ein großes Interesse an der Stabilität der Nachbarregionen, in denen sonst islamistische Bewegungen an Einfluss gewinnen könnten – oder auch die USA.

Zwar hat der chinesische Staat seine Herrschaft in Xinjiang nach und nach festigen können, aber in Peking bleibt man beunruhigt. Die Aufstände und kurzen Unabhängigkeitsphasen der Provinz sind nicht vergessen, und gerade in jüngster Zeit kommt es wieder vermehrt zu gewaltsamen Ausschreitungen und Terroranschlägen.

In dieser zentralasiatischen Region waren die Partikularinteressen schon immer besonders ausgeprägt. Als die Herrscher der Qing-Dynastie das Gebiet zu ihrer „neuen Grenze“ (genau das bedeutet das Wort Xinjiang) machen wollten, riefen die alten Anhänger eines sufistischen Gottesstaats zum Widerstand gegen die chinesisch-mandschurische Staatsgewalt auf.

Ethnisch gesehen dominierten um 1900 im Norden Xinjiangs und im Pamir-Gebirge kasachische und kirgisische Nomaden, während in den Oasenstädten im Süden und Westen sesshafte Uiguren lebten.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs 1912 mussten sich die chinesischen Kriegsherren einer erstarrenden Opposition erwehren, die immer entschiedener für Autonomie oder Unabhängigkeit kämpfte. Diese Opposition hatte einen pantürkisch orientierten rechten Flügel und einen linken kommunistischen Flügel, der bis Ende der 1940er Jahre von der Sowjetunion unterstützt wurde. Der Sieg Maos 1949 und die Repression vor und während der Kulturrevolution setzten diesen Bestrebungen ein Ende.

Terrorbekämpfung als Vorwand

Als in den 1980er Jahren der Reformflügel der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) die Macht übernahm, stellten Partei und Verwaltung gezielt Angehörige der Minderheiten ein, um sie in den Staatsapparat einzubinden. Das schuf aber auch kulturelle und religiöse Freiräume: In Xinjiang wuchs eine militante nationalistische und „antikoloniale“ Bewegung heran, die sich aus uigurischen Studierenden und Intellektuellen rekrutierte.

Der während der Kulturrevolution geächtete Islam setzte sich in Teilen der Gesellschaft wieder durch. An den neu eröffneten Koranschulen im Süden entstanden Zirkel von *talips* (Religionsstudenten), von denen etliche eine islamische Gesellschaftsordnung oder gar die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staats anstrebten. So kam es 1990 im Bezirk Baren zur bewaffneten Revolte der erst wenige Monate zuvor gegründeten Islamischen Partei Ostturkestans.

Schon 1985, 1988 und 1989 war es in Ürümqi und anderen Oasenstädten zu Demonstrationen gekommen, bei denen gegen die demografische Kolonisierung, Diskriminierung und ethnische Ungleichbehandlung protestiert, aber auch politische Autonomie gefordert wurde.

Angeführt wurden die Proteste von Studentenorganisationen, aber zuweilen mischten auch religiöse Kreise mit.

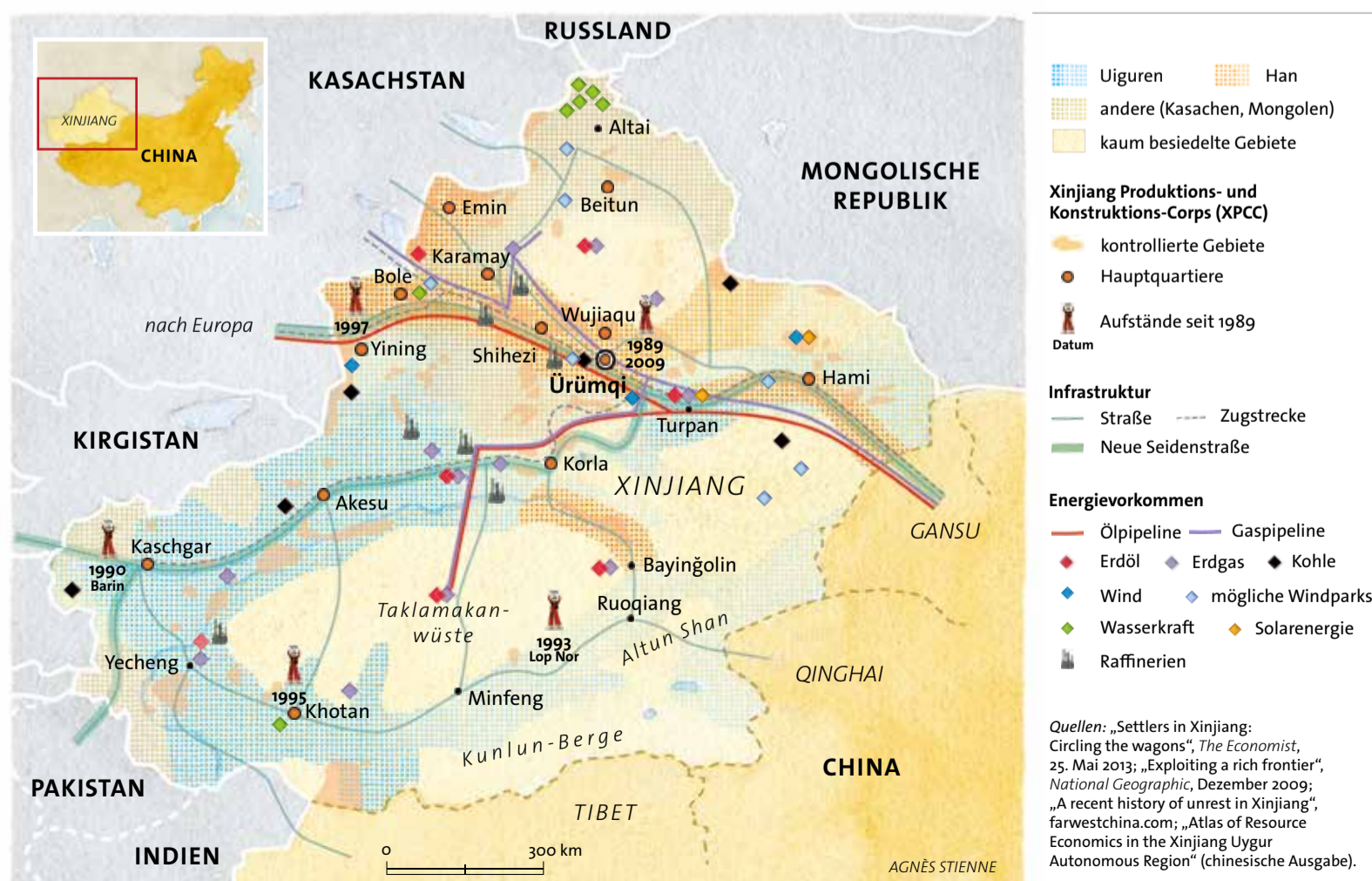
Im Mai 1989 endete eine Demo mit einem Steinregen auf ein Regierungsgebäude.

Nachdem es schon im März 1989 gewaltsame Unruhen in Tibet gegeben hatte, wurde Peking im Juni 1989 von den blutigen Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens erschüttert. Damals befürchtete die Partei, dass die Situation in Xinjiang außer Kontrolle geraten könnte. Diese Angst nahm noch zu, als der Zusammenbruch der UdSSR den turksprachigen Brudervölkern der Uiguren den Weg in die Unabhängigkeit ermöglichte.

Da in der KP der konservative Flügel erneut ans Ruder kam, schwand bei den Separatisten jede Hoffnung, dass ein Politikwechsel durch Verhandlungen mit Peking erreichen sei. Die regionale Parteiorganisation, die Islamische Vereinigung Xinjiangs, die Regionalverwaltung, die religiösen Bildungseinrichtungen, Schulen und Universitäten wurden nach und nach wieder auf Linie gebracht. Führungskader, die sich nicht bereitwillig fügten, allzu religiös waren oder mit der Unabhängigkeit zu sympathisieren schienen, wurden ausgemustert oder sogar bestraft.

Die Regierung zog die Zügel immer straffer. Die engagiertesten Nationalisten gingen ins Exil, um einer Verhaftung zu entgehen. In Zentralasien, der Türkei oder im Westen schlossen sie sich der ehemals prokommunistischen oder pantürkischen uigurischen Diaspora an, um nach tibetischem Vorbild für die Menschenrechte zu kämpfen. Dabei setzte sich in den lokalen Gruppen eine gewaltfreie Strategie durch. Als Dachverband der einzelnen Gruppierungen wurde 2004 in Washington der Uigurische Weltkongress gegründet.

Währenddessen nahmen in Xinjiang mit den Repressionen auch die Spannungen zu. Die Uiguren trugen ihre Wut auf die Straße, 1995 in Hotan und 1997 in Gulja kam es zu Massendemonstrationen. Einige islamisch-nationalistische Zirkel sahen in der Schließung der Koranschulen im Süden der Provinz eine Kriegserklärung der KP ge-



gen den Islam. Religionsstudenten und einige nationalistische Splittergruppen gingen in den Untergrund und begannen den bewaffneten Kampf und sogar terroristische Aktivitäten: Nach chinesischen Angaben kamen zwischen 1990 und 2001 bei 200 Terroranschlägen 162 Menschen ums Leben.³ Doch diese oppositionellen Kleingruppen wurden im Laufe der Zeit zerschlagen.

Ab März 1996 erließ die KP, um weitere subversive Aktivitäten zu verhindern, eine Liste strenger Direktiven.⁴ Im Rahmen mehrerer Kampagnen der „harten Schläge“ (1997, 1999, 2001) wurde „patriotische Erziehung“ als Unterrichtsfach eingeführt, der Bau von Moscheen stark eingeschränkt, die Leitung der existierenden Moscheen „echten Patrioten“ übertragen. Und die Absolventen nicht lizenzierter religiöser Schulen wurden registriert.

Mit diesen und anderen „massiven Maßnahmen“ sollte die Einmischung der Religion in gesellschaftliche und politische Belange verhindert werden.⁵ Nach Schätzungen von Amnesty International wurden zwischen Januar 1997 und April 1999 mindestens 190 Hinrichtungen vollstreckt.⁶

In dieser Periode knüpften einige islamische Nationalisten, die ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet abgewandert waren, Kontakte zum Netzwerk des Taliban-Anführers Dschalaluddin Haqqani. Diese von Peking als Islamische Bewegung Ostturkestan (Etim) bezeichnete Gruppierung war zu schwach, um in Xinjiang Fuß zu fassen, nachdem die dortigen Schläferzellen weitgehend zerschlagen waren.

Im Gefolge von 9/11 wurde die Etim von den USA 2002 auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Das spielte den chinesischen Behörden in die Hände, die ihre Rhetorik verschärften. Seitdem sprechen sie von den „drei Plagen“ (sangu shili): Terrorismus, (ethnischer) Separatismus und religiöser Extremismus.

Auf diese Weise können sie die gewaltlosen und demokratisch gesinnten Nationalisten und Autonomieverfechter, die den Werten des Islam gesellschaftliche und politische Geltung verschaffen wollen, mit den Dschihadisten der Etim in einen Topf werfen.

Gegen Ende der 2010er Jahre zogen sich die übrig gebliebenen Etim-Kämpfer nach Wasiristan zurück, wo sie sich mit al-Qaida zusammenschlossen und in Islamische Partei Turkestans umbenannten. Diese IPT ruft in sozialen Netzwerken zu Gewalttaten auf.

Diese Aufrufe drangen zwar wegen der intensiven Internetüberwachung in China kaum durch, aber nach einer langen Phase der Beruhigung wurden der Süden der Provinz und die Hauptstadt Ürümqi von einer Anschlagsserie erschüttert, die im Vorfeld der Olympischen Spiele von 2008 einsetzte.

Die Gewalt erreichte 2009 eine neue Dimension, als bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Ürümqi nach offiziellen Angaben 197 Menschen ums Leben kamen – drei von vier waren Han-Chinesen. In der Region breitete sich eine bleierne Stimmung aus. Obwohl das Internet mehrere Monate blockiert war, häuften sich die Anschläge.

Offenbar gingen manche der Terrorakte, etwa die Anschläge in Kaschgar 2011, auf das Konto IPT-naher Gruppierungen. Aber andere wie die Messerattacken auf Polizisten und Zivilisten wirkten wie dilettantische Nachahmeraktionen von Jugendlichen, die Videos der IPT oder anderer Dschihadisten gesehen hatten.



Die restaurierte Altstadt von Kaschgar unter Beobachtung THOMAS PETER/reuters

Einige Terrorakte – inner- wie außerhalb der Provinz Xinjiang – schockierten die chinesische Öffentlichkeit besonders: der Anschlag mit einem Geländewagen auf dem Tiananmen-Platz im Oktober 2013 mit 5 Toten (zwei Touristen und drei Attentäter), die Messerattacke am Bahnhof von Kunming im März 2014 mit 31 Toten und 143 Verletzten und der Anschlag auf einen Markt in Ürümqi im Mai 2014 mit 43 Toten und mehr als 90 Verletzten.

Seitdem hat sich die IPT neu aufgestellt. In Afghanistan verbündete sie sich mit den Taliban, und aufgrund ihrer Beteiligung am Syrienkonflikt konnte sie neue Mitglieder und Unterstützer rekrutieren. Im Nordwesten Syriens kämpfte sie an der Seite der Al-Nusra-Front und ihrer Nachfolgeorganisation Hayat Tahrir al-Scham.

Heute verfügt die IPT über schwere Waffen und kann mehrere hundert Kämpfer mobilisieren. Ihre Aktionen bedrohen die chinesischen Interessen auch in anderen Weltregionen, etwa in Pakistan, in Afghanistan und im Nahen Osten. Und zwar stärker als in Xinjiang, wo die uigurische Gesellschaft wenig Neigung zeigt, die strenge Islam-Auslegung der IPT zu befolgen. Und durch die von Präsident Xi propagierte „große Mauer aus Stahl“ ist der Handlungsspielraum für die Islamisten in China ohnehin stark eingeschränkt.

Kolonisierung durch die Han-Chinesen

Für die Uiguren bedeutete die Flut von Verhaftungen und Verurteilungen (auch von Todesurteilen) nach den Unruhen von 2009 einen gewaltigen Einschnitt. Damit war das goldene Zeitalter der 1980er Jahre, als die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen noch von Vermittlern moderiert wurden, weitgehend zu Ende. Seitdem entwickelt sich die Wut der Uiguren auf Peking immer stärker zur Wut auf die einheimischen Han-Chinesen, die man als arrogante Kolonialherren wahrnimmt, von denen man sich als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlt.

Was der Regierung in Peking als Zusammenleben vorschwebt, ist eine demografische und kulturelle Homogenisierung unter chinesischen Vorzeichen und eine strenge Kontrolle der Institutionen der autonomen Region durch han-chinesische Kader. Im Schulsystem muss die uigurische Sprache dem Mandarin weichen; in der Verwaltung

und bei der Polizei haben die Han das Regiment übernommen. So haben die Uiguren zunehmend das Gefühl, von den Chinesen überrollt zu werden.⁹

Anfang der 2010er Jahre machten die Han-Chinesen 40 Prozent der 22 Millionen Einwohner der Region aus, die Uiguren etwas mehr als 45 Prozent. 50 Jahre zuvor (1949) war das Verhältnis noch 6 zu 75 Prozent. Die Dominanz der Han-Chinesen in Verwaltung und Wirtschaft – verstärkt durch das Misstrauen gegenüber der angestammten Bevölkerung – hat zur Folge, dass einem Großteil der Uiguren der soziale Aufstieg verwehrt bleibt.

Zwar subventioniert der chinesische Staat den Haushalt der Region zur Hälfte und sorgte lange Zeit durch massive Investitionen für zweistellige Wachstumsraten. Aber von diesem Wachstum profitieren viele Uiguren kaum, weil sie schlecht ausgebildet sind oder trotz ihrer Qualifikationen und Abschlüsse diskriminiert werden.

Präsident Xi hat versprochen, die terroristische Bedrohung mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Im Rahmen einer neuen Sicherheitspolitik werden die Antiterrorereinheiten umstrukturiert und strenger beaufsichtigt. Und für die Kontrolle über Minderheiten und religiöse Angelegenheiten, die auf verschiedene Behörden verteilt war, ist neuerdings die Abteilung Vereinigte Arbeitsfront der KP zuständig.¹⁰

Auch der Justizapparat wurde umgekrempelt. Im November 2014 verabschiedete das Parlament der autonomen Region Xinjiang eine Neufassung der religiösen Richtlinien von 1994. In 18 neuen Gesetzesartikeln wurde das ohnehin restriktive System für die Zulassung von Imamen und die Kontrolle über die Moscheen und die noch verbliebenen religiösen Bildungseinrichtungen modernisiert.¹¹

2017 folgte dann im Namen des Kampfes gegen den „religiösen Extremismus“ ein neuer Maßnahmenkatalog, der massiv in das Leben vieler Muslime eingreift. Seitdem sind „anormale“ Bärte ebenso verboten wie die Verschleierung in der Öffentlichkeit.

2016 spitzte sich die Lage weiter zu. Chen Quanguo wurde als KP-Chef der Region Xinjiang eingesetzt, nachdem er zuvor den Posten des Parteisekretärs der autonomen Region Tibet bekleidet hatte. Nach seinem Amtsantritt schoss die Ausgaben für den Sicherheitsapparat in die Höhe.¹² Spezialeinheiten der Polizei und Spezialtruppen für Aufstandsbekämpfung wurden aufge-

stockt. Um auch noch im letzten Dorf präsent zu sein, wurden von Mitte 2016 bis Mitte 2017 rund 90 000 Polizisten eingestellt – zwölfmal so viele wie 2009.

Chen Quanguo hat auch das Programm mit dem harmlosen Namen „Familienzeit“ ausgebaut, das regelmäßige und mehrtägige Hausbesuche durch Amtspersonen vorsieht. Die sollen subversives Verhalten aufspüren und zur Anzeige bringen, können aber auch Lektionen in patriotischer Erziehung anordnen. Für die Aktion „Familienzeit“ sind 1 Million Beamte abgestellt – konzentriert auf die ländlichen Gebieten im Süden der Provinz.

Experimentierfeld für Überwachungstechniken

Xinjiang wurde auch zum Experimentierfeld für die digitale Überwachung und den sicherheitstechnischen Einsatz von Big Data.¹³ Smartphones können jederzeit von mobilen Polizeikontrollen, aber auch an den vielen Checkpoints überprüft werden. Zudem wurde das umfassende System von Videoüberwachung und Gesichtserkennung optimiert.¹⁴ Die meisten Uiguren mussten ihren Pass abgeben. Mit der Hoffnung auf Ausreise ist es damit vorbei.

Für Peking geht es nicht nur darum, die Gesellschaft zu überwachen und Fehlverhalten zu ahnden. Die Datenerhebung über die „Integrated Joint Operations Platform“ (Ijop) soll in Kombination mit der Untersuchung „ungewöhnlichen“ Verhaltens die Loyalität jeder Einzelperson bemessen, um sie als mehr oder minder großes „Sicherheitsrisiko“ einzustufen.

Ein Kriterium unter vielen ist dabei der Aufenthalt in einem von 26 „Risikoländern“.¹⁵ Weitere Verdachtsmomente sind: Kontakt mit Ausländern oder mit Personen, die sich im Ausland aufgehalten haben; Download von WhatsApp; ein Bart; Alkohol- und Nikotinabstinenz; Fasten im Ramadan; muslimische Vornamen der Kinder.

Namhafte Wissenschaftler, Künstler und sogar prominente Sportler verschwinden von einem Tag auf den anderen – vermutlich in Umerziehungslagern – oder unterliegen Hausarrest. Und die Gerichte fällen extrem harte Urteile. Kürzlich wurde bekannt, dass der frühere Chef des Büros für die Bildungsaufsicht in Xinjiang und ein ehemaliger Präsident der Universität Xinjiang wegen „separatistischer Umtriebe“ zum Tode verurteilt wurden. Der 2014 verhaftete Wirtschaftswissen-

schaftler und Schriftsteller Ilham Tohti, ein kritischer Intellektueller, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Der harte Kurs zeugt offenbar Wirkung. Nach offiziellen Zahlen sind die Gewalttaten stark zurückgegangen. Die Regierung in Peking preist das neue technologiegestützte Sicherheitskonzept, das mit seinen harten Zwangsmitteln und Unterdrückungsmaßnahmen an die Zeiten der Kulturrevolution erinnert.

Lokale Parteikader und Imame oder Intellektuelle, die vor einigen Jahrzehnten im Konflikt zwischen Bevölkerung und Zentralregierung noch ausgleichend wirken konnten, sind heute zum Schweigen verurteilt. Dieses erzwungene Verstummen ist gefährlich. Denn es trägt dazu bei, dass die Frustration der muslimischen Bevölkerung von Xinjiang nur noch weiter anwächst.

¹ „Eradicating ideological viruses: China's campaign of repression against Xinjiang's Muslims“, Human Rights Watch, New York, 9. September 2018.

² Adrian Zenz, „Thoroughly reforming them towards a healthy heart attitude: China's political re-education campaign in Xinjiang“, *Central Asian Survey*, Abingdon-Thames, September 2018.

³ „East Turkestan forces cannot get away with impunity“, *People's Daily*, Information Office of State Council, Peking, 21. Januar 2002.

⁴ Siehe „China: State control of religion, update number 1“, Human Rights Watch, März 1998.

⁵ „Devastating blows: Religious repression of Uighurs in Xinjiang“, Human Rights Watch, 11. April 2005.

⁶ „China: Gross violations of human rights in the Xinjiang Uighur autonomous region“, Amnesty International, 31. März 1999.

⁷ Siehe Martine Bulard, „Der Wilde Westen von China“, *LMD*, August 2009.

⁸ Siehe Tom Phillips, „China: Xi Jinping wants Great Wall of Steel in violence-hit Xinjiang“, *The Guardian*, London, 11. März 2017.

⁹ Gardner Bovingdon, „The Uyghurs: Strangers in Their Own Land“, New York (Columbia University Press) 2010.

¹⁰ Jérôme Doyon, „Actively guiding religion under Xi Jinping“, *Asia Dialogue*, 21. Juni 2018, www.theasiadialogue.com.

¹¹ „The modern Chinese State and strategies of control over Uyghur Islam“, *Central Asian Affairs*, Band 2, Nr. 3, Washington, D.C., 2015.

¹² Adrian Zenz, siehe Anmerkung 2.

¹³ Josh Chin und Clément Búrge, „Twelve days in Xinjiang: How China's surveillance State overwhelms daily life“, *The Wall Street Journal*, 19. Dezember 2018.

¹⁴ Siehe René Raphaël und Ling Xi, „Der dressierte Mensch“, *LMD*, Januar 2019.

¹⁵ Ägypten, Afghanistan, Algerien, Aserbaidschan, Indonesien, Iran, Irak, Jemen, Libyen, Malaysia, Nigeria, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Somalia, Südsudan, Syrien, Tadschikistan, Thailand, Türkei, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate.

Aus dem Französischen von Andreas Bredendfeld

Rémi Castets ist Politikwissenschaftler am Institut d'études politiques (IEP) in Paris und leitet die Fakultät für Chinastudien an der Universität Bordeaux Montaigne.

Die Häresie der Anderen

von Daniel Gerlach

Manchmal stecken Feinschmecker dahinter, meistens aber Industrieverbände: Um den Genuss bestimmter Nahrungsmittel zu steigern, ruft man ständig neue Aktionstage aus. Der „Welt-Vegetarier-Tag“ am 1. Oktober ist seit 1977 eine feste Größe im kulinarischen Kalender. In Deutschland gibt es sogar einen „Tag des deutschen Butterbrotes“, den aber fast niemand kennt. Und am 18. Juni begehen wir – zum Leidwesen bedrohter Thunfische – den internationalen „Sushi Day“.

Zu diesem Anlass tauchte 2014 in den sozialen Netzwerken ein Familienfoto aus dem Irak auf. Es ging so viral wie sonst nur die Selfies amerikanischer Reality-Stars und ihrer jeweiligen Hinterteile. Erstaunlich: Da saß ein Mädchen mit seinen Eltern auf einer Couch. Alle drei hielten Schilder in die Kamera. Bei der Mutter stand „I am Sunni“, beim Vater „I am Shia“. Bei der Tochter „I am Sushi“.

Dass man einen Bilderwitz nicht kommentieren muss, ist noch kein Erfolgsgarant auf Twitter, Facebook oder Instagram. Aber dieser gab wahrscheinlich das Lebensgefühl von Millionen Muslimen wieder – besonders im Irak, wo der schiitisch-sunnitische Gegensatz einen mörderischen Konflikt befeuert hat, obwohl konfessionsübergreifende Ehen dort lange Zeit an der Tagesordnung waren und nach Schätzungen über 2 Millionen von insgesamt über 6 Millionen irakischen Familien *sushi* sind. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass ein findiger Nutzer das Bild frisiert hatte – auf dem Schild des Mädchens stand ursprünglich nur „I am Muslim“. Die Botschaft wurde dadurch erfolgreicher, aber keineswegs verfälscht.

Der Begriff *Sushi*, der in dieser Verwendung bereits 2011 in einem muslimischen Blog aus den USA auftauchte, ist inzwischen weit über Fachkreise hinaus bekannt. In Teilen der arabischen Welt gilt es bis heute eher als unfein, Menschen auf ihren konfessionellen Hintergrund anzusprechen, zumal bei Sunniten und Schiiten, die ja beide Muslime sind. Der Trendbegriff *Sushi* lockert die Debatte allerdings ein wenig auf. Er ist eine Reaktion auf den grassierenden konfessionellen Hass, den insbesondere dschihadistische Gruppierungen verbreiten, aber auch Regierungen mit ihrer Politik in der Region befördern.

Die britisch-irakische Regisseurin Hoda al-Soudani griff das Thema auf und schickte in dem rührseligen Dokumentarfilm „Why can't I be Sushi?“ zwei Schwestern auf die Reise. Sofia und Niamh, beide im Grundschulalter, treffen darin Religionsgelehrte, Schiiten ebenso wie Sunniten. Sie befragen die turbanbewehrten Alleswisser nach dem angeblich so bedeutenden Unterschied und kommen – selbstredend – zu dem Schluss, dass doch die Gemeinsamkeiten überwiegen.

Etwas robuster geht es in einer TV-Serie zu, die 2016 ausgerechnet vom wahhabitischen Königreich Saudi-Arabien koproduziert wurde, einem Land, in dem die schiitische Minderheit bisher nicht gerade einen leichten Stand hatte. In Selfie nimmt der Schauspieler und Comedian Nasser al-Qosaibi die Extremisten der Organisation „Islamischer Staat“ aufs Korn. Am Anfang des Plots steht die Geschichte zweier Väter: Beide – der eine Schiit, der andere Sunnit – erfahren nach Jahren, dass ihre Söhne auf der Säuglingsstation vertauscht wurden, und setzen nun alles daran, ihrem Nachwuchs die jeweilige Häresie des anderen auszutreiben und ihn zurück auf die gerade Bahn zu bringen. Al-Qosaibi erhielt Todesdrohungen dafür, aber viele Saudis fanden es

anscheinend trotzdem lustig und bescherten der Serie einigen Erfolg.

Die Erörterung der Frage, was es eigentlich mit den Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten auf sich hat, ist mehr als abendfüllend. Man fühlt sich beinahe an den Trojanischen Krieg erinnert: nicht etwa, weil die Schlachtfelder mit gefallenen Helden übersät wären – sunnitisch-schiitische Kriege wurden in der Geschichte gar nicht so oft geführt –, sondern weil mancher, selbst unter den Beteiligten, doch eine Weile überlegen müsste, wie die Sache eigentlich angefangen hat. Und warum sie eskalierte.

Aus nächstlicher Perspektive lässt sich die Ausgangslage in etwa so beschreiben: Es herrscht dort heute vielerorts die Überzeugung, dass, wenn es zum Schwur kommt und wenn Entscheidungen auf Leben und Tod anstehen, ein Sunnit nur mit einem Sunniten solidarisch sein könne, ein Schiit nur mit einem Schiiten, ein Kurde nur mit einem Kurden. Daraus folgt das Bestreben, potenziell feindselige Taten vonseiten anderer Gruppen schon im Voraus zu vereiteln: Angriff scheint auch hier die beste Verteidigung.

Im Englischen bezeichnet man dieses Weltbild und das daraus resultierende Verhalten als *sectarianism*, abgeleitet von *sect* für voneinander abweichende Glaubensgruppen. Der spalterische Drang kommt darin gut zum Ausdruck, ebenso das gewissermaßen Faktenschaufende und Normative: *Sectarianism* ist keine Organisationsform eines Gemeinwesens, sondern vor allem eine von Vorurteilen, Ressentiments oder sogar Hass geprägte Geisteshaltung.

Die Araber sprechen von *ta'ifiya* oder auch *tatayuf*, wobei Ersteres für

Christen, Schiiten und Sunniten ebenso als *tawa'if* wie etwa von Armeniern, wobei Letztere weniger als eine Nation, sondern mehr als eine – christliche – Konfessionsgemeinschaft betrachtet werden.

Tai'fa bedeutet ursprünglich so etwas wie „Schwarm“ oder „Strömung“. Das Konzept der *tai'fa*, eigentlich wohl einfach als Gemeinschaft oder *community* zu verstehen, war zunächst eher religiös konnotiert, vor allem aber deshalb, weil in der arabischen und islamischen Geschichte die religiösen Zugehörigkeiten weitgehend identisch mit sozialen oder kulturellen waren.

Ethnische Kategorien oder Volksgruppen kennt die arabische Sprache eher als *qaumiyat*, was dem Begriff der Nation nahekommt, allerdings im ethnischen, nicht im staatsbürgerlichen Sinne. Es scheint eine jüngere Entwicklung zu sein, aber inzwischen liest man in arabischen Medien, dass etwa Kurden und Turkmenen als *tawa'if* bezeichnet werden, wobei diese beiden Gemeinschaften ethnische und nicht konfessionelle Gruppen bilden und mehrheitlich dem sunnitischen, aber auch teilweise dem schiitischen Islam angehören.

Die *ta'ifiya* kann sich implizit in diskriminierenden Verhaltensweisen des Staates oder von Teilen der Bevölkerung gegen andere äußern oder aber, wie im besonderen Fall des multikonfessionellen Staates Libanon, explizit der politischen Ordnung und den Normen zugrunde gelegt werden, was wiederum dem deutschen Konzept vom Konfessionalismus näherkommt. Denn dieser stellt die Rechte der Gemeinschaft über die Rechte des Individuums, schreibt das Individuum zwangsweise der Gemeinschaft zu – und zwar

halt beschreibt, obwohl die deutsche Geschichte viel von solcher Geisteshaltung zu erzählen hat. Man behilft sich stattdessen mit einem ungefähren, aber letztlich unzureichenden Wort, dem „Konfessionalismus“, und wendet ihn auf die Verhältnisse im Nahen Osten an.

Der Begriff Konfessionalismus geht natürlich aus der deutschen Religionsgeschichte hervor: Er bezeichnet den Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten, die Reformationskriege und den im Augsburger Reichs- und Religionsfrieden 1555 vereinbarten Grundsatz „*Cuius regio, eius religio*“. Damit wurde das Recht der Fürsten verbrieft, die Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen – wer sich dem nicht beugen wollte, durfte immerhin auswandern.

Spaltungen in der Arabischen Welt

Dieser später als „Konfessionalisierung“ bezeichnete Prozess mündete bekanntlich in den Dreißigjährigen Krieg. Einiges von dieser deutschen Erfahrung mag mit den Realitäten in den nächstlichen Gemeinschaften vergleichbar sein. Aber es besteht doch ein Unterschied, der erstaunen mag, wenn man bedenkt, dass der Orient allgemein im Ruf steht, er nehme die Religion übermäßig wichtig: Anders als im Konfessionalismus deutscher Prägung geht es dort nämlich weniger darum, in theologischen Belangen recht zu haben, sondern um das, was der Vater der arabischen Soziologie, Ibn Khaldun (1332–1406), die *'asabiya* nannte: die innere Kohäsionskraft einer Gemeinschaft im Nahen Osten, die aus der Zugehörigkeit zu einem Stamm, einem Clan erwachsen kann. Manchmal auch

sehen, entfernen, ohne anderen dabei Schaden zuzufügen. Das, was man im Deutschen gemeinhin unter „Sekten“ und „Sektierern“ versteht, ist im Arabischen allerdings eher durch einen anderen Begriff besetzt, nämlich *firqah*. Zudem fehlt dem Begriff Sektierertum die politische Komponente, die in *ta'ifiya* enthalten ist.

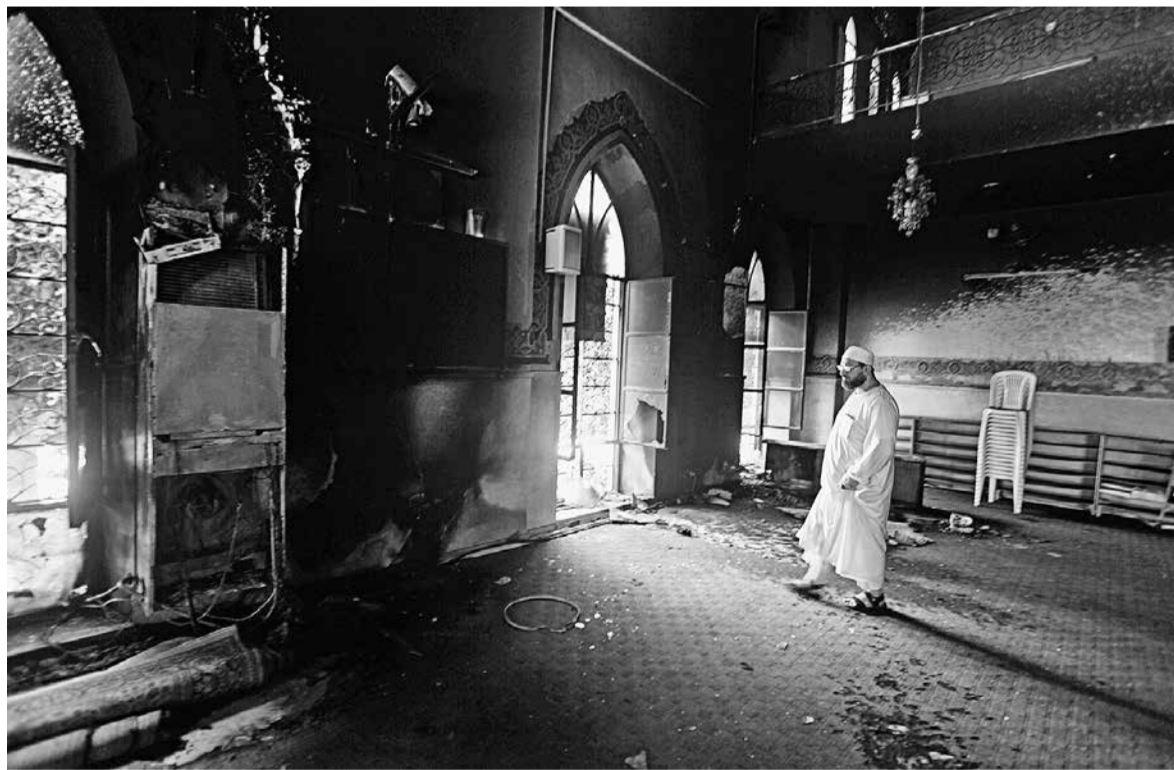
Am ehesten würde man dem Phänomen wohl mit dem Lehnwort „Sektarismus“ gerecht. Man liest es hin und wieder als behelfsmäßige Formel in deutschen Übersetzungen aus dem Französischen (*sectarisme*), die größtenteils aus dem 19. Jahrhundert stammen. Und wengleich es nicht sehr griffig klingt, bezeichnet es genauer als die gemeinhin verwendeten Begriffe die spezifische Gemengelage in Nahost.

Auf den Nahen Osten bezogen, ließe sich der Sektarismus künftig wie folgt definieren: eine von Ressentiments geprägte Geisteshaltung, die sich in einer Überbetonung der ethnischen oder religiösen Identität äußert. Sie verfolgt nicht die Überwindung der Gräben, sondern deren Vertiefung. Sie sieht keine Perspektiven für Integration oder ein friedliches Zusammenleben und strebt daher nach Verdrängung oder Beherrschung der jeweils anderen Seite.

Diese Geisteshaltung hat dem Nahen Osten großen Schaden zugefügt. Sie war nicht die Ursache, sehr wohl aber der Brandbeschleuniger für Kriege. Sie stellte die Betriebstemperatur für explosive Reaktionen her. Nach dem Despotismus ist der Sektarismus die zweite große Geißel der nächstlichen Gesellschaften. Viele Reformer und fortschrittliche Denker sind im 19. und 20. Jahrhundert angetreten, um ihn zu überwinden: sunnitische Muslime wie der arabische Nationalist Sati' al-Husri (1880–1968) und Christen wie der syro-libanesische Pastor und Verleger Butrus al-Bustani (1819–1883) oder der Journalist und Parteigründer Antun Sa'ada (1904–1949). Sie selbst, vor allem aber diejenigen, die sich auf sie beriefen, haben dabei oft das Gegenteil erreicht.

Vielleicht ist nun für den Nahen Osten der Zeitpunkt gekommen, es noch einmal zu versuchen und dem Sektarismus entschlossener zu begegnen. Denn die hier beschriebene Geisteshaltung hat sich in den vergangenen, von Gewalt und Staatszerfall geprägten Jahren diskreditiert: nach den Kriegen im Irak, in Syrien und im Jemen, in denen keine Gemeinschaft wirklich gewonnen, sondern alle nur verloren haben, nach der Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen, der Vernichtung von Siedlungen, Kulturstätten und Ernten.

Neben schnöden Motiven wie Macht und Geld standen religiöse Überzeugungen im Verdacht, die Gewalt zu solchen Ausmaßen zu treiben. Aber dort, wo Religion draufstand, steckte oftmals Sektarismus drin. Diejenigen, die ihm das Wort redeten, mochten zwar Fanatiker gewesen sein, gottesfürchtig waren sie deshalb längst nicht. Man konnte und kann im Nahen Osten „Sektarist“ sein und andere Gemeinschaften bekämpfen, ohne sich um die eigenen religiösen Gebote zu scheren. Diesen Unterschied erkennen heute, da sie der zerstörerischen Folgen des Sektarismus gewahr geworden sind, immer mehr Menschen. Und aus dieser Suche nach einem Neuanfang ergibt sich eine historische Chance, die womöglich so schnell nicht mehr wiederkommt.



Von Schiiten verwüstete sunnitische Moschee in Beirut, 2010 BILAL HUSSEIN/ap

den Zustand steht, das Zweite eher für dessen aktiven Gebrauch, indem man nämlich jedes politische Problem „konfessionalisiert“, Gemeinschaften innerhalb eines Staatswesens spaltet, sie gegeneinander ausspielt und sich konfessionelle oder ethnische Ressentiments machtpolitisch zunutze macht. Jemand, der die Menschen einer nächstlichen Gesellschaft nur als Sunniten und Schiiten, Drusen, Alawiten oder Christen betrachtet, gilt als *tai'fi*.

Besonders ist dabei, dass die *tai'fa* (Plural *tawa'if*) heute nicht nur religiöse Gemeinschaften umfasst, sondern auch kulturelle oder sogar ethnische, je nachdem, worin man die stärkere innere Kohäsionskraft sieht: In Syrien oder im Irak etwa spricht man von Alawiten,

völlig unabhängig davon, ob es sich dieser zugehörig fühlt.

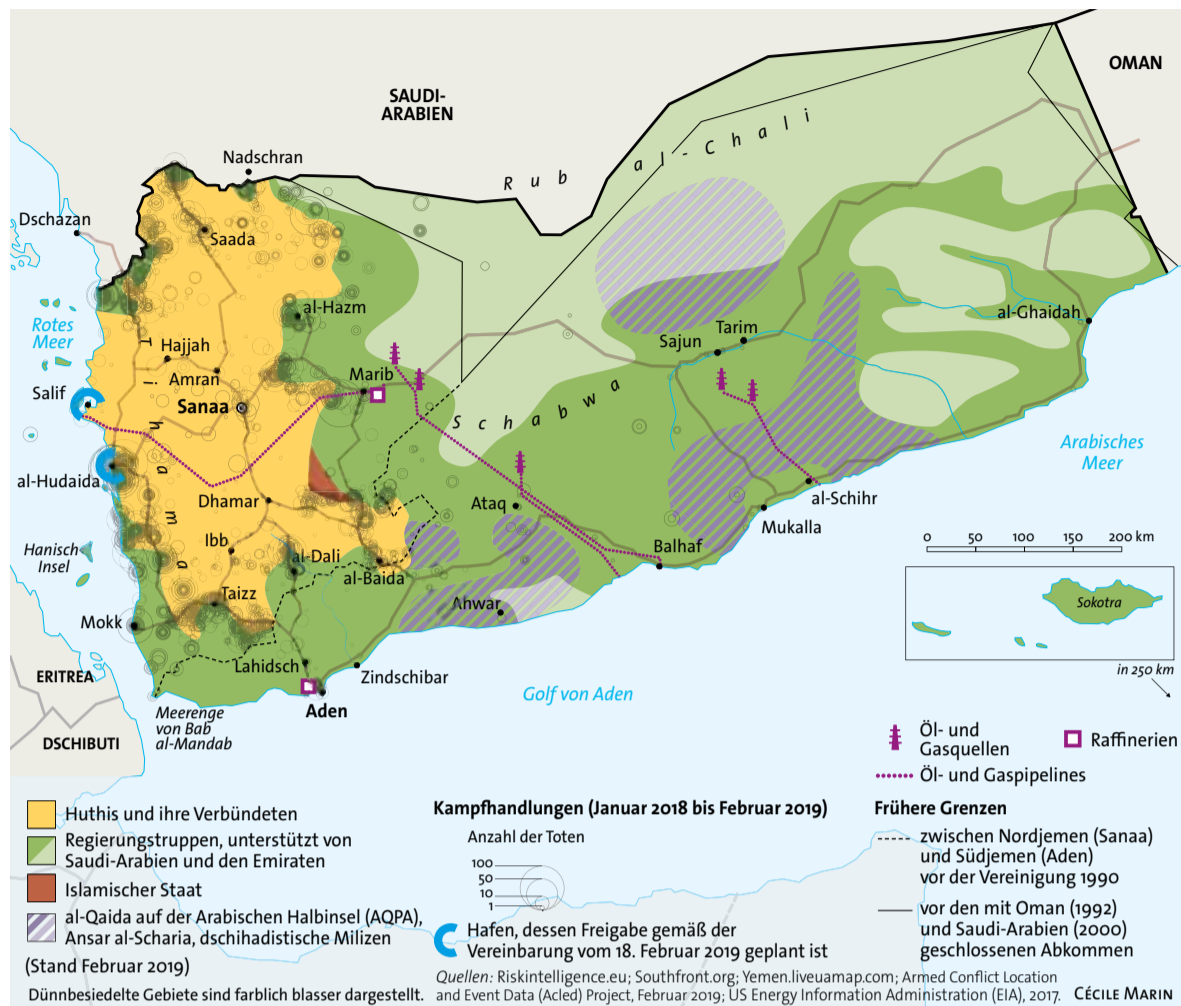
In jedem Fall aber vermengt das Prinzip der *ta'ifiya* das Religiöse, Konfessionelle mit dem Sozialen und Politischen. Und diese Denkweise sowie der historisch gewachsene Sprachgebrauch werden durchaus kritisiert, weil sie mitunter Identitäten konstruieren. In einigen Teilen der arabischen Welt, etwa im Maghreb, ruft das Konzept der *ta'ifiya* sogar verständnisloses Kopfschütteln hervor. Aber die meisten Menschen im multiethnischen und multireligiösen Nahen Osten wissen recht genau, was damit gemeint ist. Ob sie es gutheißen oder nicht.

Im deutschen Sprachgebrauch fehlt ein Begriff, der diesen Sachver-

aus einem gemeinsamen Mythos und durchaus, aber eben nicht zwingend, aus einer Religion.

Im Bewusstsein dieser Nuancen haben manche deutschsprachigen Journalisten versucht, den passenden englischen Ausdruck *sectarianism* mit „Sektierertum“ zu übersetzen. Das trägt zwar dem Umstand Rechnung, dass viele fanatische und gewalttätige Gruppen, die gegen Minderheiten hetzen, Merkmale einer Sekte aufweisen – allen voran der sogenannte Islamische Staat. Es bildet auch das Ansinnen ab, die Wahrnehmung der Differenzen zwischen den Gemeinschaften mutwillig zu vertiefen. Gleichwohl können „Sektierer“ auch Eigenbrötler sein, die sich von dem, was sie als Mainstream an-

Daniel Gerlach ist Chefredakteur der Zeitschrift *Zenith*. Der vorliegende Text ist ein Vorabdruck aus seinem neuen Buch „Der Nahe Osten geht nicht unter. Die arabische Welt vor ihrer historischen Chance“, das am 11. März 2019 bei der Edition Körber in Hamburg erscheint. Wir danken dem Verlag für die Abdruckrechte.



Wirre Fronten im Jemenkrieg

Die UN muss endlich alle Konfliktparteien an einen Tisch bringen

von Pierre Bernin

Lange haben die Medien und die Diplomatie den Krieg im Jemen weitgehend ignoriert. Aber das Ausmaß der humanitären Krise, die verfahrensmäßig Situation und die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi vergangenen Oktober im saudischen Konsulat in Istanbul haben die Situation verändert.

Die von Saudi-Arabien gelenkte Koalition, die seit März 2015 im Jemen Krieg führt, hat sich zum Ziel gesetzt, die Macht von Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi wiederherzustellen. Hadi war von den Milizen der Huthis – die der Minderheit der Zaiditen und damit der schiitischen Glaubensrichtung angehören – im Januar 2015 abgesetzt worden.

Während die Situation vor Ort festgefahren ist, werden die Kriegsverbrechen der Saudis mittlerweile verurteilt.¹ Prinz Mohammed bin Salman hat einen Großteil seiner Glaubwürdigkeit eingebüßt. Mit Hilfe von PR-Agenturen – darunter die Firma Publicis, dessen Hauptaktionärin die Französin Elisabeth Badinter ist, oder Glover Park, die von Mitgliedern der Demokratischen Partei in den USA gegründet wurde – wollte er sich das Image eines Modernisierers verpassen. Doch diese Bemühungen sind verpufft.²

Innerhalb des Westens wird auch die Frage der Waffenverkäufe an die saudische Monarchie inzwischen heftig diskutiert. Bereits im Mai 2018 beschuldigte der britische Labour-Chef Jeremy Corbyn Premierministerin Theresa May, „geheime Absprachen“ mit Kriegsverbrechern getroffen zu haben. In Washington führte die Debatte über den Jemen-Krieg dazu, dass der Senat – obwohl in republikanischer Hand – am 13. Dezember 2018 dafür stimmte, die Militärhilfe für die Koalition auszusetzen. Am 14. Februar bestätigte das demokratisch dominierte Repräsentantenhaus den Beschluss.

Spanien und Deutschland haben ihre Waffenlieferungen an Riad aus-

gesetzt. Ende Oktober forderte das Europaparlament ein EU-weites Waffenembargo gegen Saudi-Arabien. Auch wenn es kurz darauf angesichts der Androhung hoher Geldstrafen wegen Vertragsbruch wieder zurückruderte: Westliche Mächte stehen mittlerweile unter Rechtfertigungsdruck, wenn sie Waffen an Riad oder an die Vereinigten Arabischen Emirate, das andere Schwergewicht der Militärkoalition, liefern.

Die Eröffnung von Friedensgesprächen in Stockholm im Dezember 2018 war ein erster Erfolg für den britischen UN-Sondergesandten Martin Griffiths. Erstmals seit mehr als 18 Monaten setzten sich die Kriegsparteien wieder an einen Tisch. Drei Monate zuvor war ein geplantes Treffen in der Schweiz geplatzt, bevor die Huthi-Delegation überhaupt angereist war. Diesmal begünstigte das internationale Umfeld jedoch einige Fortschritte: Man einigte sich auf einen Waffenstillstand in der strategisch wichtigen Hafenstadt Hodeida an der Rotmeerküste und einen Gefangenen austausch.

Die Huthis werden nicht verschwinden

Die Verhandlungen in Schweden begannen in einem Moment, als sich die Huthis auf dem Rückzug befanden, vor allem aufgrund der im Juni 2018 begonnen Offensive gegen den von ihnen kontrollierten Hafen in Hodeida. Seither sind ihre bewaffneten Gruppen offenbar bereit, Gebiete aufzugeben, die sich außerhalb ihrer Hochburgen im nördlichen Hochland befinden. Am 18. Februar verkündete die UN, die Kriegsparteien hätten einem Abzug von Truppen aus Hodeida und zwei weiteren Hafenstädten zugestimmt und damit den ersten Schritt zur Umsetzung der in Stockholm getroffenen Abmachung unternommen.

In den vergangenen vier Jahren haben die Huthis immer wieder durch ihre Widerstandskraft überrascht. Die

Rebellion, die im abgelegenen Gebirge begann und bis in die Hauptstadt Sanaa schwappte, und das militärische Engagement der Huthis in feindlichem Gebiet (etwa mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit) zeugen von einer ungeahnten Stärke. Im Dezember 2017 töteten sie ihren vormaligen Verbündeten, Expräsidenten Ali Abdallah Saleh, nachdem er sich unvermittelt gegen die Huthis gewandt hatte.

Trotz der Krise, die mit dem Sturz von Saleh, der den Jemen über dreißig Jahre regiert hatte, einherging, stießen die Huthis auf wenig Widerstand. Das verdeutlicht ihren großen Einfluss in den Institutionen und ihre Kontrolle über die Ressourcen des Landes, ebenso wie ihre Fähigkeit zur ideologischen Mobilisierung. Die Huthis werden nicht einfach so verschwinden, insbesondere nicht aus ihrer Heimat im Norden rund um die Städte Saada, Saana und Dhamar. Diese Gebiete sind die am dichtesten besiedelten des Landes, und die dortigen Stämme haben sich weitgehend den Positionen der Huthis angeschlossen.

Wie aber hat es eine anfangs marginale Rebellenbewegung geschafft³, sich gegen ein Bündnis aus Armeen zur Wehr zu setzen, die zu den am besten ausgestatteten der Welt gehören und die von den USA, Großbritannien und Frankreich unterstützt werden? Vielleicht liegt es an der „Ohnmacht der Stärke“, um einen Ausdruck von Bertrand Badie⁴ aufzugreifen: Möglicherweise ist dies ein Schlüssel, um zu verstehen, warum die „Großen“ ihre „kleinen Kriege“ verlieren, von Vietnam über den Irak bis nach Afghanistan. Und jetzt eben Jemen.

Die Unterstützung Irans für die Huthis ist Gegenstand vieler Fantasien. Sie bleibt allerdings marginal, auch wenn die Hilfe Teherans laut einem UN-Expertenbericht⁵ konkretere Formen angenommen hat, etwa durch die Lieferung von Langstreckenraketen, die wiederholt in Richtung Saudi-

Arabien oder Emirate abgefeuert wurden.

Die Stärke der Huthis erklärt sich zweifellos auch aus ihren nationalistischen Parolen. Durch seine stetigen Wortmeldungen und als Nachkomme des Propheten hat sich ihr Anführer Abdulmalik al-Huthi (dessen Familie der Bewegung ihren Namen gegeben hat) zur charismatischen Figur aufgeschwungen. Al-Huthi verurteilt die „saudische Aggression“, deren Ziel darin bestehe, „den Hunger der Jemeniten nach Freiheit und Würde“ zu ersticken. In den Regionen, die von seinen Einheiten kontrolliert werden, vermischt sich der Protest gegen die internationale Ordnung mit der Forderung, die eigenständige Identität der Bevölkerung der nördlichen Hochebenen anzuerkennen.

Die Bewegung der Huthis gründete sich vor zwanzig Jahren. Als Zaiditen folgen sie einem besonderen Ritus, der zunehmend jedoch durch die in Iran dominante schiitische Schule beeinflusst ist. Mit der Betonung ihrer religiösen Wurzeln und ihrer heftigen Ablehnung gegenüber Saudi-Arabien haben sie es geschafft, weit über ihren ursprünglichen Unterstützerkreis hinaus Zulauf zu erhalten. Dass sie keine klare politische Vision haben – auch wenn ihre Gegner ihnen unterstellen, sie wollten die 1962 gestürzte Monarchie zurück –, hat ihre Fähigkeit zur Mobilisierung jedenfalls nicht untergraben.

Die Huthis haben in den von ihnen kontrollierten Gebieten trotz prekärer Finanzlage (viele Beamte haben seit fast zwei Jahren kein Gehalt mehr bekommen) eine Art funktionierenden Staat erhalten. Die Sicherheitslage ist in den Huthi-Gebieten ungleich besser als beispielsweise in Aden. Angesichts der tiefen gesellschaftlichen Verwurzelung ihrer Bewegung wird der Konflikt nur gelöst werden können, wenn die Huthis in Zukunft in das politische Spiel des Landes integriert werden.

Ihre Gegner verurteilen weiterhin die Korruption einiger Huthi-Offiziere. Ihre oft massive Unterdrückung kritischer Stimmen macht deutlich, dass die Fähigkeit, Kräfte zu bündeln, teils auf einem Regime der Angst beruht. Die Schwäche der Opposition in den von den Huthis kontrollierten Gebieten – vor allem der Stämme – könnte eine Stabilisierung und Befriedung des Landes jedoch erleichtern. Wenn die Führung der Rebellen sich entscheidet, am Friedensprozess mitzuwirken, kann die relativ zentralisierte Struktur der Bewegung den Ausweg aus der Krise sogar erleichtern.

Die Saudis wollen Zugang zum Indischen Ozean

Die im April 2015 durch den UN-Sicherheitsrat angenommene Resolution 2216, die den rechtlichen Rahmen der saudisch geführten Koalition festlegt, berücksichtigt diese Umstände jedoch nicht. Sie untermauert die Ansprüche von Abd Rabbo Mansur Hadi, den sie als legitimen Staatsoberhaupt anerkennt, bis Neuwahlen abgehalten wurden. Diese sind allerdings auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Huthis werden in dieser Resolution aufgefordert, sich bedingungslos zurückzuziehen und ihre Waffen niederzuliegen.

Alle Resolutionen, die der Realität vor Ort besser Rechnung tragen – etwa die Initiative Großbritanniens Ende 2018 – wurden von saudischen Diplomaten sabotiert. Am 16. Januar nahm der UN-Sicherheitsrat zwar die Resolution 2452 an, aber die behandelt nur nachrangige Punkte und ändert nichts am internationalen Rechtsrahmen für den Konflikt.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich die von den Vereinten Nationen angestoßenen Verhandlungen auf den Norden des Landes konzentrieren, wo sowohl Huthis als auch der von der saudischen Koalition gestützte Hadi die Macht für sich beanspruchen. Die Probleme, die aus der Fragmentierung der südlichen Landesteile entstanden

sind, werden vernachlässigt. Der Ausschluss von Repräsentanten der separatistischen Süd-Bewegung ist zweifellos ihre größte Schwachstelle.

Die Gruppierungen, die eine Abspaltung des Südjemen fordern, haben 2017 mit direkter Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate den Südlichen Übergangsrat (Southern Transitional Council, STC) gegründet. Ihre Beziehung zu Hadi ist allerdings angespannt, obwohl dieser selbst aus dem Süden stammt. Auch die Saudis sind nicht gut auf die Süd-Bewegung zu sprechen. Darüber hinaus ist die Bewegung ideologisch und geografisch gespalten – zwischen bewaffneten salafistischen Gruppen einerseits und Nostalgikern der sozialistischen Periode Südjemens von 1967 bis 1990 andererseits.

Obwohl vieles unausgesprochen bleibt, zeigt sich hieran, wie tief gespalten das Anti-Huthi-Lager ist. Das trifft etwa auf die Allianz zwischen der Süd-Bewegung und Vertrauten von Expräsident Saleh (insbesondere dessen Neffe Tareq Muhammed Saleh) an der Hodeida-Front zu. Die Zusammenstöße zwischen islamistischen Gruppen in der südwestjemenitischen Stadt Taizz und die strategischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Riad und Abu Dhabi komplettieren das Bild der Zersplitterung.

Doch der in der Resolution 2216 festgelegte Verhandlungsrahmen verhindert, dass diese Fragen direkt angegangen werden. Es besteht die Gefahr, dass nicht nur der Wiederaufbau des Staats vereitelt werden könnte, sondern auch, dass im Endeffekt vor allem die teilweise mit al-Qaida verbündeten islamistischen Bewegungen profitieren.

Der nationale Rahmen der Verhandlungen, der sie auf zwei Konfliktparteien beschränkt, birgt noch weitere Gefahren: Er stützt sich auf die Annahme, dass der Konflikt allein die Jemeniten betrifft. Dabei ist seine regionale Dimension offensichtlich: Da ist zunächst die angebliche oder tatsächliche Rolle Irans, die von den Saudis betont wird, um ihre eigene Intervention zu rechtfertigen. Da sind die Zerstörungen durch die Bombardements der arabischen Koalition. Und da ist das Riad unterstellte Interesse, sich den Zugang zum indischen Ozean zu sichern, und Abu Dhabs Bestreben, Kontrolle über den jemenitischen Küstenstreifen zu gewinnen.

Die wichtigsten Mitglieder der Koalition spielen offenbar ein Verwirrspiel. Amnesty International berichtete zum Beispiel, dass die vom Westen an die Vereinigten Arabischen Emirate verkauften Waffen von diesen an jemenitische Milizen weitergegeben wurden, die teils als „terroristisch“ eingestuft werden.⁶

Wenn es irgendwann um den Wiederaufbau gehen wird, werden es die beiden wichtigsten Mächte der Koalition nicht vermeiden können, sich aufgrund ihrer multilateralen Verpflichtungen daran zu beteiligen. Riad und Abu Dhabi müssen deshalb auch jetzt in die Verhandlungen eingebunden werden. Denn dann können sich die beiden Regionalmächte nicht mehr aus der Verantwortung stehlen, indem sie über ihre Ziele und Interessen schweigen.

¹ „Yemen: United Nations Experts point to possible war crimes by parties to the conflict“, Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Genf, 28. August 2018.

² Siehe Florence Beaugé, „Selbst lenken – Frau sein in Riad“, *LMd*, Juni 2018.

³ Siehe Pierre Bernin, „Verdeckter Krieg im Jemen“, *LMd*, Oktober 2009.

⁴ Bertrand Badie, „L'Impuissance de la puissance. Essai sur les nouvelles relations internationales“, Paris (Fayard) 2004.

⁵ „Letter dated 26th January 2018 from the panel of experts on Yemen mandated by Security Council“, Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, New York, 26. Januar 2018.

⁶ „When weapons go astray. The deadly new threat of arms diversions to militias in Yemen“, Amnesty International, London, 6. Februar 2019.

Aus dem Französischen von Jakob Farah

Pierre Bernin ist unabhängiger Forscher.

Der neue Guide, der glücklich macht.



Glücklich in Berlin
192 Seiten | 18,90 €
ISBN: 978-3-86497-470-0



Gemeinsam mit Menschen, die dort heimisch sind, stellen die Autoren Tanja und Chris Roos ihre ganz persönlichen Lieblingsorte vor. Orte, an denen das Glück der Sehnsucht begegnet. Diese Reiseführer für Genießer und Entdecker bieten eine bunte und inspirierende Vielfalt an Kultur, Essen & Trinken, Shops, Bars & Clubs, Natur & Ausflügen und Must Sees. Emotional fotografiert, elegant gestaltet und praktisch: Mit A2-Karte zum Herausnehmen.

**In dieser Reihe sind bisher erschienen:
Berlin, London, Paris, Island und Südschweden**



Glücklich in Island
172 Seiten | 18,90 €
ISBN: 978-3-86497-473-1



Glücklich in London
176 Seiten | 18,90 €
ISBN: 978-3-86497-472-4

Kaum hatte die Unabhängige Nationale Wahlkommission (Ceni) am 10. Januar 2019 die vorläufigen Ergebnisse der kongolesischen Präsidentschaftswahlen vom 30. Dezember 2018 veröffentlicht, hagelte es Proteste. Die Afrikanische Union (AU) forderte eine Neuauszählung der Stimmen, musste sich dann aber dem Urteil des Verfassungsgerichts beugen. Entgegen den Tatsachen wurde Félix Tshisekedi, der Kandidat des Bündnisses Cap pour le changement (CACH), mit 38,57 Prozent zum Sieger erklärt. Martin Fayulu, der Kandidat des zweiten Oppositionsbündnisses Lamuka („Wacht auf“), folgte mit 34,83 Prozent, Emmanuel Ramazani Shadary, der Wunschkandidat des bisherigen Präsidenten Joseph Kabila, erhielt 23,84 Prozent.

Dabei sind Zweifel mehr als angebracht. Die repräsentative Umfrage der angesehenen Nationalen Konferenz der kongolesischen Bischöfe (Cenco)¹ unter 13,1 Millionen Wählerinnen und Wählern, die am 18. Januar veröffentlicht wurde, ergab nämlich ein ganz anderes Bild: Mit Fayulu an der Spitze (62,11 Prozent), gefolgt von Tshisekedi (16,93 Prozent) und Ramazani Shadary (16,88 Prozent). Die Auszählungsmethode hatte sich bereits in Ghana (2011 und 2016), Nigeria (2011 und 2015), Tunesien (2014), Burkina Faso und der Elfenbeinküste (beide 2015) bewährt.

Das offizielle Ergebnis wurde im letzten Moment zwischen Kabila und Tshisekedi ausgehandelt. Angesichts des Misserfolgs seines Kronprinzen Shadary wollte sich Kabila lieber mit dem Zweitplatzierten einigen und ihm seinen Stuhl überlassen. Die gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen, deren Ergebnis ebenfalls von der Wahlkommission bestätigt wurde, verschafften den Anhängern des scheidenden Präsidenten eine komfortable Mehrheit von mehr als 300 von 500 Abgeordnetensitzen.

Félix Tshisekedi fehlt das Charisma seines verstorbenen Vaters Étienne Tshisekedi, des großen Gegenspielers von Diktator Mobutu und Joseph Kabilas Vater Laurent Kabila. Bis zu seinem Tod 2017 war Étienne Tshisekedi Chef der von ihm 1982 gegründeten Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (UDPS). In den 1990er Jahren bekleidete er mehrfach, aber immer nur für kurze Zeit das Amt des Ministerpräsidenten. Sein Sohn Félix gilt eher als angepasst und hat sich immer wieder um eine Annäherung an das Kabila-Lager bemüht. Im Gegensatz zu seinem erfolgreichen Konkurrenten Fayulu ist er weder vermögend noch kann er ein abgeschlossenes Studium vorweisen.

Fayulu, der bei ExxonMobil einen Leitungsposten innehatte, geht der Ruf voraus, unkontrollierbar zu sein. In seiner politischen Karriere machte er keine Zugeständnisse – weder an das Mobutu-Regime (1965–1997) noch an die Kabila-Dynastie. Und dass er von zwei einflussreichen Persönlichkeiten, dem früheren Gouverneur von Katanga, Moïse Katumbi, und Exvizepräsident Jean-Pierre Bemba unterstützt wurde, machte ihn noch gefährlicher. So fiel Kabilas Wahl auf Tshisekedi.

Das ganze Prozedere wurde nicht nur auf nationaler Ebene aufmerksam verfolgt. Zwischen den kongolesischen Behörden, überstaatlichen Organisationen und Regionalmächten wie Südafrika entspann sich eine Diskussion, wie man auf die Manipulationsvorwürfe reagieren sollte. Nur die Kritik des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian geriet in diesem interafrikanischen Dialog schnell in den Hintergrund.

Nach der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse am 10. Januar äußerte der sambische Staatspräsident Edgar Lungu als Vorsitzender der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) – zu der die Demokratische Republik Kongo gehört – öffentlich „ernsthafte Zweifel“. Er erklärte, „dass eine nochmalige Auszählung zugleich Sieger und Verlierer beruhigen



Erstes Treffen der Afrikanischen Union Félix Tshisekedi TIKSA NEGERI/reuters

Politik der vollendeten Tatsachen in Kinshasa

Mit zwei Jahren Verspätung hat die DR Kongo einen neuen Präsidenten

von François Misser

könnte“. Auch Denis Sassou Nguesso, Präsident der benachbarten Republik Kongo und derzeit Vorsitzender der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen (ICGLR) – deren Mitglied die DR Kongo ebenfalls ist – empfahl Kinshasa „die Neuauszählung der Stimmen zu erwägen, um transparente Ergebnisse zu gewährleisten“. Und die Afrikanische Union verkündete, sie werde unter Führung ihres Präsidenten, des Ruanders Paul Kagamé, am 21. Januar eine Delegation nach Kinshasa entsenden.

Die einzige abweichende, jedoch gewichtige Stimme in diesem Konzert der Skeptiker kam aus Südafrika. Präsident Cyril Ramaphosa beglückwünschte die kongolesischen Parteien, dafür gesorgt zu haben, dass die Wahlen friedlich und ohne Einmischung verlaufen seien. Am 14. Januar rief der südafrikanische Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit Lindive Sisulu die internationale Gemeinschaft auf, „die legalen inneren Prozesse zu respektieren“. Am 20. Januar, einen Tag vor dem angekündigten Besuch einer AU-Delegation, blies das kongolesische Verfassungsgericht das Treffen ab und verkündete Tshisekedis Wahlsieg. Nach Südafrika haben inzwischen auch alle anderen afrikanischen Länder den neuen kongolesischen Staatschef anerkannt.

Seit Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Kongo, im Auftrag des belgischen Geheimdienstes 1961 umgebracht wurde, hat das Land keinen demokratischen Machtwechsel erlebt. Joseph Kabila war seit 2001 an der Macht und hätte im Dezember 2016 abtreten müssen. Zwei Jahre lang hat er die Präsidentschaftswahlen immer wieder verschoben und das mit diversen logistischen Problemen begründet.² Von daher könnte man es schon als Erfolg verbuchen, dass überhaupt Wahlen stattgefunden haben.

Am Ende überwog die Sorge um die Stabilität des Landes, das wegen seiner Größe (81 Millionen Einwohner), seiner zentralen Lage und seiner reichen Rohstoffvorkommen für ganz Afrika wichtig ist. Der wasserreichste Fluss des Kontinents fließt durch den Kongo.

Der weltweit größte Lieferant von Kobalt und große Kupferproduzent wird sogar schon als „das Saudi-Arabien des Lithiums“ bezeichnet, das unter anderem zur Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge benötigt wird.

Doch die DR Kongo ist immer noch vom „Afrikanischen Weltkrieg“ (1996–2002) gezeichnet, an dem Ruanda, Uganda, Angola, Namibia, Tschad und Simbabwe beteiligt waren. Die Nachbarländer fürchten, dass eine humanitäre Krise in der DR Kongo einen Flüchtlingsstrom auslösen könnte. Die Befürchtungen sind nicht unbegründet. In der Region Kivu haben diverse in- und ausländische bewaffnete Gruppen, aber auch Marodeure der kongolesischen Armee (FARDC) die Wahlen behindert. In den Wahlkreisen Beni und Butembo in Nord-Kivu gab es gar keine Abstimmung.

In Süd-Kivu liefern sich die burundischen Rebellen der Nationalen Befreiungskräfte (FNL) immer wieder Scharmützel mit der burundischen Armee. Humanitäre Organisationen schätzen die Zahl der Binnenflüchtlinge auf mehr als 4,5 Millionen, davon 1,3 Millionen allein in der Zentralregion Grand Kasai, wo seit 2016 bei Zusammenstößen der FARDC mit Rebellengruppen 3000 Menschen getötet worden sein sollen.

Einige hunderttausend Bewohner Kasais sind nach Angola geflohen, wo kongolesische *Garimpeiros* (illegale Edelsteinsucher) die Diamantenminen der Provinzen Lunda Norte und Lunda Sud stürmten. Unter Berufung auf das Recht, seine Bodenschätze zu schützen, hat Angola zwischen September und Dezember 2018 im Rahmen der Operation „Transparência“ über 400 000 Personen ausgewiesen, die meisten waren Kongoleser.

Tshisekedi, der der Ethnie der Luba in Kasai angehört, weckt immerhin die Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Ende Januar, weniger als eine Woche nach seinem Amtseid, haben 600 Milizionäre ihre Waffen niedergelegt: Kalaschnikows, Jagdgewehre, Macheten, Stöcke und Pfeile; sogar Fetische und Amulette wurden abgegeben.

In der benachbarten Republik Kongo, die nur 5 Millionen Einwohner hat,

beobachtet man die Situation am anderen Ufer des Kongoflusses besonders aufmerksam. Bei der Operation „Mbata ya bakolo“ („Die Ohrfeige der Älteren“) wurden schon 2014 mehr als 179 000 Staatsangehörige der DR Kongo ohne Aufenthaltsstatus brutal ausgewiesen.³

Mitte Dezember 2018 kam es in Yumbi in der Provinz Mai-Ndombe, wo die Wahl ebenfalls ausgesetzt wurde, zu Zusammenstößen. Dabei sollen mindestens 890 Einwohner getötet worden sein, 16 000 Personen sind nach UN-Angaben in die Republik Kongo geflüchtet. Die Angst vor einem Exodus aus der DR Kongo kennt man auch in Ruanda, wo Ende Dezember 2018 mehr als 79 000 kongolesische Flüchtlinge gezählt wurden, die in mehreren Etappen ins Land gekommen waren.⁴

Südafrika wiederum hat mit der Anerkennung der kongolesischen Wahlen seine Sonderrolle bestätigt. Unter Berufung auf das Prinzip der staatlichen Souveränität hat das Land, das von 2019 bis 2020 als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sitzt, die am 4. Januar von Frankreich einberufene Sitzung zu den Wahlen in der DR Kongo sabotiert und die Annahme eines gemeinsamen Kommuniqués verhindert. Unterstützung erhielt Pretoria von den anderen beiden afrikanischen Mitgliedern des Sicherheitsrats, der Elfenbeinküste und Äquatorialguinea.

Diese Haltung entbehrt nicht eines gewissen Zynismus. Durch die Vereinbarung mit Tshisekedi wahrt Kabila

seinen Einfluss. Achtzehn Jahre war der frühere kongolesische Präsident für Südafrika ein bereitwilliger Partner. 2013 unterschrieb er einen internationalen Vertrag, der der südafrikanischen Elektrizitätsgesellschaft Eskom mehr als 2500 Megawatt der Strommenge des geplanten Wasserkraftwerks Inga III am Kongo garantiert.⁵

Außerdem hat Kabila mehreren südafrikanischen Firmen ohne Ausschreibung Ölförderlizenzen erteilt. Eine erhielt Förderrechte im Kongo-Becken, einschließlich des Salonga-Nationalparks. Nach China ist Südafrika zweitgrößter Handelspartner der DR Kongo. Trotz der wachsenden Konkurrenz durch die Häfen von Benguela (Angola) und Walvis Bay (Namibia) wird fast die gesamte Exportmenge an kongolesischem Kupfer und Kobalt über südafrikanische Häfen verschifft.

Für die Afrikanische Union war der Ausgang der kongolesischen Wahlen zweifellos eine Demütigung. Als sie 2002 die Nachfolge der 1963 gegründeten Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) antrat, verkündete sie, dass „transparente und glaubwürdige Wahlen ein Schlüsselement darstellen, um das grundlegende und universelle Recht auf Mitbestimmung und demokratische Regierungsführung zu gewährleisten“.⁶ Sie plante die Entsendung von eigenen Wahlbeobachtern. In der Praxis überlässt sie diese Aufgabe meistens jedoch regionalen Unterorganisationen.

Die Einmischung der Afrikanischen Union in die kongolesischen Wahlen war der einmalige (aber missglückte) Versuch, eine Krise zu lösen. Dahinter stand wohl vor allem Präsident Kagamé. Der scheidende ruandische Staatschef hegt keine große Sympathie für Kabila, dem er vor allem vorwirft, Hutu-Rebellen auf seinem Territorium aufzunehmen. Um seine Gunst zu gewinnen, hat Kabila Oberst Ignace Nkaka, Sprecher der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR), und den Geheimdienstchef der Rebellorganisation, Oberstleutnant Théophile Abega, an Ruanda ausgeliefert. Beide waren am 15. Dezember von der kongolesischen Armee in Bunagana (Nord-Kivu) verhaftet worden.

Am Ende scheinen sich alle Staatschefs mit dem Sieg eines Kandidaten abgefunden zu haben, der wahrscheinlich nicht mehr als 17 Prozent der Stimmen bekommen hat. Aber wird sich auch die kongolesische Bevölkerung mit dem „Wahlputsch“ abfinden, von dem Martin Fayulu spricht?

¹ Siehe François Misser, „Katholiken gegen Kabila“, *LMD*, April 2018.

² Siehe Sabine Cessou, „Countdown in Kinshasa“, *LMD*, Dezember 2016.

³ „Congo-Brazzaville: Mass deportations of DRC nationals may amount to crimes against humanity“, Amnesty International, 2. Juli 2015.

⁴ „Refugees and asylum seekers from DRC“, United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).

⁵ Siehe François Misser, „La Saga d'Inga. L'histoire des barrages du fleuve Congo“, Paris (L'Harmattan) 2013. Im Januar bekundete Südafrika Interesse, die doppelte Strommenge zu kaufen. Siehe: „South Africa May Double Power Buy From Congo Hydro Plant“, *Bloomberg*, 21. Januar 2019, www.bloomberg.com.

⁶ African Union Declaration on the Principles Governing Democratic Elections in Africa, OUA/UA, Durban, 8. Juli 2002.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

François Misser ist Journalist.

ANZEIGE

Testen Sie das ARTE Magazin!

Jeden Monat neu:

- Schnellstmöglicher Überblick über das ARTE-Programm
- Optimal über alle ARTE-Highlights informiert
- Keine Mindestlaufzeit
- Versandkostenfrei

2 Ausgaben

gratis

testen

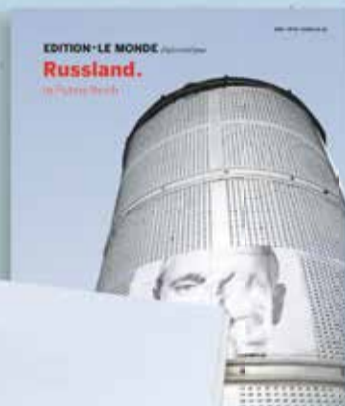
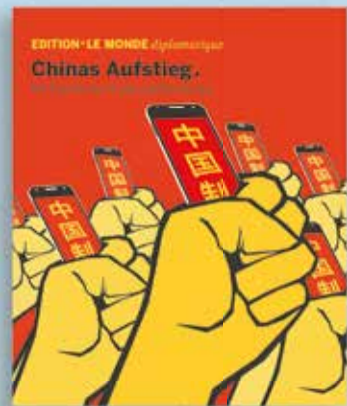


Hintergrundberichte

Alle Highlights

Jetzt bestellen: ☎ 040-3007 4000 🌐 www.arte-magazin.de/lmd

EDITION • LE MONDE *diplomatique*



**Jetzt bestellen*
oder als
Abopremie sichern**

Zwischen Pomp und Grime

Harter oder weicher Brexit? Zweites Referendum? Oder No Deal? Nach fast drei Jahren ist immer noch offen, unter welchen Bedingungen Großbritannien aus der EU austreten wird. Schottland träumt schon von einem neuen Unabhängigkeitsreferendum, Gibraltar will genauso wie Nordirland lieber in der Europäischen Union bleiben, und im nordenglischen Sunderland fürchten sie, dass der japanische Autorhersteller Nissan nach dem Brexit wieder abwandert. Dabei hat Großbritannien so viel mehr zu bieten. Vergessen wir nicht die Musik – von den Beatles über Blur bis zu Stormzy –, das Theater! Und den Fußball! Über die Fans und Finanziere der Premier League schreibt Raphael Honigstein; Sadiya Qureshi erzählt die unerzählte Geschichte der schwarzen Briten, und Veronica Horwell die turbulente Story der britischen „Vogue“ im Zweiten Weltkrieg.

Mit Beiträgen von Kate Connolly, Kirsty Hughes, Susan McKay, Kenan Malik, Paul Mason, Daniel Zylbersztajn und vielen anderen. 112 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-937683-78-2

* 8,50 € · versandkostenfrei im Inland · shop@taz.de

T (030) 259 02 - 138 oder als Prämie für ein Zeitungsabo von Le Monde diplomatique unter monde-diplomatique.de

monde-diplomatique.de

Das Netflix-Imperium

von Thibault Henneon



Drehtarbeiten zu „Roma“: von Netflix produziert, mit drei Oscars prämiert CARLOS SOMONTE/ap

Am Anfang stand eine technologische Meisterleistung: Mit einem ultraflexiblen Interface, gestützt auf IT von Amazon, gelang es Netflix, dass sich jederzeit und überall die Streamingqualität ohne Ruckeln an die Bitrate der jeweiligen Internetverbindung anpasste, und das bei einer exponentiell steigenden Zahl von Nutzern. Das Angebot war verlockend genug, um dem illegalen Download von Filmen den Rang abzulaufen. Mit Ausnahme von China wurde Netflix weltweit zum Erfolgsmodell.

Um die Kunden auf Dauer an sich zu binden, brauchte es aber auch die entsprechenden Inhalte. Ende der nuller Jahre begann Netflix Lizenzen von Hollywoodstudios zu erwerben und profitierte vom globalen Serienhype. Gemessen an den Programmstunden machen Serien etwa zwei Drittel der Bibliothek und der Abrufe aus. Doch von Beginn an zielte Netflix auch auf ein Nischenpublikum. Der Filmproduzent Vincent Maraval erinnert sich, wie Netflix-Vertreter zu ihm kamen, ihn nach iranischen Filmen fragten und davon gleich 30 Stück haben wollten.¹

Seitdem gibt die Firma eine beständig wachsende Summe für Inhalte aus. Die Schulden häufen sich, seit Januar testet das kalifornische Unternehmen erhöhte Preise für seine Streamingangebote. So lange die Abonnentenzahlen wachsen, genießt Netflix trotz roter Zahlen das Vertrauen der Investoren.

Der Plattform gehören nur 8 Prozent der vertriebenen Filme selbst. 20 Prozent stammen von den großen Studios NBCUniversal, Disney und Warner Bros., und diese wollen schnellstmöglich eigene SVOD-Dienste (Subscription-Video-on-Demand) etablieren. Netflix setzt also alles daran, eigene Formate zu produzieren. 2011 wurde damit begonnen, 2016 gründete man ein Studio – mit durchschlagendem Erfolg.

In seinem IT-Studium in Stanford, dem Geburtsort von Google, hatte Netflix-Mitgründer und CEO Reed Hastings nämlich gelernt, wie man Kunden beziehungsweise ihre Daten für sich arbeiten lässt: indem man ihr Verhalten beobachtet, ihre Vorlieben einordnet, ihnen Filme empfiehlt – und damit Algorithmen füttert. Hastings sitzt auch im Aufsichtsrat von Facebook.

So bekam Netflix zum Beispiel raus, dass in Brasilien deutsche Komödien reißenden Absatz finden und ab wel-

cher Episode Zuschauer von einer Serie „abhängig“ werden. Das multinationale Unternehmen entschied sich für die Produktion vor Ort, in der Sprache des jeweiligen Ziellands und für bekannte Schauspieler, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erhöhen. 2011 expandierte Netflix nach Lateinamerika und in die Karibik. 2015 produzierte der Konzern die Serie „Narcos“, die sich an der Geschichte der kolumbianischen Drogenkartelle orientiert und zu drei Vierteln auf Spanisch gedreht wurde.²

Die ersten Netflix-Abonnenten teilen ihre Zugangsdaten mit Freunden. Es wäre ein Leichtes gewesen, sie davon abzuhalten, aber das Unternehmen zeigte sich großzügig: Das war nicht nur gut fürs Image, sondern auch für die Optimierung der Algorithmen. Auf diese Weise konnte man auch jede Menge Daten von Nichtabonnenten sammeln, um dem Publikumsgeschmack auf die Spur zu kommen. Auch „Narcos“ entstand auf Basis dieser Datensammlung.

Streamingdienst als Mäzen

Netflix produziert auch Spielfilme, 2018 waren es etwa 80, doppelt so viele, wie Disney und Warner Bros. zusammen auf den Markt brachten. Einige gewannen bereits Preise bei großen Filmfestivals, so etwa in Venedig im September 2018: Der Goldene Löwe ging an den Film „Roma“³ des mexikanischen Regisseurs Alfonso Cuarón, und „The Ballad of Buster Scruggs“ von Joel und Ethan Coen erhielt den Preis für das beste Drehbuch.

Solche Auszeichnungen liefern künstlerische Legitimation und rufen zugleich Befürchtungen bei alteingesessenen Kinoproduzenten hervor, was Netflix wiederum zur Imagepflege nutzt. Der Streamingdienst setzt sich zudem als Mäzen und Förderer abseits des Establishments in Szene. Nicht selten bekommt eine junge Filmemacherin für ein Projekt, für dessen Finanzierung sie in ihrem Land Monate gebraucht hätte, aus Kalifornien eine schnelle Zusage.

Bei Netflix schaut man nicht so genau auf die Ausgaben, in der Wahl der Stoffe verfährt man eklektisch – böse Stimmen sagen, dass Netflix auf mehreren Hochzeiten gleichzeitig tanzt. Ein Regisseur wie Cuarón bräuhete eigentlich nicht für Netflix zu drehen, meint

Bertrand Tavernier, Regisseur und Vorsitzender des Lyoner Institut Lumière: „Das Problem ist, dass alle Hollywoodstudios seinen Film abgelehnt haben. Aber Netflix lässt ihn einen autobiografischen Film ohne Starbesetzung auf Spanisch und in Schwarz-Weiß drehen.“

Tavernier geht noch weiter: „Die US-Studios wollen nur noch Marvel- und Superheldenfilme für Kinder zwischen 6 und 11 Jahren machen. Wenn es nötig wäre, würde ich auch zu Netflix gehen“ (*premiere.fr*, 19. Oktober 2018). Auch Martin Scorsese, dessen neuer Film „The Irishman“ größtenteils von Netflix finanziert wurde, erklärt: „Man muss die Technologie und die günstigen Umstände nutzen. Aber das Wichtigste ist, dass man weitere Filme macht!“ (France TV Info, 9. Mai 2018).

Das stimmt natürlich. Doch zur Sicherung der Vielfalt gibt es zumindest in Frankreich Regeln, etwa für die Filmverwertungskette. Sperrfristen legen fest, ab wann ein Film nach dem Kinostart auch über andere Kanäle vertrieben werden darf. Je stärker sich ein Anbieter finanziell an einer Produktion beteiligt (30 Prozent des Budgets französischer Filme kommt von Fernsehsendern), desto früher darf er den Film im Fernsehen oder im Netz zeigen. Funktioniert diese Verwertungskette nicht mehr, muss die gesamte Filmfinanzierung neu überdacht werden.

Kurz vor dem Start in Frankreich 2014 zeigte Netflix trotz der Warnungen der damaligen Kulturministerin Aurélie Fillipetti wenig Ambitionen, sich diesen Regeln zu beugen. Nach einer sehr effizienten Lobbyarbeit bedankte sich der Streamingdienst für die Gratis-Publicity, die ihm die Debatte verschafft hatte, und errichtete seine Europazentrale in Amsterdam – wo sich das Finanzamt entgegenkommender zeigte und auch der Weg zu den Steuerroasen kürzer ist.⁴ Inzwischen zahlt Netflix in Frankreich zwar die Mehrwert- und die Videosteuer, die der staatlichen Filmförderungsanstalt CNC (Centre national du cinéma et de l'image animée) zugutekommt, versteuert seine Gewinne aber immer noch anderswo.

Nach dem neuen, im Dezember verhandelten Abkommen darf Netflix in Frankreich Spielfilme frühestens 15 Monate nach ihrem Kinostart als Stream anbieten. Schon 2017 witzelte Hastings: „Zehn Monate sind für uns keine akzeptable Sperrzeit. Zehn Ta-

ge übrigens auch nicht.“ Die Plattform hat sich an den Verhandlungen nicht beteiligt, doch das beunruhigte seine Abonnenten offenbar nicht besonders. Manche sind der Meinung, Netflix demokratisiere das Kino. Ein Lehrer aus dem nordfranzösischen Département Manche, der den monatlichen Podcast „Netflixers“ unterhält, meint dazu: „In Paris gibt es auf 106 Quadratkilometern 1092 Leinwände. In der Normandie gibt es auf dem gleichen Raum im Schnitt nur eine.“

Trotz des riesigen Angebots in der Netflix-Bibliothek bemerkt man eine gewisse Tendenz zur Standardisierung, auch im Seriensegment. Netflix hat keine großen Gesellschaftsreportagen produziert wie der Fernsehsender HBO (Home Box Office), der sich mit „Oz – Hölle hinter Gittern“, „Die Sopranos“, „The Wire“ oder „Six Feet Under“ einen Namen gemacht hat. Die letzte von HBO produzierte Serie „The Deuce“ handelt von der Entstehung der Pornoindustrie in New York Anfang der 1970er Jahre.

In einer Folge schaut sich ein Pornoproduzent die neuesten Videokassettenmodelle an. Damals lieferten sich die Magnetbandhersteller einen Krieg um das beste Format. Auch diese Innovation veränderte die kulturelle Praxis grundlegend. Filme konnte man nun zu Hause gucken, und das Geschäft des Videoverleihs wurde etabliert. Damals zitterten die Kinos. Ein halbes Jahrhundert später gibt es keine Videokassetten mehr, aber die Kinos stehen noch.

Die Kulturindustrie muss sich heute mit der Digitalwirtschaft zusammenschließen im globalen Wettbewerb um Aufmerksamkeit. Mit der Verbindung von Überwachungstechnik und Massenkultur ist Netflix im Moment Amazon, Disney oder dem französischen Canal Plus voraus. Aber der „Streaming-Krieg“ hat gerade erst begonnen.

¹ „Des films pour les cinéphiles“, Interview mit Vincent Maraval, *La Septième Obsession*, Nr. 19, Paris, November/Dezember 2018.

² Elia Margarita Cornelio-Mari, „Digital Delivery in Mexico: A Global Newcomer Stirs the Local Giants“, in: Cory Barker und Myc Wiatrowski (Hg.), *The Age of Netflix: Critical Essays on Streaming Media, Digital Delivery and Instant Access*, Jefferson, North Carolina (McFarland & Company) 2017.

³ „Roma“ gewann auch drei Oscars, darunter den für den besten ausländischen Film.

⁴ Vgl. „Comment Netflix cache ses profits aux îles Caïmans“, 3. Oktober 2018, www.brrtv.com, 3. Oktober 2018.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Meldungen des Monats

Schlechte Nachrichten

Ein Jahr nach dem Mord an dem Journalisten Ján Kuciak und dessen Verlobter Martina Kušnírová haben die Ermittlungen in der Slowakei zwar Fortschritte gemacht (siehe diese Kolumne vom März und Oktober 2018), doch gibt es immer wieder Anzeichen politischer Einflussnahme. Wie die Anwälte der Familien von Kuciak und seiner Verlobten berichten, sollen sich mehrfach maßgebliche politische Figuren in die Mordermittlungen eingemischt haben. Am 5. Februar beschlossen der Innenminister, der Generalstaatsanwalt und die Polizeiführung, einen Teilkomplex der Ermittlungen abzutrennen und der Polizeiaufsichtsbehörde zu übertragen. Hintergrund der Nervosität der Regierung ist der Verdacht, dass Kuciak und seine Verlobte von einem ehemaligen Polizisten erschossen wurden. Zuvor sollen ehemalige Geheimdienstler den Journalisten mithilfe von Informationen der Polizei ausspioniert haben.

In Polen hat Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), gefordert, gegen die

REPORTER OHNE GRENZEN

FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Warschauer Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* ein Strafverfahren wegen Verleumdung einzuleiten. Die Zeitung berichtet seit Wochen auf der Basis von Gesprächsnotizen über ein geplantes und vorerst abgesagtes Bauprojekt der PiS, das auf undurchsichtigen Grundstücksgeschäften und Kreditbedingungen beruht. Nachdem sich Kaczyński geweigert hat, die Fragen der *Gazeta* zu dem Projekt zu beantworten, verlangte er, dass die Zeitung die Berichte von ihrer Website löscht. Als das nicht geschah, forderte der PiS-Chef den Generalstaatsanwalt zum Handeln auf. Diese Forderung kommt einem Befehl gleich: Seit der „Justizreform“ von 2016 fungiert der Justizminister zugleich als Generalstaatsanwalt und kann daher jedes Verfahren anordnen oder an sich ziehen.

In Vietnam hat die Regierung während des Treffens zwischen US-Präsident Trump und dem nordkoreanischen Staatsführer Kim Jong-un die Überwachung von oppositionellen Bloggern weiter verschärft. Zwei Blogger wurden am 27. Februar vorübergehend festgenommen, weil sie Trumps Autokolonne im Zentrum von Hanoi gefilmt hatten. Vor allem wegen der Unterdrückung von Bloggern rangiert Vietnam auf der RoG-Rangliste der Pressefreiheit an Stelle 175 (von 180).

Gute Nachricht

Die Zivilgesellschaft in der Türkei lässt sich nicht einschüchtern. Zehn NOGs, die für Menschen- und Freiheitsrechte eintreten, haben am 27. Februar in einem gemeinsamen Aufruf die Regierung beschuldigt, „die unabhängige Zivilgesellschaft in der Türkei zerstören“. Die Organisationen, darunter die türkische Sektionen von Amnesty International und RoG, fordern ein Ende der Einschüchterung und juristischen Verfolgung von Menschenrechts-Aktivistinnen. Der Aufruf kritisiert insbesondere die „absurden Anschuldigungen“ gegen Osman Kavala, Yiğit Aksakoğlu und weitere 14 Opfer der Erdoğan-Justiz, die versucht haben sollen, „die Regierung zu stürzen“. Der Vorwurf bezieht sich auf die angebliche Rolle der Angeklagten als „Anstifter“ der spontanen Gezipark-Demonstrationen in Istanbul vom Mai 2013.

Impressum

Redaktion Barbara Bauer | Leitung
Katharina Döbler | verantwortlich f. d. Ausgabe
Dorothee d'Aprile, Niels Kadritzke, Anna Lerch, Oliver Pohlich
Produktion Karoline Bofinger, Bernd Cornely, Daniela Leupeit, Aletta Lübbers, Stefan Mahlke, Franziska Özer
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrud Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,
Rudi-Dutschke-Str. 23, D 10969 Berlin,
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Anzeigen Daniel Schwertfeger, ☎ +49 (0) 30 25 902-127
dschwert@monde-diplomatique.de
Le Monde diplomatique liegt jeweils am
zweiten Freitag im Monat der taz bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis Inland 56,40 €, Ausland 66,00 €,
ermäßigt Inland 36,00 €, Ausland 45,60 €
(alle Preise inkl. Versandkosten),
abo-lmd@monde-diplomatique.de
☎ +49 30 25 902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co.,
25421 Pinneberg

ISSN: 1434-2561
LMD Audio Download im eKiosk
www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk
Einem Teil der Ausgabe liegen Flyer von taz und Agora 42 bei.
Verlag Schweiz
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,
Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,
Camille Roseau,
Briefadresse Postfach, CH 8031 Zürich,
☎ +41(0) 44 448 14 14
diploabo@woz.ch,
www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi,
☎ +41(0) 44 448 14 03/23,
diploinserat@woz.ch
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
Le Monde diplomatique liegt jeweils am
zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland.
Die nächste Ausgabe erscheint als Beilage der taz
am 12. 4. 2019 und der WOZ am 11. 4. 2019.
In Deutschland separat am Kiosk ab 11. 4. 2019.

Le Monde diplomatique, Paris
Direktor Serge Halimi
Chefredakteur Philippe Descamps
Stellvertreter Benoît Breville, Martine Bulard,
Renaud Lambert
Redaktion Mona Chollet (verantwortlich),
Akram Belkaid, Evelyne Pieiller, Hélène Richard,
Pierre Rimbart, Anne-Cécile Robert
Dokumentation Olivier Pironet
1, avenue Stephen-Pichon, F-75013 Paris
Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine
Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die
Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

FREI NACH EINEM ALTEN SPRICHWORT



WIR SIND



VIER



BLINDE



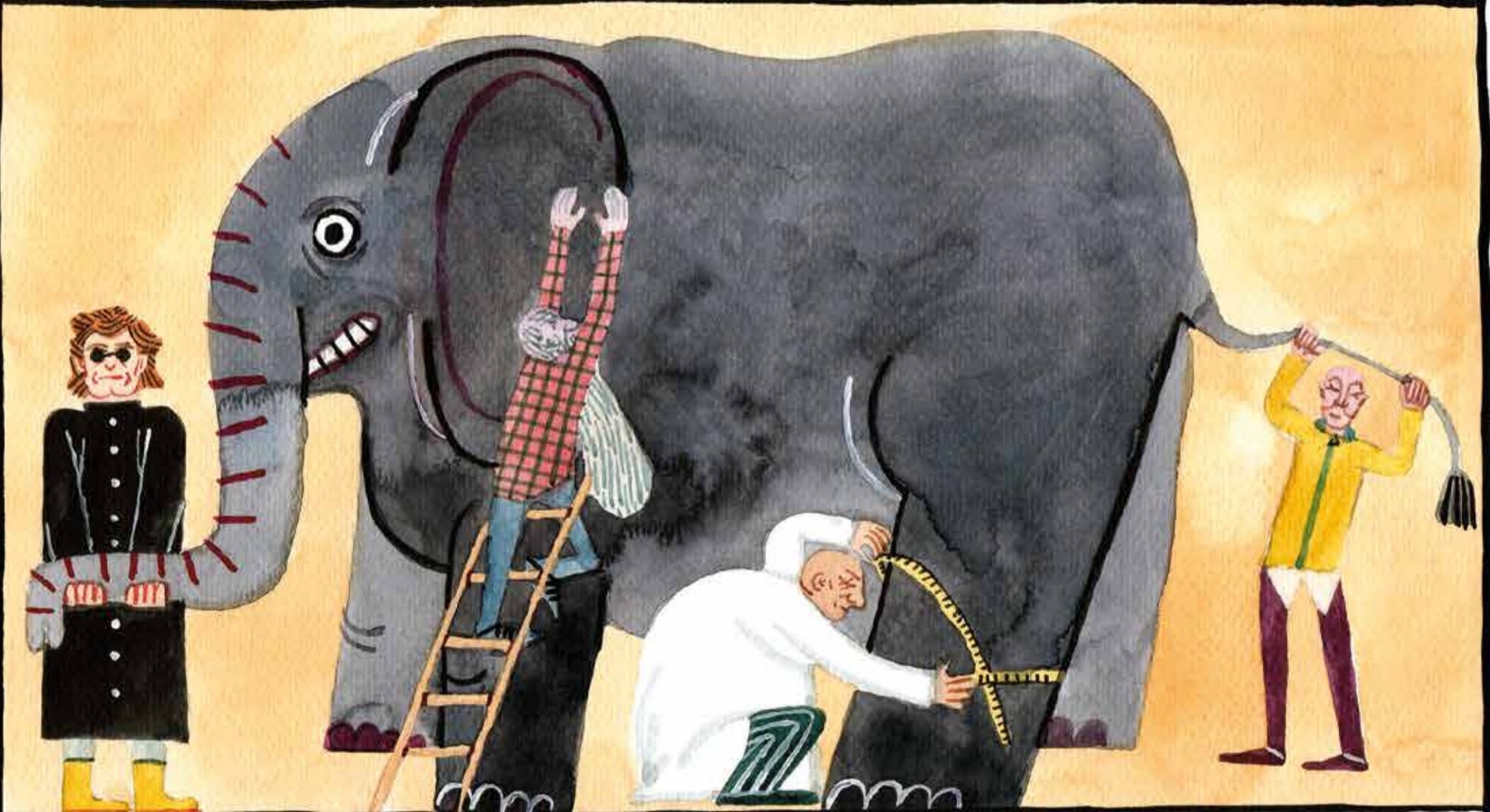
FORSCHER



HEUTE ERFORSCHEN WIR EINEN ELEFANTEN.



VEREHRTE FORSCHER, BITTE HIER ENTLANG, ICH HABE EINEN ELEFANTEN FÜR SIE.



DAS IST EIN ROHR.

NEIN, DAS IST EINDEUTIG, EIN GROßES SEGEL!

QUATSCH, DAS IST EINE SÄULE.

SEID IHR ALLE DUMM- DAS IST EIN STÜCK ZAHNSEIDE!



VIVIANNA MARIA STANISLAVSKA

LE MONDE DIPLOMATIQUE MÄRZ 2019